Thünen-Institut
für Regionalentwicklung e.V.
www.thuenen-institut.de

Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch

Soziale Problemlagen in einer ländlichen Krisenregionen

Schlussbericht zum Projekt:
Erarbeitung und Erprobung eines Berichtssystems
zur Erfassung sozialer Problemlagen in
ländlich geprägten Regionen

RBS 05

Teil II: Ergebnisse

1. Der Umbruch der fordistischen Sozialökonomik in ländlichen Regionen

1.1. Die ländliche Gesellschaft und ihre Auflösung

1.2. Die neuen sozialen Problemlagen

1.3. Der sekundäre Integrationsmodus als Regulierungsweise neuer sozialer Probemlagen

2. Sozialberichterstattung in ländlichen Regionen –

2.1. Sozialberichterstattung als pragmatisches Erkenntnisprojekt

2.2. Erwerbsarbeit, Sozialleistungen und Lebenslagen

2.3. Lokale und regionale Sozialberichterstattung in Ländlichen Räumen

2.4. die Lage im Kreis: Rahmenbedingungen für die individuelle Bewältigung von Risikolagen

2.5. Lebenslagen in ländlichen Gebieten

3. Lebenskonstruktionen und neue soziale Problemlagen: qualitative Analyse von Problemlagen und Fallgeschichten

4. Die Untersuchung von Erwerbsverläufen mit Daten der BLH

5. Bericht über den Verlauf und Bestand Sozialhilfeleisitungen und Sozialhilfeempfänger (Modell im Entwurf)

6. Literatur

1. Umbruch der fordistischen Sozialökonomik im ländlichen Raum:

- *die Auflösung der ländlichen Gesellschaft*
- *die neue soziale Problemlagen*
- *der sekundäre Regulationsmodus als Regulationsweise neuer sozialer Problemlagen*

1.1. Umbruch und Auflösung der ländlichen Gesellschaft

Die ländliche Gesellschaft der ostelbischen Regionen als modernisierter, fordistisch geprägter Zusammenhang von Wirtschafts-, Sozial- und Raum-Siedlungsstruktur

Die ländliche Gesellschaft der nordostdeutschen Regionen ist ein Produkt der kapitalistischen Modernisierungsschübe der letzten 200 Jahre entlang des Paradigmas einer sich industrialisierenden (landwirtschaftlichen) Massenproduktion. Kernstrukturen der ländlichen Gesellschaft waren und sind drei aufeinander bezogene Teilsysteme.

Erstens die *lokal und regional organisierten agrarwirtschaftlichen Cluster*, zu denen üblicherweise Guts- und Bauernwirtschaften, funktional integrierte Verarbeitungsbetriebe (Molkereien, Schlachtereien, Zucker- und Stärkefabriken, Brennereien usw.) und funktional integrierte Vor- und Dienstleistungszweige (Saat- und Viehzucht, Schlosser, Schmiede, Stellmacher, Bauhandwerker usw.) gehörten. Sie bildeten Komplexe, die durch ihren wechselseitigen Funktionsbezug nach innen als Komplex eine effiziente Funktion nach außen (Exportbilanz) wahrnehmen konnten. Entscheidend dabei sind die Schnittstellen dieser Cluster nach innen, die vor allem durch die darin integrierten Großbetriebe – kapitalistische Güter, in der DDR volkseigene Güter, große Agrargenossenschaften und Kooperationsbetriebe (KAP, Kombinate der Tierproduktion) innovative Zentren besaßen, die den Transfer externen Know-hows beispielsweise aus den Universitäten und Forschungsanstalten in die Praxis und die lokalen Agrarcluster vermittelten. Die Guts- und Großbetriebe waren nicht nur die ökonomischen Zentren der lokalen Cluster, sondern auch die Machtzentren der ländlichen Gesellschaft. Mit dieser Organisationsform der Wirtschaft war ein stetiger Produktivitätsfortschritt auf der Basis einer sich durch wissenschaftsgetriebene Innovationen vollziehenden Industrialisierung der Landwirtschaft über viele Jahrzehnte möglich.

Das zweite darauf bezogene Teilsystem der ländlichen Gesellschaft bilden die *Dörfer und Kleinstädte*, die rural-urbane oder auch räumliche Siedlungs- und Infrastruktur des ländlichen Raums, die als Orte der Schnittstellen dieser Landwirtschaftscluster und der Beziehungen zur Landbevölkerung fungierten. Dörfer und Landstädte waren nicht nur die Standorte der dazu gehörigen Betriebe und Betriebsteile, sie waren funktional bestimmt durch die Schnittstellen der ländlichen Gesellschaft. Dazu gehören die internen Schnittstellen zwischen den Betrieben und Betriebsteilen innerhalb des Clusters als auch die Schnittstellen des Ganzen nach außen (eher in den Kleinstädten). Ebenso wichtig aber sind Städte und Dörfer als Schnittstellen zwischen den Agrarclustern und der Landbevölkerung, (Unternehmens- und Wohnstandort, aber eben auch Ort der Reproduktion der kulturellen und politischen Kommunikation) und der Verbindung der ländlichen Gesellschaft mit der „Welt“ und dem Staat.

Das dritte funktional auf die ersten beiden bezogene Teilsystem ist die *ländliche Bevölkerung* in ihrer *Sozialstruktur*, ihrer *Lebensführung* und ihren *Interaktionsformen*, die funktional durch Korrespondenzen (nicht Kausalitäten!) mit den Wirtschaftsclustern und dem rural-urbanen System bestimmt sind. Sozialstruktur, Lebensführung und Interaktionsformen, sind in erheblichem Maß durch das System der „Erwerbsarbeit“ an die Betriebe der Agrarcluster und das Leben in den Städten und Dörfern gekoppelt, die ostelbische Landgesellschaft ist eine Arbeitsgesellschaft, eine dominant an Erwerbsarbeit in betrieblicher Organisation orientierte Gesellschaft. Der Zusammenhang zwischen Agrarclustern, den räumlich-baulichen und organisatorischen Strukturen und den Lebenskonstruktionen der Landbevölkerung – verstanden als ein in „Koevolution“ entstandener Zusammenhang selbstreferentieller und zugleich offener, gekoppelter Teilsysteme – war nicht statisch, es waren keine stratifikatorisch (Luhmann) organisierten Gesellschaften, sondern funktional differenzierte und funktional integrierte Gesellschaften. Der Zusammenhang von lokalen agrarischen Massenproduktionsclustern, Raum-, Bau- und Infrastruktursystem und Sozialstruktur darf auch nicht als ländliche Idylle missverstanden werden. Er war in ständiger Bewegung, entstand und wandelte sich in einem Prozess der „Modernisierungs-Koevolution“ von Wirtschaft, Infrastruktur und Sozialstruktur, der schubweise Friktionen und Prekaritäten hervorbrachte, die mit Strukturwandel, Berufswandel, politischen Auseinandersetzungen, Bevölkerungsmigration u.ä. einhergingen und die im Prinzip durch Modernisierungsschübe in Form einer „Transformation“, einer veränderten Reproduktion der Kernelemente der ländlichen Gesellschaft (verbunden mit Reformen) immer wieder gelöst wurden.

Das Konzept des Umbruchs der fordistischen Sozialökonomie und die Auflösung der ländlichen Gesellschaft

Bereits in den achtziger Jahren zeigten sich zunehmende Funktionsprobleme der fordistisch organisierten Agrarproduktion und der ländlichen Gesellschaft in Ostdeutschland, die im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialmodells der DDR nicht mehr gelöst werden konnten. Nach der Wende und der deutschen Einheit führten diese angestauten Probleme unter den Bedingungen eines neuen Institutionensystems zu einem rasanten Modernisierungsschub. (Land 2000 und 2005). Die sozialen Probleme der ländlichen Gesellschaft heute sind die Folge dieser Modernisierungen. Anders aber als vorangegangene Modernisierungen führten sie nicht zu einer Transformation, einer innovativen Rekonstruktion, einem Umbau der Wirtschaftscluster, der rural-urbanen Systeme und der Sozialstruktur und ihres Zusammenhangs, sondern zu dessen Auflösung, respektive zur Auflösung der ländlichen Gesellschaft. Hier und da entstehen über Funktionswechsel zwar neue Strukturen und Verbindungen von Wirtschafts-, Sozial- und Raum-Siedlungsstruktur, aber diese sind zumindest noch instabil, uneinheitlich und unübersichtlich, während die durch die Auflösung entstehenden, nicht integrierten Fragmente der ländlichen Gesellschaft das Bild bestimmen.

Welches sind die Kernprozesse des Modernisierungsschubs der letzten zwei Jahrzehnte? Auch die „Auflösung“ der ländlichen Gesellschaft ist eine Modernisierung und sie ist „innovationsgetrieben“. Nach unseren Erkenntnissen überlagern sich hier zwei Prozesse: Erstens ein Umbruch im System der agrarischen Massenproduktion, zweitens ein kultureller Umbruch in den Lebensführungsmodellen der Individuen und Familien.

Zunächst zu dem kulturellen Umbruch, der hier nur angedeutet werden kann. In der noch funktionierenden modernen ländlichen Gesellschaft bis in die 1960er und 1970er Jahre waren Dörfer und Kleinstädte die Schnittstellen, die nicht nur die wirtschaftlichen Prozesse, sondern auch die wichtigsten kulturellen Kommunikationen vermitteln. Insofern waren auch ländliche Gesellschaften an die vor allem von den Großstädten und Ballungsgebieten ausgehenden kulturellen Veränderungen der Moderne gekoppelt. Aber diese Kopplung war vermittelt durch die eigenen kulturellen Konstruktionen der ländlichen Gesellschaft, wurden selektiv und eigensinnig verarbeitet, solange es die eigenen Instanzen waren – Kirche, Vereine, Dorfgemeinschaften, später Kulturhäuser und politische Organisationen und auch die großen Agrarunternehmen (LPG, VEG samt ihrer kulturellen Funktionen und Infrastrukturen) selbst. Die „Moderne“ auf dem Lande, auch die Lebenskonstruktionen der Landbevölkerung waren modern, aber zugleich anders als die der Großstädte: der Bezug auf die beiden anderen Teile der ländlichen Gesellschaft, die spezifischen Wirtschaftscluster der agrarischen

Massenproduktion und die bauliche und infrastrukturelle Konstruktion der Landschaft, blieben erhalten.

Inzwischen hat sich dies geändert. Die Mobilität der Landbevölkerung ist enorm gestiegen, sie ist heute – wie wir später sehen werden – existenziell für die Lebensführung der Landbevölkerung. Die modernen Kommunikationsmedien, Telefon, Rundfunk, Fernsehen, Printmedien, Internet verbinden die Landbevölkerung ohne Vermittlung über die eigene Dorfkultur mit den Zentren einer sich globalisierenden Moderne. Dies hat schon im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder zu bemerkenswerten kulturellen Konflikten zwischen den Generationen und verschiedenen sozialen Gruppen auf dem Lande geführt, auch zu einer systematischen Abwanderung jüngerer Bevölkerung einerseits und einer Gruppe von auf dem Land lebenden Städtern andererseits. Mit der Entbettung der wirtschaftlichen Grundlage der ländlichen Gesellschaft aber und dem daraus folgenden Verlust der Bindungen an erwerbsmäßig und berufsförmig an die Landwirtschaft gekoppelten Lebensführungsmodellen ist auch die funktionale Grundlage der „dörflich-ländlichen Moderne“ zerbrochen – ein Vorgang, der sich seit den 80er Jahren vehement durchsetzt. Die ursprünglich funktional auf die ländliche Gesellschaft bezogene Kultur wird entwurzelt, wird zu Folklore, wie wir sie in den nachgestellten Erntedankfesten, Osterfeuern und Vereinsveranstaltungen finden, ohne dass sie wirklich in die Lebenskonstruktion der Landbevölkerung hineinreicht. Die Orientierungen und Lebensperspektiven vor allem der jüngeren Generationen auf dem Lande sind heute kaum noch zu unterscheiden von denen der Ballungsgebiete und Großstädte, auch wenn sie in der praktischen Umsetzungsform aus „technologischen“ Gründen Unterschiede aufweisen. Hier wirkt also auch eine Modernisierung, die nicht durch Innovationen der Agrarwirtschaft erklärt werden kann, sondern die als von den Lebenswelten getriebener Modernisierungsprozess aufzufassen ist. Die Auflösung der ländlichen Gesellschaft ist nicht nur und nicht schlicht kausale Folge der Auflösung der agrarwirtschaftlichen Cluster, sondern hat eine eigenständige kulturelle Dimension, die mit den Prozessen verbunden ist, die unter dem Schlagwort „Individualisierung“ und kulturelle Globalisierung diskutiert werden kann.

Ausführlicher nun zu dem anderen, wirtschaftlichen Vorgang, der Auflösung der Agrarcluster. Die mit der Modernisierung der Agrarwirtschaft verbundenen Auflösungsprozesse der ländlichen Gesellschaft haben mit dem Übergang eines zuvor regional verankerten Modells der landwirtschaftlichen Massenproduktion in lokalen und regionalen Clustern zu einem System einer sich global organisierenden Agrarwirtschaft zu tun. Für Ostdeutschland ist bezeichnend, dass er durch die institutionelle Transformation im Zuge der deutschen Einheit enorm beschleunigt und äußerst erfolgreich und schnell abgelaufen ist. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe haben sich sehr schnell aus den lokalen Agrar-

Clustern gelöst, sich auf die Kernbereiche der Produktion von landwirtschaftlichen Rohprodukten in effizienter, am Weltmarkt, der EU und dem nationalen Rechts- und Förderstrukturen orientierter Massenproduktion konzentriert. Und sie haben die dafür nicht erforderlichen Betriebsteile und vor allem auch die Bindungen zu den lokalen vor- und nachgelagerten Betrieben und Dienstleistern abgebrochen bzw. stark reduziert. Sie konnten die Schnittstellen, die ursprünglich in lokale Cluster zeigten, auf Schnittstellen zu überregional agierenden Betrieben der überregional organisierten Agrar- und Lebensmittelwirtschaft umstellen, weil sie diese hoch entwickelt in Westeuropa vorfanden und weil es dafür mit der EU-Agrarordnung auch einen adäquaten Rahmen gab. Aus lokalen Clustern wurden binnen 8 Jahren überregional organisierte Produktionsverbünde; deren Zentren sind Großbetriebe der Lebensmittelverarbeitung, der Agrarchemie, der Saat- und Tierzucht, des Landmaschinenbaus etc. Und was noch wichtiger sind: alle wichtigen Innovationskompetenzen und –ressourcen dieses Systems sind in der Hand global organisierter oder zumindest global agierender Unternehmen, diese sind die Motoren der technologischen und organisatorischen Modernisierung der Agrarwirtschaft. Da die großbetriebliche Massenproduktion der ehemaligen „sozialistischen“ Landwirtschaft der DDR bestens zu diesen überregionalen bzw. globalen Produktionskomplexen passte, konnten sie sehr schnell und sehr erfolgreich in diese globalen Netzwerke „einloggen“ – natürlich nur, wenn zugleich die Bindungen in die lokalen Cluster „gekappt“ wurden. Hier handelt es sich um keinen spezifisch ostdeutschen Trend, aber die ostdeutschen Betriebe hatten alle Voraussetzungen, diesen Wandel besonders schnell und erfolgreich zu bewältigen, und er vollzog sich in dramatisch verkürzter Zeit, war im Jahr 2000 weitgehend und flächendeckend vollzogen. Die großen Agrarbetriebe haben ihre Standorte natürlich noch im ländlichen Raum, aber sie sind kaum noch Teil der ländlichen Gesellschaft. Natürlich haben sie Arbeitskräfte aus den Dörfern und Kleinstädten, aber erstens sind dies sehr wenige und zweitens ist die Synchronität der landwirtschaftlichen Erwerbsarbeit mit dem Leben auf dem Lande kaum noch gegeben. Und hinsichtlich der benötigten Arbeitskräfte ist es nicht nur der Produktivitätsschub in den Agrarbetrieben selbst, der die Zahl der benötigten Arbeitskräfte auf weniger als ein Fünftel reduziert hat. Es ist noch mehr der Verlust oder die starke Reduzierung der vor- und nachgelagerten Betriebe. Natürlich gibt es nach wie vor wirtschaftliche Beziehungen im lokalen Umfeld, aber diese sind nicht nur geringer, sie sind nicht notwendig und nicht essentiell. Wenn ein Agrarbetrieb Saatgut oder Dienstleistungen lokal günstig einkaufen kann, dann wird er es tun, er könnte dies aber auch jederzeit woanders, überall in der Welt, und zwar ohne den Standort zu verlassen. Die Integration in lokale Cluster ist keine existenzielle Voraussetzung mehr, sie ist praktisch auch in vielen Fällen nicht mehr möglich und sie wäre für die Agrarbetriebe insgesamt eher hinderlich und kont-

raproduktiv. Allerdings gibt es wichtige Ausnahmen, die eher in das Thema der Restrukturierung ländlicher Wirtschaftssysteme gehören: eine Reihe von komplementären Entwicklungspfaden könnte auf eine neue Art lokaler Cluster hinweisen. Diese Entwicklungen sind quantitativ noch nicht sehr relevant, aber qualitativ wichtige Anzeichen für Tendenzen des weiteren Strukturwandels.

Mit der Auflösung der für die agrarische Massenproduktion typischen lokalen Cluster gehen aber nicht nur die Bindungen an die Landbevölkerung verloren, die früher über ihre Erwerbsarbeit zum überwiegenden Teil direkt oder indirekt damit verbunden war und ihre Lebenskonstruktionen stets in Bezug auf diese wirtschaftliche Organisationsform der ländlichen Gesellschaft gestalten musste. Ebenso geht die Beziehung zur räumlichen Organisation, zu den Dörfern und Landstädten verloren, die zu bloßen „Standorten“ werden. Während die Agrarcluster früher auch die Reproduktion der rural-urbanen Strukturen direkt oder indirekt durchführten – sie hatten die Finanzen, die Baukapazitäten, das Know-how, aber auch das Interesse daran – ist die Entwicklung der Infrastruktur und die Gestaltung der Kleinstädte und Dörfer heute eine Aufgabe der Kommunen, aber eben von Kommunen, die aus der Knechtschaft, aus der Abhängigkeit und aus der Fürsorge der großen Agrarbetriebe und ihrer Netzwerke doppelt „befreit“ sind. Dies ist zunächst eine Frage der Ressourcen, besonders, da die vielen aus der Landwirtschaft und ihren Clustern freigesetzten „Bürger“ dieses Finanzierungsdefizit nicht ausgleichen können. Es ist auch ein inhaltliches Problem. Was ist das Ordnungsprinzip, was die innere Logik der ländlichen Siedlungs-, Verkehrs- und Infrastrukturen, wenn diese nicht mehr oder nur noch punktuell (Autobahnanschluss) durch die Funktionsweise der Agrarcluster bzw. der Lebensführung der in diesen Clustern arbeitenden Landbevölkerung bestimmt wird?

Die Auflösung der Agrarcluster, die Entbettung der Agrarbetriebe aus regionalen Produktionskreisläufen durch Einbettung in überregionale Komplexe löst also sehr weitgehend auch den Zusammenhang der Agrarwirtschaft zur ländlichen Raum- und Infrastruktur und zu der ländlichen Bevölkerung. Verbunden mit den oben skizzierten kulturellen Umorientierungen hebt die beschleunigte Modernisierung der Agrarwirtschaft die Geschäftsgrundlage der ländlichen Gesellschaft auf. Das Ergebnis ist ein Szenario, das Fragmentierung, Neuorientierung und Gettoisierung in eigentümlicher Weise mischt und bislang keine dominante Linie der Reorganisation erkennen lässt. Unter den dabei zu beobachtenden Prozessen sind vor allem die folgenden hervorzuheben:

- Überflüssige Erwerbsbevölkerung: Erosion der Erwerbsarbeit und Rückgang oder Verlust der Erwerbseinkommen für größere Teile der Bevölkerung. Der Verlust der Erwerbsarbeit und damit der autonomen Existenzgrundlage, Abhängigkeit von Transfereinkommen wächst;

- Verlust der bisherigen Funktionen von Dörfern und Landstädten, damit auch Aufhebung der bisher strukturbestimmenden Entwicklungsgrundlage;
- Abwanderung und demographischer Strukturwandel: Bevölkerungsrückgang, Alterung, Qualifikationsverlust, Veränderung der Geschlechterproportionen;
- Funktionsverlust alter, an den Zusammenhang zur Wirtschaftsstruktur gebundener sozialer Netzwerke; Rückgang der sozialen Bindungen und Ausdünnung sozialer Netzwerke speziell für Überflüssige; Gettoisierung sozialer Problemlagen;
- Ausdünnung der Infrastruktur: Zunahme der Entfernungen zu wichtigen öffentlichen Dienstleitungen und Infrastrukturangeboten (Schulen, Bildung, Versorgung, Gesundheit) bei gleichzeitig differenzierter Entwicklung der Qualität der verschiedenen Infrastrukturen.
- Steigende Lebenshaltungskosten in einigen Bereichen (Strom, Lebensmittel), abnehmende Differenzierung des Versorgungsangebots
- Nebeneinander von Abwärtsspiralen einerseits, Aufwertungen bestimmter Gebiete, Dörfer und Städte andererseits.

Reorganisationsansätze

Das Bild einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft wäre einseitig und falsch, wenn man nicht die Reorganisationsprozesse beleuchtet, die aus dieser Gesellschaft heraus, aber oft unter Einschluss externer Ressourcen, externer Personen, externen Wissens. Diese Reorganisationsprozesse des Wirtschaftsgeflechts, der rural-urbanen Strukturen und der Sozialstruktur in den ländlichen Regionen sind hoch differenziert, inkohärent und uneinheitlich, noch sehr schwach, in den Tendenzen widersprüchlich. Man kann heute wohl noch nicht sagen, worauf sie hinauslaufen, ob sich ein bestimmter oder mehrere Pfade durchsetzen. Zweierlei kann man sagen.

Erstens: Für einen erheblichen Teil der Landbevölkerung wird eine Neubegründung ihrer Lebensperspektiven auf Grund neuer Entwicklungspfade nicht möglich werden bzw. einfach zu spät kommen. Es wird bei der Abwanderung einerseits und den Prozessen der Gettobildung entwurzelter, aber halbwegs versorgter Menschen auf mittlere Sicht bleiben. Trotzdem: es ist denkbar, dass wir in 15 oder 25 Jahren wieder funktionsfähige Gesellschaften in den ländlichen Regionen haben, die sich auf einem neuen Entwicklungspfad mit neuem „Sozialkapital“ wieder gegründet haben.

Zweitens: Wir meinen nicht, dass die Reorganisationsprozesse in den ländlichen Regionen zu einer Wiederherstellung einer wie auch immer gewandelten „ländlichen Gesellschaft“ führen werden, im oben beschriebenen Sinn verstanden als spezifischer *lokal-regionaler* Zusammenhang von agrardominierten Wirtschaftsclustern, ländlicher Raum- und Infrastruktur und Sozialstruktur. Die Auflösung dieses Zusammenhangs (und deren nicht lokal-regionale Reorganisation) scheinen unausweichlich. Dort, wo einst eine ländliche Gesellschaft lebte, kann und wird vielleicht eine andere Variante moderner Gesellschaft existieren und die Reste aus der Vorzeit in sich aufnehmen, so wie die modernen Italiener in gut mittelalterlichen Städten wie Siena und Venedig leben und arbeiten, ohne deshalb eine mittelalterliche Gesellschaft zu bilden.

Welche Reorganisationsprozesse können wir beobachten:

Erstens versuchen Dörfer und Städte neue Funktionen als *Gewerbestandorte* zu finden, wobei überregional agierende Unternehmen entscheidend sind. Ausschließlich oder überwiegend auf die lokalen Märkte orientierte Betriebe gibt es als „Reste“ der ehemaligen Agrarcluster in schwierigem Fahrwasser oft mehr als benötigt werden. Ein Fall ist die Kleinstadt St., die als Standort eines großen Betriebes eines global agierenden Lebensmittelkonzerns ein neues wirtschaftliches Standbein gefunden hat. Um diesen Betrieb herum haben sich weitere angesiedelt, meist Teile überregional organisierter Komplexe: Logistikfirmen, andere Lebensmittelhersteller, die einschlägig erforderlichen Dienstleister und alles was das so nach sich zieht – bis zum Hotel- und Gaststättengewerbe. Dieser neu entstehende gewerbliche Konzentrationspunkt beschäftigt zwar noch nicht alle Einwohner, aber doch schon einen relevanten Teil, die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise niedrig. Dabei handelt es sich aber eben nicht um die Rekonstruktion der alten Struktur, nicht um Schnittstellen in lokale Cluster (auch wenn die Kartoffelbaubetriebe der Umgebung dadurch einen festen Abnehmer haben), sondern um einen Knotenpunkt im globalen Netzwerk der Lebensmittelwirtschaft. Auch diese haben irgendwo „Standorte“, wenn auch viel weniger als es vormalige Agrarcluster brauchten. Sicher profitiert die Regionalgesellschaft in mehrerer Hinsicht: es gibt Arbeitsplätze und Einkommen, Steuern und Betätigungsfelder für die lokal orientierte Dienstleistungsunternehmen, für Handel und Bauwirtschaft – eine blühende Landschaft. Aber dieser Wirtschaftskomplex gibt kein dominantes Ordnungsprinzip her, das weite Teile der ihn umgebenden Gesellschaft einschließt. Die Ordnung der rural-urbanen und sozialen Strukturen korrespondiert zwar mit diesen Ansiedlungen, aber in sehr viel geringerem Maße, als es für den Zusammenhang von Agrarclustern und ländlicher Gesellschaft galt. Betriebe und Standort haben miteinander zu tun, aber sie sind nicht hoch integriert. Die neu entstehende sozioökonomische

Struktur ist eine ganz andere als die ländliche und bis auf weiteres bleiben größere Teile einer entwurzelten Gesellschaft auch in den blühenden Oasen übrig.

Ein zweites Beispiel eines Reorganisationsprozesses ist die Entstehung neuer touristischer Cluster. Das Dorf GL in unserem Untersuchungsgebiet ist Standort von mehreren exklusiven Freizeitparks und einer drum herum angesiedelter Dienstleister wie Gaststätten, Gartenbau, Golfplatzpflege- und Reinigungsfirmen und was man sich alles denken kann. Die Zahl der Beschäftigten ist größer als die ursprüngliche Einwohnerzahl des Dorfes, die Arbeitsmarkteffekte strahlen in die Umgebung aus. Wer hier arbeitslos ist, ist selber schuld – und das sind nur sehr wenige. Das Dorf – Stichwort rural-urbane Ordnung und Infrastruktur – ist museumsartig in die Freuzeitlandschaft eingebettet, eine authentische Kulisse. Es gibt weitere Fälle. Sie unterscheiden sich von ähnlichen Erfolgsmodellen in den traditionellen „Badeorten an der Küste“, denen man ihre Tourismusfunktionalität ansieht, dadurch, dass sie eine ursprünglich ländliche Organisationsform als Event reorganisiert haben. Ob sie nach ein paar Jahren kulturell so sind wie andere traditionelle Zentren des Tourismus und nur anders aussehen, oder ob sich daraus etwas noch anderes entwickelt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es keine ländliche Gesellschaft mehr, sondern ein Tourismuskomplex.

Hier sei noch eine Bemerkung zum ländlichen Tourismus gemacht. Üblicherweise wird hier sehr Disparates subsumiert. Urlaub auf dem Bauernhof setzt eine funktionierende ländliche Raum- und Infrastruktur voraus. Sie ist in Mecklenburg-Vorpommern die Ausnahme. Urlaub auf dem Bauernhof gibt es schon lange, Urlaub in der agrarischen Massenproduktion gab es eigentlich nie. Und wer macht Urlaub in einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft? Die Neubauwohnblocks, gebaut für die Beschäftigten des damaligen Kombinats industrieller Mast sind für einen Umbau in ein Tourismusunternehmen wenig geeignet. Was sich also entwickelt ist moderner hoch organisierter und professioneller Tourismus, wird von Tourismusunternehmen geführt, von externen Investoren finanziert und ist in den guten Fällen in auch (aber nicht nur) lokalen Tourismusclustern organisiert, wie beispielsweise in T. In größeren Städten wie Waren finden sich diese Komplexe neben Gewerbekomplexen und unweit der Gettos der überflüssig gewordenen Landbevölkerung. Eine flächendeckende wirtschaftliche Basis durch Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Wellness, Fitness und Altenheime scheint illusorisch, denn im Prinzip sind auch dies hocheffiziente und konzentrierte Massenproduzenten, die einige, vielleicht sogar viele, aber eben nicht sehr viele Standorte benötigen. (Dabei geht es nicht mehr nur um die einfache und billige Variante touristischer Massenproduktion, sondern um differenzierte Angebote flexibler Massenproduzenten, die Angebote im oberen und mittleren Preisniveau einschließen und mit differenten Standards auf

verschiedene Kundengruppen eingehen.) Moderner Tourismus kann eine wichtige wirtschaftliche Komponente im ländlichen Raum sein, aber als moderner professioneller Tourismus er die ländlichen Gesellschaft nicht reorganisieren (fungiert eher als Teil ihrer Auflösung) und er wird sie auch flächendeckend nicht ersetzen.

Dritter Fall: Der Gewerbepark am Autobahnkreuz, in dem sich im besseren Fall ein oder einige Unternehmen mit überregionalen Schnittstellen und fast ohne lokale Integration finden – nebst der fast überall vorhandenen Reste von Klein- und Kleinstunternehmen mit Anbindung fast ausschließlich an lokale Märkte – wie Kfz-Werkstätten, Heizungsmonteur und Schornsteinfeger. Im Unterschied zum Fall 1 ist die Integration der Wirtschaft mit den urbanen Strukturen und der ländlichen Bevölkerung nicht nur anders, sie ist faktisch fast nicht vorhanden. Außer ein paar Arbeitskräften und im Glücksfall etwas Gewerbesteuern haben Gemeinde und Unternehmen nichts miteinander zu tun. Folglich sind auch lokale Synergieeffekte kaum vorhanden. Dies wäre weniger schlimm, wenn nicht die oft mit Subventionen erkauften Ansiedlungen mit der steten Gefahr der Abwanderung oder Schließung bedroht wären.

Vierter Fall: Endogen entstehende regionale Cluster neuer Art, z.B. in Varchentin oder Bollewick. Anders als in den bisher beschriebenen Fällen geht es hier um Ressourcen, die durch die Reorganisation lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe zustande kommen, auch wenn externe Kompetenzen und Ressourcen mit eingebaut werden. In V. bilden moderne Landwirtschaftsbetriebe die Grundlage, die sich zunächst fast nicht von anderen modernen, aber lokal entbetteten Betrieben unterscheiden und die ebenfalls zentrale Schnittstellen in überregionale Netzwerke der Agrarwirtschaft besitzen. Aber aus diesen Betrieben haben sich nach und nach weitere Geschäftsfelder entwickelt, die lokale Ressourcen für lokale Entwicklungen mobilisieren. Dies sind zunächst Biokraftstoffe (Rapsöl) und regenerative Energie (Heizung), die zunächst zur Deckung des Eigenbedarfs dienen und lokal zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze geschaffen haben. Darüber hinaus wurde eine lokale Lebensmittelverarbeitung aufgebaut. Ähnlich versuchen Akteure in B., ein Netzwerk lokaler Betriebe aufzubauen, das einen Teil der Lücken in der Produktionskette schließt und dadurch externe Schnittstellen durch regionale ersetzt. Auch hier geht es um Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und regenerative Energie. Wichtig ist, dass diese Reorganisationsprozesse nur funktionieren, wenn innovative Potenziale und Kompetenzen in den neu entstehenden Zusammenhang eingebettet werden.

Schließlich wäre eine Vielzahl kleiner, meist „fördermittelgetriebener“ Organisationen und Strukturen vom Filzhutverein über die marmeladekochenden Landfrauen, die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die Kulturscheu-

nen, die in ein Museum umgewandelten Druckerei- und Textilbetriebe, die „Filmstadt“ in Wittenberge, den Lehrpfad im Naturschutzgebiet, die Seeadlerbeobachtungsstation, den Angelsportverein mit Tourismusangebot, die Kutschfahrten zum Burgfräulein, den Kräutergarten mit Hofladen und Kräuterimbiss usw. usf. zu nennen. Das ganze Feld der zweiten und dritten Arbeitsmärkte, der EU-Projekte, der Künstler und Freaks, eines Teils der zugewanderten Stadtbevölkerung usw. wäre hier zu betrachten. Da es sich um kleinteilige und lokal nur selten mit überregionalen Wirtschaftskreisläufen vernetzte Reorganisationsversuche handelt, die stark von Fördermitteln abhängen, ist die langfristige Wirkung ungewiss. Manches aus diesen Projekten mag dubios sein oder als Unsinn erscheinen, als Verschwendung von Fördermitteln, als aussichtslos. Andererseits dürfte unter der Vielzahl derartiger Projekte auch manches entstehen, das für die Reorganisation neuer gesellschaftlicher Strukturen Bedeutung erlangt. Jedenfalls entsteht mit der Auflösung der ländlichen Gesellschaft auch ein Experimentierfeld. Die von außen versorgte Gesellschaft, durch Transfers finanzierte Projekte, gedacht als Brücke, werden zunächst genutzt, um irgendwie über die Runden zu kommen. Zugleich aber bildet sich dadurch das Feld, in dem mit neuem Sozialkapital experimentiert wird. Niemand weiß genau, woraus was wird, was liegen bleibt, was sich entwickeln wird.

1.2. Die neuen sozialen Problemlagen

Die Auflösung der ländlichen Gesellschaft betrachten wir als Teil des Umbruchs der fordistischen Sozialökonomie und der fordistischen Erwerbsarbeit, die seit etwa Mitte der 70er Jahre zu beobachten sind. (Berichterstattung 2005: S. 11ff). Die Entwicklung der agrarischen Massenproduktion und die damit verbundene Transformation der Strukturen der ländlichen Gesellschaft in den 60er und 70er Jahren in der DDR können als Etablierung der fordistischen Sozialökonomie (in ihrer staatssozialistischen Variante) in einer auf den ländlichen Raum bezogenen Gestalt verstanden werden. Die ländliche Gesellschaft in Ostdeutschland war sehr weitgehend eine Erwerbsarbeitsgesellschaft, die nicht durch selbständige bäuerliche Familienbetriebe geprägt war. Die Auflösung der ländlichen Gesellschaft, die Auflösung des Zusammenhangs von ländlicher Wirtschafts- Sozial- und Raum-Siedlungsstruktur ist die spezifische Gestalt eines umfassenden gesellschaftlichen Umbruchs in ländlichen Räumen mit fordistischer industrieller Massenproduktion. Im Zentrum dieses Prozesses steht die *Erosion und Auflösung der fordistischen Erwerbsarbeit*, die zu multiplen sozialen Problemlagen

führt, die in der heutigen Gestalt und Dimension neu sind, also gerade nicht typisch für die Problemlagen einer fordistischen Gesellschaft.

Überflüssige Erwerbsbevölkerung und überflüssig werdende Teile der Siedlungs-, Produktions- und Infrastruktur (Schrumpfung) sind die zentralen Prozesse, die zu den neuen sozialen Problemlagen führen.

Der Produktivitätsschub reduziert die Zahl der in den Agrarbetrieben erforderlichen Arbeitskräfte – im Durchschnitt auf weniger als ein Fünftel. Ein Teil der vorher zu den Agrar-Clustern gehörenden Betriebsteile versucht über Ausgründung eines neuen Betriebs klar zu kommen – aber auch hier hat sich die Zahl der benötigten Arbeitskräfte drastisch reduziert. Vielen derartigen Betrieben geht es nicht gut, besonders denen des Baugewerbes, eine ganze Reihe ist inzwischen wieder aufgelöst. Hinzu kommt, dass in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein großer Teil der über 55jährigen Arbeitnehmer in den Vorruhestand wechselte. Daher waren die älteren Jahrgänge in den Betriebsbelegschaften sehr schwach und die Zahl der Rentenabgänge seit 1995 sehr niedrig. Für die geburtenstarken Jahrgänge, die noch bis 2010 auf den Arbeitsmarkt drängen, stehen nur wenig durch Rentenabgänge frei werdende Arbeitsplätze zu Verfügung (Vgl. Lutz 2001). Ein großer Teil der jungen Erwachsenen findet keine Ausbildung bzw. nach der Ausbildung an der zweiten Schwelle keinen Einstieg ins Erwerbsleben. Ein Teil wandert ab, der andere Teil wird arbeitslos. Für schätzungsweise ein Drittel der nachwachsenden Generation ist keine normale arbeitsgesellschaftliche Sozialisation möglich. Sie landen nach der Ausbildung in Maßnahmekarrieren.

Überflüssige Erwerbsbevölkerung in einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft schafft andere Problemlagen als eine durch Strukturwandel bedingte temporäre Arbeitslosigkeit, bei der es um einen Perspektivwechsel geht. Überflüssigkeit ist verbunden mit der Auflösung der Grundlagen bestehender Lebenskonstruktionen, mit Verlust von Perspektive überhaupt und der damit verbundenen sozialen Stabilität. Dabei erodieren auch die Bindungen an die Netzwerke der ländlichen Gesellschaft, unter Umständen auch die an familiäre.

Soziale Probleme haben aber nicht nur diejenigen, deren Arbeitsplatz verloren geht, es gilt auch für diejenigen, die sich erfolgreich auf der Basis vorhandener Ressourcen neu orientieren müssen und dabei durchaus in prekäre Situationen geraten können – beispielsweise für die Manager und Stammbelegschaften der sich bald stabilisierenden Agrarbetriebe, die mit dem Problem der Altschulden umgehen müssen. Probleme haben natürlich vor allem die Betriebe, die als Ausgründungen aus den Agrarclustern entstanden sind – besonders Baubetriebe seit Mitte der 90er Jahre. Auch in der Tourismusbranche können Überkapazitäten und Fehlplanungen zum Konkurs bzw. zu Entlassungen führen. Insbe-

sondere die von Ostdeutschen gegründeten kleinen Unternehmen und die kleinen Selbständigen tragen ein hohes Risiko. Auch vergleichsweise sichere Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen mit Stellenabbau, Reorganisation und Verlagerung der Dienststellen, Ortswechsel und Veränderung der Arbeitsaufgaben klarkommen, z.B. Lehrer bei der Schließung von Schulen. Der Unterschied zu den arbeitslos werdenden ist allerdings ein gravierender: sie können mit einer praktikablen Lebensperspektive operieren und die können sie praktizieren, also auch lernen. Es hängt viel von ihnen selbst ab.

Trotzdem ist auch ein größerer Teil der beschäftigten Teile der ländlichen Bevölkerung von gravierenden sozialen Problemen betroffen, und zwar in einer Weise, die die Handlungsmöglichkeiten grundsätzlich beschränkt. In unseren Untersuchungen konnten wir solche soziale Problemlagen identifizieren. Haushalte, bei denen ein oder zwei Erwachsene in Beschäftigung waren, deren Einkommen aber kaum reichte, um den laufenden Lebensunterhalt zu gewährleisten, haben keine Reserven, um zusätzlich auftretende Probleme durch eine entsprechende Umstellung der Lebensführung zu bewältigen. Wird ein Erwerbstätiger oder ein Kind längere Zeit krank oder behindert, werden Familienangehörige pflegebedürftig, verliert einer seinen Arbeitsplatz oder muss verkürzt arbeiten, hat der nicht versicherte alte PKW einen Totalschaden oder wird eine aufwendige Reparatur am Haus erforderlich, so bricht die fragile Lebenskonstruktion zusammen. Ähnliches passiert oft bei Scheidungen. Familien oder Alleinerziehende mit Kindern sind häufig betroffen. Auch wenn solche Personen aktuell oft unter keine Kategorie der Hilfebedürftigkeit fallen, sind diese Lebenslagen als gefährdet einzustufen. Es fehlen die Ressourcen, auftretende Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen.

Ursache dieser Problemlagen ist zunächst die Rückwirkung der hohen Arbeitslosigkeit auf die beschäftigten Teile der ländlichen Bevölkerung: schlechte Bezahlung vor allem der wenig Qualifizierten, schlechte Arbeitsbedingungen, befristete und prekäre Beschäftigung. Hinzu kommt dann, dass der Rückgriff auf Unterstützungsnetzwerke der Familie oder des sozialen Umfelds verloren gegangen sein kann: die Kinder sind abgewandert, Verwandte haben selbst Probleme, die Schule ist nicht mehr am Ort, die Schuldnerberatung weit weg in der Kreisstadt usw.

Für die arbeitslos Gewordenen und für einen erheblichen Teil der Beschäftigten in ländlichen Regionen sind die arbeitsgesellschaftlichen Eckpfeiler ihrer Lebenskonstruktion verloren gegangen. Sie müssen nicht nur mit Arbeitslosigkeit und prekären, schlecht bezahlter Beschäftigung und den diversen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik zurechtkommen, sondern auch mit dem Funktionsverlust der Dörfer, der Ausdünnung und Reorganisation der Infrastruktur (z.B. des öffentlichen Nachverkehrs), dem Verschwinden vertrauter Institutionen und dem

Auftauchen neuer Regeln, Organisationen und Personen. Sie agieren in einer Situation, die diffus ist und in der wenig oder gar nichts von ihnen selbst abzuhängen scheint. Eine Option ist, einen radikalen Schnitten zu machen, abzuwandern, ein Unternehmen zu gründen o. ä. Dies haben einige versucht, manche mit Erfolg, andere sind gescheitert.

Wer keinen radikalen Schnitt machen kann und will, agierte in einer Situation zunächst durchaus großzügiger Versorgung, die aber in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich schlechter wurde, und zuweilen auch Hilfe von außen: Beschäftigungsgesellschaften, Transfereinkommen, die die Existenzgrundlage sicherstellen, die eigenen Handlungsmöglichkeiten für eine Neuorientierung aber auf bestimmte – und wie wir heute wissen oft wenig chancenreiche Felder ausrichten und ansonsten eher einschränken. Dieser Weg führt in den sekundären Integrationsmodus und die dafür typischen Problemlagen.

In dem diffusen Umfeld ist die Rückkehr zu den alten und vertrauten Lebenskonstruktionen weitgehend ausgeschlossen, trotzdem war dies zunächst die dominante Perspektive für die meisten Menschen. Auch die mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik verbundenen Hilfen und Versorgungsleistungen erschienen der großen Mehrzahl der Betroffenen zu Beginn dieses Umbruchs noch nicht mehr als Brücken in eine *neue* und *andere* Lebensperspektive (und sie werden von der Trägern der Leistungen auch kaum so kommuniziert), sondern als Wege zur Wiederherstellung annähernd der alten Situation: zurück in eine übliche Erwerbsarbeit in betrieblicher Organisationsform, zurück zu dem Lebensführungsmodell eines Erwerbshaushalts. In dem Maße, in dem dies nach mehreren Schleifen zwischen Arbeitslosigkeit, Umschulung, Maßnahmen, Training und erneuter Arbeitslosigkeit nicht in Erfüllung geht, zerbricht diese Perspektive. Die im Zuge der Auflösung der ländlichen Gesellschaft überflüssig gewordene Bevölkerung muss sich mit genau dieser Erfahrung auseinandersetzen: die nahe liegende und dominant kommunizierte Option funktioniert nicht und andere sind – zumindest auf den ersten Blick – nicht erkennbar oder scheinen völlig abwegig, illusionär. Hier dürfte der Kern der so entstehenden neuen Problemlagen sein: die Ressourcen, die noch da sind oder durch Sozialleistungen und Arbeitsmarktmaßnahmen von außer „zugeführt“ werden, sie werden mit der Zeit immer knapper, vor allem aber: sie öffnen keine neuen Optionen. Die Grunderfahrung der Perspektivlosigkeit ist, dass es vom eigenen Handeln nicht abhängt: was hat man nicht alles versucht. Wird diese Erfahrung zum Paradigma der eigenen Lebenskonstruktion, ist die Landung im Getto vollzogen. Man lässt mit sich machen, nutzt die Versorgung und leistet hinhaltenden oder passiven Widerstand. Nutzt die Transfers und die Versorgung zum Überleben, aber nicht (mehr) zum Aufbau neuer Perspektiven. Ergreift dieser Handlungsmodus die

junge Generation ist der eskalierende Verlust sozialen Kapitals die Folge, die Flucht aus der Region oder ins Getto setzt sein.

Einige, aber nur wenige, kehren dies um und nutzen die „Brücken“ eigensinnig – und damit aktiv – zu Konstruktion eigener neuer Perspektiven – und manche haben auch Erfolg mit Projekten, Maßnahmen u. ä. Das entscheidende an diesen Problemlagen ist, dass die Umkehr – die eigene Perspektive definiert die Funktion der Brücken auf neue Weise – wieder Handlungsfähigkeit herstellt. Vom eigenen Tun hängt etwas ab. Die Macher machen was, andere schließen sich an, hängen sich ran oder lassen sich mitziehen. So entstehen aus Maßnahmen die vielen kleinen Experimentierfelder zur Bildung neuen Sozialkapitals. Allerdings sind die Risiken groß und die Chancen gering. Das größte Handicap aber ist die Gefahr des Rückfalls in den alten Handlungsmodus, bei dem nicht die eigene Perspektive den Umgang mit den Hilfen von außen definiert, sondern verordnete Maßnahmen die Perspektiven bestimmen. Dies ist überhaupt der Fehler an der Konstruktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik: die Akzeptanz einer fremdbestimmten Option soll zur Aktivierung eigener neuer Perspektiven führen – sonst wird der Anspruch gekürzt. Kein Wunder, dass Viele mit „Scheinaktivitäten“ operieren. Die fördermittelgetriebenen neuen Ansätze müssen mit dem Widerspruch agieren, dass sie nur funktionieren, wenn Personen eigene neue Optionen entwickeln und erprobieren, dies aber zugleich in einer enormen externen Abhängigkeiten tun müssen, was die Inhalte (Förderfähigkeit) und die Zukunft (Laufzeit, Verlängerung) betrifft. Daraus kann schnell eine Fördermittelmentalität entstehen, die nach unseren Beobachtungen keine dauerhaften Optionen schafft, wenn nicht starke und eigensinnige Perspektiven vorhanden sind. Dies ist die Logik einer auf dem Kopf stehenden Zivilgesellschaft, die keine wirkliche Zivilgesellschaft ist, solange sie von außen, vom Staat induziert, geleitet und kontrolliert wird, und der der Entzug der Ressourcen droht, wenn Betroffene versucht, sich zugunsten der Selbstorganisation dieser Kontrolle zu entziehen.

Die Problemlagen einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft mit subdominanten fragmentarischen Neuansätzen der Sozialkapitalbildung sind im Unterschied zu den bekannten Szenarien eines klar umrissenen Strukturwandels unübersichtlich und uneinheitlich. Dies ist ein anderes Szenario, als wir es aus spezifischen Fällen des Strukturwandels kennen. Die Krise der Werften erzeugte ein vergleichsweise klares soziales Problemfeld: Qualifikationsentwertung, Arbeitslosigkeit, Einkommensnotlagen, Infrastrukturprobleme für ganz bestimmte, unterscheidbare soziale Problemgruppen, und es wurde relativ schnell erkennbar, wie man mit ihnen umgehen kann: Arbeitslosengeld, Vorruhestand, Umschulung, bessere Ausbildung der jungen Generation, Mobilitäts- und Flexi-

bilitätshilfen, Industrieansiedlung, letztlich Sozialhilfe. Eine Generation maximal agiert in einer Verliererposition, dann bekommt man die Lage in den Griff.

Bei der Auflösung der ländlichen Gesellschaft aber sind viele und sehr verschiedene Berufsgruppen, sind alle Lebenskonstruktionen, sind die kulturellen Orientierungen, die Lebensführung, die räumlichen, baulichen und Infrastrukturen und die soziale Balance der Sozialstruktur in Frage gestellt – und es gibt keinen erkennbaren und ausreichend weiten neuen Pfad, in dem neue Perspektiven und Reorganisationsansätze flächendeckend und in der Tiefe erkennbar sind. Die tragenden Balken der ländlichen Gesellschaft gingen verloren – und zwar gerade *nicht* in einem allgemeinen Notlageszenario, wie vielleicht nach dem verlorenen Weltkrieg, wo man zwar fragen kann, ob der Wiederaufbau gelingen kann, aber kaum fragen muss, was der Gegenstand des Wiederaufbaus sein könnte. Es handelt sich vielmehr um ein Szenario, zu dem einerseits sehr erfolgreiche und demnächst auch einkommensstarke Agrarbetriebe gehören, auch andere Unternehmungen aufblühen, und auf dessen anderer Seite eine entwurzelte, *aber mehr oder weniger versorgte* Landbevölkerung gehört, die ihr Leben durch eine sekundäre Integration in die Gesellschaft fristet, in Abhängigkeit bis auf Ausnahmen ohne die Möglichkeit, die eigenen Lebensperspektiven aus eigener Kraft und mit eigenen Ressourcen neu definieren zu können – oder die dies nur tun kann, indem sie abwandert, also aus der Entwurzelung die Konsequenzen zieht.

Wenn wir feststellen, dass die neuen sozialen Problemlagen ländlicher Regionen nicht das Ergebnis eines „Umbaus“, sondern eines *Umbruchs* und einer „Auflösung“ der ländlichen Gesellschaft im oben beschriebenen Sinne sind, so soll damit nicht einfach gesagt werden, dass die Dimension dieser Probleme größer ist, gar dass alles schlimmer oder katastrophaler ist. Zunächst handelt es sich um qualitativ andere Probleme, aus denen auch andere Formen des Umgangs und der gesellschaftlichen Suche nach „Lösungen“ resultieren. Vorangegangene Krisen der modernen ländlichen Gesellschaft wurden durch beschleunigte Modernisierungen bestimmter Teile und Teilsysteme gelöst, zu denen auch selektive Ab- und Zuwanderungen, vor allem aber die Reorganisation von Unternehmensstrukturen, der Aus- und Umbau ländlicher Infrastruktur, das Vorantreiben technischer Innovationen, die „Verberuflichung“ von Erwerbsarbeit und der Wandel von Berufen, Ausbildung, Bildung und Kultur gehörten. Dieser Strukturwandel konnte unter fordistischen Bedingungen weitgehend durch die verschiedenen Sozialsysteme reguliert und abgefedert werden.

Auch die Prozesse der letzten beiden Jahrzehnte werden durch Modernisierungsschübe, technische Innovationen, Umbau der Unternehmensstrukturen,

Ausbau der Infrastruktur und kulturelle Modernisierung getrieben. Die Crux aber ist, dass diese Modernisierungen eben nicht zur Rekonstruktion, sondern zur Auflösung des Zusammenhangs von Wirtschafts- Sozial und Siedlungsstruktur führen. Die beschleunigte Modernisierung löst also die sozialen Probleme nicht, mindert sie nicht, führt nicht auf einen Pfad mit neuen Perspektiven für die Landbevölkerung, sondern ist gerade die Ursache dieser Probleme. Zugleich sind die Möglichkeiten der Kompensation sozialer Problemlagen „von außen", vor allem durch Sozialleistungen und Subventionen, sehr viel größer als in jeder vorangegangenen Transformation der ländlichen Gesellschaft. Rein quantitativ betrachtet könnte man sagen, die sozialen Probleme sind milder: niemand muss hungern oder gar verhungern, niemand muss zwangsweise obdachlos werden, niemand wird von außen gezwungen, die Heimat zu verlassen.

Aber die Tatsache, dass die „Hilfe" von außen, vom Staat, kommen muss, um der Probleme Herr zu werden und eine den Standards einer durch den Wohlfahrtsstaat geprägten Gesellschaft entsprechende Existenz der Landbevölkerung sicher zu stellen, bestätigt zugleich unsere Diagnose: der derzeit ablaufende Modernisierungsschub führt nicht endogen zu einer Rekonstruktion der ländlichen Gesellschaft, mit der dann soziale Probleme auf Zeit gelöst, respektive unter Kontrolle gehalten werden können, sondern zur Reduktion der Fähigkeit der ländlichen Gesellschaft, einen ihre Probleme lösenden Entwicklungspfad aus sich heraus auszubilden. Weil die Modernisierung nicht über die Krise zur „erweiterten" Reproduktion der Grundstrukturen der ländlichen Gesellschaft führt, fallen Modernisierung und Lösung der sozialen Probleme auseinander. Die Lösung der sozialen Probleme ist etwas anderes als die Modernisierung, ein Feld daneben, das auch institutionell unabhängig bearbeitet wird. Damit einher geht der Verlust der in vormaligen Umbrüchen grundsätzlich vorhandenen Fortschrittsvorstellung: Innovationen, Modernisierungen und Verbesserung des Lebens gehörten zusammen oder könnten wenigstens zusammengehören. Dies ist im Umbruchsszenario nicht mehr so und wird auch nicht mehr so wahrgenommen.

Das Kernproblem also ist, dass die Möglichkeiten der „Bearbeitung" der neuen sozialen Problemlagen in ländlichen Regionen nicht innerhalb, sondern außerhalb der ländlichen Gesellschaft liegen – und dies ist ein gravierendes „Partizipationsproblem". Früher waren es die entscheidenden Probleme, die durch die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft aus sich heraus lösbar waren, während die extern zu bearbeitenden Probleme Nebenprobleme waren. Heute sind es die zentrale soziale Probleme ländlicher Regionen, vor allem das der Erwerbsarbeit und der daran gebundenen Sozialleistungen, die nicht in, sondern nur außerhalb der ländlichen Gesellschaft bearbeitet werden können. Es ist offen-

sichtlich, dass daraus ganz andere kommunikative und politische Formen des Umgangs und der Bearbeitung dieser Probleme folgen und folgen müssen.

Diese Modernisierung der ländlichen Gesellschaft, die zugleich ihre Auflösung sein wird und schon ist, vollzieht sich unabdingbar, endogen, ohne aufgehalten werden zu können. Aber im Unterschied zu vorherigen Modernisierungsschüben schafft sie nicht nur temporäre soziale Probleme, die sie im Kern mit der Modernisierung selbst einer Lösung zuführt, sondern sie muss die sozialen Folgen externalisieren. (Woran man erkennt, inwieweit der moderne Sozialstaat eine Voraussetzung dafür war und ist, dass diese Modernisierung, dieser gegenwärtige Modernisierungspfad überhaupt möglich wurde. Denn in Zeiten, in denen es noch keine umfassenden Möglichkeiten der externen Bearbeitung sozialer Probleme gab, wäre ein Modernisierungspfad, der zur Auflösung der ländlichen Gesellschaft führt, gar nicht möglich gewesen. Alle Innovationen in diese Richtung wären auf massive Hindernisse, ggf. auch auf Gegenwehr gestoßen.)

Nun bedeutet dies nicht, dass an die Stelle der sich auflösenden ländlichen Gesellschaft nicht andere neue gesellschaftliche Integrationsmuster treten könnten oder auch treten werden. Aus unseren Untersuchungen kennen wir solche Prozesse. Die Auflösung der modernen ländlichen Gesellschaft ist nicht der Untergang des Abendlandes. Es geht zunächst aber darum, zu verstehen, dass diese neuen Strukturen nicht aus der ländlichen Gesellschaft selbst entstehen werden, auch wenn ihre Fragmente durchaus eine Rolle spielen könnten.

In dieser Auflösungssituation, in der auch das kompensatorische Handeln der Sozialleistungs- und Subventionssysteme keine der Situation angemessene Form gefunden hat, wird über das qualitative und quantitative Ausmaß der sozialen Folgen und Gefährdungen aber auch der neuen Chancen und Möglichkeiten nicht mit den traditionellen Berichtsmethoden, entlang des Handlungsvollzuges der Sozialleistungsinstitutionen berichtet werden können. Denn diese versuchen selbst erst angemessene Bewältigungsformen zu entwickeln. Aus den Daten ihres Handlungsvollzuges (z.B. Höhe der Sozialausgaben pro Bewohner) kann deshalb nicht mehr auf die Lage der Bewohner geschlossen werden, weil diese von einer Vielzahl von unterschiedlichen, sich teilweise verstärkenden und teilweise kompensierenden Gefährdungslagen betroffen sind, von denen der Bezug der Sozialhilfe vielleicht ihre administrative Definition als „arm“ ausmacht, nicht aber ihre reale Situation als „Überflüssige“ beschreiben kann. Neue methodische Verfahren sind daher notwendig, um diese komplexen Situationen abbilden zu können. Sie bestehen im Wesentlichen darin, dass

- an die Stelle der Typisierung von Personengruppen an Hand „administrativ“ festgelegter Indikatoren (z.B. „Bezug von Arbeitslosengeld II) die Typisie-

rung von Gefahrenlagen durch die Erfassung von Gefährdungsbereichen tritt (s. Abschnitt 2.2) und dass

- durch die Erhebung personenbezogener Daten es möglich wird, Personen diesen Gefährdungsbereichen bzw. Risikolagen zuzuordnen.

Das wollen wir im Folgenden erläutern.

Operationalisierung neuer sozialer Problemlagen

Unsere These ist, dass die im ländlichen Raum ablaufenden wirtschaftlichen und sozialen Prozesse als *Auflösung der ländlichen Gesellschaft in ihrer fordistisch-arbeitsgesellschaftlichen Gestalt* aufzufassen sind. Im vergangenen Abschnitt haben wir versucht, ein differenziertes Bild dieses Auflösungsprozesses, seiner sozialen Folgen und der freilich fragmentarischen Ansätze für neue wirtschaftliche Entwicklungen und für die Bildung von neuem Sozialkapital zu beschreiben. Dieses Bild ist die Synthese einer Vielzahl von Beobachtungen und Untersuchungen in landwirtschaftlichen Betrieben, in Gewerbebetrieben und Clustern, in Dörfern und Städten des ländlichen Raums durchgeführt haben und in die viele andere wissenschaftliche Ergebnisse eingeflossen sind.

Die im Rahmen dieses Projekts durchgeführten Untersuchungen haben wesentlich zur Entwicklung dieser These und zu einer und differenzierten Beschreibung beigetragen. Dabei sind es folgende qualitativen und quantitativen Untersuchungen:

- Tiefenuntersuchung an 3 Orten im Untersuchungsgebiet (zwei Dörfern und einem Stadtteil einer Mittelstadt
    - Besichtigung, Erfassung der räumlichen Verhältnisse, der Siedlungs- und Infrastruktur, der Unternehmen, der Verkehrs- und Versorgungsverhältnisse etc.
    - Telefonische Haushaltsbefragung von 409 Haushalten mit 1119 Personen,
    - Erfassung von insgesamt 128 Datenblättern über die Lebenslage von Haushalten und den in ihnen lebenden Personen
    - 34 auswertbare biographische Interviews mit Personen aus den in Datenblättern dokumentierten Haushalten
    - Expertengespräche mit Bürgermeistern, Schulleitern, Unternehmern, Verkaufsstellenleitern und anderen Personen aus den drei Gemeinden

- Expertengespräche mit Personen der Kreisverwaltung, der Sozialämter, der Arbeitsämter
- Analyse von Akten und Verwaltungsdaten der Sozialhilfe aus den Sozialämtern
- Analyse von Erwerbsverläufen der Erwerbstätigen des Arbeitsamtsbezirks der Untersuchungsregion im Vergleich zu dem ostdeutschen Arbeitsamtbezirk, mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Ostdeutschland, Vergleich mit dem Durchschnitt Ostdeutschland und Westdeutschland (BLH-Untersuchung).
- Auswertung der amtlichen Statistik

(Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die Datenblätter, biographische Interviews und Expertengespräche dem Bericht nicht beigefügt werden. Sie wurden zwar mit Zustimmung der Probanden erhoben, eine Veröffentlichung würde auch bei einer Anonymisierung von Namen und Daten eine Identifizierung der Personen auf Grund der Fallgeschichten und Haushaltsangaben nicht ausschließen, weil die untersuchten Gemeinden sehr klein sind. Eine Offenlegung würde schutzwürdige Interessen der Probanden und in den Fallgeschichten erwähnter Personen verletzen).

Aufgabe war, aus dem komplexen Bild einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft operationalisierbare Beschreibungen der typischen sozialen Problemlagen zu entwickeln, entsprechenden Indikatoren zu bilden und eine Möglichkeit zu finden, diese Problemlagen in Massendaten zu identifizieren. Dieses Vorgehen hat sich als im Prinzip machbar herausgestellt, kann aber nicht als vollkommen abgeschlossen gelten. Einerseits ist die Datenbasis, vor allem wegen der Neuregelung des SGB II und SGB III Bereichs für schätzungsweise drei Jahre nicht anschlussfähig. Zum anderen müssen das Konzept an die neue Datenlage angepasst und seine Operationalisierung weiter erprobt und weiterentwickelt werden.

Bei der Entwicklung einer *Typologie sozialer Problemlagen* haben wir zunächst aus den Beschreibungen der Haushaltslagen und den qualitativen Interviews eine Liste von Problemen aus der Selbstbeschreibung der Probanden und unserer qualitativen Beschreibung der Probleme zu erstellen (Vgl. II 3.). Diese Beschreibung der Problemfelder entsprach weitgehend den Erwartungen. Die gefundenen Problembeschreibungen lassen sich folgenden Bereichen zuordnen:

- Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit
- Arbeitsbedingungen
- Einkommen, laufende Ausgaben

- Vermögen, Schulden
- Familie, Kindererziehung, Kinderbetreuung, Schule
- Mobilität, in den Dörfern vor allem Verfügbarkeit von Kfz und Fahrerlaubnis
- Wohnung, Haus, Garten
- Integration bzw. Isolation im sozialen und familiären Umfeld, Teilnahme an Aktivitäten des Dorfes bzw. anderer Kommunities
- Suchtprobleme, Alkohol und Drogen

Der Versuch, die beschriebenen Probleme jeweils im Kontext mit den Bedingungen des Umfelds zu unterschiedlichen Typen von Problemlagen zu ordnen, funktionierte aber nur für eine kleine Zahl von Fällen. Es stellte sich heraus, dass bei einer an Personengruppen gebildeten Typologie die meisten Personen mehreren Gruppen zugeordnet werden müssten, die Gruppen also sehr unscharf sind, was für die empirische Untersuchung keinen Sinn macht.

Auf der Basis dieses Befundes gelangten wir zu dem Konzept *neuer sozialer Problemlagen*, bei denen nicht einzelne oder wenige spezielle Probleme vorliegen, sondern mehrere in Kombination, oft fast alle möglichen Probleme in verschiedenen Varianten und Verbindungen. Wir haben sie daher *multiple* Problemlagen genannt.

Die daraus abzuleitende These ist, dass wir es in der beschriebenen Umbruchs- und Auflösungsszenario überwiegend nicht mehr mit den spezifischen und unterscheidbaren Problemlagen zu tun haben, die bei einem begrenzten Strukturwandel auftreten (etwa den arbeitslos werdenden Bauarbeiter bei einer Krise der Bauswirtschaft oder den wegen Rationalisierung freigesetzten Landarbeitern, die jeweils spezifische Problemkonstellationen aufweisen, denen mit entsprechenden Maßnahmen, wie Umschulung, Vorruhestand, Umzugsbeihilfen etc. beizukommen wäre).

Vielmehr weisen die multiplen Problemlagen, bei denen die Betroffenen mehr oder weniger alle Probleme in unterschiedlichen Kombinationen aufweisen, gerade auf den spezifischen Unterschied zwischen Umbruch und Strukturwandel hin. Zwar beginnt die Entwicklung einer sozialen Problemlage auch hier meist mit einem einzelnen und spezifischen Problem: jemand wird arbeitslos, eine Familie löst sich wegen einer Scheidung auf, durch Fehler kommt es zu einer Verschuldung, durch Krankheit wird ein Familienernährer (nicht selten auch die Frau) erwerbsunfähig.

Solche spezifischen Problemlagen blieben dann temporärer Art, wenn es den Individuen gelingt, aus eigener Kraft oder auch mit Unterstützung von außen,

das Problem zu überwinden: woanders eine neue Arbeit zu finden, umzuziehen, abzuwandern, eine neue Familie zu gründen etc. In Zeiten dynamischer Entwicklung und prosperierender wirtschaftlicher Möglichkeiten bestehen solche Möglichkeiten, nur ein vergleichsweise kleiner Teil von Personen bliebe übrig, bei denen sich das entstandene Problem nicht in einigen Monaten oder wenigen Jahren lösen ließe.

Hier aber liegt der grundsätzliche Unterschied des Umbruchs- und Auflösungsszenarios: die meisten speziellen sozialen Probleme verstärken sich im Laufe der Zeit, ziehen weitere Probleme nach sich, werden Dauerprobleme, wachsen sich also zu einer multiple Problemlage aus. Dies hat zwei Gründe: Erstens verfügen die Individuen und Haushalte selbst über nur sehr wenige Möglichkeiten, entstandene Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Hier haben wir es mit einem eigenen Gefährdungsbereich zu tun, auf den noch näher einzugehen sein wird. Die Fähigkeit, die Lebensführung neu zu arrangieren, ein entstandenes Problem durch Restrukturierung des eigenen Lebensmodells zu lösen, eine veränderte Lebensperspektive neu zu gewinnen, hängt von eigenen Ressourcen ab – und die sind in den Umbruchskonstellationen oft am Limit: man kommt gerade zurecht, aber passieren darf nichts. Dabei geht es bei Problemlösungen nicht nur darum, welche Ressourcen nicht vorhanden sind, sondern auch darum, dass Lösungsstrategien auf die vorhandenen und jeweils besonderen Ressourcen aufbauen und deshalb zu differenzierten Strategien führen. Eine Familie, die wie auf dem Dorf häufig, ein eigenes Haus mit Garten und Haustieren (einen Resthof) besitzt, wird versuchen, diese Ressource zur Reduzierung der Lebenshaltungskosten einzusetzen. Eine Familie in Wohnblock wird eher über Abwanderung nachdenken. Junge Leute verlassen den Familiensitz eher als alte, kehren aber zuweilen zurück, wenn sie anderswo nur wenig erfolgreich waren bzw. die Eltern alt und hilfebedürftig werden oder sterben, weil man zu Hause „billiger“ leben kann.

Zweitens hängt die Möglichkeit zur Überwindung entstandener Probleme vom Umfeld ab, also von den Möglichkeiten, die der wirtschaftliche und soziale Kontext und die sozialstaatlichen Hilfsangebote liefern. Die trivialste, aber wichtigste Komponente ist das Angebot an Arbeitsstellen, das in dem Krisen- und Umbruchsszenario fast nicht vorhanden ist. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist dann schon fast eine Katastrophe und die Möglichkeiten, das Problem durch einen neuen Arbeitsplatz zu lösen, geht für viele gegen Null. Diese Situation reduziert auch die Möglichkeit, andere Probleme durch Wechsel eines Arbeitsplatzes zu lösen. Wird beispielsweise ein Familienangehöriger krank oder ein Kind schulpflichtig, könnte man ein auf die Lösung dieser Probleme gerichtetes neues Arrangement beispielsweise in einer anderen Beschäftigung suchen, die den zeitlichen Betreuungserfordernissen des Erkrankten oder dem Schulweg des Kin-

des besser entspricht. Da solche nicht zu finden sind, behält man den nur schlecht in die Lebenskonstruktion passenden Arbeitsplatz. Noch simpler: Versuche, durch Wechsel des Arbeitsplatzes zu mehr Einkommen zu gelangen, sind fast unmöglich. Die hohe Arbeitslosigkeit und der fortschreitende Verlust gut bezahlter Vollzeitarbeitsplätze betreffen also nicht nur die Problemlösungskapazitäten der Arbeitslosen, sondern schränken auch die der Beschäftigten enorm ein.

Die Erosion der Möglichkeit, soziale Probleme zu lösen, hängt zentral um Umbruch der Erwerbsarbeit und der hohen Arbeitslosigkeit, aber sie reduziert sich nicht darauf. Der Verlust sozialer Netze und der gewohnten Art öffentlicher Dienstleitungen (die früher stark an die Betriebe gebunden waren) sind weitere Komponenten. Zwar sind einige Infrastrukturbedingungen deutlich verbessert (Telekommunikation, teilweise Straßen und Verkehrswege), andere sind aber deutlich schlechter (kein Dorfladen, keine Dorfkneipe, kein Bürgermeisterbüro, kein LPG-Büro, sondern Amt, Supermarkt und Imbissbude mit Tankstelle in der nächsten Kleinstadt). Der Rückgriff auf die alten Netzwerke, vor allem die der Betriebsbelegschaften oder der Schule, ist nicht mehr möglich. Neu entstehende Netzwerke, z.B. des neuen Sozialkapitals sind nicht überall vorhanden und der Zugang zu ihnen ist selektiv. Auch der Zugriff auf gesetzlich geregelte Sozialleistungen hängt von Kompetenzen, Mobilität und Unterstützung ab, d.h. er ist für manche Personen einfach, für andere schwer. So gibt es bei der Sozialhilfe vor allem unter Alten einen Kreis Bezugsberechtigter, die keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen, weil sie es entweder gar nicht wissen oder die damit verbundenen Aufwendungen nicht auf sich nehmen wollen und können. Interessant ist auch unsere Feststellung, dass die Teilnahme an Dorffesten – also einer wichtigen sozialen Bindung im Umfeld – gerade bei den Personen sehr gering ist, die keine Reserven haben und die eigentlich besonders auf Hilfe angewiesen sind. Auch die Akteure neuer sozialer Aktivitäten sind eher Personen, die noch über Reserven und Ressourcen verfügen.

Spezifisch entstandene Problemlagen kumulieren also in Umbruchs- und Auflösungsszenario zu multiplen Problemlagen, erstens weil die Betroffenen selbst keine oder zu geringe Reserven und Kapazitäten zur Lösung des entstandenen Problems haben, zweitens weil das Umfeld zu wenige Möglichkeiten und Ansätze zu einer dem Problem angemessenen Reorganisation der eigenen Lebensführung bietet und drittens weil die im Umfeld vorhandenen Unterstützungsangebote entweder nicht passen, das Problem nicht lösen können, ganz fehlen oder schwer zugänglich sind.

Wir definieren: multiple Problemlagen sind Kombination mehrerer Probleme, für die die Lösungskapazitäten nicht ausreichen oder nicht vorhanden sind und die die Tendenz haben, kumulativ anzuwachsen und neue Probleme nach sich zu

ziehen. Sie sind typisch für ein Szenario des Umbruchs und der Auflösung tragender gesellschaftlicher Strukturen.

Für eine Operationalisierung dieser Problemlagen scheidet eine Typologie von Personengruppen nach unterschiedlichen „Einzelproblemlagen“ aus. Daher mussten wir einen anderen Weg gehen. Der besteht darin, nicht Personengruppen zu bilden, sondern nach Problemfeldern mit Defiziten oder Risikolagen und Bewältigungsform zu typologisieren und die Personen diesen (je nach Datenlage) zuzuordnen. Eine jeweils besondere Problemlage würde dann als Kombination mehrerer „Gefährdungsbereiche“, mehrerer Defizite oder Risiken anzeigender Indikatoren abgebildet.

Als *operationalsierbare Problemfelder* haben wir benutzt (siehe im Detail Abschnitt II 2.):

a) Erwerbssituation, Erwerbsdefizite und Erwerbsgefährdung

b) Einkommens- und Ressourcensituation, Einkommensdefizite und Ressourcengefährdungen

c) Wohnsituation, Gefährdung der Wohnsituation

c) Mobilität, Mobilitätsgefährdung

d) soziales Umfeld, Familie, soziale Netzwerke im Nahbereich, Familiengefährdung, Gefahr sozialer Isolation

Zur Beschreibung realer Problemlagen, defizitärer bzw. gefährdeter Lebenslagen werden dann, nach den Möglichkeiten der zur Verfügung stehenden Daten, entsprechende Indikatoren genutzt (siehe II. 2.). Wichtig für die Identifizierung von Problemlagen ist aber, die Indikatoren in ihrer Kombination zu nutzen. Dabei bilden die Kombinationen im Prinzip reale Zusammenhänge ab: der Verlust der Fahrerlaubnis (wegen Alkohol am Steuer) führt zum Verlust des Arbeitsplatzes, der Kredit kann nicht mehr bedient werden, die laufenden Ausgaben können nicht gedeckt werden, die Ehegatten zerstreiten sich, einer zieht aus. Oder: der Arbeitsplatz geht verloren, der Erwerbstätige bekommt ein Alkoholproblem, die Fahrerlaubnis geht verloren und die Arbeitssuche muss faktisch eingestellt werden.

Zweite wichtige Komponente der Beschreibung ist die Unterscheidung defizitärer und gefährdeter Lagen. Defizitäre Lagen sind solche, in denen eine Reproduktion einer bestimmten Lebensführung unter den gegebenen Verhältnissen praktisch nicht möglich ist, also faktisch schon eine Notlage besteht. Sie wird entweder kumulativ anwachsen oder durch eine Veränderung des Arrangements – und sei es nur durch die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen und Transfers – überwunden werden müssen.

Im Unterschied dazu sprechen wir von Gefährdungslagen, wenn die laufende Reproduktion der Lebensführung zwar gewährleistet, faktisch aber keine oder nur sehr geringe Möglichkeiten bestehen, zusätzlich entstehende Probleme zu lösen, weil die Ressourcen und Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind.

Auch hier machen erst bestimmte Kombinationen eine Gefährdung aus. So können wir von einer Erwerbsgefährdung sprechen, wenn bestimmte Qualifikation, Alter, Beschäftigungsort oder –branche ein erhöhtes Risiko arbeitslos zu werden, begründen. Das Vorhandensein oder fehlen von Vermögen, Wohnungseigentum, familiären oder sozialen Netzwerken kann dann dazu führen, dass eine Erwerbsgefährung zu einer insgesamt gefährdeten Lebenslage wird oder nicht. Die Beschreibung einer sozialen Notlage erfolgt also, indem die Gesamtheit von defizitären und gefährdeten Problemlagen durch Indikatoren bestimmt wird.

Faktische Notlagen bzw. Gefährdungslagen sind beispielsweise:

a) Erwerbssituation, Erwerbsdefizit: Arbeitslosigkeit oder prekäre Unterbeschäftigung, die den Lebensunterhalt nicht sichert; Erwerbsgefährdung wegen geringer Schulbildung und Qualifikation, hohem Alter, geringen Möglichkeiten am Standort.

Für eine sehr differenzierte Darstellung der Erwerbssituation nutzen wir Verfahren zur Beschreibung unterbrochener Erwerbsverläufe, weil damit nicht nur ein Moment darstellbar ist, sondern der Verlauf und die damit bestehende Gefährdung. Aus Längsschnittdaten ermitteln wir den Anteil von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Maßnahmen und geförderter Beschäftigung in einem bestimmten Zeitabschnitt und klassifizieren den Erwerbsverlauf anschließend als ununterbrochen, stabil, unterbrochen mit oder ohne Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. (Siehe Teil II 4.) Dieses Verfahren, das eng mit unserem Konzept des sekundären Integrationsmodus (siehe folgender Abschnitt) verbunden ist, ermöglicht bei weiter ausdifferenzierter Anwendung, Erwerbssituation und Erwerbsdefizite differenziert zu klassifizieren und Schlüsse auf die Erwerbsgefährung zu ziehen. Dieses Verfahren kann analog auch für zur Klassifizierung von Fallgeschichten oder Befragungsdaten verwendet werden, wenn diese Angaben zum Erwerbsverlauf (Beschäftigungs-, Arbeitslosigkeits- und Maßnahmezeiten) enthalten.

b) Einkommens- und Ressourcendefizite: Einkommen oder Ressourcen reichen nicht aus, um den laufenden Lebensunterhalt zu sichern; Gefährdung: Reserven sind nicht vorhanden, keine oder geringe Möglichkeiten, das Einkommen zu vergrößern oder die Ausgaben zu senken.

c) Wohnsituation: Wohnung ermöglicht nicht, die Lebensführung zu sichern. Gefährdung der Wohnsituation: Gefahr des Verlustes der Wohnung oder Not-

wendigkeit, die Wohnung zu wechseln (z.B. wegen Modernisierung, Vermieterwechsel, Baufälligkeit, Ortswechsel), Gefahr, dass die Wohnung absehbar den Erfordernissen der Familie nicht mehr gerecht wird, z.B. Ein-Raum-Wohnung in Erwartung eines Kindes.

c) Mobilitätsdefizit: Die Anzahl der Kfz ist geringer als die Anzahl der Erwachsenen Personen im Erwerbsalter oder in Ausbildung. Oder es fehlt eine Fahrerlaubnis. Mobilitätsgefährdung: alter PKW kann nicht ersetzt werden, Entzug der Fahrerlaubnis ist z.B. wegen Alkoholproblemen absehbar.

d) Defizite oder Gefährdungen im sozialen oder familiären Umfeld, Gefahr sozialer Isolation: Scheidung der Ehegatten, Wegzug der Kinder, Umzug mit Verlust der Nahkontakte zu Verwandten und Freunden.

Die bislang beschriebenen qualitativen Bestimmungen defizitärer bzw. gefährdeter Lebenslagen sind bis hierhin im Prinzip durch Indikatoren quantitativ erfassbar, auch wenn im Detail weitere Arbeit an solchen Indikatoren und den zu ihrer Messung erforderlichen Datensätzen nötig ist.

Lebensperspektive und paradoxe Lebenskonstruktionen.

Eine sehr wichtige Erkenntnis aus der Analyse sozialer Problemlagen ist, nicht nur die aktuelle Lebensführung und ihre Funktionsfähigkeit (bzw. ihre Defizite oder Gefährdungen) zu erkennen, sondern diese Lebensführung ins Verhältnis zu einer Lebensperspektive zu setzen. Dabei geht es aber nicht um eine rein subjektive Perspektive oder Befindlichkeit. Es geht um eine Perspektive, die in der tagtäglichen Lebensführung wirklich präsent ist und für die Lebensführung eine gestaltende Kraft, eine strukturierende Wirkung besitzt. *Lebenskonstruktion nennen wir diesen Zusammenhang von Lebensführung und einer die tagtägliche Lebensführung praktisch strukturierenden Lebensperspektive*. Man kann sich diesen Zusammenhang durch zwei Beispiele veranschaulichen:

Beispiel 1. Ein junges Paar, beide in Ausbildung, bekommt ein Kind, zieht in eine billige Wohnung und lebt zusammen. Beide sind in Ausbildung, die Wohnung ist zu klein, das Geld reicht vorn und hinten nicht. Aber sie hat gute Aussichten auf eine interessante und ganz gut bezahlte Beschäftigung in einem Betrieb am Ort, gleich daneben ist ein Kindergarten. Er will nach der Ausbildung einen Meisterkurs besuchen und dann vielleicht einen eigenen Handwerksbetrieb gründen und hat sich nach Fördermitteln dafür erkundigt. Beide identifizieren sich mit dieser Perspektive und arbeiten zielgerichtet daran. Trotz aller Defizite, die jeweils nur temporär überbrückt werden können, strukturiert die vorhandene Perspektive den Alltag. Die defizitäre Lebensführung kann also auf

Zeit ausgeglichen werden, weil es eine den Alltag strukturierende, zugleich aber auch realistische Perspektive gibt, die Defizite kompensierbar macht.

Beispiel 2: Ein länger verheiratetes Ehepaar hat ausreichende Finanzen, eine gute Wohnung. Die Frau verliert ihre Arbeit als Sekretärin im Bürgermeisterbüro, weil die Gemeinde nach Zusammenlegung mit anderen keinen Bürgermeister mehr hat, aber das Einkommen reicht trotzdem aus. Aussichten auf eine neue, sinnvolle Beschäftigung – eine Erwerbsarbeit oder auch eine Beschäftigung außerhalb der Erwerbsarbeit in einem interessanten Umfeld ist nicht zu finden, weil die Gattin keine Fahrerlaubnis hat und im nahen Umfeld nichts Annehmbares zu finden ist. Die fehlende Lebensperspektive führt zu Unzufriedenheit und häuslichem Stress, dem Alltag und dem familiären Zusammenhang fehlt zunehmend eine strukturierende sinnvolle Perspektive. Hier gibt es zwar keine defizitäre Lebensführung, aber durchaus eine Gefährdung auf Grund mangelnder Perspektiven zunächst für die Gattin, mittelbar aber auch für den Partner.

Fehlende Perspektiven, die mit einem Mangel an Alternativen zusammenhängen, gibt es nicht nur in Umbruchs- und Auflösungsszenarien, sie treten hier aber gehäuft auf. Weil die Probleme der Auflösung der ländlichen Gesellschaft kaum aus dieser selbst heraus lösbar sind, ist der Mangel an Perspektiven ein gravierendes Problem. Die sozialstaatlichen Hilfen durch Transfereinkommen mögen den laufenden Lebensunterhalt recht und schlecht sicherstellen. Für Ältere kann so eine Brücke in den Altersruhestand eine praktikable Perspektive sein, zumindest, wenn mit einer Rente zu rechnen ist, die gewisse Spielräume für ein sinnvolles Leben einräumt. Für jüngere und mittlere Alterskohorten könnten sozialstaatliche Transfereinkommen und Maßnahmen, wie Umschulungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw. nur eine Brücke sein, wenn sie eine echte praktikable Perspektive eröffnen, also ein normales Erwerbsleben – oder ein funktionierendes alternatives Lebensmodell. Genau dies aber ist in der Umbruchskonstellation kaum der Fall, weil Brücken nur in eine Maßnahmekarriere ohne berechenbare und gestaltbare Perspektive führen. Für Jugendliche, die das Dilemma schon bei ihren Eltern miterlebt haben, dürfte es gerade der Mangel an Lebensperspektiven sein, der den einen Teil zur Abwanderung treibt und einen anderen großen Teil der Jugendlichen in Gettos zum Beispiel der rechten Szene.

Die Frage nach der Lebensperspektive hat insbesondere bei der Neubildung sozialen Kapitals Bedeutung. Hier finden sich nämlich gehäuft neue Lebensführungsmodelle, die defizitäre Problemlagen gerade durch den Versuch neuer Lebensperspektiven zu überwinden versuchen. Die Logik des Überlebens ist, durch einen Perspektivwechsel zu einer Neuordnung der Ressourcen außerhalb der vorgefundenen Lebensmodelle zu kommen.

Für die Untersuchung der Probleme in Umbruchskonstellationen bilden Personen mit *paradoxen Lebenskonstruktionen* eine weitere wichtige und typische Gruppe. Wie Andreas Willisch in einer Reihe von Studien im Umfeld von Umbruchsszenarien der Zeit nach 1990 in Ostdeutschland zeigen konnte, kommt es zu paradoxen Lebenskonstruktionen dann, wenn tagtägliche Lebensführung und praktizierte Lebensperspektive sich widersprechen. Die Lebensperspektive strukturiert den Alltag, widerspricht ihm aber zugleich. Der frisch gebackene Unternehmer, der einen Kurs nach dem anderen besucht und Beratungsliteratur studiert, aber beim Anruf eines Kunden erschrickt (Willisch: Kunde droht mit Auftrag) ist ein Beispiel dafür. Typisch sind also illusionäre Lebensperspektiven, die aus der Beobachterperspektive – und vielleicht auch der Akteursperspektive – unrealistisch sind, aber an denen festgehalten wird und festgehalten werden muss, um die Struktur des Alltags reproduzieren zu können. Paradoxe Lebenskonstruktionen können wahrscheinlich eine ganze zeitlang fortgeschrieben werden, solange es gelingt, die dabei auftretenden Defizite in der Lebensführung immer wieder zu kompensieren. Dazu gehören zum Beispiel manche Schuldenmacher, denen es immer wieder gelingt, ihre Ideen überzeugend für die Gewinnung neuer Gläubiger einzusetzen, oder Fördermittelhopper, die nach jedem, auch einem gescheiterten Projekt, immer wieder einen neuen Förderantrag hervorzaubern und die Löcher des vorigen mit den Mitteln des folgenden stopfen. Aber auch Facharbeiter, die eine Kette von Umschulungen nicht mit dem Verlust der Lebensperspektive quittieren, sondern immer wieder erneut die Position reproduzieren, dass sie es mit dieser Maßnahme schaffen werden, eine neue Arbeit zu finden: aktive Verlierer.

Der Zusammenhang von Lebensführung und in der Lebensführung praktizierter Lebensperspektive (von uns nach Willisch Lebenskonstruktion genannt) bestimmt also, wie mit Defiziten und Gefährdungen umgegangen wird, ob es zu kompensierenden, destabilisierenden oder paradoxen Strategie der Bewältigung sozialer Probleme kommt. Eine Typologisierung der qualitativen Untersuchungen führt dann zu folgendem Bild:

Typen Qualitative Interviews

Typ 1: Helden des Alltags

- Lebenslage: Gefährdungsituationen (mitunter nahe an Defiziten)
- Handlungstyp: aktiver Erhaltungskampf, ohne Gewinn an Status und Spielräumen
- Deutungstyp: Normalisierung
- Lebensperspektive: vorhanden, aber fiktiv

Typ 2: Defizitträger

- Lebenslage: Defizite und mehrere Gefährdungssituation, die noch kompensiert werden können, aber den Handlungsspielraum vor allem wegen der Abhängigkeit von Transfers, Maßnahmen und externer Hilfe einengen.
- Handlungstyp: Rückzugsgefechte
- Deutungstyp: Problematisierend
- Lebensperspektive: erodiert, rückwärts orientiert, teilweise aufgegeben

Typ 3: Paradoxiegefangene

- Lebenslage: Defizite (Erwerbsarbeit gefährdet oder unzureichend)
- Handlungstyp: suchend
- Deutungstyp: in zwei Welten gespalten
- Lebensperspektive: zwischen zwei Perspektiven wechselnd

Typ 4: Brückenbauer

- Lebenslage: temporär gefährdete, kurzzeitige Defizite
- Handlungstyp: abwartend spekulierend
- Deutungstyp: entdramatisierend
- Lebensperspektive: spielt mit Alternativen
-

Typ 5: Marginalisierte

- Lebenslage: Notsituation
- Handlungstyp: ausweichend
- Deutungstyp: alarmierend, an die Außenwelt appellierend
- Lebensperspektive: erodiert, verloren,

Wir haben diese Merkmale aus den qualitativen Untersuchungen gewonnen. Sie können in Fallgeschichten gut identifiziert werden, sind aber in den üblichen Datensätzen nicht oder kaum erkennbar. Es ist aber aus unserer Sicht möglich, sie mit entsprechend gestalteten Fragebögen in Befragungsdaten zu identifizieren. Während aber die aus Problemfeldern gewonnenen Indikatoren für Defizite und Gefährdungen im Prinzip zumindest teilweise in Verwaltungsdatensätzen oder dem SOEP identifizierbar sind, ist dies für die Bestimmung von Lebensperspektiven und paradoxen Lebenskonstruktionen nicht ohne zusätzliche Erhebungen möglich. Inwieweit und wie diese Thematik in ein Berichtssystem einbezogen werden kann, muss in weitergehenden Forschungen geklärt werden.

1.3. Der sekundäre Integrationsmodus als Regulierungsweise neue sozialer Problemlagen

Im Zusammenhang mit der Analyse der neuen sozialen Problemlagen entstand das Konzept des sekundären Integrationsmodus als der Art und Weise der Bearbeitung und Regulierung dieser Problemlagen. Das zentrale soziale Problem des Umbruchs ist die Erosion der Erwerbsarbeit und die damit verbundene Exklusion eines Teils der Erwerbsbevölkerung aus dem Erwerbssystem, das Entstehen *überflüssiger* Erwerbsbevölkerung. Im Zentrum der Regulierung, des sekundären Integrationsmodus, steht auch die Erwerbsarbeit: Bearbeitung der Exklusion durch sekundäre Integration bedeutet, dass soziale Probleme durch ein System der *Simulation von Erwerbsarbeit* und der fiktiven Kontrolle der Erwerbsorientierung bearbeitet werden, Überflüssige dadurch also *sekundär* integriert werden. Die Gesellschaft, gesellschaftliche Organisationen, insbesondere der Staat, reagieren auf die sozialen Probleme mit Interventionen, Transferleistungen und Maßnahmen und mit sozialer Kontrolle. Die konkrete Gestalt der neuen sozialen Problemlagen wird nicht durch den Umbruch und die Auflösung der ländlichen Gesellschaft für sich bestimmt, sondern ebenso durch die Art und Weise ihrer gesellschaftlichen Bearbeitung und Regulation.

Die Erkenntnis, dass in den 90er Jahren zunächst endogen und unintendiert eine neue gesellschaftliche Regulationsform sozialer Probleme entstanden ist, gewannen wir aus drei unterschiedlichen Quellen:

1. Zunächst zeigte sich in den *qualitativen Fallbeschreibungen*, dass ein großer Anteil der Probanden mehrfach zwischen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen (Umschulungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen hin und her wechselte, teilweise unter Einschluss von

zeitweiliger Beschäftigung in geförderten Projekten (z.B. der EU-Strukturfonds) oder auch ungeförderter zeitweiliger Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Dieser Wechsel konnte aber nicht als Brücke interpretiert werden, die zurück in eine dauerhafte stabile Erwerbstätigkeit führt. Unsere Arbeitshypothese, dass diese neue Art sich wiederholenden Wechselns zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen und zeitweiligen Beschäftigungsverhältnissen inzwischen als eigenes Regime der Bearbeitung sozialer Probleme aufzufassen ist. Bereits Ketzmerick (2001) hatte diesen Erwerbsverlauf als „Maßnahmeverlauf“ bzw. „Maßnahmekarriere“ beschrieben, allerdings nur für einen speziellen Bereich. Wir meinten, in dieser Verlaufsform eher die typische Gestalt der Bearbeitung sozialer Problemlagen neuen Typs sehen zu können, die sich im Laufe der 90er Jahre in Ostdeutschland entwickelt hat.

2. Beobachtungen in Sozialämtern, vor allem in der „Hilfe zur Arbeit“, und in den Arbeitsverwaltungen ließen sowohl unter den Betroffenen als auch in den Arbeitsverwaltungen stabile Erwartungen und Handlungsmuster erkennbar werden, die genau diese Verlaufsform von Exklusion durch sekundäre Integration zur Grundlage hatten. Ein großer Teil der Arbeitslosen, vor allem älterer und mittlerer Jahrgänge, erwarten nach einer bestimmten Zeit, an einer Maßnahme teilnehmen zu können – in den 90er Jahren vor allem, um neue Ansprüche auf ALG zu erwerben, seitdem das nicht mehr möglich ist, wegen des etwas höheren Einkommens oder „um mal raus zu kommen“. Das Bauen einer Brücke, die zwar kaum in eine neue vollwertige Beschäftigung, aber dann eben doch zur nächsten Brücke führt, ist besonders für diejenigen wichtig, die die Altersrente schon als mögliche Lösung sehen – was auch bei 50jährigen nicht selten der Fall sein kann. Jüngere, vor allem die Einsteiger ins Erwerbsleben, scheinen die Maßnahmen eher abzulehnen. Wer die Perspektive einer erwerbsorientierten Lebensführung praktiziert, muss entweder abwandern oder sich im Wettbewerb um die wenigen Arbeitsplätze in der Region besonders gut positionieren und clever agieren. Es sieht aber so aus, dass ein relevanter Teil der jungen Erwachsenen eine erwerbsorientierte Lebensperspektive gar nicht erst entwickelt, zumindest als praktiziertes Modell der Lebensführung auch nicht entwickeln kann. Hier entstehen Modelle des Lebens und Überlebens ohne Erwerbsarbeit, also Orientierungen, die Transfers nicht als Brücken, sondern als Lebensgrundlage benutzen und die die Maßnahmen nur als ein notweniges Übel mitmachen oder versuchen, sie möglichst zu umgehen.

   Die Orientierung an Maßnahmeketten ist auch bei den Arbeitsverwaltungen eine eingeübte Strategie für die Mehrzahl der Fälle, in denen nur geringe Vermittlungschancen bestehen: „Wir können nichts anderes machen, als die

Leute in Bewegung zu halten.“ (Arbeitsvermittlerin). „Wir schieben eigentlich die Leute mehr von einem … oder nutzen ein Instrument und das nächste Instrument und noch ein Instrument, aber das fruchtet nicht … Aber das ist hier so, … weil die Arbeitsstellen denn nicht sind. Wir machen viel und bewegen auch viele Leute, und es sind auch ganz viele interessiert, und die tun auch und machen, aber der Erfolg bleibt dann aus.“ (Arbeitsgruppenleiter).

3. Eine empirisch genaue Darstellung des sekundären Integrationsmodus wurde dann mit einer Analyse von Längsschnittdaten der Agentur für Arbeit am IAB durchgeführt. Mit diesen Daten konnte der Erwerbsverlauf, d.h. der Wechsel zwischen Beschäftigung, Leistungsbezug (Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe) und Maßnahmen einschließlich des Wechsels des Arbeitgebers bzw. anderer Formen der Unterbrechung des Erwerbsverlaufs im Zeitraum von 1995 bis 2000 (zunächst) rekonstruiert werden. Dabei zeigte sich, dass etwa ein Drittel der in den Daten erfassten Erwerbspersonen (alle, die im Zeitraum irgendwann eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatten oder Leistungen der BA bezogen haben, es fehlten erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger) Erwerbsverläufe aufwiesen, die unserem Modell des sekundären Integrationsmodus entsprechen. (Vgl. II. 4.)

Im Zentrum des primären Integrationsmodus als der „normalen“ sozialen Regulation der Erwerbsarbeit, wie sie im Fordismus der 60er Jahre entstanden ist, steht die Regulation von Erwerbsarbeit, zu der vor allem staatliche, tarifliche und betriebliche Institutionen und Instrumente gehören. Sie regelt neben Arbeitszeiten, Entlohnung, Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung usw. auch die für die fordistische Entwicklung typischen sozialen Probleme, vor allem also die Arbeitslosigkeit, die sich aus konjunkturellen Schwankungen und dem Strukturwandel ergibt. Die dabei entstehenden speziellen sozialen Probleme werden durch Transfereinkommen und solche Instrumente geregelt, die Betroffene kurzfristig oder mittelfristig in Erwerbsarbeit zurückbringen (Umschulung, Qualifizierung, Umzugshilfen etc.) oder das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben unterstützen (vor allem durch Vorruhestandsregelungen). Normalerweise sind es also Brücken, die zu einer Normalisierung des Erwerbsverlaufs führen. Die Größenordnung von Problemlagen, die so nicht gelöst werden können, ist vergleichsweise gering, Überflüssige bilden in einer normal funktionierenden fordistischen Sozialökonomie daher nur eine kleine Randgruppe.

Unter den Umbruchsbedingungen und den speziellen Szenarien einer sich auflösenden ländlichen Gesellschaft haben wir es aber nicht mehr mit den speziellen Problemlagen temporärer Arbeitslosigkeit zu tun, sondern mit überflüssiger Erwerbsbevölkerung, die zumindest mittelfristig anwächst. Die Regulation der

damit verbundenen Probleme wird daher selbstbezüglich, sie löst die Probleme nicht auf, sondern bearbeitet und reproduziert sie.

Tendenziell hat sich eine solche Entwicklung bereits mit der steigenden Sockelarbeitslosigkeit in Westdeutschland in den 80er Jahren angebahnt, aber zunächst führte diese Entwicklung nur dazu, dass die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Zahl der Arbeitslosen in den fordistischen Sozialsystemen und der aktiven Arbeitsmarktpolitik anwuchs und die Kosten stiegen. Die neue gesellschaftliche Praxis des Umgangs mit diesen Problemen entstand in Ostdeutschland – zunächst als Folge des Transformationsschocks und der sich anschließenden Deindustrialisierung, die zu Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent führten, die nicht wieder zurückgingen, sondern sich dauerhaft auf diesem Niveau einpendelten. Für die ländlichen Regionen ist es die oben beschriebene Reorganisation der Agrarwirtschaft und die daraus folgende Auflösung der ländlichen Gesellschaft, die zur Erosion der Erwerbsarbeit und dem Entstehen überflüssiger Erwerbsbevölkerung geführt haben, die bis auf wenige Ausnahmen eher noch über dem Niveau der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland insgesamt liegen.

Mit der deutschen Einheit wurden zunächst die Institutionen der Regulation sozialer Probleme, vor allem das System der Arbeitslosenversicherung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik, weit gehend übertragen. Der übliche fordistische Modus der Bearbeitung von Problemen des Konjunkturverlaufs und des Strukturwandels durch Vermittlung, Umschulung, Vorruhestand etc. konnte nicht greifen, denn die zu lösenden Probleme waren nicht temporärer Art, es handelte sich nicht nur um einen beschleunigten Strukturwandel. Daher veränderte sich zwangläufig die Praxis, es entstand ein eigenes System von Verfahren, Institutionen und Organisationen (diverse Maßnahmetypen, Fallmanagement, Beratungsangebote, Regelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Langzeitarbeitslose, Trägerstrukturen), mit dem Arbeitslosigkeit nicht überwunden, aber als Dauerproblem bearbeitet wird, mit dem Arbeitslose in „Bewegung“ gehalten, „integriert“ werden.

Unsere Untersuchungen sozialer Problemlagen in einer Region Mecklenburg-Vorpommerns und die Analyse von Erwerbsverläufen mit Verlaufsdaten der Bundesagentur für Arbeit zeigen die Verteilung von Erwerbsarbeit, Leistungsbezug (Lohnersatz) und Maßnahmen (Umschulungen, ABM, SAM) im Erwerbsverlauf zwischen 1995 und dem Jahr 2000 (Alda u.a. 2004, Land 2004).

- Knapp die Hälfte der Ostdeutschen in abhängiger Beschäftigung befand sich nach wie vor in Erwerbsverläufen, die dem klassischen fordistischen Erwerbsverlauf zu entsprechen scheinen, also kaum aus Arbeitslosigkeit resultierende Lücken aufweist. Weitere 10 Prozent weisen in den Beschäftigungssequenzen kurze Unterbrechungen auf, die man als „Sucharbeitslosigkeit“ interpretieren kann. Zusammen mit den ununterbrochen Beschäftig-

ten beträgt das Segment „quasi-fordistischer“ Erwerbsverläufe also etwas mehr als 58 Prozent[1]. Diese Verläufe kann man als Wirkungsbereich primärer arbeitsgesellschaftlicher Integration betrachten. Man muss aber davon ausgehen, dass dieser Anteil in den letzten Jahren parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weiter zurückgegangen ist.

- Auf der anderen Seite finden wir einen geringen Anteil von Personen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind. Er liegt mit etwa 7 Prozent der SV-Erwerbstätigen im Osten zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus und der Anteil der Dauerarbeitslosen an allen Arbeitslosen war geringer als im Westen.[2]
- Deutlich größer ist der Anteil der Personen mit „unterbrochenen Erwerbsverläufen“, er erreicht die Größenordnung von einem Drittel der Erwerbstätigen. Bei etwa sieben Prozent dieser Verlaufsform überwiegen Beschäftigungsanteile, sie bilden einen Bereich, den man noch einer primären Integration in das Erwerbssystem zuordnen kann, aber hier muss man von Erwerbsgefährdung sprechen. Unter den Bedingungen weiteren Beschäftigungsrückgangs und bei zunehmendem Alter der Beschäftigten ist zu erwarten, dass viele dieser Erwerbsverläufe sich in Richtung einer sekundären Integration entwickeln.
- Mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen war die überwiegende Zeit des beobachteten Erwerbsverlaufs in Leistungsbezug oder in Maßnahmen. In der Altergruppe über 50 Jahren liegt der Anteil zu Ungunsten der stabil Beschäftigten deutlich höher.
- Die Kombination von Arbeit und Transferbezug, der Kombilohn, ist in diesen Erwerbsverläufen praktisch schon gegeben. Die Leistungsempfänger und Maßnahmeteilnehmer werden zur Flexibilisierungsressource der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber.
- Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass diese Zahlen zwischen den ostdeutschen Arbeitsamtsregionen nur um wenige Prozent differieren. (Alda u.a. 2004)

---

1 Selbständige, Sozialhilfeempfänger und ein großer Teil der prekären Beschäftigung sind von der Datei nicht erfasst, der Anteil stabiler Beschäftigung wäre noch etwas geringer, wenn man diese Personenkreise berücksichtigen würde.

2 Dieser Anteil wäre bei Berücksichtigung der Sozialhilfe deutlich höher. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II gehören die meisten ehemaligen Sozialhilfebezieher zur Kategorie der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und beziehen ALG II. Damit sind sie nicht nur faktisch, sondern auch formell in das System der Bearbeitung im sekundären Integrationsmodus einbezogen. Die meisten würden sich nach 2005 in der Gruppe mit unterbrochenen Erwerbsverläufen befinden.

Diese Untersuchungen zeigen aus unserer Sicht, dass wir es weder mit einer gleichmäßigen Erosion der Erwerbsarbeit in der gesamten Erwerbsbevölkerung zu tun haben, aber auch nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen von Erwerbsarbeit ganz ausgeschlossen ist. Die Intensivierung der Bearbeitung von Langzeitarbeitslosigkeit nach 2000 und besonders ab 2005 wird diesen Anteil formal weiter reduzieren: alle Arbeitslosen, nun auch die erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfänger werden systematisch in Maßnahmen einbezogen.

Würde man den besonders in den vergangenen Jahren schnell wachsenden Sektor geringfügiger und geförderter aber nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – interpretiert als Unterbeschäftigung oder defizitäre Beschäftigung – ganz oder teilweise hinzurechnen, käme man zu dem Ergebnis, dass in der von uns untersuchten Region mehr als 50 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr in fordistischen Erwerbssituationen agieren.

Wie funktioniert die gesellschaftliche Form der „Regulation“ der „Überflüssigen“, dieser neuen sozialen Problemlagen? Wir würden den sekundären Integrationsmodus durch folgende Merkmale charakterisieren:

- Der sekundäre Integrationsmodus ist eine institutionell geregelte soziale Praxis der Bearbeitung neuer sozialer Problemlagen, die aus der Erosion der Erwerbsarbeit und dem Entstehen überflüssiger Erwerbsbevölkerung entstehen und der diesen neuen sozialen Problemlagen ihre konkrete Gestalt gibt. Diese Praxis besteht darin, Probleme durch Überbrückung zu überbrücken, also Brücken an neue Brücken zu bauen. Der sekundäre Integrationsmodus ist in hohem Maße selbstreferentiell.
- Zum sekundären Modus gehört ein eigenes System von Verfahren, Institutionen und Organisationen (diverse Maßnahmetypen wie ABM, SAM, Umschulungen, Qualifikationsmaßnahmen, Kurse, Bewerbungstraining, Projektarbeit und neuerdings die Ein-Euro-Jobs, das Fallmanagement, Beratungsangebote, Regelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Langzeitarbeitslose, Trägerstrukturen), mit dem Arbeitslosigkeit nicht überwunden, aber als Dauerproblem bearbeitet wird, mit dem Arbeitslose in „Bewegung“ gehalten, „integriert“ werden. Alle diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, Bedingungen für die Wiederherstellung einer normalen (also fordistischen) Erwerbsarbeit wiederherzustellen und simulieren deshalb Erwerbsarbeitsbedingungen, ohne wirkliche Erwerbsarbeit zu sein. Zugleich können sie aber praktisch nicht auf die Widerherstellung von Erwerbssituation gerichtet sein; dies kann zwar im Einzelfall gelingen, aber nicht massenhaft, denn jeder Erfolgsfall produziert einen Überflüssigen an anderer Stelle, solange die Umbruchssituation andauert. Der sekundäre Integrationsmodus schafft keine Erwerbsarbeitplätze, sondern Maßnahmen, simuliert den Anschluss „Er-

werbsarbeit“ nur. Der daraus entstehende typische Verlauf ist der Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen mit oder ohne Anteile geförderter oder auch nicht geförderter Beschäftigung.

- Im Unterschied zum primären Integrationsmodus werden die neuen sozialen Probleme nicht mehr als zu regulierende gesellschaftliche Disproportionen (Mismatch) wahrgenommen und bearbeitet, sondern als Probleme der Personen. Voraussetzung und Resultat einer Bearbeitung dieser neuen sozialen Probleme ist eine personale Identifizierung, also die Zuschreibung der Probleme als Merkmale der Individuen, die dadurch zu „Betroffenen mit Integrationsdefiziten“ werden. Die Bearbeitung der so personalisierten Defizite erfolgt unter der fiktiven Prämisse ihrer Überwindung. Im Zuge dieser Zuschreibung und der Bearbeitung von Defiziten an der Person wird der multiple Charakter dieser Problemlagen erkennbar: was mit Arbeitslosigkeit und Mindereinkommen anfing, wird im Zuge der Behandlung des Überflüssigen immer komplexer: Qualifikations- und Motivationsdefizite werden festgestellt, Mobilität und Flexibilität sind zu gering, die Ressourcen reichen nicht zum Lebensunterhalt, Familienprobleme, Schulden, Sucht und sozialer Kompetenzmangel werden diagnostiziert und sollen durch Maßnahmen und Anreize „behandelt“ werden. Am Ende stellt sich heraus, dass jeder Überflüssige mehr oder weniger alle Probleme hat, die man nur haben kann – das eine mehr, das andere weniger.

Mit den Hartz-Gesetzen der Agenda 2010 erfolgte schließlich im Nachhinein die abschließende Institutionalisierung (Institutionen folgen der veränderten Praxis, wie man hier sieht). Mit dieser Institutionalisierung erfolgten zugleich die rechtliche und organisatorische Abkopplung des sekundären Integrationsmodus vom primären sowie die Begrenzung des Teilhabeprinzips, das für den sekundären Integrationsmodus faktisch nicht gilt. Die Leistungen, die dem Einzelnen für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, werden nicht durch Teilhabe, sondern durch Existenzsicherung bemessen, sie und noch mehr alle darüber hinausgehenden Leistungen, die an sich auf die Wiederherstellung von Teilhabe zielen – wie Qualifizierung, Arbeitsgelegenheiten, Unterstützung von Bewerbungen etc. – liegen außerhalb der Verfügungsgewalt und Selbstbestimmung des Individuum, sie werden staatlich verordnet und kontrolliert, sind an verpflichtende Bedingungen geknüpft, sind also gerade das Gegenteil von Teilhabe. Fürsorge und Kontrolle ist das Leitmotiv, ins Offizielle übersetzt: Fördern und Fordern.

Im Umbruch haben wir es also nicht einfach mit Rückgang oder Zusammenbruch der sozialen Regulation zu tun, auch nicht mit allgemeiner Exklusion aus dem System der Erwerbsarbeit und ihrer sozialen Sicherung, sondern mit einer

neuen Form der Regulation der Krise: dem Versuch, die Krise der Erwerbsarbeitgesellschaft mit den Mitteln der Simulation Erwerbsarbeit zu bewältigen.

2 SOZIALBERICHTERSTATTUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

2.1 Sozialberichterstattung als pragmatisches Erkenntnisprojekt

Nach herkömmlicher Konzeption und Praxis soll Sozialberichterstattung Erkenntnisse gewinnen, sie aufbereiten und für praktisches, sozialpolitisches Handeln zur Verfügung stellen. Sie soll zu Tage fördern, was vorher noch nicht bekannt war und das aus ihr folgende Handeln so rationalisieren, dass es immer an den Zustand und den Wandel der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bevölkerung angepasst werden kann (Noll, Schrader 2003). Dies wird erleichtert, wenn die Datenbasis der Sozialberichterstattung sich (jedenfalls dem Anspruch nach) sowohl auf „objektive Indikatoren“, als auch auf „subjektive Indikatoren“ bezieht, die das Wohlbefinden messen (Bartelheimer 2001:20). So versucht vor allem die deutsche Sozialindikatorenforschung „diese beiden Forschungstraditionen und Messkonzepte zu integrieren und Wohlfahrt (...) sowohl über die objektiven Lebensbedingungen als auch über das subjektive Wohlbefinden zu definieren und empirisch zu erfassen“ (Noll 1999:18).

Andere Autoren, wie zum Beispiel Schupp u.a. (1996) sehen die Funktion der Sozialberichterstattung darin, sozialen Wandel durch Dauerbeobachtung zu erfassen und dessen wohlfahrtsrelevante Dimensionen in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu stellen (Schupp 1996:13). Die dafür notwendigen Konzepte und Methoden sind in den letzten 30 Jahren immer weiter entwickelt worden und die Interpretationsmöglichkeiten der Sozialberichterstattung sind vor allem durch personen- bzw. haushaltsgestützte Umfragen (SOEP, BIBB/IAB, Mikrozensus) entscheidend erweitert worden. So wird es möglich zum Beispiel „Arbeitslosigkeit“ nicht nur als Verteilung von Arbeit in der Erwerbsbevölkerung zu einem Zeitpunkt zu betrachten, sondern als *ein* Element konkreter individueller Lebenslagen und ihrer Veränderungen im Zeitverlauf. Dadurch kann ein Perspektivwechsel erreicht werden, der dazu führen kann, dass Veränderungen in *Verteilungen* als Veränderungen der *sozialen Dynamik* gedeutet werden können. Zunehmend wird deshalb die Datenbasis der Sozialberichterstattung über die „amtliche“ Statistik hinaus auf die Erfassung personengebundener Ereignisse ausgedehnt.

Aber auch diese Erweiterung konnte noch nicht dazu führen, dass einige grundsätzliche Schwierigkeiten umgangen werden können, mit denen die Sozialberichterstattung konfrontiert ist, wenn sie in ihrer jetzigen Form und mit ihrem jetzigen Interpretationshorizont zur Quantifizierung und Qualifizierung sozialer

Phänomene bzw. der sozialen Dynamik einer Gesellschaft beitragen möchte. Es treten vor allem folgende Probleme denen im weiteren Verlauf nachgegangen wird auf.

- Das Auseinanderfallen der Berichtsebenen (Bundesebene, Landesebene, selten die Kreisebene) und der Ebene auf der konkretes sozialpolitisches Handeln in Deutschland stattfindet.
- Die enge Verknüpfung von *amtlichen* (gesetzlichen) Festlegungen (z.B. von Sozialhilfeberechtigung oder von Armutsgrenzen) und den daraus abgeleiteten Folgerungen für die *soziale Lage* von Gruppen und/oder Individuen.
- Die Fixierung der Probleme über die berichtet werden soll an den Paradigmen, einer fordistisch geprägten Arbeitsgesellschaft. Soziale Entwicklung wird dann am Maßstab der für den Fordismus typischen Wohlfahrtsentwicklung und den dafür relevanten Indikatoren gemessen, soziale Probleme erscheinen als Abweichungen von dieser typischen Wohlfahrtsentwicklung. Geht man aber von der These aus, dass die reale Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre durch den Umbruch der fordistischen Arbeitsgesellschaft bestimmt wird und spitzt sie für die Auflösung ländlicher Gesellschaften zu, dann ist zu fragen, wie sich dieser Umbruch in den Lebenslagen der Individuen widerspiegelt. Nach unserer Erkenntnis entstehen neue soziale Problemlagen, die nicht einfach als „Verminderung von Wohlfahrt“ dargestellt werden können, für deren Beschreibung und Deutung ein anderes, für den Umbruch geeignetes Modell sozialer Probleme entwickelt werden muss.
- Sozialberichterstattung greift Probleme auf, die im Wesentlichen durch die Erosion der fordistischen Erwerbsgesellschaft und das Versagen von Arbeitsmärkten entstanden sind, und berichtet über Lösungen, die sich eben auf diese Arbeitsmärkte beziehen (vergl. Erläuterung des zweiten Integrationsmodus, Abschnitt 2.1). Die scheinbar nahe liegende Schlussfolgerung, die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte wieder herzustellen, weil dann die Mehrzahl der sozialen Probleme verschwinden oder sich stark vermindern würde, bedeutet aber wissenschaftlich einen Zirkelschluss. Die Probleme des Umbruchs können zwar nur relativ zu der „normalen“ fordistischen Arbeitsgesellschaft beschrieben werden. Daraus folgt aber nicht, dass sie auch mit deren Mitteln gelöst werden können. Sozialberichterstattung als scheinbar nüchterne Bilanzierung wird hier faktisch mit dem Problem der Offenheit von Entwicklung konfrontiert, insbesondere dann, wenn aus der Berichterstattung Planungs- und Handlungsempfehlungen folgen sollen.

2.1.1 Probleme lösen oder Legitimation sichern?

Die Erkenntnisfunktionen der Sozialberichterstattung bezieht sich, wie Lutz (2001:88) betont nicht nur auf den Wissenschaftsbetrieb sondern auf

- praktisches Handeln und Problemlösen,
- Bestandsicherung und oft genug Legitimation (Hofberichterstattung),
- Veröffentlichung von Zuständen die jenseits des öffentlichen Konsens liegen (Thematisierung Funktion)
- Qualitätssicherung und Evaluation der eingesetzten Maßnahmen, Programme, etc.

Unter dem anwendungsbezogenen Aspekt wird das Verhältnis von Steuerung, Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen diskutiert (z.B. Oppen 1990; Reis, Schulze-Böing 1998). Diese Diskussion verlässt nur zögerlich den als sicher und rational unterstellten Zusammenhang von Berichterstattung und Steuerung bzw. Handeln (Riegler 2002). Erst in jüngster Zeit wird gefragt, ob soziale Dynamik überhaupt auf der Grundlage von Berichten „gesteuert“ oder beeinflusst werden kann oder ob die Berichte nicht nur die Ergebnisse vergangener Handlungsprozesse der Administration wiedergeben können, deren Bezug zur intendierten Richtung einer Steuerungsabsicht kaum mehr herstellbar ist. In dieser Debatte wird die fragwürdige und empirisch wenig gesicherte Verknüpfung von Erkenntnis und Handeln, wie sie vor allem in den siebziger Jahren in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Sozialberichterstattung formuliert wurde (SPES-Projekt 1976) nicht den Unzulänglichkeiten der Sozialberichterstattung selbst angelastet, sondern viel eher den dahinter stehenden Konzepten politischer Steuerung und der Steuerung sozialer Prozesse. Dies geschieht unter zwei miteinander verknüpften Aspekten: Die als linear aber komplex und kompliziert unterstellte Ursache - Wirkungsbeziehungen die den alten Steuerungskonzepten zu Grunde liegen stellen sich weder als empirisch haltbar noch praktisch fruchtbar heraus. Sie werden daher zunehmend durch Governance-Konzepte ersetzt. Governance (Schuppart 2006) wird dabei eher als Gesamtheit des politischen und administrativen Handelns in Auseinandersetzung mit den „Behandelten“ gesehen und nicht als intendierter oder gar linearer Steuerungsprozess. Die Ergebnisse dieser Prozesse werden deshalb im Wesentlichen auch als emergent betrachtet, können also nicht auf einzelne Elemente des Handelns übergeordneter Systemebenen mehr zurückgeführt werden (Heintz, 2004; Lutz, 2003; Mayntz, Nedelmann, 1993, Mayntz 2004).

Vor allem von Renate Mayntz (2001), in unserem Fall aber auch von Reis und Schulze-Böing (1998) wird bezweifelt dass überhaupt eine Steuerungs- und Problemlöse-Absicht im Zusammenhang von Berichterstattung bzw. auf der

Grundlage empirischer Informationen besteht. Mayntz argumentiert das sich zwar durchaus neue Situationen aus dem Handeln der politischen Administration bzw. ihrer Akteure ergeben können, dass aber weder auf die hinter dem Handeln liegenden Absichten bzw. gar auf Problemlöse-Absichten geschlossen werden könne. Vielmehr sei das Handeln die Voraussetzung für die Legitimationssicherung um die es der politischen Administration letztlich gehe.

2.1.2 Lokale Handlungsebene - repräsentative Berichtsebene

Der Sozialstaat wirkt lokal (Krätke, Schmoll 1987; Klatt 1997:153). Wie autonom der lokale Sozialstaat tatsächlich ist oder ob er nur Ausführungsorgan oder schon Gegenmacht darstellt wie Krätke und Scholl fragen, kann letztlich nur empirisch geklärt werden. Wird jedenfalls ein Handlungsaspekt mit der Sozialberichterstattung verknüpft, so landet man schnell auf lokaler, kommunaler oder regionaler Ebene, wenn man Untersuchungen über fiskalische Probleme der Umverteilung und allgemeine Verteilungs- und Gerechtigkeitsaussagen einmal außer Acht lässt.

Damit ist zweierlei verbunden. Erstens reduziert sich sozialpolitisches Handeln auf die Umsetzung dessen, was gerade als Sozialpolitik definiert ist und im Rahmen des fiskalisch möglichen und rechtlich Gebotenen umgesetzt werden kann bzw. umgesetzt werden muss. Zweitens hebt sich die repräsentative Sozialberichterstattung in ihrer lokalen Anwendung auf, weil die repräsentativen Datenquellen und die Haushaltsbefragungen nicht in der Lage sind auf der Ebene des konkreten und angewandten sozialpolitischen Handelns die spezifischen ländlichen/regionalen Probleme zu identifizieren. Und um den Widerspruch noch zu zuspitzen: falls lokale Sozialpolitik so viel Spielräume hätte um auch „Gegenmacht“ zu sein, also flexibel von den vorgesehenen Normen abweichen kann, könnte die verteilungsorientierte und auf administrativen Daten beruhende Sozialberichterstattung keinen empirischen Beitrag dazu leisten, diese Annahme zu verifizieren oder zu falsifizieren, da sie den Gegenstand des flexiblen Handeln (also die Besonderheit sozialer Probleme auf lokaler Ebene) gar nicht abbilden kann. Um ihre Nützlichkeit für die lokale Sozialpolitik zu erweisen muss die Sozialberichterstattung lokal/regional angelegt sein. Ihr Interpretationshorizont sollte möglichst deckungsgleich mit ihrem Handlungshorizont sein.

2.1.3 Die amtliche Definition sozialer Problemlagen

Im Amtsdeutsch gibt es keine Problemlagen. Hier gibt es Zugangs- bzw. Leistungsberechtigungen und das Eintreten des Leistungsfalls. Sowohl der Kreis der Leistungsberechtigten, als auch die Schwelle jenseits derer ein Ereignis als „Leistungsfall“ definiert wird sind gesellschaftlich beziehungsweise politisch ausgehandelt und erst dann juristisch kodifiziert. Der Kreis der Leistungsberechtigten wird danach festgelegt, wer zu denen gehören soll, denen ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusteht. Der Leistungsfall tritt ein, wenn sich jemand aus dem Kreis der Zugangsberechtigten ein selbstbestimmtes Leben nicht aus eigener Kraft ermöglichen kann. Insofern sich bei einem Leistungsberechtigten der Leistungsfall ereignet und eine „Maßnahme“ vorgenommen wird, wird diese amtlich erfasst und die Person kann als „Fall“ in eine Statistik eingehen. Statistiken, die auf solche Weise zu Stande kommen repräsentieren den amtlichen Handlungsvollzug bezogen auf einen individuellen Fall (eine Bedarfsgemeinschaft ist zunächst auch ein individueller Fall). Je nach Berichtsgegenstand (Sozialberichte, Armutsberichte, Arbeitsmarktberichte, Gesundheitsberichte, Kinder- und Jugendberichte) wird über Fälle aus dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Institution oder Organisationen berichtet. Damit ist zweierlei nicht geleistet:

- *Kontinuität* über die Entwicklung von sozialer Dynamik bzw. von sozialen Problemen. Vielmehr liefert diese „normale“ Art der Berichterstattung Momentaufnahmen über die jeweils aktuelle Verteilung von Leistungsbezügen zu einem bestimmten Zeitpunkt.
- *Zuordnung* der Leistungen zu den Individuen. Sie findet zwar ihr rekonstruierbares Abbild in „den Akten“ der Sozialverwaltung. Aber ihre systematische Verarbeitung verbietet sich in den meisten Fällen nicht nur aus Datenschutzgründen, sondern auch aus pragmatischen Gesichtspunkten denn der Aufwand ist erheblich um diese individuelle „Aktenlage“ transparent und zusammen mit anderen „Aktenlagen“ interpretierbar zu machen. So fanden solche Erhebungen praktisch nur im Rahmen von wissenschaftlichen Projekten, manchmal auch in Städten und Gemeinden statt, wenn es dafür entsprechende Protagonisten (und Praktikanten) gab. Da inzwischen jedoch die meisten Gemeinden über eine edv-gestützte Erfassung und Bearbeitung ihrer „Fälle“ verfügen und diese Erfassungs-Routinen auch über eine anonymisierbare Berichtsfunktion verfügen, kann inzwischen das Leistungsgeschehen in seiner Dynamik und bezogen auf Individuen erfasst und interpretiert werden. So wird z.B. klar, wie lange die durchschnittliche Verweildauer für bestimmte Bevölkerungsgruppen in einem bestimmten Leistungssegment ist, wer eine höheren oder niedriges Einstiegs und Ausstiegsrisiko hat

und in welchem Zusammenhang der Bezug von Sozialleistungen mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit steht.

- Allerdings hat sich die Interpretationslage durch die Einführung der Harzt-Gesetzgebung erheblich verändert, da aus den Prozessdaten der Gemeinden kein Rückschluss mehr auf den entscheidenden Zusammenhang von Hilfeleistungen und Erwerbsarbeit gezogen werden kann. Neue Verfahren müssen also in Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen erarbeitet werden.

2.2 Erwerbsarbeit, Sozialleistungen und Lebenslagen

Im fordistischen Modell soll Sozialpolitik die individuellen (oder sozialen) Folgen des Marktversagens (vor allem der Arbeitsmärkte) ausgleichen. In Deutschland wird seit dem Zweiten Weltkrieg der Zusammenhang zwischen Marktregulation und sozialstaatlicher Defizitkompensation als staatskonstitutiv aufgefasst und ist Bestandteil der Verfassung.

Da Erwerbsarbeit in der Regel die Grundlage von individuellen Einkommen ist, deren Höhe sich aber nach Angebot und Nachfrage richtet, kann es geschehen, dass

- unveränderbare individuelle Voraussetzungen für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit nicht gegeben sind oder solche (meist zeitlich befristete) Bedingungen vorliegen, die die Aufnahme einer Erwerbsarbeit unmöglich machen (Behinderung, Krankheit, etc.).
- veränderbare individuelle Voraussetzungen vorliegen die entweder die Beteiligung am Arbeitsmarkt nicht möglich machen (z.B. fehlende Mobilität) oder die so ausgeprägt sind, dass dafür keine Nachfrage besteht (fehlende Qualifikation).
- die Zahl der erwerbsfähigen Personen einer Bevölkerung (Altersgruppe der 15 bis 65-Jährigen) die Anzahl der Arbeitsplätze übersteigt.
- Nur so geringe Einkommen auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden können, das eine selbst bestimmte Lebensführung gefährdet erscheint.

In allen diesen Fällen kann die Führung eines selbst bestimmten Lebens gefährdet sein, weil das dazu notwendige Einkommen als materielle Grundlage fehlt oder angesichts einer gesellschaftlich/politisch immer wieder neu ausgehandelten Markierung zu gering ist. Sozialpolitik ist daher in erste Linie auf Erwerbsarbeit bezogene „Einkommenspolitik“. Sie kompensiert Einkommensverluste wenn diese so hoch sind, dass eine angemessene Lebensführung und eine Teilhabe am sozialen Leben nicht mehr möglich sind. Für die Sozialleis-

tungssysteme treten jedoch Engpässe und Widersprüche auf, wenn sich Arbeit als Ressource für Einkommen gegenüber der Nachfrage verknappt und damit der Anteil der Personen, der sich durch Erwerbsarbeit reproduzieren kann sinkt, also überflüssige Erwerbsbevölkerung entsteht. Da jedoch die Leistungen der Sozialversicherungssysteme aus der Umverteilung der an die Erwerbsarbeit gekoppelten Beiträge bzw. Steuern entstehen, verzeichnen die Sozialleistungssysteme ebenfalls „Einkommensverluste“ wenn das Arbeitsvolumen zurückgeht. Gleichzeitig verstärken sich aber die Anforderungen an die Leistungen bzw. an das Leistungsvolumen mit denen die Einnahmeausfälle der Personen ausgeglichen werden müssen.

Da sowohl das Steuer- als auch das Beitragsaufkommen eine Funktion der Verteilung und der Höhe Einkommen aus Erwerbsarbeit ist, muss jede Form der kompensatorischen- und der unterstützenden Sozialpolitik ihre Leistungsbedingungen und Aktivitäten insofern mit der Erwerbsarbeit verknüpfen, als diese

- für den Einzelnen die Quelle seiner Einkünfte darstellt, die bei Verlust möglichst schnell reaktiviert werden muss um die Einkommenskompensation durch Sozialleistungen zurückfahren zu können und damit
- für das Sozialleistungssystem die Voraussetzung geschaffen werden, weiterhin und in neuen Fällen überhaupt Kompensationsleistungen erbringen zu können.

Mit dieser engen Beziehung der Sozialpolitik an die Erwerbsarbeit lässt sich nur leben, wenn es genug Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit gibt. Ist dies der Fall stellt zum Beispiel die sozialstaatliche Kompensationsleistung aber auch die unterstützende Sozialleistung eher die Brücke zwischen zwei Erwerbsepisoden dar; die Leistungen sind in der Regel nur als kurzfristiger Ausgleich eines aktuellen Arbeitsmarktversagens gedacht.

Je länger und häufiger jedoch für Teile der Bevölkerung der sozialstaatliche Leistungsbezug zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit zur (Haupt-)Einkommensquelle wird und je mehr Menschen davon betroffen sind desto mehr löst sich faktisch der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und der Erwerbsarbeit auf, verdichtet sich aber auch gleichzeitig. Er löst sich auf, weil die Erwerbsarbeit nur noch unzureichend zur Finanzierung der Sozialleistungssysteme beitragen kann und die Leistungsempfänger zunehmend weniger die *Brücken*funktion der Kompensationsleistungen zwischen Phasen der Erwerbsarbeit in Anspruch nehmen, sondern die Sozialleistung selbst zum Haupeinkommen

(und nicht mehr zu dessen Kompensation) wird[1]. Der Zusammenhang verdichtet sich auf der anderen Seite, weil es für die Sozialleistungssysteme umso wichtiger wird den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung durch geeignete Förder-Maßnahmen zu erhöhen. Einerseits, damit die Ausgaben der Sozialversicherungssysteme den (sinkenden) Einnahmen angepasst werden können, andererseits, weil jeder zusätzliche sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige die Einnahmeseite der Sozialversicherungssysteme stärkt. Aber offensichtlich wird nicht mit einer drastisch Zunahme von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen gerechnet und der bisher enge Zusammenhang von an die Erwerbsarbeit geknüpften Beiträgen und den Leistungen löst sich zunehmend auf. Neue Einnahmequellen (Ökosteuer) und Verteilungsmechnismen (Bürgerversicherung bzw. „Gesundheitsprämie“), die nicht mehr ausschließlich erwerbsarbeitsbezogen sind, werden überall entwickelt. *Gleichzeitig* sind aber auch die Bemühungen und Zwänge, den Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und Sozialleistungen wieder herzustellen enorm angewachsen; hauptsächlich durch die geförderte „Simulation von Arbeit“ (siehe 2.1.). Dabei wird diese simulierte Arbeit oft zur Voraussetzung für die (weitere) Einkommenssicherung durch Sozialleistungen, dann allerdings auf niedrigerem Niveau (die 1€-Jobs und die zahlreichen ABM-Maßnahmen stellen eine solche Simulationen von Arbeit dar). Gleichzeitig handelt es sich dabei aber auch um einen wichtigen Formwandel der Regulierung der Arbeit selbst. Denn immer mehr Segmente der bisher marktregulierten Arbeit werden der gesellschaftlichen, bzw. administrativen Planung zugänglich gemacht, immer mehr Arbeitsvolumina werden in bestimmten Segmenten „verteilt“ und nicht mehr durch den Arbeitsmarkt reguliert. Auch dies werten wir als Beleg dafür, dass angesichts der verschwindenden Arbeit sich neue, gesellschaftlich definierte Formen der Verteilung von Arbeit durchsetzen. Diese neuen Verteilungsformen und ihre gesellschaftliche/politische Etablierung wäre im Übrigen auch die Voraussetzung für alle Formen garantierter Sozialleistungen (z.B. Bürgergeld), deren Bezug nicht mehr an das Vorliegen einer Erwerbsarbeit geknüpft sind.

In Bezug auf die Sozialberichterstattung und ihren Anwendungsbezug auf lokaler Ebene ergeben sich aus diesem Prozess von Entkopplung und gleichzeitiger Verdichtung des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit und Sozialleistungen einige prinzipielle und methodische Konsequenzen, die im Folgenden aufgegriffen werden.

---

[1] In den Landkreisen Ücker-Randow und Demin (beide in Mecklenburg-Vorpommern) machen Transferleistungen mehr als 50% des Einkommens aller privaten Haushalte aus.

2.2.1 Lebenslagen und die Prekarisierung von Bewältigungsmöglichkeiten

Mit der oben genannten Entwicklung ist wie in 2.1. ausgeführt, eine Ausweitung prekärer Lebenslagen für größere Teile der Bevölkerung verbunden. Die Ursachen dafür liegen ebenfalls im Rückgang von Erwerbsarbeit als vorwiegender Einnahmequelle aber die Risiken bestehen nicht nur im Verlust des Arbeitsplatzes bzw. in geringen Chancen für die Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit oder für den Einstieg in das Berufsleben. Vielmehr bewirkt die wachsende Abhängigkeit der Erwerbsbevölkerung von Transferleistungen eine ebenfalls zunehmende relative Einkommensarmut und eine Prekarisierung weiterer Elemente von Lebenslagen und reduziert mit Sicherheit die materiellen Problemlösungsressourcen und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch die psychischen und emotionalen Bewältigungspotenziale. Dieser Zusammenhang wird zum Beispiel durch viele Forschungsergebnisse über Arbeitslosigkeit, psychische Befindlichkeit und Gesundheit bestätigt. Das Prekäre an diesen Lebenslagen besteht nun darin, dass sie im Prinzip instabil und in ihrer Entwicklungsrichtung abwärts gewendet sind. Dies ist die These, die hier verfolgt wird und auf ihre Konsequenzen für ein Konzept verstehender Sozialberichterstattung hin ausdifferenzierte werden soll.

Wir benutzen in unserer Darstellung der Dynamik von Lebenslagen das Bild der „individuellen Produktionsfunktion“, wie es von Huinink[2] entwickelt wurde. Dabei unterscheiden wir zwischen Elementen dieser Produktionsfunktion, die die Herausbildung der individuellen Wohlfahrt eher behindern – diese nennen wir „Gefährdungsbereiche“ –, und solchen, die die Produktion der individuellen Wohlfahrt befördern. Diese bezeichnen wir als „Bewältigungsressourcen“. Gefährdungsbereiche und Bewältigungsressourcen markieren nicht das jeweilige Ende *einer* Skala. Vielmehr stellen sie jeweils eigene skalierbare Dimensionen der individuellen Produktionsfunktion dar. Es erleichtert die Verfolgung des individuellen Wohlfahrtsziels, wenn die Bilanz von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsressourcen zugunsten letzterer ausschlägt. Aus der Bilanzierung von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsressourcen lassen sich Indikatoren für die *Voraussetzungen* entwickeln, die ein Individuum mitbringt, um in einem gegebenen Anwendungsfeld (zum Beispiel in einer Region) seine Produktionsfunktion so einzusetzen, dass ein möglichst hoher Grad an individueller Wohlfahrt hergestellt werden kann. Ob es jedoch tatsächlich gelingt, mit einer gegebenen Produktionsfunktion (bzw. den individuellen Voraussetzungen) die indivi-

[2] Huinink, J. (2005): Räumliche Mobilität und Familienentwicklung. Ein lebenslauftheoretischer Systematisierungsversuch, Manuskript, Bremen

duellen Wohlfahrtsziele (die zudem wechseln können) zu erreichen, ist von den Realisierungsbedingungen des jeweiligen Handlungsraums (aus Sicht der Individuen) oder des Beobachtungsraums (aus Sicht der Berichterstatter) abhängig (s. unten). Wie effektiv individuelle Wohlfahrt also produziert werden kann, ist letztlich den individuellen Voraussetzungen und den Bedingungen, auf die sie treffen, geschuldet. In der Berichterstattung werden in der Regel beide Aspekte getrennt aufgeführt. Die Dynamik von Lebenslagen erschließt sich jedoch erst, wenn die Pole qualitativ und quantitativ erfasst werden können, zwischen denen sie sich herausbildet: Auf der einen Seite das Individuum mit seinen Voraussetzungen (individuelle Produktionsfunktion und Lebensentwürfe), auf der anderen Seite das Umfeld in dem die Produktionsfunktion zur Anwendung kommt und das durch jeweils räumlich spezifische Strukturen und Prozesse ökonomischer, kultureller, politischer und sozialer Faktorenbündel geprägt ist. Die Verknüpfung zwischen beiden Ebenen kann durch die Wahl geeigneter Indizes und Funktionsgleichungen geschehen.

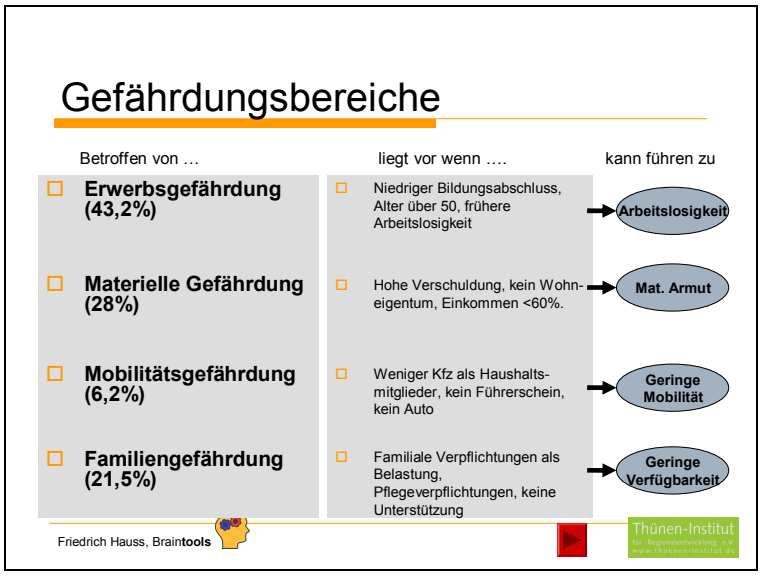
Wir haben hier exemplarisch vier Gefährdungsbereiche der individuellen Produktionsfunktion (im ländlichen Raum) aus den Daten abgeleitet und festgestellt, wie sich diese Gefährdungsbereiche zu sozialen Risikolagen unter den Befragten verteilen. Unter sozialen Risikolagen verstehen wir die Kombination mehrer Gefährdungsbereiche innerhalb einer individuellen Produktionsfunktion.

2.2.2 Individuelle Gefährdungsbereiche und soziale Risikolagen

Risikolagen sind für Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern vor allem durch eine schwierige materielle Situation gekennzeichnet. Es gibt Landkreise, in denen soziale Transferleistungen mehr als 50 Prozent der Haushaltseinkommen ausmachen. Die Arbeitslosenquote in MV beträgt ungefähr 25 Prozent, es ist die höchste in ganz Deutschland. Die Abwanderung ist hoch.

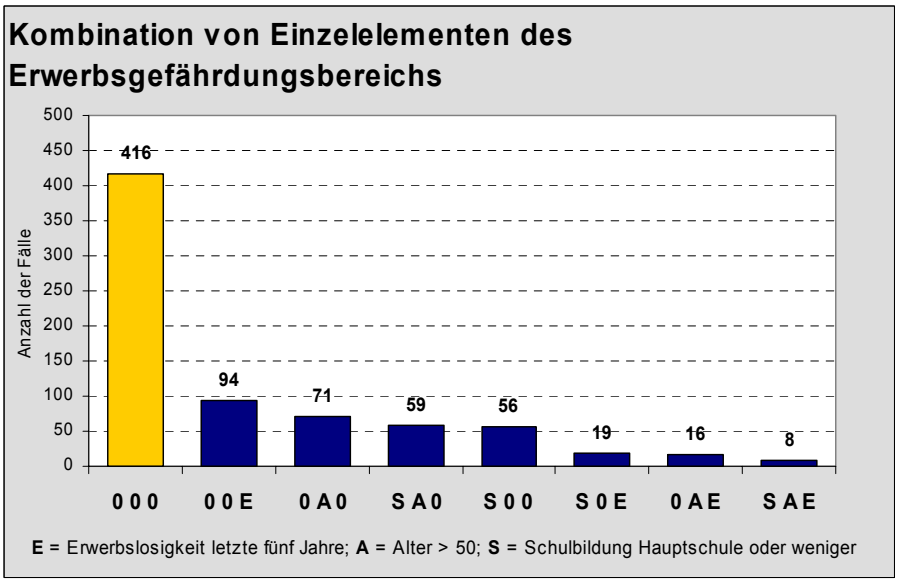
In den Untersuchungsgemeinden wurde nun versucht, fragile Lebenslagen aus dem empirischen Material der Haushaltsbefragung zu identifizieren und für die praktischen Zwecke dieser Untersuchung vier Gefährdungsbereiche zu definieren und zu quantifizieren.

Abb. 1: Gefährdungsbereiche



Ein Gefährdungsbereich ist durch das Vorkommen nur eines Gefährdungselements (rechte Seite) definiert, andere Definitionen sind denkbar. Liegen genügend Fälle vor, könnten die Gefährdungsbereiche „intern“ anhand der Muster, die durch die Ausprägung ihrer einzelnen Elemente entstehen, unterschieden werden.

Abb. 2: Muster des Erwerbsgefährdungsbereichs



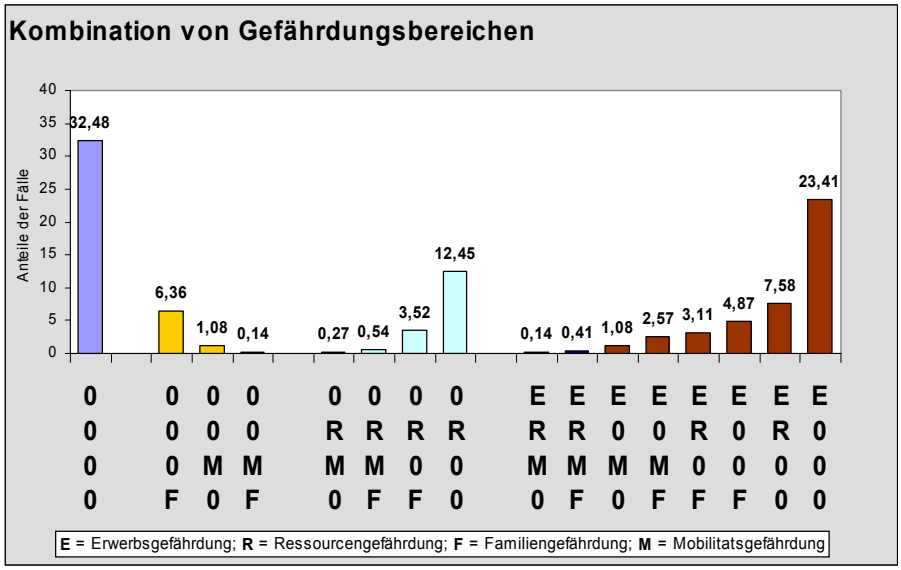
Nicht jeder Gefährdungsbereich ist innerhalb einer Gefährdungslage gleich häufig vertreten. Es kann eine Erwerbsgefährdung vorliegen (zum Beispiel bei niedrigem Schulabschluss), aber eine hohe Mobilitätsbereitschaft bzw. -Fähigkeit (noch 20 Prozent der Männer sind bereit, täglich mehr als 100 Kilometer zu pendeln). Dann führt die individuelle Erwerbsgefährdung nicht zwangsläufig zur

Arbeitslosigkeit, weil die Arbeitskraft in den weiter entfernt liegenden „äußeren Rahmenbedingungen“ angeboten werden kann. Ist aber die Mobilität eingeschränkt und der Bildungsstand niedrig (bei einer Gruppe von jungen Männern bis 25 Jahre ist dies der Fall), dann sieht es schlecht aus für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit, auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen Arbeit vorhalten würden. Tatsächlich ist in unserem Sample die Gefahr, arbeitslos zu werden bei vorliegender Erwerbsgefährdung *und* vorliegender Mobilitätseinschränkung, mehr als doppelt so hoch wie ohne eingeschränkte Mobilität (allerdings nur wenige Fälle und hauptsächlich in den ländlichen Gemeinden, nicht jedoch in einem Neubauviertel von Waren).

2.2.3 Die Kombination von Gefährdungsbereichen zu Risikolagen

Risikolagen selbst unterscheiden sich durch eine vielfältige Kombination ihrer Gefährdungsbereiche, wie die nächste Abbildung zeigt.

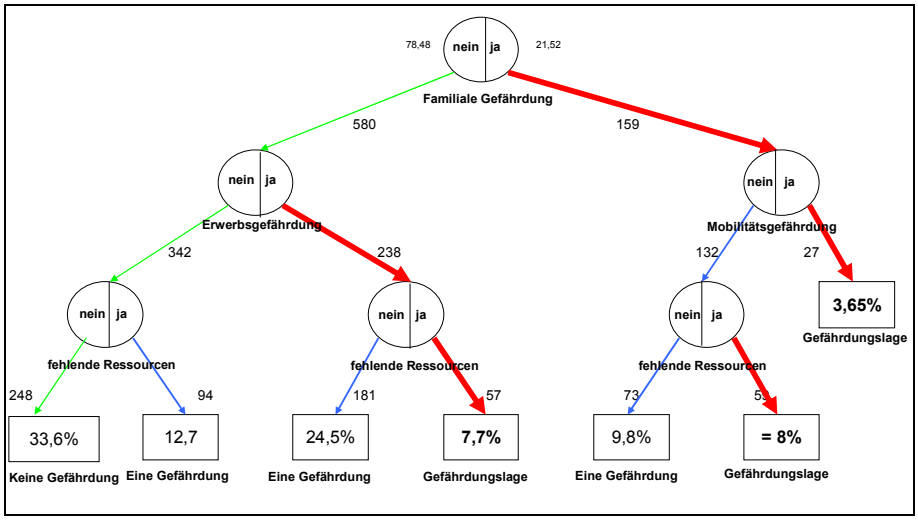
Abb. 3: Kombination von Gefährdungsbereichen



Ungefähr ein Drittel der Befragten weist gar keine Gefährdungsbereiche auf, 23 Prozent sind *allein* durch ihre eingeschränkten Voraussetzungen, eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu können, gefährdet, 12 Prozent haben geringe materielle Ressourcen als alleinigen Gefährdungsbereich (zum Beispiel finanzielle Rücklagen) in ihre Produktionsfunktion einzubringen. In der obigen Abbildung wird auch deutlich, welchen *qualitativen* Einfluss fehlende Mobilität als Gefährdungsbereich auf dem Land haben kann. Fehlende Mobilität betrifft hauptsächlich gering qualifizierte junge Männer (denen der Führerschein abgenommen wurde) und allein erziehende Frauen (denen die Mittel zum Kauf bzw. Unterhalt eines Kfz fehlen).

In einer anderen Darstellungsweise werden die „Beziehungen“ zwischen den Gefährdungsbereichen deutlicher: Ausgehend von der familiaren Gefährdung (diese wird als „Initial-Split“ gewählt, weil hiervon die meisten Verzweigungen ausgehen – jeder gehört irgendeiner „Familiensituation“ an), ergibt sich folgendes Bild (nur Zweifachkombinationen):

Abb. 4: Risikolagen



Gefährdungsbereiche können Hindernisse für die Produktion individueller Wohlfahrt darstellen. Dies gilt aber nur, wenn sie sich in gegebenen (regionalen) Umfeldbedingungen tatsächlich als Hindernisse erweisen. Erst die Passung oder die Nichtpassung der individuellen Voraussetzung mit ihren jeweiligen Realisierungsbedingungen entscheidet über das Ausmaß, in dem individuelle Wohlfahrt produziert werden kann.

Jede einzelne Ressource einer Lebenslage kann nun (unter einem Bewältigungsaspekt) dazu beitragen, dass Defizite einer anderen Ressource in Bezug auf eine eigenständige Lebensführung ausgeglichen werden kann. So stellt z.B. auch Groh-Samberg (2004) fest, dass sich einzelne Elemente von Lebenslagen schneller und häufiger innerhalb der Lebenslage ändern als die gesamte Lebenslage. Ein Beleg dafür, dass die „Bewegung“ der Ressourcen innerhalb des „Systems“ Lebenslage zu seiner Stabilität beitragen kann. Dies wurde an den von uns ausgewerteten Fallgeschichten (2.3.) deutlich.

Wir gehen davon aus, dass die individuellen Bewältigungssysteme vor allem geschwächt werden, wenn eine wichtige Energiequelle - die Arbeit - versiegt. Je länger dies der Fall ist oder je öfter sie versagt, desto größer also der Anteil der Nichtarbeit gegenüber dem individuellen Arbeitspotenzial ausfällt, desto weniger Energie kann den Bewältigungsressourcen zugeführt werde und desto eher wird ihre Bewältigungsfunktion geschwächt obwohl sie gerade in solchen Situationen sehr leistungsfähig sein müssten. Hier reproduziert sich auf individueller

Ebene (oder auch auf Haushaltsebene) der gleiche Zusammenhang, den wir schon von der Prekarisierung der Sozialleistungssysteme selbst kennen: Weil sie weniger einnehmen müssen sie mehr leisten oder, um es auf individuelle Bewältigungssysteme zu beziehen: Je mehr die individuellen Bewältigungssysteme leisten müssen, desto schneller verschleißen sie und sie verschleißen umso schneller, je spärlicher ihnen Energie zugeführt wird.

Die Ressourceninterdependenz in- und zwischen Systemen oder Akteuren ist auch Gegenstand der Netzwerkforschung (z.B. Sydow, Windeler 1999). Hier hat man in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der interdependenten Ressourcen einen interessanten Zusammenhang gefunden: Mit zunehmendem Vernetzungsgrad bzw. zunehmender Ressourceninterdependenz steigt die Leistungsfähigkeit der Systeme nicht etwa linear an, sondern ab einem bestimmten Punkt sinken die Freiheitsgrade und damit die Bewältigungspotenziale der einzelnen Ressourcen, weil sie zu eng aufeinander bezogen sind und sich „selbst im Wege stehen“ und sich deshalb nicht mehr unabhängig (aber bezogen auf einander) entfalten können. (Kappelhoff 1999 und 2003). Die Systeme werden dann chaotisch oder unbeweglichen, jedenfalls tendenziell handlungsunfähig.

Übertragen wir dies auf „soziale Fälle“: Ein hoch vernetztes Haushaltssystem mit einer entsprechend großen Ressourceninterdependenz ist anfällig für (zusätzliche) Störungen von außen wenn die Bewältigungsressourcen schon sehr angespannt aufeinander bezogen sind, und bereits mit internen Bewältigungsoperationen so weit ausgelastet sind, dass zusätzliche „Anfragen“ von außen nicht mehr bewältigt werden können. Ein anschauliches Beispiel dafür sind die viel zitierten und völlig überanstrengten allein erziehenden Mütter oder Väter, deren Logistik-Systeme oft bei der kleinsten Störung zusammenbrechen. Ein Beispiel für ein gering vernetzte System mit schwachen Ressourcen wäre die arbeitslose Eigenbrötlerin in einer Gemeinde, deren Bewältigungsfähigkeiten nicht durch eine hohe Ressourceninterdependenz (mit anderen Systemen) eingeschränkt ist, sondern durch eine schwache Ausprägung der Ressourcen insgesamt.

Das Risikohafte an den hier geschilderten Lebenslagen besteht also in der Strapazierung bzw. Überanstrengung ihrer Bewältigungsressourcen aus ganz unterschiedlichen Gründen. Sie werden aber überanstrengt, weil sie in ihrer Abhängigkeit untereinander mobilisiert werden müssen und sich dabei „im Wege stehen“, oder aber, weil ihnen zu wenig Energie zugeführt wird und sie schwächer werden. Versagen zu viele Bewältigungsressourcen ihren Dienst, bricht das ganze System zusammen, weil es hoch vernetzt oder zu gering ausgestattet ist und kann nur noch durch Energiezufuhr von außen am Leben gehalten werden. Hier setzt nun die Sozialpolitik an. Sie kann Einzelelemente des Systems in ihrer Bewältigungsfunktion stärken und damit den Absturz des

Gesamtsystems verhindern. Aber damit ist die Prekarität des Gesamtsystems(oder die der Lebenslage) kaum reduziert, denn erstens fährt das System mit fremden Ressourcen, es ist deshalb prinzipiell nicht „selbstbestimmt“. Zweitens verändert die Modifizierung eines Elementes (z.B. kurzfristige Pflegebetreuung von Angehörigen) nicht die Situation des Gesamtssystems, sondern verhindert nur sein totales Versagen. Vergegenwärtigt man sich dieses Bild von der zeitlich befristeten Stützung der Bewältigungsfunktion einzelner Elemente von Lebenslagen und stellt nun einen Verschleiß dieser Bewältigungsressourcen auf der Zeitachse in Rechnung, so ergibt sich eher eine Verfestigung eines prekären Status als seine Auflösung eben durch die Abnahme der Bewältigungsfunktion seiner Elemente. Überwindbar ist diese grundsätzliche Prekarität nur durch „Großereignisse“, wie zum Beispiel Abwanderung oder die Ansiedlung eines Gewerbebetriebes in der Region, der auch Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte bereithält.

In Bezug auf die „Erwerbsorientierung“ der Sozialleistungssysteme wird nun zweierlei deutlich. Zum einen entstehen mehr prekäre Lebenslagen weil das Volumen der Nichterwerbsarbeit und die Zahl der Überflüssigen zunimmt. Aus den daraus folgenden zunehmend prekären Lebenslagen können Notsituationen entstehen. Notsituationen entstehen, wenn das System individueller Lebensführung und Bewältigungsmöglichkeiten zusammengebrochen ist weil entweder (und dann meist kurzfristig) die Einkommensressource „weggebrochen“ ist oder mehrere andere Bewältigungsressourcen ausfallen. In diesem Fall können die gefährdeten Haushalte sich nicht mehr selbst reproduzieren und müssen „von außen“ gestützt werden. Notsituationen heben sich – wie die Empirie zeigt – meistens nicht in der Überwindung der Prekarität, sondern nur in der Überwindung der Notlage selbst, bei Verbleib in der Prekarität aus. Dies hat zuletzt Groh-Samberg (2004) nachgewiesen als er aufzeigte, dass Einkommensarmut sich überwiegend aus gesellschaftlichen Bereichen speist, die relativ kontinuierlich durch Einkommensarmut bzw. gefährdete Einkommenslagen, Bildungsarmut und Bildungsferne, durch fehlende Vermögenswerte und zusätzliche „verhaltensbedingte Merkmale (Hauser 2000) gekennzeichnet sind. Dies widerspricht zum Teil Ergebnissen, die am ZeS in Bremen produziert wurden, und mit denen festgestellt wurde, das „Armut“ (dort festgemacht am Sozialhilfebezug) meistens nur ein vorübergehender Zustand ist, der oft nach sehr kurzer Zeit wieder verlassen wird. Es wird aber nicht gezeigt, „wohin“, also in welchen Reproduktionsstatus die Armut überwunden wird und ob durch den Ausstieg aus der Sozialhilfe z.B. auch der gefährdete Bereich verlassen werden kann. Neuere Wiederauswertungen der „Bremer-Studie“ lassen daran eher Zweifel aufkommen (Buhr 1995, K. Schulte 1999). Die Ausdehnung des Volumens der Nichterwerbsarbeit führt also möglicherweise zu Lebenslagen für etwa 20-30 Prozent der Bevölkerung (so die Berechnungen von Groh-Samberg, Hauser

und auch unsere eigenen Berechnungen deuten eher auf diese Größenordnung hin, s. unten) die dadurch gekennzeichnet sind, dass die Bewältigungsressourcen beim Eintreten einkommensgefährdender Ereignisse chaotisch oder gar nicht reagieren und ihren Bewältigungsdienst versagen. Oft ist dafür „Arbeitslosigkeit“ ein Anlass. Aber je länger solche Lebenslagen beim Individuum oder in Haushalten bestehen und desto stabiler deshalb ein „sekundärer Integrationsmodus“ in dem Phasen der Erwerbstätigkeit von Phasen des Transferleistungsbezuges abgelöst werden, besteht, desto mehr gewinnen neben der drohenden Einkommensarmut auch andere Bedingungen, wie Wohnung, Familienstruktur, sozialer Rückhalt, Mobilität, Qualifikation und „Aktivität“ eine Bedeutung für die Bewältigung eines selbstbestimmten Lebens.

Dies hat wiederum nicht nur Konsequenzen für die Sozialberichterstattung und die lokale Sozialpolitik, sondern auf einer eher allgemeinen Ebene auch für die Bedeutung der Erwerbsarbeit zur Stabilisierung innerhalb prekärer Lebenslagen. Sie geht relational zu den anderen, zunehmend stützensbedürftigen Bewältigungsressourcen in dem Maße zurück, wie die Bedeutung der anderen Ressourcen für die Bewältigung von Krisen zunimmt. Darauf hätte die lokale Sozialpolitik vor allem dann zu reagieren, wenn es nicht sehr wahrscheinlich ist, dass Arbeit als Haupterwerbsquelle für die Stabilisierung prekärer Lebenslagen bereitgestellt werden kann und die Mittel für die „Simulation“ von Arbeit ebenfalls abnehmen. Diese simulierte Arbeit ist bereits vergesellschaftete Arbeit. Jedenfalls steht sie zur „öffentlichen“ Disposition. Sie wird an die „vergeben“, die „dran sind“, weil die Bezugsdauer ihres Sozialtransfers sich dem Ende nährt und sie neue Leistungsberechtigungen sich „erarbeiten“ müssen. In der lokalen Arbeitsmarktpolitik zeigt sich dieser Vergesellschaftungsgrad der Arbeit bereits deutlich, indem „gesellschaftlich“ über die Verteilung bestimmte Segmente der verfügbaren Arbeit entschieden wird (1 €-Jobs, andere geförderte Maßnahmen etc.).

2.3 Lokale/ regionale Sozialberichterstattung in ländlichen Räumen

Städtische Sozialberichterstattung hat eine lange Tradition. Seit die Chicago-Schule in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts Verfahren entwickelt hat, mit denen „Soziale Brennpunkte“ in unterschiedlich Bezirken einer Stadt qualitativ beschrieben und in ihrem Umfang quantifiziert werden konnten, sind daraus abgeleitete Verfahren und Instrumente auch in Deutschland für eine kurze Zeit ebenfalls in den 20er Jahren angewandt worden (interessanterweise häufig von Krankenkassen und hier besonders von der AOK) . Erst in den siebziger Jahren begann eine umfassende Sozialberichterstattung in den. Diese Berichte hatten

teilweise erheblichen Einfluss auf die Stadtplanung selbst, auf die Ansiedlungspolitik und vor allem auf die städtische Sozialpolitik (vgl. Sozialberichterstattung in Berlin, Frankfurt/Main und Offenbach in den 80iger und 90iger Jahren).

Sozialberichterstattung in ländlichen Räumen ist dagegen in Deutschland wenig verbreitet. Dies liegt zum einen daran, dass es vor der Vereinigung in Westdeutschland wenig ländliche Räume gab, die ihre Funktion nicht als „Stadtumland“ gefunden hatten, zum anderen aber auch, weil soziale Probleme vor allem in den Städten gehäuft sichtbar wurden. Erst nach dem Vereinigungsprozess gibt es in Deutschland wieder ländliche oder „ländlich*ste“* Räume (Weiß 2003, die sich durch einige Besonderheiten auszeichnen die in der anwendungsorientierten Sozialberichterstattung berücksichtigt werden müssen.

Diese ländlichsten Räume (Weiß) zeichnen sich vor allem durch eine geringe Bevölkerungsdichte, eine schwache öffentliche Infrastruktur, durch das Fehlen endogener Wirtschaftspotenziale und die Tendenz zur sozialen- kulturellen Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen aus. Dies sind alles Besonderheiten, die mit einer Berichterstattung, die sich auf eine Auswertung der amtlichen und administrativen Statistik bezieht, kaum zu erfassen sind. Das liegt jedoch nicht nur an der Art der Probleme selbst, für die sich in der administrativen Statistik kein Abbild findet (siehe unten) sondern auch an der Verteilung der Probleme im ländlichen Raum. Die sozialen Brennpunkte sind verstreut und treten räumlich vereinzelt, trotzdem aber vielfach und fragmentiert auf. Sie kumulierten nicht räumlich weil ihre Merkmalsträger nicht räumlich kumulierten.

2.3.1 Kleinräumige Berichterstattung – kleinräumige Steuerung

Wenn die praktische Sozialpolitik in Deutschland lokal angelegt ist, müssen die Informationen, die zur Planung, Gestaltung und Bewertung dieser Sozialpolitik notwendig sind ebenfalls auf lokaler Ebene erhoben und verfügbar gemacht werden. Das war bisher in den Städten mit Hilfe der amtlichen Statistik, teilweise aber auch mit Personen- und haushaltsbezogenen Umfragen möglich. Für ländliche Räume, wo Gemeinden den lokalen Anwendungsraum darstellen, ist dies nicht, oder nur im Rahmen von Sondererhebungen bzw. wissenschaftlichen Projekten möglich. Haushaltsbefragungen (SOEP, Mikrozensus) z.B. konnten gerade für Berlin noch ausgewertet werden. Für das an Einwohnern nur halb so große Mecklenburg-Vorpommern oder gar für Landkreise mit zwischen 100.000 und 150.000 Einwohnern lassen diese Haushaltsbefragungen eine differenzierte Auswertung von Lebenslagen der Bevölkerung nicht zu. Der Rückgriff auf solche Personen- bzw. Haushaltsbezogenen Daten wird aber nötig, wenn einerseits die Mittel und Maßnahmen der Sozialpolitik auf lokaler Ebene geplant und angemessen eingesetzt aber auch evaluiert werden sollen. Auch im Sozialleistungssystem und im Gesundheitswesen hat sich durchge-

setzt, dass der Über-, Unter- und Fehlversorgung am besten zu begegnen ist, wenn möglichst viele und möglichst personenbezogene Informationen im Zeitverlauf über das Anwendungsfeld vorliegen. Dort, wo tatsächlich Steuerungsnotwendigkeit vorliegt und weil die Steuerungsfunktion noch unmittelbar sichtbar mit der Legitimations-Funktion verknüpft ist, fehlt es gewöhnlich an Steuerungsinstrumenten. Zu einer erweiterten, Sozialberichterstattung im ländlichen Raum gehört deswegen die gesonderte Erhebung von Haushalts- und personenbezogenen Daten hinzu.

2.3.2 Probleme bei der Erhebung von Haushaltsdaten im ländlichen Raum

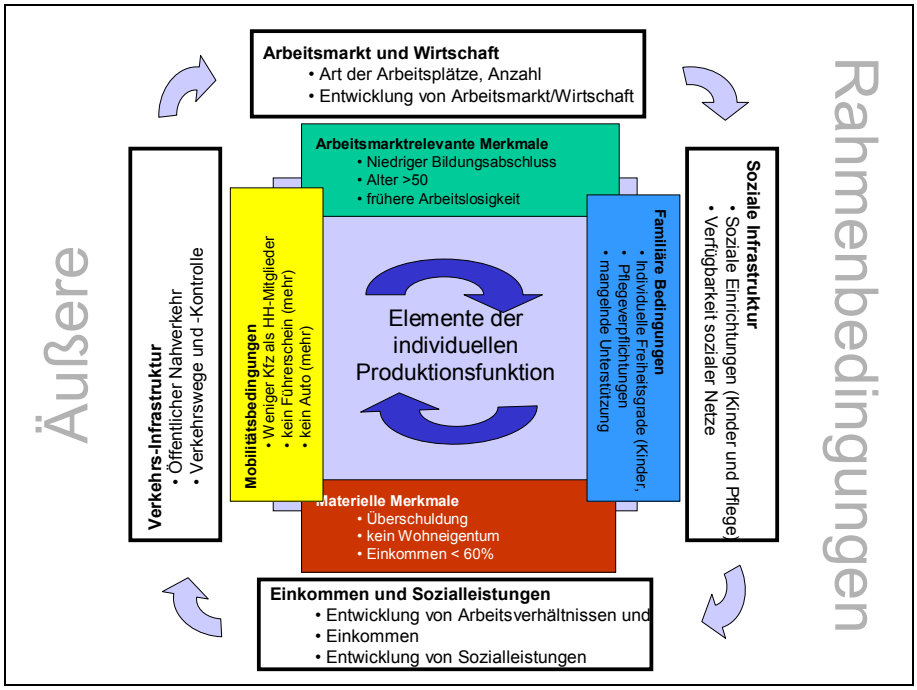
In Bezug auf die soziale Lage ist der ländliche Raum in Deutschland ebenso fragmentiert wie der einer Großstadt. Was dort aber als soziale Fragmentierung *in* ganze Stadtviertel erscheint, stellt sich auf dem Land als Fragmentierung *innerhalb* von Gemeinden dar. Hier verteilen sich also „soziale Lagen“ über den ganzen Raum und scheinen deswegen kaum lokalisierbar. Zwar sind gerade in Ostdeutschland einige Klumpungen sozialer Lagen durch das Entstehen von Wohnparks (z. B. im Rostocker Umland), meist am Rande von Gemeinden oder durch die Ansiedlung regional bedeutsamer Betriebe entstanden. Aber in der Regel finden wir in Gemeinden eine größere Heterogenität sozialer Lagen, wie dies in Stadtvierteln der Fall ist. Umso wichtiger ist es im Rahmen einer anwendungsbezogenen Sozialberichterstattung spezifische Typen sozialer Risiken bzw. Notlagen identifizieren zu können, um sie dann in den Gemeinden erkennbar zu machen.

Soziale Risiken oder Notlagen bilden sich aus dem Versagen individuellen Voraussetzungen die zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhalt oberhalb einer als kritisch definiert Grenze zur Verfügung stehen. Dazu gehören vor allem: die individuelle Qualifikation, die Mobilität und Mobilitätsbereitschaft und die Mobilisierbarkeit von Ressourcen zu Bewältigung von Risiken und Notlagen. Zu den individuellen Voraussetzungen zählen weiter die familiären Verpflichtungen und Entlastungen denen Individuen und Haushalte ausgesetzt sind, bzw. über die sie verfügen.

Das verweist auf die Schnittstellen zwischen den individuellen Voraussetzungen (Elemente der Produktionsfunktion) und den äußeren Bedingungen zum Beispiel des Arbeitsmarkts, der sozialen Infrastruktur, der sozialen Netze etc. An diesen Schnittstellen findet die Produktion der individuellen Wohlfahrt (mehr oder minder erfolgreich) statt. Wenn die individuellen Voraussetzungen mit den äußeren Bedingungen harmonisieren, kann Wohlfahrt produziert werden (zum Beispiel gute Ausbildung liegt vor und es gibt – erreichbare – Arbeitsplätze, bei denen eine gute Ausbildung vorausgesetzt wird). Die Produktion der individuel-

len Wohlfahrt wird umso schwieriger, je mehr die individuellen Voraussetzungen mit den vorfindlichen Bedingungen konfligieren. Ist der Konflikt zwischen den individuellen Voraussetzungen und den äußeren Realisierungsbedingungen für die Produktion von Wohlfahrt auf einem gesellschaftlich definierten Niveau „zu groß“, greifen Maßnahmen der Sozialpolitik (auf der individuellen Ebene) und/oder Maßnahmen der Regional- und Wirtschaftspolitik auf der Ebene der äußeren Bedingungen ein und versuchen, den Zustand (wieder) passungsfähig zu machen oder absehbare Nachteile auf einem als erträglich definierten Maß zu kompensieren.

Abb. 5: Schnittstellen zwischen individuellen Voraussetzungen und äußeren Rahmenbedingungen



In dieser Abbildung sind die Gefahrenbereiche der Personen jeweils ihren wichtigsten korrespondierenden oder konfligierenden äußeren Bedingungen zugeordnet. Beispiel: Die jeweiligen individuellen materiellen Merkmale können durch vernünftige Arbeitsverträge ausgeglichen werden oder aber eben auch durch kompensatorische Sozialleistungen (Working Poor machen heute schon einen großen Teil der Hartz IV Empfänger aus). Aber je weniger Ressourcen in diese öffentlichen Kompensationsleistungen fließen können („öffentliche Armut“) und je rigider die verfügbaren Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse sind, desto weniger können ungünstige individuelle Bedingungen ausgeglichen werden. Und umgekehrt: Die Nachteile der äußeren Rahmenbedingungen (zum Beispiel nur gering entlohnte, prekäre Arbeitsplätze) können mit Hilfe individueller Bewältigungsressourcen wie zum Beispiel Abwanderung oder gute

Ausbildung nicht ausgeglichen werden. Die Produktion individueller Wohlfahrt ist eingeschränkt.

Ähnliche Konstellationen lassen sich auch für die anderen Bereiche darstellen. Lässt man die „innere“ Achse des Bildes („Elemente der individuellen Produktionsfunktion) um jeweils 90 Grad rotieren und bringt damit die individuellen Erwerbsvoraussetzungen auf die Schnittstelle mit der sozialen Infrastruktur (die in den ländlichsten Gebieten bereits erheblich ausgedünnt ist), so entstehen neue Kombinationen von Gefährdungsbereichen und neue Formen von Risikolagen (Beispiel: Problem der Erwerbsgefährdung wäre gelöst, weil Mobilitätsproblem gelöst ist, aber Familienproblem besteht weiterhin, so dass auch das Erwerbsproblem schließlich nicht lösbar scheint und keine „öffentliche“ Kompensation helfen kann, weil verlässliche Ganztagsschulen fehlen). Anders aber auch: Wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen ändern, zum Beispiel durch Ansiedlung eines Betriebs, der Arbeit für weniger Qualifizierte anbietet, dann würde sich in dieser konkreten Situation die individuelle Erwerbsgefährdung durch Änderung der äußeren Rahmenbedingungen verändert haben. Die Passung zwischen individuellen Voraussetzungen und äußeren Bedingungen wäre hergestellt. (Sie kann natürlich auch „sozial“ hergestellt werden, wenn ein Fahrgemeinschaftsnetz entsteht. Das darf aber nicht fragil sein. Es müssen genügend materielle Ressourcen vorhanden sein, es aufrechtzuerhalten. Geht das Auto kaputt und ist kein Geld für die Reparatur da, wird oft in den sozialversicherungsrechtlichen Status des Krankenstandes gewechselt, weil man nicht auf der Arbeit erscheinen kann.) Das Bild der „rotierenden Achse“ ermöglicht jeweils einen Wechsel der Perspektive auf das Problem und es zeigt die Dynamik möglicher Kombinationen von Gefährdungsbereichen in ihrer Auseinandersetzung mit den äußeren Rahmenbedingungen.

Auf einer rein logisch/empirischen Ebene kann nun eine erste These abgeleitet werden: Die Gefährdungsbereiche sind als Elemente der individuellen Produktionsfunktion untereinander abhängig. Sie stellen gegenseitig jeweils die Bedingungen *und* Folgen der Auseinandersetzung an den Schnittstellen zum äußeren Handlungsrahmen dar.

Die Elemente der individuellen Produktionsfunktion lassen sich inzwischen relativ (kosten)günstig durch Haushaltsbefragungen erheben. Es kann aber (je nach dem Zuschnitt des Beobachtungsraums) auch auf das SOEP zurückgegriffen werden, was allerdings eine Veränderung der Definition der Gefährdungsbereiche voraussetzen würde. Grundsätzlich bietet das SOEP den Vorteil, sofort auf Zeitreihen zurückgreifen und damit die Dynamik innerhalb von Gefährdungslagen beschreiben zu können. Die äußeren Rahmenbedingungen lassen sich zum Teil mit Hilfe der amtlichen Statistik darstellen. Als besonders ergiebig wird sich hier die INKAR-Datenbank des Bundesamts für Bauordnung

und Raumwesen und die Datenbanken des Berlin-Instituts erweisen. Für den Abgleich zwischen beiden Perspektiven werden sich Verbleibensanalysen in Risikolagen bzw. eine die Veränderung der Kombination individueller Gefährdungsbereiche im Zeitverlauf als fruchtbar erweisen. Denn damit könnte deutlich gemacht werden, welchen Anteil jeweils die äußeren Bedingungen bzw. die Bedingungen der individuellen Produktionsfunktion an den festgestellten Veränderungen hätten. Das wäre die analytische Perspektive. Unter einer anwendungsbezogenen Perspektive können die Gefährdungskombinationen der Haushalte bzw. Einzelpersonen so modelliert werden, dass in Abhängigkeit von den äußeren Rahmenbedingungen eine „regionale Bedarfssimulation“ möglich wird. Mit dieser könnte es gelingen, die wahrscheinlichen Folgen von Regionalpolitik und Regionalentwicklung auf die soziale Lebenslage der Bewohner wenigsten thematisierbar zu machen.

Die dafür notwendigen Indikatoren lassen sich jedoch nicht aus den aggregierten Prozess-Daten der amtlichen Statistik ableiten; sie müssen vor Ort erhoben werden. Ausgehend von dem Modell eines Miss-Matches zwischen individuellen Voraussetzungen, zu denen auch die persönlichen Lebensentwürfe gehören und den äußeren Rahmenbedingungen können dann auf lokaler Ebene mit folgendem empirischen Vorgehen erfasst werden

Die Rahmenbedingungen (arbeitsmarkt-, Wirtschaftsdynamik, Demographie, Infrastruktur, Sozialleistungssysteme) können durch Rückgriff auf die amtliche Statistik bzw. durch Sonderauswertungen dargestellt werden. Hier ist allerdings ein pragmatisches Vorgehen angebracht, da zahlreiche Daten der amtlichen Statistik nicht auf Gemeindeebene vorliegen und deshalb auf Kreisebene (oder auch auf noch höherer Aggregatebene) berichtet werden müssen.

Das unmittelbare soziale Leistungsgeschehen der Sozialhilfe lässt sich dagegen durch die anonymisierte und personenbezogene Auswertung der Daten der Sozialämter oder der Jugendämter abbilden (siehe 2.5.). Damit wird jedoch nur die äußerste Not erfasst. Aber es lassen sich immerhin Aussagen über die Dauer und Häufigkeit des Verbleibs in diesen Notlagen treffen, also über die Entry- und Exit-Wahrscheinlichkeiten, die sozialdemografischen Merkmalen zugeordnet werden können.

Gefährdungslagen von Individuen und Haushalten lassen sich für regionale/lokale Anwendungsfelder aus der amtlichen Statistik schon nicht mehr ableiten. Hier muss mit Haushaltsbefragungen gearbeitet werden. Die Ergebnisse dieser Haushaltsbefragungen können nur zum Teil verallgemeinert werden, sie sollen ja gerade der *lokalen* Sozialpolitik helfen, ihr Klientel kennen zu lernen, Entwicklungen abschätzen zu können und eine Evaluation der eingesetzten Maßnahmen vornehmen zu können.

Durch Tiefeninterviews, die auf Grund der Ergebnisse der Haushaltsbefragung geführt werden lassen sich die Ergebnisse der Haushaltsbefragung selbst zu Handlungs-Typen zusammenfassen in denen auch das Handeln der Akteure in ihren Lebenslagen deutlich und für die praktische Sozialpolitik vor Ort berechenbar werden kann. (Vgl. 2.3.)

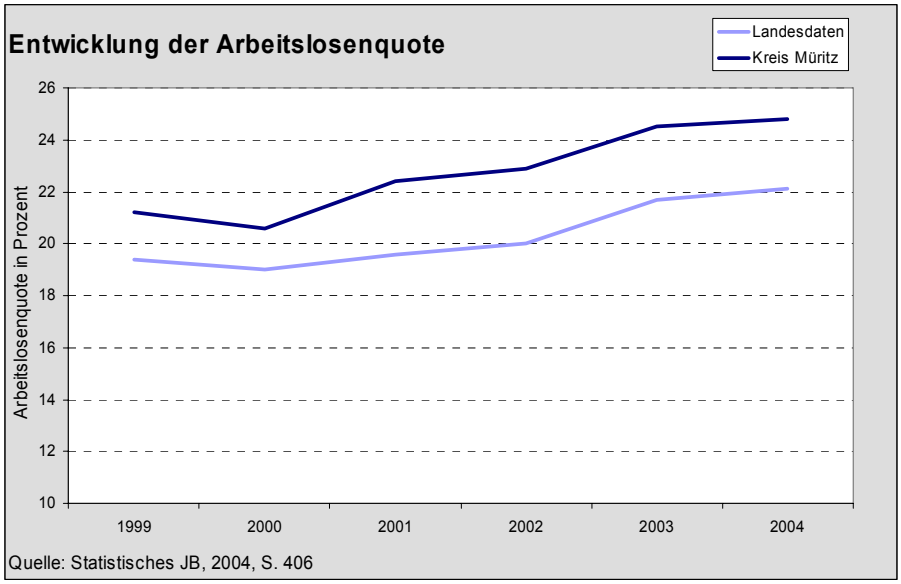
2.4 Die Lage im Kreis: Rahmenbedingungen für die individuelle Bewältigung von Risikolagen

Im Folgenden berichten wie über die Rahmenbedingungen im Kreis Müritz, die die Möglichkeiten und Hindernisse für eine selbstbestimmte Lebensführung seiner Bewohner markieren sowie die individuellen- und Haushaltsvoraussetzungen, die mit diesen Rahmenbedingungen korrespondieren und aus deren Bilanz zu den Rahmenbedingungen sich die konkreten Risiko- bzw. Notlagen der Bewohner ergeben. Wir versuchen damit das bisher entwickelte Konzept einer anwendungsbezogenen Sozialberichterstattung im ländlichen Raum exemplarisch in einer Region zu erproben, bzw. dessen Erprobung darzustellen.

2.4.1 Arbeitslosigkeit und Entwicklung von Erwerbstätigkeit

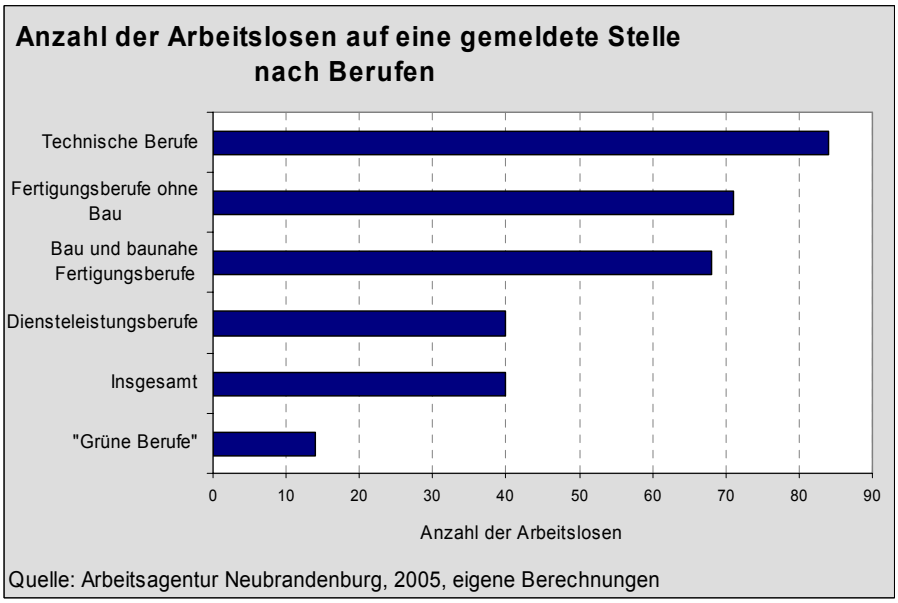
Im Bereich der Agentur für Arbeit Neubrandenburg lag die Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Februar 2005 bei 30,2 Prozent, im Jahresmittel 2004 hat sie etwas über 25 Prozent gelegen, im Landesmittel bei etwa 22 Prozent. Etwas schlechter war die Situation im Kreis Müritz. Hier lag die Quote im Jahresmittel 2004 etwas unter 25 Prozent, für das Jahr 2005 sind Kreisdaten nicht mehr ausgewiesen. Allerdings lagen die Quoten im Februar 2005 in den Geschäftsstellen Waren und Röbel bei 28,1 beziehungsweise 26,6 Prozent. Dabei lässt sich nicht feststellen, in welchem Ausmaß der Anstieg der Arbeitssuchenden im Bereich dieser Geschäftstellen konjunkturell oder saisonal bedingt ist oder durch Einbeziehung der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger im Zuge der Harzt-IV-Reform bedingt ist. Jedenfalls ist die Zahl der Arbeitslosen in der Geschäftsstelle Röbel von 2250 im Dezember 2004 auf 2483 sich im Januar 2005 um 203 Personen oder um fast 10 Prozent gestiegen. In der Geschäftstelle Waren waren es 630 Personen, ebenfalls gut 10 Prozent. Dabei dürfte jedoch der Anteil der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in Waren höher gewesen seien als in Röbel, da der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit 39 pro 1000 Einwohnern in Waren ohnehin höher liegt als der in Röbel mit 33 pro 1000 Einwohnern. Diese Unzulänglichkeiten verhindern jedoch nicht den Schluss, dass die Arbeitslosigkeit in beiden Geschäftsstellen beziehungsweise im Kreis zu den höchsten in ganz Deutschland gehört.

Abb. 6:



Entsprechend steigt auch die Anzahl der Arbeitssuchenden auf eine offene Stelle. Im Februar 2005 kamen (allerdings im gesamten Bereich der Arbeits-Agentur Neubrandenburg) 40 Arbeitssuchende auf eine offene Stelle. Nach Berufs- und Branchen Gruppen differenziert ergab sich folgendes Bild:

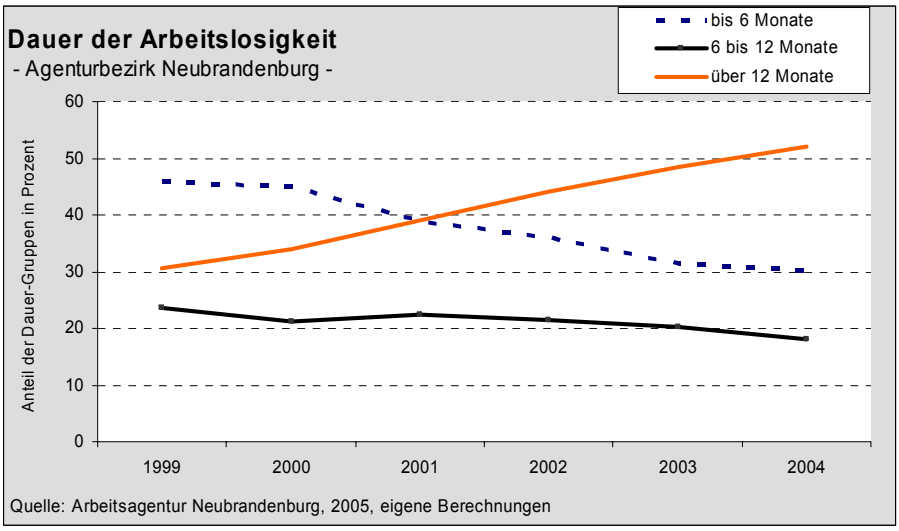
Abb. 7:



Allerdings werden nur etwa 30 Prozent der tatsächlich offenen Stellen dem Arbeitsamt gemeldet, so dass sich eine etwas günstigere Relation ergibt. Aber das Angebot an offenen Stellen ist im Jahr 2004 kontinuierlich von einem Bestand von etwa 1100 auf 700 zum Jahresende zurückgegangen. Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder dass die Dauer der Arbeitslosigkeit weiterhin

zunimmt und der Anteil der Kurzzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Agentur-Bezirk Neubrandenburg weiter abnimmt und der Anteil der lang andauernden AU-Fälle entsprechend steigt. Den größten Anteil an den Langzeitarbeitslosen stellen dabei die 45 bis 55-Jährigen.

Abb. 8:



Rund 20 Prozent der Arbeitslosen (und mehr als die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen) verfügen nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser Wert sinkt zwar leicht. Dies kann aber nicht als gestiegene Chance auf eine Erwerbsarbeit für Geringqualifizierte interpretiert werden. Vielmehr steigt der Anteil der Arbeitslosen mit abgeschlossener Ausbildung (d.h. Ausbildung verliert ihre Bedeutung als individuelle Arbeitsmarktressource).

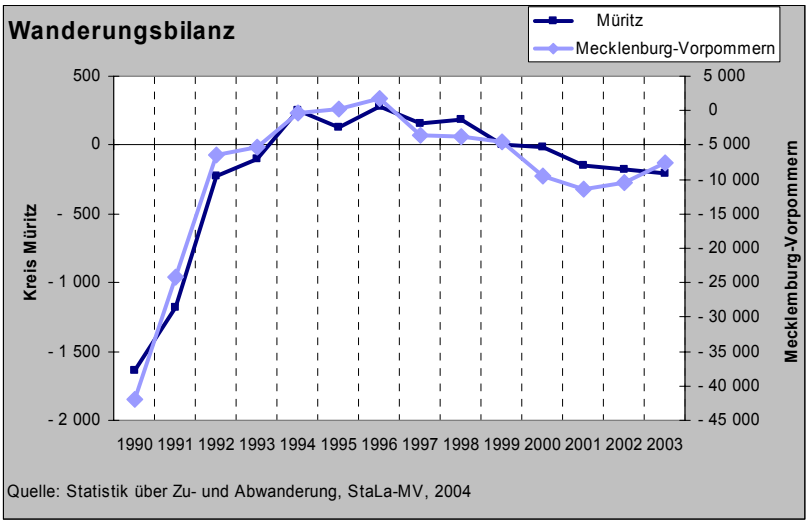
Entsprechend zur Lage auf dem Arbeitsmarkt gehen die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Betriebe kontinuierlich zurück. Die Erwerbsquote liegt im Jahr 2003 bei ca. 60,9 Prozent (66 Prozent bei Männern und 54 Prozent bei Frauen, Landesdurchschnitt in MV, keine Kreisdaten verfügbar) und die Anzahl der Erwerbstätigen ist entsprechend gesunken. Im Landkreis Müritz allerdings weniger stark als im Landesdurchschnitt. Bis 2010 sind kaum positive Nettoeffekte für die Anzahl der Beschäftigten zu erwarten, denn der altersbedingte Ersatznachfrage in einigen (Dienstleistungs-)branchen steht eine erwartete Verringerung des Angebotes an Arbeitsplätzen in anderen Branchen gegenüber (Ministerium für Arbeit und Bau 2002, 36 ff).

2.4.2 Bevölkerungsdynamik

Analog zum Rückgang wirtschaftliche Tätigkeit (das Bruttosozialprodukt verzeichnet ab 1999 sinkende Zuwachsraten und ist im Jahre 2001 auf dem Wert von 1996 angelangt), schrumpft die Bevölkerung. Dies ist eine Folge des natürlichen Bevölkerungsrückgangs (obwohl Mecklenburg-Vorpommern im Bundes-

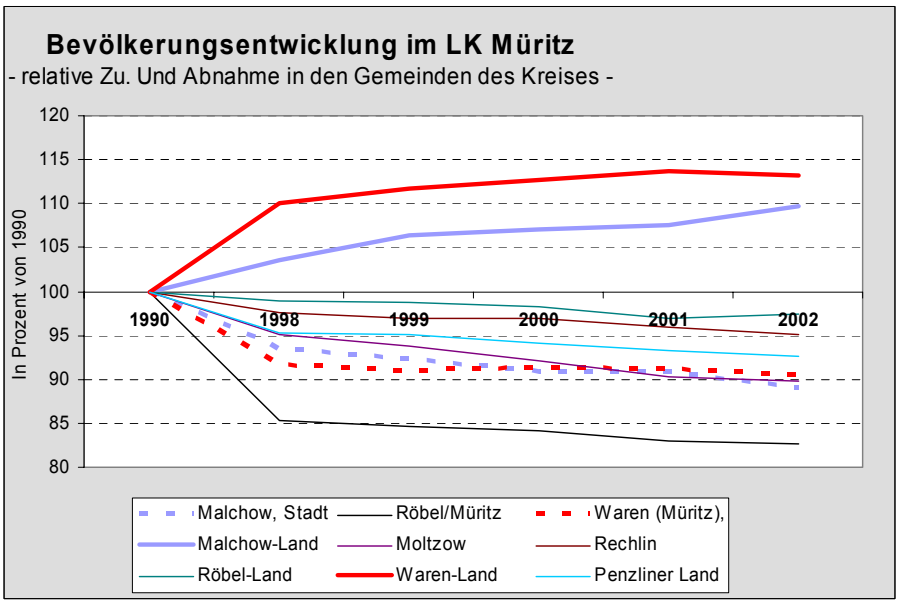
durchschnitt zu den jüngsten Bundesländern zählt) und der Abwanderung. Bis auf eine leichte Erhöhung in den Jahren 1994 bis 1996 ist die Wanderungsbilanz in Mecklenburg Vorpommern negativ wie die nächste Abbildung zeigt.

Abb. 9:



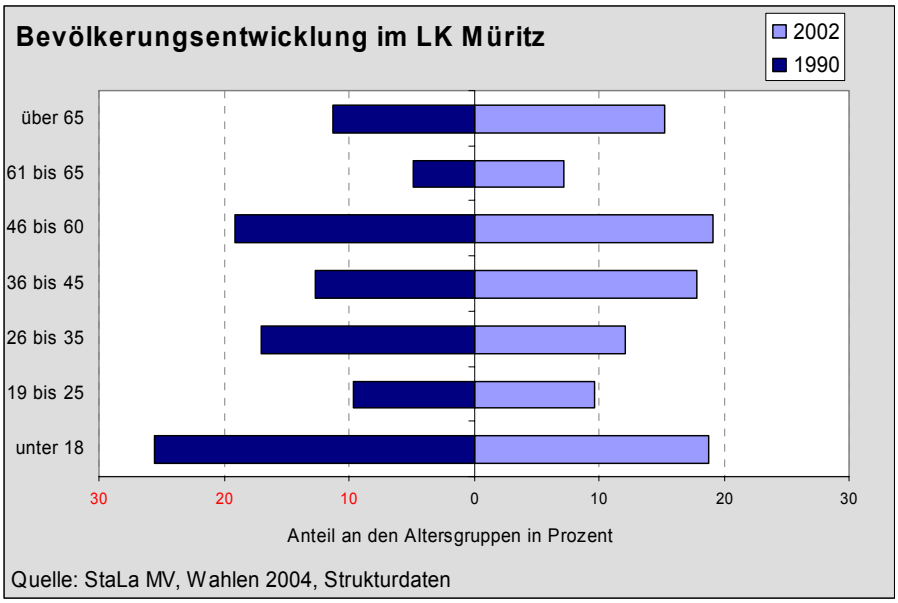
Die hier gezeigte Entwicklung zeigt sich auch auf Kreisebene. Im Landkreis Müritz gibt es lediglich zwei Gemeinden mit einem Bevölkerungszuwachs zwischen 1990 und 1998, der sich jedoch seitdem erheblich abgeschwächt hat

Abb. 10:



Ob es sich hierbei bei den „Zuwachsgemeinden“ um Austauschprozesse zwischen den jeweiligen Stadtgemeinden und ihrem Umland handelt und kann nicht geklärt werden. Bemerkenswert ist jedenfalls die Verschiebung der Altersstruktur im Kreis. Dies zeigt folgende Abbildung 11.

Abb. 11:

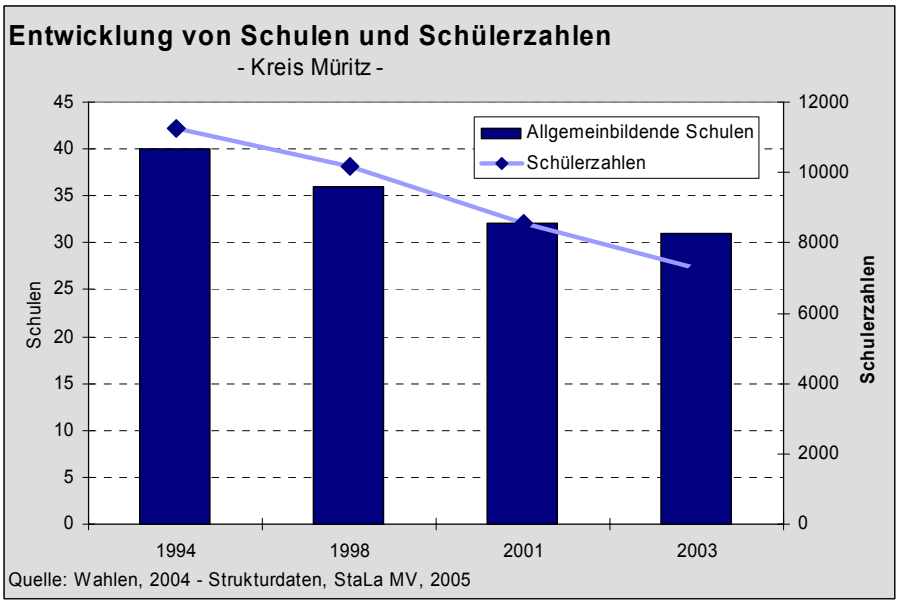


Gegenüber 1990 ist der Anteil der über 60-Jährigen erheblich angewachsen und der Anteil der unter 18-Jährigen ist erheblich gesunken. Die produktiven Jahrgänge der 25 - 35-Jährigen sind ebenfalls abwanderungsbedingt erheblich zurückgegangen (s. auch Abschnitt 2.3). Allerdings ist fraglich, ob der geringe Anteil Jugendlicher (den auch eine Bevölkerungsprognose bis 2020 vorhersagt) zu der von der Landesregierung erwarteten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen kann. Bei anhaltend hoher Produktivität ist eher ein Anwachsen des Bruttosozialproduktes pro Beschäftigten als eine Ausweitung der Arbeitskraftnachfrage zu erwarten.

Die geringe Anzahl Jugendliche und Kinder ist auch eine Folge der Abwanderungs-Bilanz. Zwar wandern fast genauso viele Frauen wie Männer aus Mecklenburg-Vorpommern ab, aber es wandern mehr Männer als Frauen zu, so dass sich in einigen Gegenden Mecklenburg Vorpommern ein erheblicher Männerüberschuss und entsprechend geringe Geburtenraten eingestellt habt.

Ebenfalls als Folge des sinkenden Anteils der von Kindern und Jugendlichen sinkt die Anzahl der Schulen und die Anzahl der Schüler, wie Abbildung 12 zeigt.

Abb. 12:



Mit dem Sinken der Kinder bzw. Schülerzahlen wird zum Teil eine politisch gewollte qualitative Verbesserung des Angebotes verbunden, da weniger Kinder/Schüler sich die verbleibenden Plätze teilen. Allerdings werden auch die Schulsprengel groß und damit der Schulaufwand höher. Auch die Bettenauslastung der Krankenhäuser hat erheblich zugenommen, die Liegezeiten werden kürzer. Aber auch hier ist das Angebot ausreichend, allerdings werden die Wege zum Angebot, wie auch die zur ambulanten Versorgung, länger.

2.4.3 Zusammenfassung

Das Angebot an Arbeitsplätzen wird in Mecklenburg-Vorpommern bis 2010 kaum zunehmen, mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt kann daher nicht gerechnet werden.

Die Chancen für arbeitslos Gewordene oder prekär Beschäftigte einen „normal“ Arbeitsplatz zu finden werden weiter sinken. Durch die Einführung der Hartz IV-Gesetze werden erhebliche Einkommenseinbußen verbunden mit einer Zunahme prekärer Lebenslagen zu verzeichnen sein, da sich der Zustand der Erwerbslosigkeit (nun häufiger finanziert über das im Vergleich zu vorher niedrigere Arbeitslosengeld II) für viele (vor allem für ältere und nicht gut ausgebildete) verfestigen wird.

Mit der Alterung der Bevölkerung und der Abwanderung der Jungen wird sich die Infrastruktur (vor allem Jugend-, Bildungs- und Gesundheitswesen) nur kurzfristig qualitativ verbessern. Die Infrastruktureinrichtungen werden jedoch nach und nach ebenfalls zurückgebaut und schwerer als bisher schon erreichbar werden. Gleichzeitig sinkt mit der Bevölkerungszahl die Wirtschaftsdynamik

insgesamt, es entstehen zunehmend nicht-marktliche Strukturen (regionale Kleinst-Monopolisten) und die endogenen Wachstumspotenziale werden schwächer werden.

Es wird eine Situation entstehen, in der „Rückbau“ die Alternative zum „additiven“ Ausbau der Arbeitsgesellschaft darstellt. Wie dieser bereits stattfindende aber nicht geplante Rückbau sich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit ihren unterschiedlichen Lebenslagen in Zukunft auswirken wird, stellt wahrscheinlich die zentrale Frage der Sozialberichterstattung in den nächsten Jahren und die Bewältigung der dadurch verursachten Probleme das zentrale Problem für die Sozialpolitik dar.

2.5 Lebenslagen in ländlichen Gebieten

2.5.1 Individuelle Erwerbsgefährdung

Wie gezeigt wurde ist das Arbeitsangebot zwar im ganzen Kreis Müritz (und im ganzen Bundesland Land Mecklenburg-Vorpommern) gering, aber immerhin waren im Jahre 2000 noch 50 Prozent der sozialversicherungspflichtig seit 1996 ununterbrochen beschäftigt. 50 Prozent allerdings nicht (BLH-Statistik). Diese hatten teilweise mehrere Unterbrechungen aber auch geförderte Arbeitsplätze und andere Überbrückungsmaßnahmen mit denen der Weg (zurück) in die Erwerbsarbeit geebnet werden sollte oder mit denen Voraussetzungen für neue Transferleistungen geschaffen werden sollten. Dies ist unter den Bedingungen zurückgehender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung jedoch ein Nullsummenspiel. Es ist zu befürchten, dass sich für diese 50 Prozent auch in Zukunft defizitäre und prekäre Lebenslagen herausbilden. Dabei gehen wir von der These aus, dass sich der Zusammenhang zwischen der Prekarisierung der Erwerbsarbeit und der Prekarisierung der Lebenslagen nicht unmittelbar, sondern mit einem zeitlichen Verzug einstellt, weil unmittelbar nach dem Verlust der Erwerbsarbeit noch genügend Bewältigungsressourcen „funktionieren“. Erst durch den langjährigen unregelmäßigen Bestand der Erwerbsquelle(n) werden über einen längeren Zeitraum die persönlichen Ressourcen des Ausgleichs immer enger aufeinander bezogen weil sie immer wieder das Arbeitsmarktversagen und den damit verbundenen Einkommensverlust ausgleichen müssen bzw. insgesamt neue Anpassungsleistungen ermöglichen müssen und deshalb in ihrer Substanz geschwächt werden. Diese Schwächung gewinnt eine eigene Dynamik nicht unabhängig, aber jenseits der Erwerbsarbeit, die bereits heute die prekären Lebenslagen im ländlichen Raum prägt. Dieser Prozess kann für Einige durch die Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit unterbrochen werden. Für die Mehrheit derjenigen, die in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren zahl-

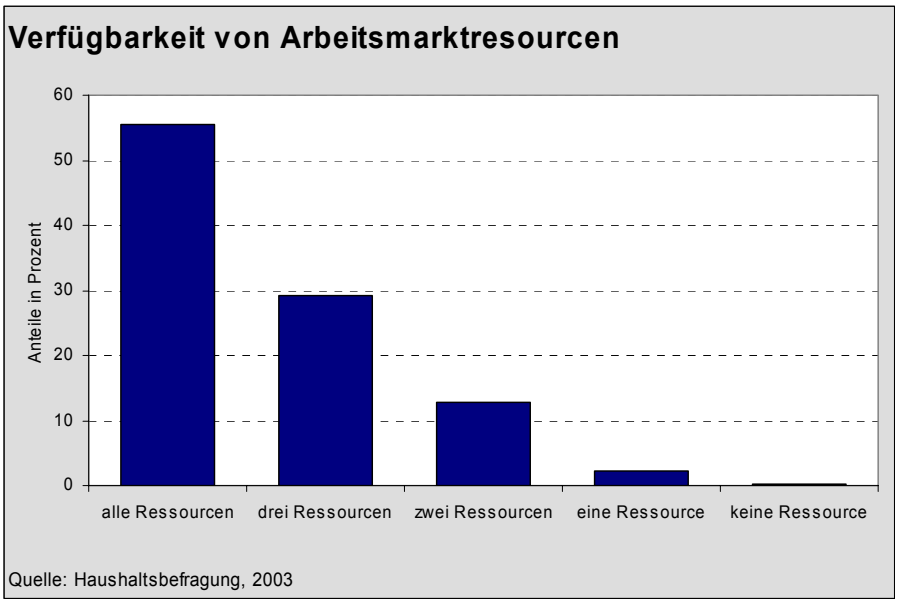
reiche negative Arbeitsmarkt Erfahrungen gemacht haben, jedoch nicht. Für diese wird sich die Form der Risikolagen ändern und das Versagen des einen oder anderen Elements die Gesamtlage anderes aussehen lassen. Veränderungen wird es jedoch höchstens nach unten in die drohende Not geben, in der (wie unsere Verlaufsdaten des Sozialhilfebezugs ausweisen) die Verweildauer ebenfalls zugenommen hat (diese Aussage bezieht sich auf das Jahr 2004, in den Folgejahren werden auf Grund derer Änderungen durch die Hartz-Gesetze die Verweildauer im Arbeitslosengeld II zunehmen).

Im Folgenden wollen wir zunächst die Erwerbssituation der Befragten etwas genauer beschreiben. Dafür untersuchen wir die Ausprägungen der Merkmale

- Schulische Ausbildung
- Alter (über oder unter 50 Jahre)
- Die Tatsache, ob jemand ein Auto zur Verfügung hat
- Aber auch die Tatsache, dass im Haushalt Personen sind, die gepflegt werden müssen.

Zählen wir nun zusammen, wie viel dieser Merkmale positiv bzw. negativ in Bezug auf den Arbeitsmarkt ausgeprägt vorliegen so ergibt sich ein Indikator, der der die Stellung des einzelnen auf dem Arbeitsmarkt wiedergibt: Je höher der numerischen Wert des Indikators ausfällt, desto weniger Hindernisse bestehen um eine Arbeit wieder aufnehmen zu können (wenn es denn ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen gibt.)

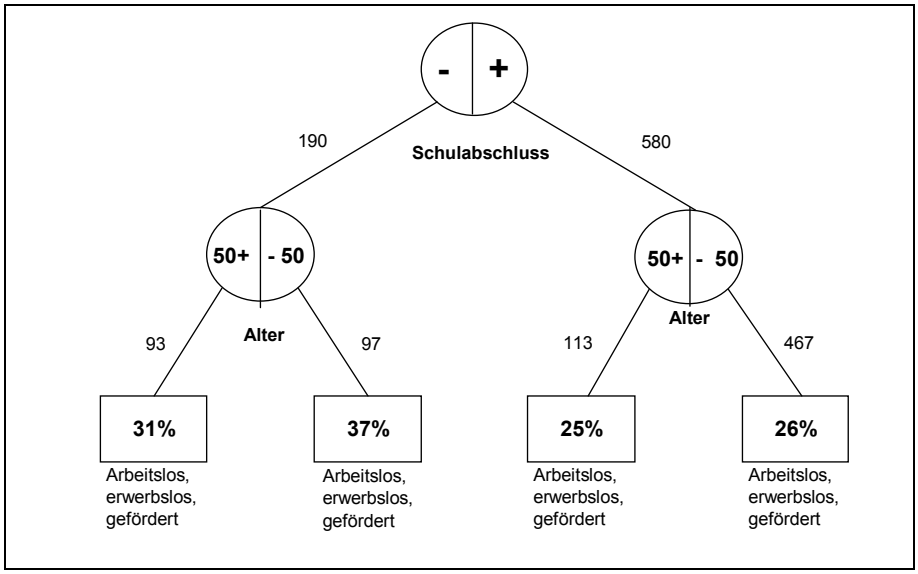
Abb. 13:



Bei etwas mehr als die Hälfte der Befragten sind alle vier der hier aufgeführten Merkmale positiv ausgeprägt. Bei diesen liegt kein individuelles Merkmal vor, das die Situation auf dem Arbeitsmarkt als gefährdet oder prekär erscheinen lassen könnte. Das relativiert das Arbeitsmarktrisiko dieser Personen, führt es aber nicht gegen Null. Vielmehr deutet sich an, das auch die Merkmale Bildung, Alter, Mobilität in dem Maße ihre „Schutzfunktion“ verlieren, wie sich das Volumen der Erwerbsarbeit verringert, denn es werden immer mehr in die Nichtarbeit einbezogen, unabhängig von ihren persönlichen Voraussetzungen. Je besser die Voraussetzungen sind, je „schneller“ können sie jedoch die Nichterwerbsarbeit verlassen (falls Arbeitsangebote zur Verfügung stehen). Wer jedoch nur über zwei oder weniger Ressourcen verfügt hat auf dem Arbeitsmarkt eine schlechtere Position. Entsprechend sind bei etwas mehr als 50 Prozent derjenigen, die „berufstätig angestellt“ sind, die Arbeitsmarkt-Ressourcen hoch ausgeprägt aber nur bei 18 Prozent der Arbeitslosen ist dies ebenfalls der Fall.

Die entscheidende Ressourcen sind dabei die Schulbildung und das Alter, der Nicht-Besitz eines Auto oder die Pflege von Abhängigen kommen sehr selten vor (unter 4 Prozent) und sind deshalb nur „logisch“, nicht aber empirisch als Negativ-Merkmal relevant. Dies zeigt auch die folgende Abbildung.

Abb. 14:



Das Risiko arbeitslos zu werden, in eine geförderte Maßnahme zu gelangen und nicht erwerbstätig zu sein ist für Personen die keinen Schulabschluss haben oder über Hauptschulabschluss verfügen deutlich höher als für solche mit einem hören Schulabschluss. Bei höherem Schulabschluss spielt das Alter offensichtlich keine Rolle für die Gefahr arbeitslos oder gefördert zu werden. Bei Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss spielt das Alter jedoch eine entscheidende Rolle: Bei den unter 50 Jährigen mit niedrigem

Schulabschluss sind 37 Prozent nicht „normal“ erwerbstätig, gegenüber 31 Prozent von den über 50-Jährigen. Dies liegt möglicherweise jedoch an dem hohen Anteil von Fördermaßnahmen, der eher den Jüngeren zukommt.

Bezogen auf die Stellung auf dem Arbeitsmarkt heißt dies, dass mindestens 190 der 770 Befragten im erwerbsfähigen Alter durch ihre unterdurchschnittliche Ausbildung ein deutliches Arbeitsmarkthandikap mitbringen. Das sind fast 25 Prozent der Personen in den befragten Haushalten (Altersgruppe: 18 - 65). Unter den Menschen mit geringer oder fehlender Schulbildung sind 57 Prozent Männer; 33 Prozent der jungen Menschen (18 bis 25-Jährige) haben einen niedrigen Schulabschluss; diese Rate wird nur noch von den über 56-Jährigen übertroffen (56 Prozent ohne Schulabschluss oder mit Hauptschule).

In Bezug auf die Stellung auf dem Arbeitsmarkt bildet sich so die Problemgruppe der jungen Männer mit niedriger Schulbildung heraus (siehe auch Abschnitt 2.5). In seiner Arbeitsmarktprognose erwartet das Ministerium für Arbeit und Bau einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen mit nur geringen Qualifikationsanforderungen, so dass nicht damit zu rechnen ist, dass sich für diese Gruppen ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt verbessern würde, vor allem dann nicht, wenn sie bereits längere Zeit arbeitslos sind und dann das „dreifach Stigma“ eines höheren Alters *und* niedriger Schulbildung *und* langjährige „Entfremdung“ von der Arbeit entwickeln.

2.5.2 Prekäre Lebenslagen im sekundären Integrationsmodus

Prekäre Erwerbssituationen haben ihren Einfluss auf die „Ausstattung“ von Lebenslagen mit materiellen Ressourcen. Dieser Einfluss vermittelt sich jedoch nicht mit „sofortiger Wirkung“. D. h. mit einem kurzzeitigen Wegfall der Erwerbsarbeit tritt noch keine unmittelbar materielle Gefährdung ein, wenn der Wegfall eher kurzzeitig ist und durch öffentliche oder private Ausgleichsleistungen kompensiert werden kann. Vielmehr ist es eher die langandauernde Prekarisierung der Einkommenssituation, die (nach und nach) soweit zu einer Prekarisierung der materiellen Situation führt, dass diese praktisch als abgelöst von ihren Ursachen als eigene Form von „armer Lebenslage“ erscheint. Dem wollen wir im Folgenden etwas genauer nachgehen.

Eine an materiellen Ressourcen arme Lebenslage kann durch folgende Merkmale beschrieben werden:

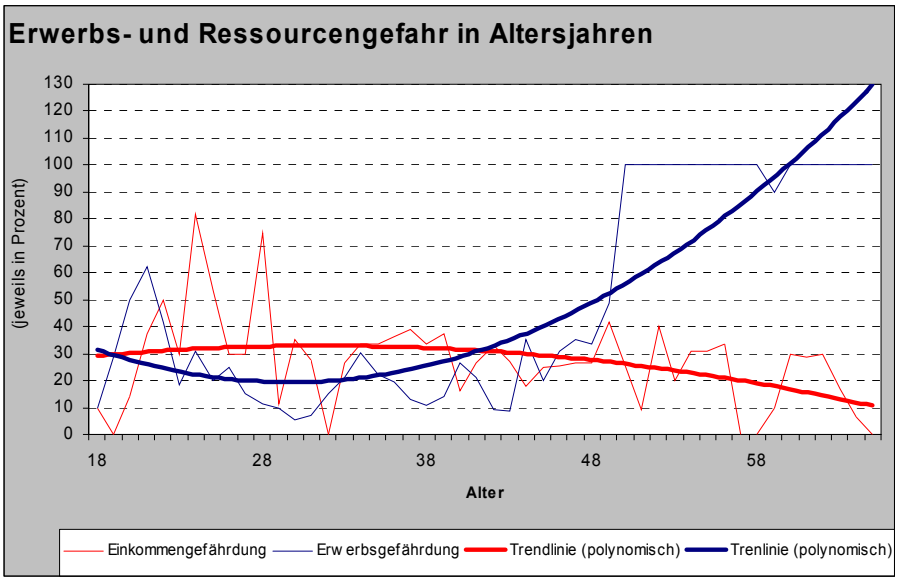
- Einkommensarmut. Als einkommensarm bezeichnen wir alle Personen, deren monatliches Nettoeinkommen unterhalb von 60 Prozent des Medians aller Einkommen liegt, im vorliegenden Fall sind damit alle Einkommen unter € 800,- erfasst.

- Wenn eine Person nicht über Haus oder Wohnungseigentum verfügt (61 Prozent) und *gleichzeitig* noch das Kriterium der Armut (siehe oben) erfüllt bzw. kein Wohnungseigentum besteht *und* Kredite bedient werden müssen (44 Prozent) fällt sie ebenfalls in die Kategorie der Ressourcen-Armen.
- Kreditzahlung gelten dann als Einkommensrisiko, wenn die Person gleichzeitig arm ist bzw. wenn kein Wohneigentum vorliegt.
- Ein wichtiger Indikator (der aber nur im geringen Ausmaß vorkommt) sind fehlende materielle Überbrückungsmöglichkeiten etwa beim Ausfall des Arbeitslohns. Wer weder Wertpapiere noch andere Anlagen oder Sparformen hat, um gegebenenfalls auf sie zurückgreifen zu können, gilt als gefährdet wenn gleichzeitig die Merkmale Armut oder Kreditverpflichtungen vorliegen.

Wenn Einkommensarmut oder/und ein weiteres Merkmal vorliegen, sehen wir die Situation als gefährdet an. Wenn drei Merkmale vorliegen liegt eher schon eine "Notlage" vor.

Vor allem, wenn die Erwerbslage prekär war oder (dauerhaft) ist, schlägt sich das auf die Verfügbarkeit materieller Ressourcen und eine entsprechende Lebenslage nieder. Aber die „Entkopplung“ eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Stellung auf dem Arbeitsmarkt und der Verfügbarkeit über materielle Ressourcen zeigt sich auch an Hand des Altersfaktors sehr plastisch: Von den über 50-Jährigen befinden sich 80 Prozent in einer Erwerbsgefährdung, bei den bis 26-Jährigen sind es nur etwa 11 Prozent. Aber: Nur 18 Prozent der Älteren leben mit angespannten materiellen Ressourcen, bei den jüngeren sind es mehr als 30 Prozent.

Abb. 15:

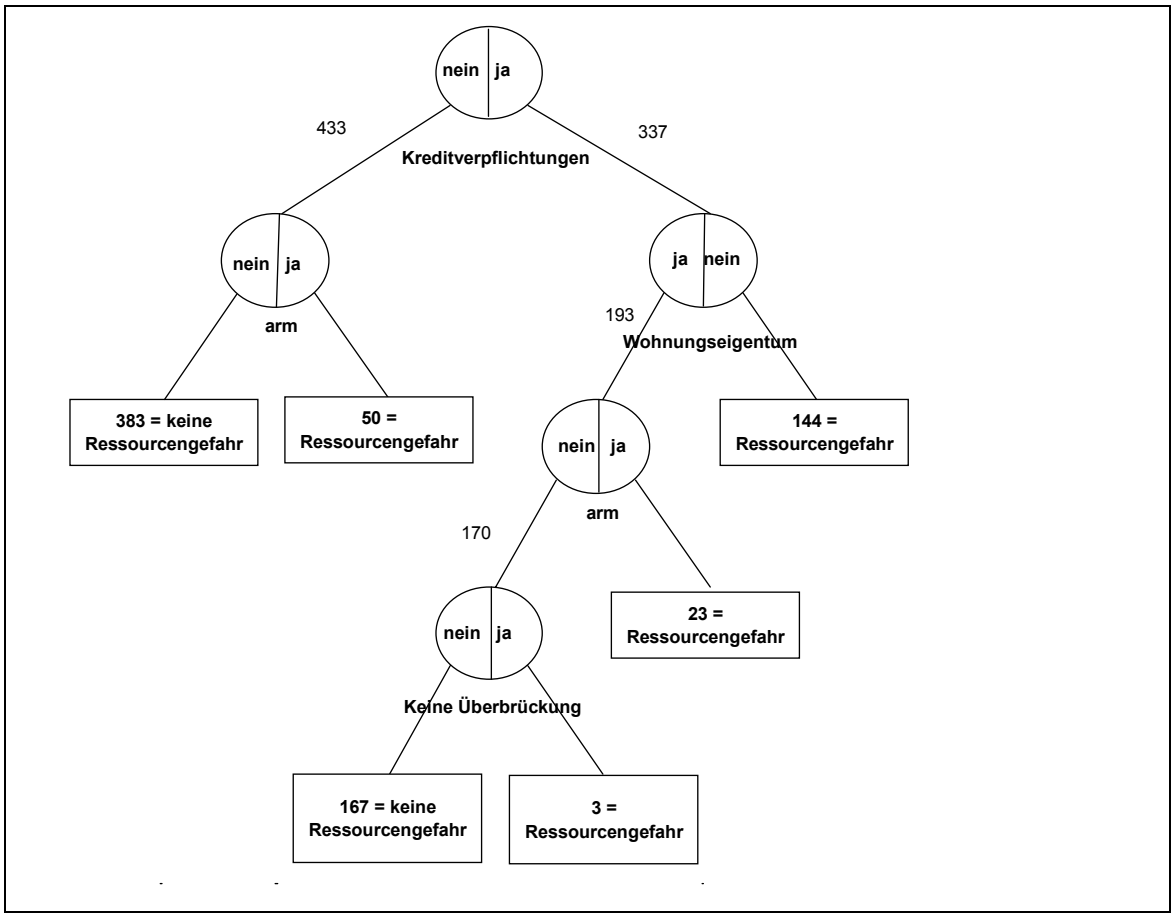


Dies liegt daran, dass ältere Menschen länger Zeit hatten, im Verlauf ihres Erwerbslebens materielle Ressourcen zu akkumulieren, so dass sie im Falle des Versiegens anderer Einkommensquellen von diesen Ressourcen zehren können. Anders bei den Jüngeren. Materielle Ressourcen zum Abpuffern von Notlagen, die im wesentlichen durch Wegfall von Erwerbsarbeit begründet sind, stehen nicht zur Verfügung, die Unmittelbarkeit von prekären Erwerbssituationen und prekären materiellen Ressourcenlagen stellt sich hier ein. Angesichts der geringen Erwerbschancen überhaupt und vor allem des schwierigen Einstiegs in das Erwerbsleben lässt dieser Zusammenhang allerdings eher die Zunahme an prekären Erwerbs- und Ressourcenlagen für die Jugendlichen erwarten und damit eine zunehmende Prekarisierung sozialer und ökonomischer Verhältnisse.

Insgesamt liegt in 23,6 Prozent der Fälle eine Gefährdung durch schwach ausgeprägte materielle Ressourcen und in etwa fünf Prozent eine akute Notlage (Kumulation von gefährdenden Einzelelementen) vor. Liegt Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit oder eine geförderte Arbeit vor, ist die Chance in eine ressourcengefährdete Lebenslage zu gelangen dreimal so groß, als ohne Vorliegen dieser Situation. Aber: wenn nur eine Erwerbs*gefährdung* vorliegt ohne das die Erwerbslosigkeit schon eingetreten wäre, zeigen sich praktisch keine Zusammenhänge zur materiellen Gefährdungslage. Das belegt, dass materielle Gefährdungslagen und sogar Not eher eine Folge direkter Einkommens-Minderung sind, weil die Bewältigungs-Elemente (Wohnungseigentum, Kreditverpflichtungen, Überbrückungsmöglichkeiten) alle direkt durch den Zufluss von Einkommen in ihrer Funktion gespeist werden. Versagt dieser Zufluss, versagen mit zeitlichem Verzug auch die Bewältigungselemente und eine materielle Gefährdungslage kann eintreten.

Die folgende Abbildung zeigt die Elemente der Ressourcengefährdung in der Übersicht.

Abb. 16:



2.5.3 Die Wohnsituation der Befragten

Zur Beschreibung der Wohnsituation in den Gemeinden haben wir folgende Merkmale zu Indikatoren zusammengefasst;

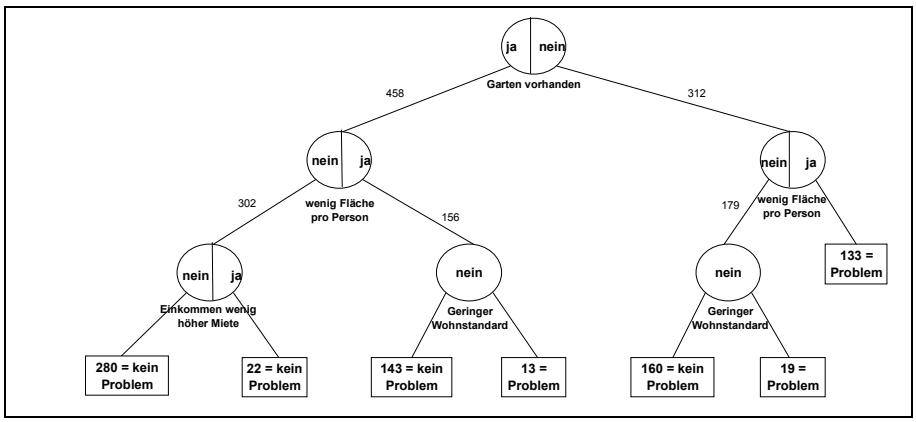
- Geringer Wohnstandard, der besteht, wenn die Wohnung ofenbeheizt ist und/oder nur eine Warmwasserzapfstelle besteht und/oder keine Innentoilette oder Bad vorhanden sind.
- Kein Garten vorhanden ist. In ländlichen Gegenden verfügen über 70 Prozent (Hohen-Wangelin) bis über 80 Prozent (Ankershagen) der Bevölkerung über Gartenbesitz, selbst in Papenberg sind es noch über 30 Prozent. Gärten erfüllen neben ihrer Nutzfunktion auch über eine Erholungs- und soziale Funktion. Weil es zum Beispiel typisch ist, den Sommer teilweise in der Datsche zu verbringen, haben wir den Gartenbesitz zur Wohnqualität gerechnet.
- Wohnen in Untermiete (4,3 Prozent) signalisiert einmal Einkommensschwäche aber sicherlich auch eingeschränkte Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung.

- Ein „harter“ Indikator ist die Wohnfläche pro Person. Im Durchschnitt stehen pro Person 45 qm zur Verfügung. Wenn es weniger als 25 sind, haben wir die Situation als problematisch eingestuft.

Befragte die keines oder nur eins dieser Merkmale aufweisen (73 Prozent) haben kein Wohnproblem, wer mehr als eins dieser Merkmale aufweist lebt mit einer problematischen Wohnsituation.

Interessanterweise zeigt sich in diesen ländlichen Gegenden, dass der Gartenbesitz das am meisten diskriminierende Merkmal zur Beschreibung der Wohnsituation darstellt. Nur 13 von 458 Personen mit Gartenbesitz haben eine problematische Wohnsituation (2,8 Prozent). Bei diesen ist allerdings der Wohnstandard gering und die Zahl der Quadratmeter pro Haushaltsmitglied gering (s. Abb. 17).

Abb. 17:



Danach sind Gartenbesitz und die Anzahl der Quadratmeter pro Person die entscheidenden Merkmale zur Beschreibung einer problematischen oder unproblematischen Wohnsituation, während zum Beispiel ein geringer Wohnstandard kaum Einfluss hat (er kommt auch nur in 10 Prozent der Fälle vor.)

Wohnprobleme sind ungleich unter den Befragten verteilt.

- Fast die Hälfte der Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren hat ein Wohnproblem,
- Junge Menschen haben häufiger ein Wohnproblem als Ältere,
- Dauernd getrennt lebende oder Nichtverheiratete die mit einem Partner zusammenleben haben überdurchschnittlich häufig ein Wohnproblem,
- Arbeitslose und Arbeitssuchende sowie Nichterwerbstätige haben doppelt so häufig ein Wohnproblem wie andere Befragte,

Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Erwerbsgefahr und Wohnproblemen nicht so stark ausgeprägt wie der zwischen Ressourcenarmut und Wohn-

problemen. Wir führend dies auf den bereits diskutierten Zusammenhang zwischen dem Verlust der Erwerbsarbeit und der zeitlichen Verzögerung ihrer Folgen auf die materielle Lebenslage zurück.

Eine Besonderheit der Wohnsituation trifft in den drei untersuchten Gemeinden und mit Sicherheit auch in anderen Gemeinden auf: Wohnen im Neubau. Genau drei Viertel der Neubau-Bewohner geben Wohnprobleme an, in Papenburg, wo mehr als drei Viertel der Befragten in Neubauten wohnen, gaben 66 Prozent Wohnprobleme an, in Ankershagen, wo nur ein Viertel im Neubau leben waren es nur 12 Prozent (hier leben die Menschen allerdings meistens in „neuen“ Einfamilienhäusern, wenn sie im Neubau leben. Wer auf dem Land (jedenfalls in den östlichen Bundesländern) in Häusern lebt, die höchstens 40 Jahre alt sind und in denen mehr als fünf Familien wohnen, hat einen schlechten Wohnstandard und ist ressourcenarm. Dies ist darauf zurückzuführen, dass dort die Mieten günstig sind und zum Teil Einweisungen besonders ressourcenarmer Familien in solche Häuser stattfinden. Als besonders gefährdet kann die Situation in Hohen Wangelin bezeichnet werden, wo alte LPG-Wohnblöcke das Dorf zerschneiden. Dort leben einkommens- und bildungsschwache Familien, die angesichts der isolierten Lage des Ortes über eine geringe Mobilität verfügen und daher denkbar schlechte Voraussetzungen für eine eigenständige Lebensführung durch Erwerbsarbeit haben. So sind die Bewohner der Neubausiedlungen ärmer, beziehen entsprechend mehr Wohngeld und Sozialhilfeleistungen (nach SGB III-Kriterien). Sie sind stärker erwerbsgefährdet, ressourcengefährdet, Mobilitätsgefährdet und sogar familiengefährdet, weil es sich um zahlreiche Ein-Personen-Haushalte handelt. Wohnen im Neubau signalisiert (wie in den Städten teilweise auch) eher Abstieg als Aufstieg und eher Probleme als Problemlösungen.

2.5.4 Mobilitätsprobleme

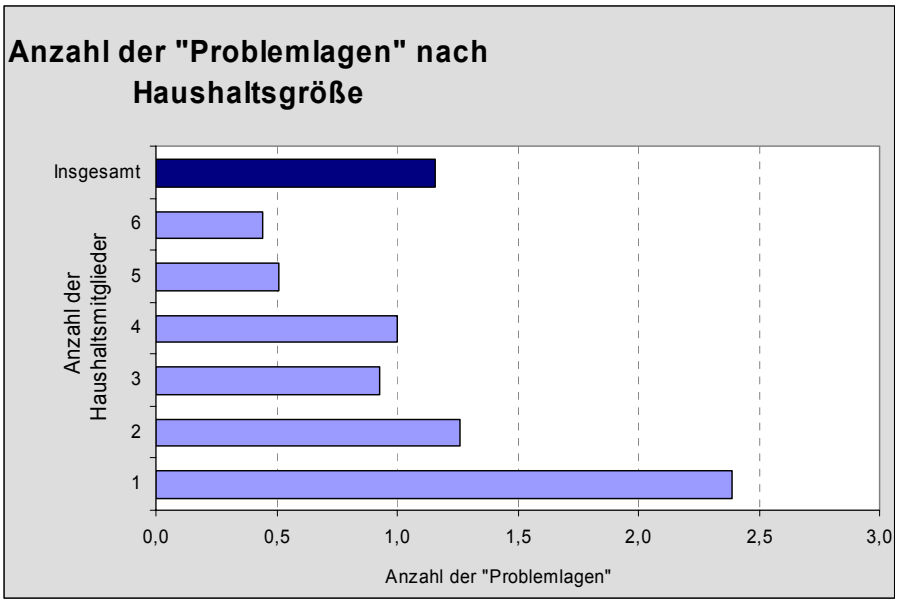
Mobilitätsprobleme können entstehen, wenn kein Auto zur Verfügung steht bzw. kein Zugang zum öffentlichen Nahverkehr besteht und/oder der Bewerbungsradius aus welchem Grund auch immer unter 20 Kilometer liegt. Insgesamt treten alle Handikaps zusammen relativ selten auf. Nur 6 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 65 Jahren haben kein Auto zur Verfügung. 5 Prozent geben an sich innerhalb von 20 Kilometern beworben zu haben oder sich zukünftig bewerben zu wollen. Ein Mobilitätsproblem könnte auch entstehen, wenn Kinder unter 16 Jahren im Hause sind, aber kein Auto zur Verfügung steht. Allerdings trifft auch diese Kombination nur in sieben Fällen zu, die alle im Stadtteil Papenberg wohnen, der gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist, so dass sich für diese sieben Personen kein Mobilitätsproblem ergeben dürfte.

44 Prozent aller Mobilitätsprobleme vereinen sich in den 1-Personen-Haushalten, obwohl diese nur 10 Prozent aller Haushaltstypen ausmachen. Dabei wird das Mobilitätshandikap in diesen Haushalten nicht durch einen kleinen Bewerbungsradius, sondern durch ein fehlendes Auto bestimmt. Da aber alle 1-Personen-Haushalte mit Mobilitätsproblemen in Papenberg kumulieren, und, wie bereits gesagt wurde, dieser Stadtteil gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln versorgt ist, wird man in diesen Fällen nicht von einem Mobilitätsproblem sprechen können. Vielmehr signalisieren diese Fällen eher Armut, denn doppelt so viele der Einkommensarme wie nicht Einkommensarme haben kein Auto zur Verfügung (10 Prozent zu 5,4 Prozent). Mobilitätsprobleme sind demnach selten. Wo sie auftreten verweisen sie eher auf andere schwerwiegende soziale und materielle Problemlagen.

2.5.5 Familiale Ressource - Gefährdete Ein-Personen-Haushalte

Familiale Ressourcen können ein Element von Bewältigung sein, wenn sie vorhanden und mobilisierbar sind. Im vorliegenden Kontext sind die familiaren Ressourcen vorhanden, wenn ein Partner und /oder Kind(er) vorhanden sind und entsprechende Hilfe mobilisiert werden kann. Danach haben (definitionsgemäß) vor allem Alleinlebende (1-Personenhaushalte) weniger familiale Ressourcen zur Verfügung als alle anderen Haushalts- und Lebensformen. Bei den Ein-Personen-Haushalten kumulieren jedoch auch die anderen Problemlagen am häufigsten, wie die folgende Abbildung zeigt.

Abb. 18:



Die Verteilung zeigt, dass mit wachsender Haushaltsgröße die Anzahl der Problemlagen eher sinkt. Auch wenn Kinder unter 16 Jahren dem Haushalt angehören ist die Summe der kritischen Problemlagen nahezu halb so gering wie in Haushalten ohne Kinder. Wenn sich diese Ergebnisse auch bei eher repräsentativen Haushaltsbefragungen bestätigen würden, würde das einige neue Argumente für die Verteilung von Armut und Reichtum in der Bevölkerung liefern können. Auch beim Bezug von Sozialhilfe (hier die Daten der Stadtgemeinde Malchow) überwiegen die Ein-Personenhaushalte in ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern.

Wer alleine lebt (29 Prozent) wohnt vor allem in Papenberg. Insgesamt haben hier (wie auch in Hohen-Wangelin) 69 Prozent (gegenüber nur 52 Prozent in Ankershagen) der Haushalte keine Kinder. In Papenburg können 34 Prozent der Haushalte nicht mit familialer Unterstützung rechnen, in Hohen-Wangelin beträgt dieser Wert nur sieben Prozent. Menschen mit Erwerbs- und Ressourcengefährdung haben weniger familiale Unterstützung als andere. Allerdings sind Alleinstehende auch wesentlich häufiger arbeitslos als Menschen in Mehrpersonenhaushalten[3].

[3] Angaben über Alleinerziehende können hier nicht gemacht werden, da ihre Fallzahl mit 11 in der Haushaltsbefragung zu klein ist. Unter den Sozialhilfeempfängern (Malchow) kommen sie allerdings häufiger als im Landesdurchschnitt vor.

2.5.6 Gefährdete Lebenslage und soziale Exklusion

Der Begriff der sozialen Exklusion ist, jedenfalls im Kontext in dem er von den meisten Armutsforschern gebraucht wird, eher metaphorischer Natur. Es gibt kaum empirische Untersuchungen darüber, ob sich Menschen ausgegrenzt oder einbezogen fühlen. In unserer Untersuchung haben wir deshalb einige sehr konkrete und auf die dörfliche Situation bezogene Teilhabeindikatoren gebildet, die zunächst sehr kleinteilig erscheinen, aber gerade deshalb etwas über die Beteiligung am sozialen Leben aussagen können, weil sie unabhängig von institutionellen Ausgrenzungen und Zuweisungen zu Stande kommen und bis zu einem gewissen Grad dem Kalkül der Betroffenen selbst unterliegen. Dazu haben wir vier Gelegenheiten erfasst, die soziale Ausgrenzung oder auch Teilhabe zeigen könnten:

- Die Teilnahme an Dorffesten,
- die Vorbereitung von Dorffesten,
- gelegentliche Freundschaftsdienste, die die Befragten (teilweise bezahlt) durchgeführt haben und die
- Unterstützung beim Renovieren der Wohnung.

Diese Exklusions- oder Inklusionsgelegenheiten lassen sich typisieren in solche,

- bei denen lediglich eine konsumierende *Teilnahme* erwartet wird, es also möglich ist, mit dem Einsatz relativ geringer eigener Ressourcen „mitzumachen“. Dies messen wir an der Mitgliedschaft in einem Verein und an der Beteiligung an Dorffesten. Dabei finden wir folgende Zusammenhänge: Menschen in Risikolagen nehmen weniger häufig an Dorffesten teil. Auf die Mitgliedschaft in einem Verein (40 Prozent sind Mitglied) hat die Armutslage jedoch kaum einen Einfluss. Eine aktive Ausgrenzung besteht auf keinen Fall. Ein einmal erworbener Teilnahmegrad bleibt wahrscheinlich stabil bestehen, so dass die Teilnahmemöglichkeit auch genutzt werden kann, eigene Ressourcen zu schonen bzw. zu erhöhen.
- Demgegenüber setzt die Teilnahme an der *Vorbereitung* zu einem Dorffest schon den Einsatz von eigenen Ressourcen voraus. Es muss gekocht, gebraten und gewerkelt werden. Mitgebrachtes Werkzeug verschleißt, Getränkerunden an die MitvorbereiterInnen werden fällig, alles Dinge, bei denen ein gewisser Einsatz an Ressourcen erwartet wird, ohne dass im Gegenzug ein Anspruch auf die Ressourcen der anderen für die Lösung der eigenen Probleme bestehen würde. Die Vorbereitung eines Dorffestes fordert voraussetzungslosen Ressourceneinsatz, den sich aber ressourcenarme Bewohner dieser Gemeinden oft nicht leisten können. Entsprechend neh-

men Menschen in Risikolagen weniger häufig und Menschen in Notlagen so gut wie gar nicht mehr an diesen Vorbereitungen teil.

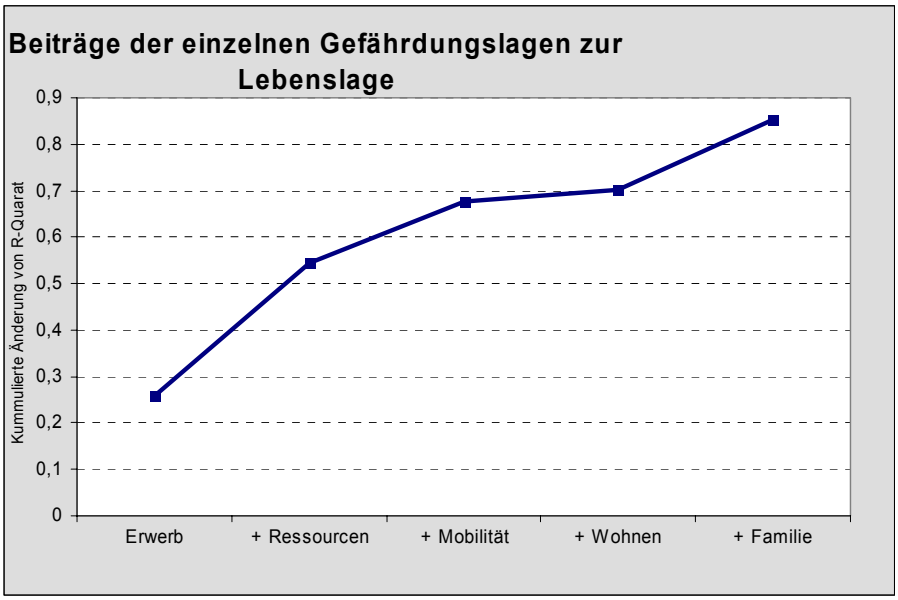
- Anders verhält es sich zum Beispiel beim Rückgriff auf Freunde, die beim Renovieren der Wohnung helfen. Auch hier müssen eigene Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (Farbe, Werkzeug, Verpflegung), aber dieser Ressourceneinsatz kommt nicht der Allgemeinheit (und sei sie noch so überschaubare) zugute, sondern kann (im späteren Gegenzug) selbst konsumiert werden. Und wenn eine Gegenleistung verlangt wird, kostet diese oft nicht mehr als den Zeitaufwand, kaum aber den Einsatz von Ressourcen, die ja im Gegenleistungsfall nun die andere Seite trägt. Aber der Einsatz der Freunde beim Renovieren der Wohnung versiegt nicht, wenn eine Gefahren- oder sogar eine Notlage vorliegen.
- Ein weiteres Merkmal zeigt den Teilhabegrad an: Die Wahrnehmung von Gelegenheiten zur kurzfristigen Nebentätigkeit, wobei es sich in der Regel um bezahlte „freundschaftliche“ Dienste handelt. Wer erwerbslos ist, erhält fast dreimal so häufig ein Angebot auf bezahlte Nebentätigkeit wie Nichterwerbslose. Auch dies werten wir eher als ein Zeichen für funktionierende soziale Teilhabemöglichkeiten, keinesfalls jedoch für sozialen Ausschluss.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt und die arbeitsintegrierenden Merkmale der fordistischen Arbeitsgesellschaft, können die Gefährdeten (bei stabiler Risikolage, s. unten) zu *Überflüssigen* werden. In Bezug auf ihr unmittelbar soziales Umfeld jedoch sind sie es offensichtlich nicht (vergl. Auch Böhnke 2001).

2.5.7 Die Gesamtproblemlage

Wir haben bisher fünf Problembereiche genannt, die untereinander unterschiedlich stark verkoppelt sind. So beeinflusst die Einkommenshöhe (über einen längeren Zeitpunkt hinweg) das Ausmaß, in dem materielle Ressourcen akkumuliert und bei Bedarf (kurzfristig) zur Überbrückung materieller Engpässe mobilisiert werden können. Andere Problembereiche wie Wohnprobleme und Probleme familialer Unterstützung korrelieren nur ausgesprochen schwach mit Einkommenshöhe und Erwerbsstatus, haben ja zunächst auch keinen logischen Zusammenhang mit diesen. Wenn mit einer Regressionsgleichung geprüft wird, welchen Beitrag einzelne Elemente der Lebenslage zum Gesamtergebnis beitragen, ergibt sich folgende Gerade.

Abb.19



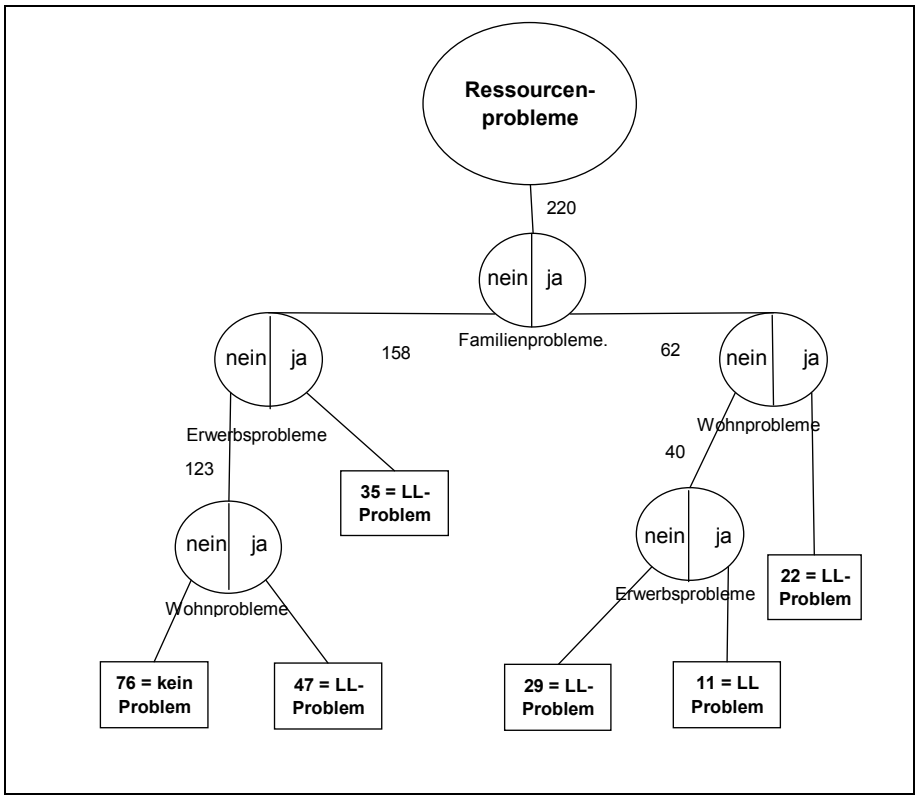
Problematische Lebenssituationen (hier als Aufsummierung von problematischen Einzellagen) entstehen danach vor allem durch eine Erwerbsgefährdung und durch Ressourcengefährdung. Beide Problemlagen zusammen erklären über 55 Prozent der Gesamtvarianz. Mobilität und Wohnen erklären zusammen nur 15 Prozent während die Familienressource, bzw. ihr Fehlen allein 15 Prozent einer gefährdeten Lebenslage erklärt.

Tatsächlich produzieren einzelne Probleme in ihrem Zusammenwirken kritische Lebenslagen wie sich am Beispiel des Sozialhilfebezuges bzw. der Sozialhilfeempfänger zeigen lässt. Diese haben eine 2,8-mal so große Erwerbsgefährdung (was allerdings auch definitionsbedingt ist: Sozialhilfeempfänger sind dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht erwerbstätig sind); eine 1,4 mal so große problematische Ressourcen-Ausstattung; 2,6-mal so häufig Mobilitätsprobleme und immerhin noch 1,4 mal so häufig Wohnprobleme und etwas weniger häufig (1,3 mal) Probleme, familiale Unterstützung mobilisieren zu können.

2.5.7.1 Ressourcenproblem als Folge und „neue“ Voraussetzung für Risiken

Da lokale bzw. regionale Sozialberichterstattung in der Lage sein soll das sozialpolitischer Handeln vor Ort möglichst nah an den Problemen zu orientieren die die Besonderheiten Interventionsfeldes ausmachen, stellen wir im Folgenden die Besonderheiten für Gemeinden und für Gruppen der Bevölkerung dar. Eine erste Übersicht zeigt bereits ein zunächst überraschendes Ergebnis:

Abb. 20:

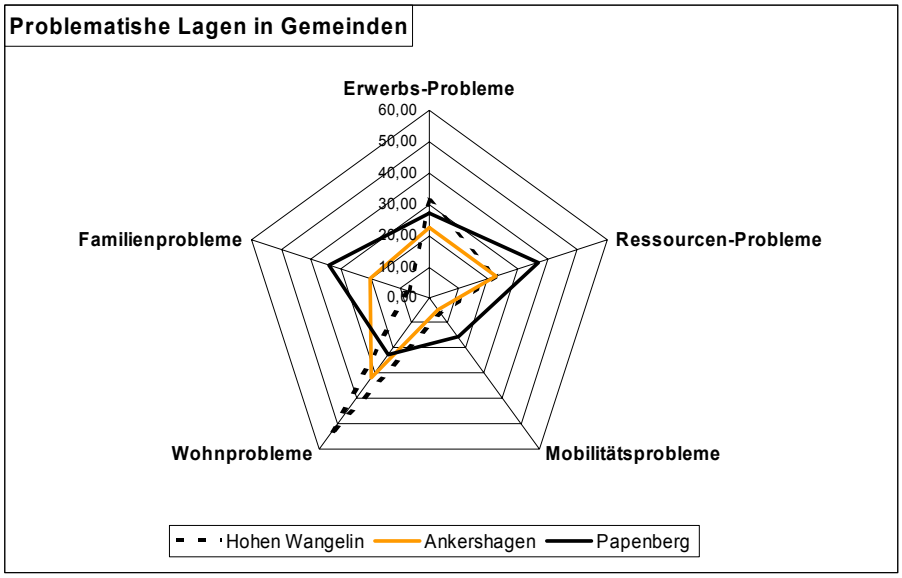


Wir stellen hier die Komposition problematischer Lebenslagen dar, die sich aus vorhandenen Ressourcenproblemen (Ausgangssplitt) ergeben können. Familienprobleme stellen die nächste Stufe zur problematischen Lebenslagen dar. Wie wir in Abschnitt 2.5.5 jedoch gezeigt haben, befinden sich jedoch hauptsächlich 1-Personen Haushalte in familiaren Problemlagen (keine Unterstützung durch andere Familienmitglieder). Bei diesen 1-Personen-Haushalten führen zusätzliche Wohnungsprobleme direkt in problematische Lebenslagen. Aber auch wenn keine Wohnprobleme vorliegen ergeben sich für 40 Befragte - und zwar unabhängig von deren Erwerbsressourcen - problematische Lebenslagen (beide Kästchen rechts unten). Daraus ließe sich schlussfolgern, dass der Status „1-Personen Haushalt“ bereits an sich ein Risiko für problematische Lebenslagen darstellt. Tatsächlich kumulieren hier die Merkmale „arbeitslos“, „hohes Alter“, „in geförderter Beschäftigung“ und „hohe Rate von Schulabbrechern sowie „viele Einzelrisiken“, so dass für Mitglieder in 1-Personenhaushalten die Wahrscheinlichkeit in eine problematische Lebenslage zu geraten doppelt so hoch ist wie in der nächst hohen Kategorie (dies sind 2-Personehaushalte).

Liegen (in der obigen Abbildung) keine „Familienprobleme“ vor, handelt es sich also um einen Mehrpersonenhaushalt, bilden Erwerbsprobleme die nächste Hürde. Ressourcenprobleme *und* Erwerbsprobleme führen dann in 30 Fällen zu

problematischen Lebenslagen, liegen keine Erwerbsprobleme, aber Wohnprobleme vor, ergeben sich in 42 Fällen ebenfalls problematische Lebenslagen.

Abb. 21:

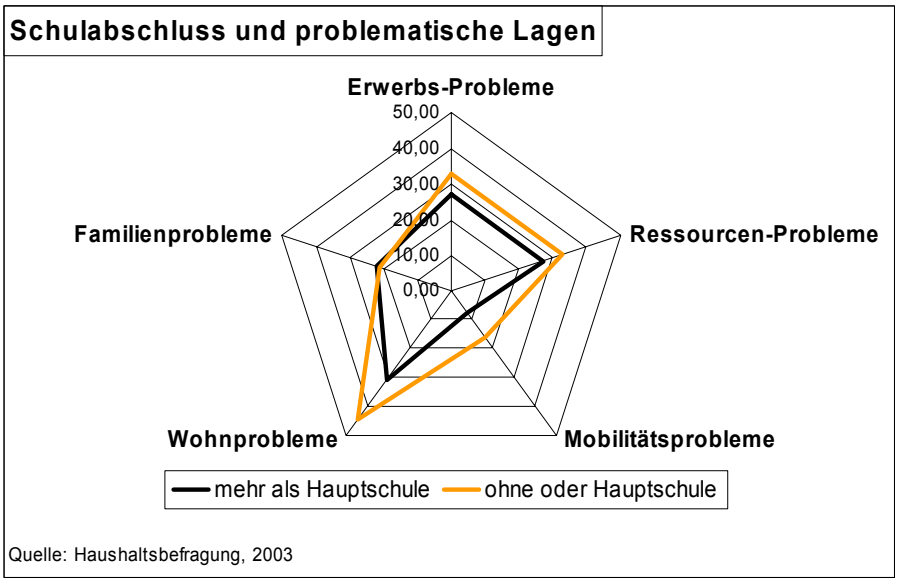


Ansonsten finden wie eine Kumulationen von Einzelproblemen und problematischen Lebenslagen: In Papenberg ist die familiale Unterstützung am geringsten, Erwerbs- - und Ressourcenprobleme treten am häufigsten auf. Dies ist auf den hohen Anteil von 1-Personenhaushalten in Papenberg zurückzuführen. Das Volumen problematischer Lebenslagen ist in Papenberg am größten, in Hohen Wangelin ist die Wohnsituation schlecht und die Erwerbsgefährdung am größten, in Ankershagen sind die entscheidenden Indikatoren am günstigsten ausgeprägt.

2.5.7.3 Schulbildung als Leitproblem

Alle Lebenslage-Indikatoren korrelieren stark mit der Qualität des Schulabschlusses: je geringer der Schulabschluss ist, desto mehr häufen sich problematische Lebenslagen.

Abb. 22:

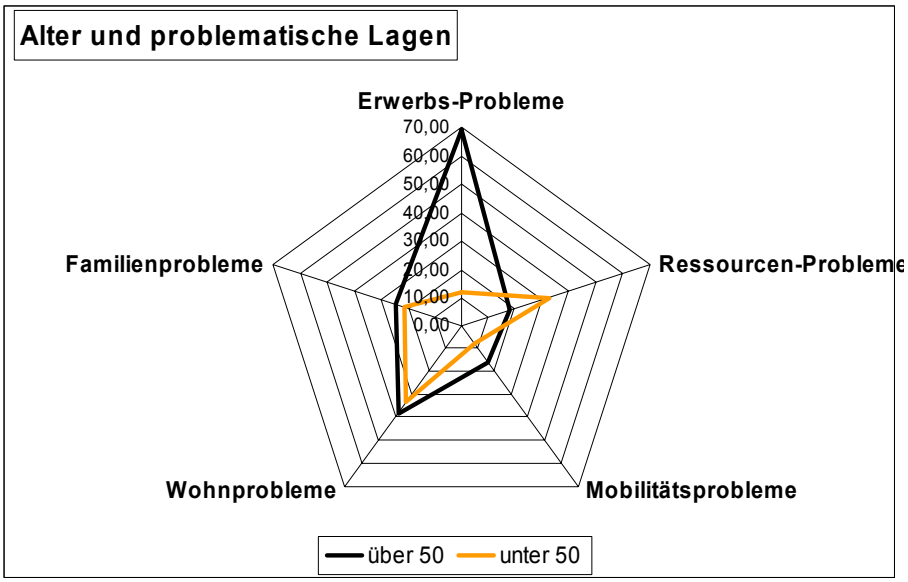


Die amtliche Statistik über die Art der Schulabschlüsse pro Jahrgang liefert kein klares Bild über die Abbrecherquoten. Aber ein Rückgang des Anteils „ohne Abschluss“, wie er sich 2002 ergeben hat (nach vorherigen Steigerungen) bricht den Trend noch nicht. Auch hier könnte sich gemeindenahe Sozialpolitik (mit Hilfe der übergeordneten Stellen) in Kampagnen für Schulabschlüsse engagieren, Voraussetzung ist aber auch, dass die Schulsprengel einigermaßen gleichmäßig verteilt sind, und die geringere Schülerzahl in den Klassen gezielt zur Förderung Schwacher bzw. abbruchgefährdeter Schüler genutzt werden können.

2.5.7.4 Über 50-Jährige

Bei über 50-Jährigen ist die Lage auf den Arbeitsmarkt besonders problematisch und bei den unter 50-Jährigen (v.a. bei den bis zu 26-Jährigen) ist die Ressourcenlage angespannt. Hier ist eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung zu erwarten, da viele bis 25-Jährige sich noch in der Ausbildung befinden von denen höchstens 50 Prozent die Schwelle zum ersten Arbeitsmarkt überschreiten werden. Selbst wenn dies gelingt können sich die Menschen in der jeweiligen Erwerbssituation offensichtlich nicht halten, denn schon in der Altersklasse der 33 bis 40-Jährigen verschlechtern sich die Ressourcenprobleme fast schon wieder auf das (hohe) Niveau der 18 bis 26-Jährigen.

Abb. 23:

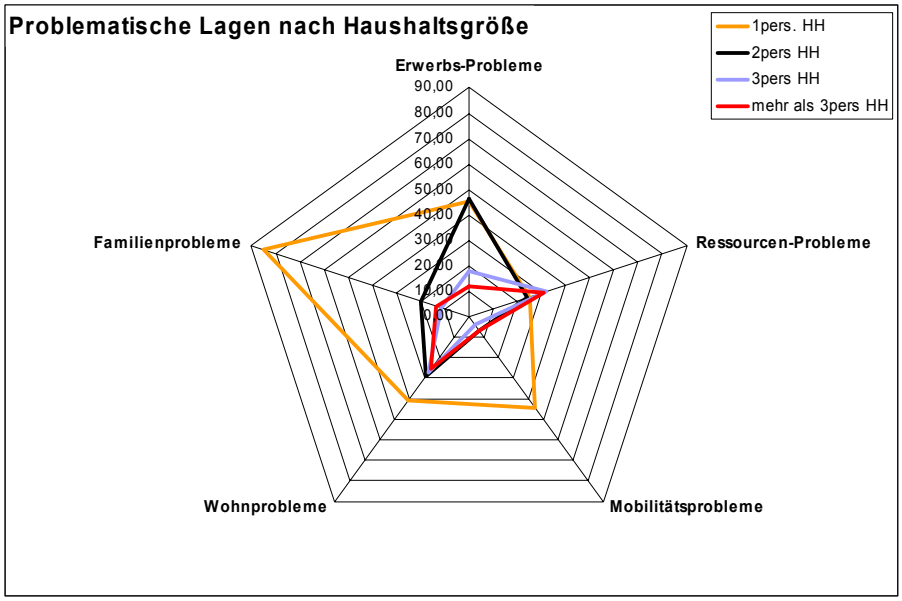


2.5.7.5 Haushaltsgröße

Problemlagen sind unterschiedlich auf die verschiedenen Haushaltsgrößen verteilt. Die weitaus meisten kritischen Problemlagen kumulieren in 1-Personenhaushalten. Vor allem Wohnprobleme und Mobilitätsprobleme (die hier jedoch eher Armut signalisieren) sowie Erwerbsprobleme (hier liegen sie mit 2-Personenhaushalten gleichauf) sind entscheidend für die durchaus schwierige Lage dieser Haushalte.

Von den 3- und Mehrpersonenhaushalten unterscheiden sich die 2-Personen Haushalte nur insofern, als ihre Erwerbsgefährdung der der ein Personen Haushalte entspricht (also hoch ist), sich ihre sonstige Lage jedoch wie die der Viel-Personen-Haushalte darstellt. Haushalte mit drei und mehr Personen (Kindern) sind jedenfalls in den drei Gemeinden weniger gefährdet als 1- und 2-Personenhaushalt. Sie machen über 60 Prozent aller Haushaltstypen aus.

Abb. 24:

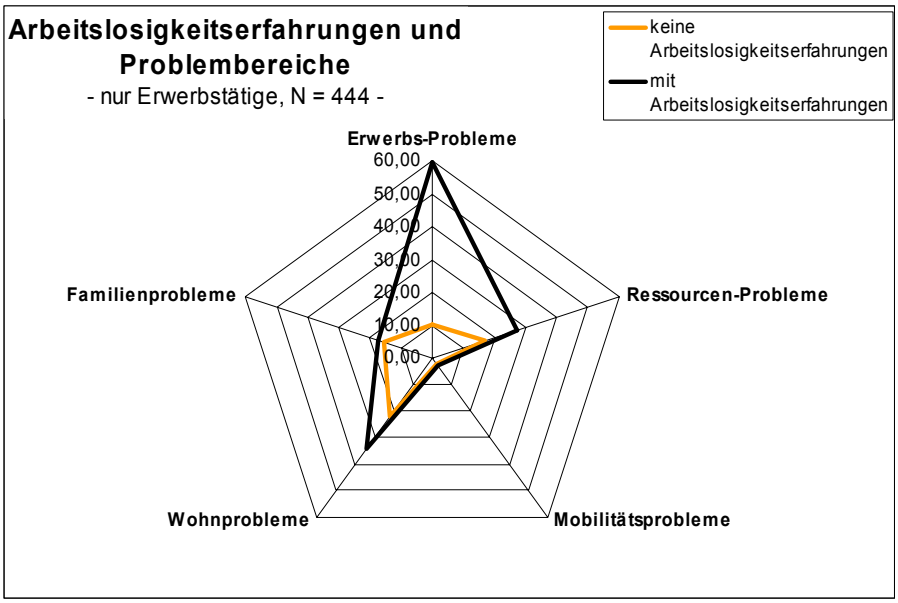


2.5.7.6 Personen mit Arbeitslosigkeits-Erfahrungen

Die am meisten gefährdete Gruppe von allen stellen Person dar, die in den letzten fünf Jahren arbeitslos gewesen sind. Diese Arbeitslosigkeitserfahrung verteilt sich erstaunlich regelmäßig über alle Altersgruppen (sie ist mit 14 Prozent bei den jüngsten (naturgemäß) am geringsten, der Durchschnitt beträgt 18,7 Prozent, wenn wir alle Personen zwischen 18 und 65 Jahren in die Berechnung einbeziehen). Um die Erwerbslage der Personen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen mit anderen Personen zu vergleichen, beziehen wir die folgenden Angaben ausschließlich auf die zur Zeitpunkt der Befragung Erwerbstätigen. Von denen, die zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren haben über 32 Prozent Arbeitslosigkeitserfahrungen machen müssen. Dies entspricht den Anteilen an unterbrochenen Erwerbsverläufen aus der BLH-Untersuchung. (2.4.)

Schlüsselt man ausschließlich die Personen mit vergangener Arbeitslosigkeit auf, die zur Zeit der Befragung in irgend einer Form erwerbstätig waren (N = 444, ohne Schüler, Azubis und Rentner) befinden sich im Vergleich mit Personen ohne vorangegangene Arbeitslosigkeit10 Prozent weniger in einer festen Anstellung und 10 Prozent mehr im geförderten Arbeitsmarkt, doppelt so viele (10,4 Prozent) befinden sich in Teilzeitarbeit und fast 40 Prozent in befristete Einstellung gegenüber nur 3 Prozent bei den Personen ohne vorangegangene Arbeitslosigkeit. Von den Erwerbstätigen ohne Arbeitslosen- Erfahrung weisen nur 13 Prozent mehr als eine problematische Lebenslage auf, bei denen mit Arbeitsmarkt Erfahrungen sind es 44 Prozent. Der Anteil der gefährdeten Bewältigungsressourcen für beide Gruppen stellt sich wie folgt dar Abbildung 25.

Abb. 25:



2.5.7.7 Besonders gefährdete Gruppen

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeitserfahrungen sind neben dem Alter (und dem damit „vergangenen“ biografischen Verlauf von Ausbildung, Erwerbsmöglichkeiten, Familienunterstützung und Ansammlung materieller Bewältigungsressourcen) die wesentlichen Gefährdungsbereiche, die zu den neuen Risikolagen der ländlichen Umbruchs- und Auflösungssituation führen können und in etwa 30 Prozent der Fälle tatsächlich eine prekäre Lebenslage, die schwer zu verlassen sein wird, ausmachen. Für wenigstens zwei dürfte dabei auch in Zukunft kein Überwinden ihrer derzeitigen Risikolage wahrscheinlich sein:

- Es sind die jetzt 20 bis 30-Jährigen, wenn sie schlecht ausgebildet sind, die bisher noch nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert waren/sind oder wenig Aussicht haben, die Schwelle zum ersten Arbeitsmarkt zu überwinden. Sie konnten in dieser Situation noch keine materiellen Ressourcen zur Abpufferung von Notlagen bilden. Selbst wenn es gelingen würde, deren schulische und Ausbildungsdefizite zu kompensieren (wofür wenig spricht) und selbst wenn sich die Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe durch die Verknappung des Angebots an jungen Arbeitskräften in der Zukunft bessern würde, hätten sie dennoch kaum eine Chance, weil sich bei ihnen so genannte verhaltensbedingte Arbeitsmarkthindernisse herausgebildet haben, die einer Beschäftigung entgegenstehen. Davon sind in ländlichen Gebieten, anders als vielleicht in den Städten, auch junge Menschen ohne Migrationshintergrund betroffen. In unserem Sample waren knapp 40 Prozent dieser Altersgruppe erwerbstätig, 13 Prozent waren arbeitslos. Über Arbeitslosig-

keitserfahrungen in den letzten fünf Jahren verfügte aber fast die Hälfte der Befragten.

- Auch aus der Kohorte derjenigen, die in etwa 10 bis 15 Jahren zu den Rentenbeziehern gehören werden, wird ein großer Teil einer Risikolage nicht entrinnen können oder sogar in eine hineingeraten. Von dieser Kohorte waren bereits 35 Prozent in den letzten fünf Jahren arbeitslos, 20 Prozent sind zurzeit arbeitslos, 28 Prozent befinden sich schon im Rentnerstatus. Diese Gruppe weist die meisten Gefährdungsbereiche auf, ihren Mitgliedern droht Altersarmut aufgrund unregelmäßiger, schlecht bezahlter, prekärer (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse und entsprechend geringer Einzahlungen in die Rentenversicherung. Damit werden auch Unterstützungsmöglichkeiten für andere Familienmitglieder fortfallen und die Familieneinkommen werden sinken.

3. Lebenskonstruktionen und neue soziale Problemlagen

Haushaltsbefragung und Fallgeschichten

Um die weitestgehend unbekannten individuellen Problemkonstellationen einer sich rapide verändernden ländlichen Gesellschaft aufzuspüren, haben wir uns sehr früh für eine Verbindung von qualitativen und quantitativen Daten entschieden. Dabei ging es uns neben der statistischen Auswertung - vorgefundenen (z.B. Sozialhilfestatistik und Daten des Statistischen Landesamtes) und eigenen Materials (z.B. Haushaltsbefragung) - darum, die Suche nach typischen Problemlagen systematisch voranzutreiben, indem wir in den drei von uns ausgewählten Gemeinden (Hohen Wangelin, Ankerhagen, Waren-Papenberg) möglichst viele individuelle und Umfeldinformationen zusammentrugen.

Die Auswahl der Gemeinden erfolgte aufgrund ausführlicher Expertengespräche mit den Leitern und Mitarbeitern des Sozialamtes bei der Landkreisverwaltung in Waren, mit den Amtsleitern der Ämter des Landkreises und bei Projektvorstellungsrunden mit den Amtsleitern. In den ausgewählten Gemeinden selbst führten wir dann noch einmal zahlreiche Expertengespräche mit den Bürgermeistern, den – soweit vorhanden – Direktorinnen der Schulen, verschiedenen Vereinsvorsitzenden, Geschäftsführern von Bildungsträgern und Unternehmern durch. Wir schufen uns eine Übersicht zur Anzahl der ansässigen Unternehmen und Einrichtungen und beschäftigten Mitarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der aus den Gemeinden angestellten Personen.

Die Gemeinden

Die von uns ausgewählten Gemeinden bzw. Gemeindeteile sind sehr unterschiedlich strukturiert. Während es sich bei Hohen Wangelin um eine dominante Kerngemeinde handelt, an die noch kleinere Dörfer angeschlossen wurden, besteht die Gemeinde Ankershagen aus drei nahezu gleich großen und einem kleineren Gemeindeteil. Der Ortsteil Papenberg der Kreisstadt Waren dagegen besteht nahezu aus einem geschlossenen Neubaugebiet und gilt als Problembezirk der Stadt.

Von allen drei Gemeinden wussten wir aus den Gesprächen, dass sie einen zum Teil drastischen Veränderungsprozess hinter sich hatten mit großen Bevölkerungsverlusten seit 1990. Daher interessierte uns zunächst, in welchen Größenordnungen besonders die jüngeren Einwohner (die 18-35jährigen) ihre Gemeinden verließen. Wir stellten fest, dass schon 1990 16 Prozent dieser Altergruppe die Gemeinde Ankershagen, 10 Prozent Hohen Wangelin und 9 die Kreisstadt Waren (für den Stadtteil Papenberg gibt es keine Daten des Statistischen Landesamtes)[1].

Über die drei Altersgruppen der 18-22jährigen, der 23-28 jährigen und 29-35 Jahren alten Einwohner verteilte sich das wie folgt:

	18-22	23-28	29-35
Ankershagen	19%	15%	9%
Hohen Wangelin	15%	16%	5%
Waren	12%	10%	4%

Diese Zahlen für 1990 überraschen nicht sonderlich. Der Aufbruch in Deutschland erreicht auch in Mecklenburg besonders die jungen Menschen und besonders das „dörflichste“ unter unseren Dörfern, Ankershagen – man könnte vermuten, die am ehesten traditionsnahe Gemeinde – wird von den um die 20 Jahre alten Männern und Frauen schnell verlassen.

1995 dagegen scheinen diese neuen Möglichkeiten in weitere Ferne gerückt zu sein

	18-22	23-28	29-35
Ankershagen	8%	6%	7%
Hohen Wangelin	10%	4%	8%
Waren	10%	10%	5%

Einzig in Waren hält sich der Schnitt von 1990. Allerdings werden 1995 die Abwanderungsverluste durch Zuwanderungsgewinne in allen drei Gemeinden kompensiert.

2002 sieht diese Aufstellung wieder völlig anders aus:

	18-22	23-28	29-35
Ankershagen	18%	17%	5%
Hohen Wangelin	9%	40%	22%

[1] Alle Daten eigene Berechnungen, Statistisches Landesamt.

Waren	13%	17%	9%

Während es auch 2002 in Ankershagen leichte Zuwanderungsgewinne gibt und diese Bilanz in Waren ausgeglichen ist, nimmt der Rückgang der Bevölkerung in Hohen Wangelin nach 1995 besondere Fahrt auf. Der Grund dafür ist, dass Hohen Wangelin das am intensivsten industrialisierte Dorf unseres Samples ist. Man möchte fast von einem „Deindustrialisierungsschock“ sprechen, wenn man sieht, dass 40 Prozent der 23- bis 28-Jährigen aus ihrem Dorf flüchten. Auch in den biographischen Interviews, die wir in den Gemeinden führten, wird uns immer wieder berichtet, dass es keine Perspektiven mehr gebe und besonders die jungen Menschen nur noch selten blieben.

Hohen Wangelin:

Weil sich in der Gemeinde Hohen Wangelin die großen Probleme der Nachwendejahre (Deindustrialisierung, Abwanderung/Überalterung, verfestigte Arbeitslosigkeit, Schrumpfung) in besonderer Weise zu zeigen schienen, begannen wir dort intensiv mit der Suche nach sozialen Problemlagen in ländlichen Krisenregionen.

Zur Gemeinde gehören 4 kleinere Ortsteile mit insgesamt 143 Einwohnern und der Hauptort mit 672 Einwohnern (Stand 10/02). In der Gemeinde waren 9 gewerbliche Unternehmen ansässig. Daneben existierten noch 13 kleinere Dienstleistungsbetriebe wie Lebensmittelmarkt, ein Gästehaus oder die Arztpraxis. In der Gemeinde gibt es die ständig von der Schließung bedrohte Schule für 350 Schüler und einen Kindergarten mit Kinderkrippe und Hort. Der neben dem Baustoffwerk und dem Agrarunternehmen größte Arbeitgeber war die Arbeitsfördergesellschaft Hohen Wangelin, in der über die Jahre hunderte von AB-Maßnahmen und andere Beschäftigungsmöglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik durchgeführt wurden. Insgesamt arbeiteten in den Unternehmen und Einrichtungen (Schule usw.) Hohen Wangelins ca. 210 bis 240 Personen, von denen grob geschätzt 50 bis 60 in Hohen Wangelin auch wohnen.

Sehr bedeutend für das kommunale Leben ist neben der Arbeitsfördergesellschaft der Gartenverein, der Sportverein sowie der Verein der Landfrauen, in dem neben zwei fest angestellten Personen noch einmal 20 bis 25 Beschäftigte über verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen befristet angestellt sind. Die Leiterin der Landfrauen (bei denen auch fünf Männer Mitglieder sein dürfen) zählt zu den einflussreichsten Personen der Gemeinde.

Hohen Wangelin beheimatete bis Anfang der 90er Jahre einen der größten und modernsten Rindermastbetriebe Europas. In ihm fanden bis zu 700 Beschäftigte unterschiedlichster Qualifikationen Arbeit. Ihre gemeinsame Aufgabe: die

industriemäßige Produktion von Rindfleisch. Bei voller Auslastung standen 18.000 Rinder in der Anlage. Ca. 1.000 Stück wurden monatlich in die Schlachtbetriebe der ehemaligen DDR transportiert. Das Unternehmen – heute zeugen davon noch die baulichen Hinterlassenschaften – war ein Industriebetrieb, wie man ihn auch aus dem Automobilbau oder dem Maschinenbau kennt. Vom Werksschutz über die Verwaltung, Logistik, den Produktionsabteilungen bis hin zur Forschung verfügte das Unternehmen über alle Insignien eines Großbetriebes (Großbetrieb nicht nur der Fläche nach, sondern dem Umfang der Beschäftigten und der innerbetrieblichen Arbeitsteilung nach). Von den bis zu 700 Beschäftigten lebte der größte Teil in Hohen Wangelin. Für sie wurden fünf Neubaublöcke errichtet.

Der Rhythmus des industriellen Lebens war den Leuten in Hohen Wangelin eingebrannt, eingestanzt in ihre Vorstellungen vom Leben. Das zeitliche Regime – 6.45 Uhr fährt der Bus, zuvor Kinder in die Krippe, Kindergarten, Schule, 7.00 Uhr Arbeitsbeginn, 15.00 Uhr Schluss für die Frauen mit Kindern, Einkaufen, 16.00 Uhr Arbeitsende für die Männer – das, was wichtig war - … - (die sachliche Ordnung) und welche Art von Sozialkontakten man eingeht – Loyalität oder Opposition im Betrieb, Hausgemeinschaft oder Eigenheim, Betriebssportgemeinschaft oder freiwillige Feuerwehr, Brigadefest und Kellerparty – wurden bestimmt von dem Beruf, den man erlernt hatte und den Arbeitsaufgaben, die man zu erledigen hatte. Die darauf gegründeten Lebenskonstruktionen der Menschen waren die typischen für solche in industriellen Arbeitsgesellschaften.

Diese gesellschaftliche Struktur brach quasi über Nacht zusammen. Nicht 1989/90, sondern Ende 1992 wurden Zwei-Drittel der Beschäftigten entlassen. Fragt man die Menschen nach den Veränderungen seit der Wende, dann setzen die Erzählungen in der Regel da ein. An die Maueröffnung oder den Geldumtausch oder gar an den offiziellen Tag der Deutschen Einheit erinnert sich kaum jemand. Der Zusammenbruch des „industriellen Lebens“ markiert dagegen den einschneidenden Wendepunkt in ihrem Leben. Sie wissen alle noch genau wie es war, wo sie die Entscheidung zu ihrer Entlassung erreicht hat, wo sie waren als ihre Lebenspartner davon erfuhren usw.. Auch die vorerst im Betrieb Zurückbleibenden markieren an dieser Stelle ihrer Biographie die Wende, weil das Arbeitsamt da gleich zu ihnen gekommen ist, damit nicht die 300 Menschen mit einem Mal zum Amt mussten oder weil seitdem der Bus morgens nicht mehr fährt oder weil man angefeindet wurde wegen des Umstands, noch weiter arbeiten zu können.

Mitte der 90er Jahre wurde der Rindermastbetrieb in Hohen Wangelin an einen Investor verkauft, der viel neue Technik in den Betrieb brachte – und statt der ehemals 18.000 stehen nur noch 4.000 Rinder in den Ställen – und statt der

700 Beschäftigten gibt es heute noch 40 (in verschiedenen Betriebszweigen), davon nur wenige aus Hohen Wangelin.

Ankershagen:

Unsere zweite Gemeinde, Ankershagen, ist bekannt wegen ihres berühmtesten Sohn – dem Troja Entdecker Heinrich Schliemann, dem auch ein vielbesuchtes Museum im Gemeindeteil Ankershagen gewidmet ist. Neben dem Museum befindet sich noch einer der Eingänge zum Müritz-Nationalpark im Ort. Die wirtschaftliche Basis, wenn man so will, lag aber lange Jahre im Ortsteil Bocksee, im dem verschiedene große landwirtschaftliche Unternehmen ihren Sitz hatten und haben.

Ankershagen ist eine Gemeinde mit mehreren kleinen dörflichen Ortsteilen, mit mehreren mittelgroßen (500 bis 1000 ha) und einem großen Landwirtschaftsbetrieb (Gutsbetrieb, Saatzucht), der im Ortsteil Bocksee angesiedelt ist. Die vier mittleren Landwirtschaftsbetriebe sind nach 1990 auf Flächen der aufgelösten LPG entstanden, das Gut war ein VEG, das durch die Treuhand verkauft wurde. Die Betriebe sind wirtschaftlich stabil. Im Hauptort gibt es vier mittlere Agrarunternehmen, die jeweils von einem Eigentümer geführt werden und zwischen einem und vier Beschäftigte haben, meist Angestellte, insgesamt 15 Arbeitsplätze in den Landwirtschaftsbetrieben. Der Großbetrieb – ein Saatzuchtbetrieb, der von einem westdeutschen Unternehmen gekauft und betrieben wird – hat ca. 30 Arbeitskräfte, liegt aber in größerer Entfernung vom Hauptort und bildet mit diesem keine wirtschaftliche Einheit.

Es gibt mehrere kleine Gewerbebetriebe, die lokale Dienstleistungen anbieten (z.B. Landmaschinenreparatur, -vermietung, Lohnarbeit für die Agrarbetriebe), ein Museum, ein Restaurant. Die Gesamtzahl der hier beschäftigten Arbeitsplätze beträgt 12. Darüber hinaus sind geförderte Projekte (meist ABM) im Gutshaus am Eingang in den Müritz-Nationalpark entstanden, hier werden bis zu 5 Personen beschäftigt. Mit diesen Projekten wurde der Versuch gemacht, touristische Angebote aufzubauen. Der Ausbau des Gutshauses zu einem Informationszentrum mit Fahrradverleih, Kutschfahrten (privater Anbieter) und ein Café im Gutshaus, die Herrichtung des Gutsparks, die Beschilderung von Wanderwegen und eine naturnahe Verbesserung der Rad- und Wanderwege in Richtung Nationalpark sollten den Tourismus in Gang setzen. Besucher kommen mit dem Bus zu einem Tagesausflug, besuchen Museum und/oder Nationalpark und nutzen das Restaurant oder das Café. Für eine selbsttragende Tourismusentwicklung reicht dies nicht, weil die Gäste nicht über mehrere Tage gebunden werden können und keine qualitativ hochwertigen Dienstleitungen mit entsprechend höherer Wertschöpfung umgesetzt werden.

Im Ort befindet sich eine Investruine, eine nicht zu Ende gebaute Siedlung mit Ferienhäusern (Rohbau), die ein westdeutscher Investor Anfang der 90er Jahre aufbauen wollte und dann aufgeben musste. Eine Nachnutzung ist nicht in Aussicht.

Zur Verbesserung der dörflichen Infrastruktur als Wohnumgebung und des optischen Eindrucks des Dorfes sind eine Reihe von Baumaßnahmen durchgeführt worden. Auch die Sanierung der privaten Wohngebäude wurde mit Fördermitteln vorangebracht. Das Dorf macht einen freundlichen Eindruck. Trotzdem sind aber wichtige Funktionen verloren gegangen, so vor allem der Schulstandort.

Mit der Reorganisation der Agrarwirtschaft sind stabile Landwirtschaftsbetriebe entstanden, zugleich ist aber der Zusammenhang von Dorf und Landwirtschaft weitgehend aufgehoben. Dorf und Landwirtschaftsbetriebe sind nur durch den Standort, durch die wenigen Arbeitskräfte, aber kaum durch wirtschaftliche Synergie verbunden. Die Suche nach neuen Funktionen für das Dorf hat zwischen den Optionen Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbe und Wohnsiedlung noch keinen stringenten neue Funktionszuschnitt erbracht.

Waren-Papenberg

Waren ist eine Mittelstadt mit Kreisverwaltung, Gewerbegebieten (mit einigen überregional erfolgreichen Betrieben und vielen lokal orientierten Kleinbetrieben), touristisch genutzter Infrastruktur (Hotels, Hafen, Restaurants, Strand, Sport- und Kureinrichtungen), einer auch stark touristisch genutzten Altstadt und mehreren Wohngebieten. Dieser Funktionszuschnitt ist insgesamt stabil, reicht aber nicht aus, um der Bevölkerung der Stadt und den nach Beschäftigung suchenden Einwohnern der näheren Umgebung hinreichende Erwerbsmöglichkeiten zu bieten. Daher sind Arbeitslosigkeit und Erwerbsgefährdung trotz stabiler wirtschaftlicher Lage der Stadt hoch.

Der von uns genauer untersuchte Stadtteil Papenberg ist eine Plattenbausiedlung (DDR- Standard, weit gehend saniert mit Schule und Versorgungseinrichtung). Die Einwohnerschaft ist gemischt, aber der Anteil an Hilfeempfängern ist überdurchschnittlich hoch, weil in den kommunalen Wohnungsbestand noch immer soziale Problemfälle eingewiesen werden.

Eine genaue Abgrenzung des Stadtteils ist kaum möglich, da es sich nicht um einen auch verwaltungstechnisch abgegrenzten Ortsteil handelt, sondern lediglich um eine geografische Lagebeschreibung – eben das Viertel, das auf dem Papenberg errichtet wurde. Für die Stadt Waren war die soziale Situation in diesem Neubaugebiet eine zeitlang von besonderem Interesse, weil in unmittel-

barer Nachbarschaft dazu am Nord-Ost-Ufer der Müritz ein größeres medizinisches Rehazentrum geplant war.

Auswahl von Problemkonstellationen und Fällen: die Haushaltsbefragung

Wegen der immensen Abwanderungszahlen jüngerer Menschen interessierte uns zunächst diese Gruppe der jungen zwischen 18 und 35 Jahre alten Personen besonders. Bei der von uns durchgeführten telefonischen Haushaltsbefragung wurden 409 Haushalte interviewt. In diesen Haushalten leben 1120 Personen, über die wir Informationen sammeln konnten. Den geringsten Anteil an allen Befragten (dies entspricht auch der Bevölkerungsstatistik) haben die jetzt 23- bis 28-Jährigen. Sie waren zur Wende noch sehr jung und jugendlich (zwischen 10 und 15 Jahren) und offensichtlich im Laufe der Jahre zu einem großen Teil mobil, denn der Anteil von Menschen zwischen 0 und 17 Jahren betrug 1990 laut Bevölkerungsstatistik 29,7 Prozent in Ankershagen. Davon sind sehr wenige übrig geblieben: Jetzt sind in Ankershagen noch 4,6 Prozent Befragte zwischen 23 und 28 Jahre alt.

Die Menschen, die 1990 Anfang Mitte 20 waren, sind heute in der uns interessierenden Altersklasse der ca. 29- bis 35-Jährigen zu finden. Ihr Anteil unter den Befragten beträgt nur noch 8 Prozent an allen Befragten. Dies entspricht auch ihrem Anteil lt. Bevölkerungsstatistik von 7,8 Prozent in 2002. Die nachrückende Generation der jüngeren, 18- bis 29-Jährigen stellt einen Anteil von 16 Prozent an allen Altersgruppen in der Befragung dar. In der Bevölkerungsstatistik 2002 ist ihr Anteil etwas niedriger: 13,5 Prozent.

Im Folgenden betrachten wir die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen, weil sich bei Ihnen – auch vor dem Hintergrund der Umstellungen in der Arbeitsmarktpolitik und angesichts der zum Teil dramatischen Abwanderungszahlen – der Problemdruck in besonderer Weise zuspitzt. Anders als ihre Eltern können die jungen Menschen nicht auf eine im Großen und Ganzen abgeschlossene arbeitsgesellschaftliche Sozialisation zurückblicken. So gibt es unter den älteren dieser Altersgruppe eine nicht geringe Anzahl von Personen (besonders Frauen), die seit 1990 noch nie auf dem 1. Arbeitsmarkt beschäftigt waren. Verwundbarkeiten – wie wir die zahllosen Misserfolge im Anschluss an Castel (2000) genannt haben – treffen die jungen Menschen in einer Situation, in der sie kaum über aktivierbare „Rücklagen“ verfügen können. Das unterscheidet ihre Situation deutlich von der der älteren, „fordistisch“ sozialisierten Generation, die durchaus noch trotz der radikalen Umbauerfahrungen im ländlichen Raum auf so etwas wie Vorstellungen vom „Guten Leben“ oder einer „guten Gesellschaft“ zurückgreifen können.

Die Generation der Überflüssigen

In unserer Stichprobe gibt es 254 Personen in der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen, sie verteilen sich nach Alter auf die Gemeinden folgendermaßen auf.

Altersverteilung der 18- bis 35-Jährigen

Altersgruppe	Hohen Wangelin	Ankershagen	Papenberg	
18-22	24	29	45	98
	40,7%	43,9%	34,9%	38,6%
23-25	10	6	22	38
	16,9%	9,1%	17,1%	15,0%
26-30	11	13	29	53
	18,6%	19,7%	22,5%	20,9%
31-35	14	18	33	65
	23,7%	27,3%	25,6%	25,6%
Gesamt	59	66	129	254
	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

In allen drei Gemeinden ist der Anteil der 18- bis 22-Jährigen am höchsten. Der Anteil der 23- bis 25-Jährigen ist hingegen jedoch am niedrigsten. Betrachtet man die befragten Personen nach Geschlecht, ist zu sehen, dass jeweils der größte Anteil der Männer (41,2 Prozent) und Frauen (35,6 Prozent) zwischen 18 und 22 Jahren alt ist.

Der geringe Anteil von Kindern in der Bevölkerungsstatistik zeigt sich auch in unseren Daten. Nur 39,7 Prozent aller Befragten 18 bis 35jähriger leben mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt. Bei den Personen zwischen 31 und 35 Jahren leben in 43,4 Prozent der Fälle Kinder mit im Haushalt. Der höchste Anteil derer, die ohne Kinder leben, liegt bei den 18- bis 22-Jährigen (42,1 Prozent). Nach Geschlechtern differenziert, erkennt man, dass bei der Altergruppe 31 bis 35 77,8 Prozent der Frauen mit Kindern lebt, aber nur 55,6 Prozent der Männer.

Altersgruppe	Kinder unter 16 J. im Haushalt	Männer	Frauen	Gesamt
18-22	nein	29	24	53
		54,7%	45,3%	100,0%
		58,0%	42,0%	100,0%
23-25	Nein	17	10	27
		63,0%	37,0%	100,0%
		60,0%	40,0%	100,0%
26-30	nein	16	12	28
		57,1%	42,9%	100,0%
		43,2%	56,8%	100,0%
31-35	Nein	12	6	18
		66,7%	33,3%	100,0%

Familienstand

Familienstand	18-22	23-25	26-30	31-35	Gesamt
Verheiratet, mit EhepartnerIn zusammenlebend		1	13	25	39
		2,6%	24,5%	39,1%	17,2%
Verheiratet, dauernd getrennt lebend	1		2	3	6
	1,4%		3,8%	4,7%	2,6%
Nicht verheiratet, aber mit PartnerIn zusammenlebend	6	15	16	26	63
	8,3%	39,5%	30,2%	40,6%	27,8%
Nicht verheiratet und ohne PartnerIn	65	22	22	10	119
	90,3%	57,9%	41,5%	15,6%	52,4%
Gesamt	72	38	53	64	227
	31,7%	16,7%	23,3%	28,2%	100,0%

Die Mehrheit (52,4 Prozent) aller Befragten unserer Altersgruppe gibt den Familienstand „nicht verheiratet und ohne PartnerIn“ an. Nach Altersgruppen sind hier jedoch große Unterschiede zu finden: Bei den 18- bis 22-Jährigen geben fast alle Befragten (90,3 Prozent) an, nicht verheiratet und ohne PartnerIn zu sein. Bei den 23-25jährigen reduziert sich dieser Anteil auf 57,9 Prozent. Bei den 31-35jährigen sind es nur noch 15,6 Prozent, die angeben, nicht verheiratet zu sein und ohne PartnerIn zu leben.

Frauen sind überdurchschnittlich zwischen 31 und 35 nicht verheiratet und ohne Partner (21,9 Prozent) im Vergleich zu 9,4 Prozent der Männer dieser Altersgruppe, die nicht verheiratet sind und ohne Partnerin leben.

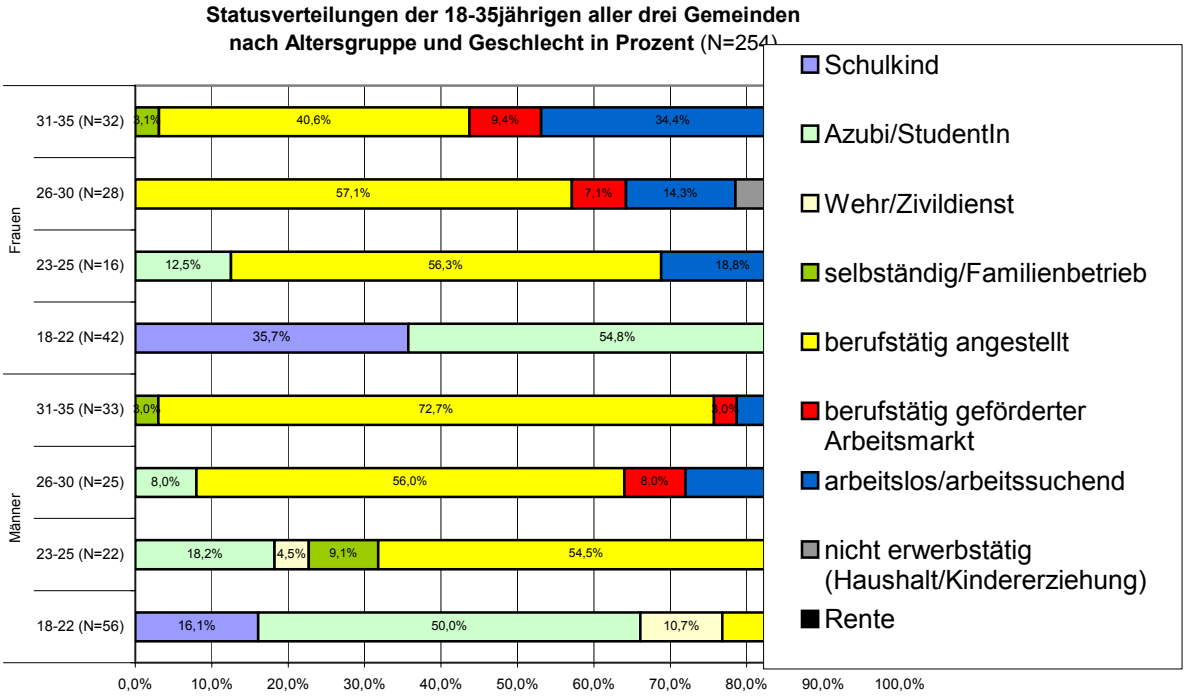
Bildung

Von den 18-35 Jährigen hat die Mehrheit der Befragten eine mittlere Schulbildung. Die jüngeren mit einem Schulabschluss nach der Wende erreichten die mittlere Reife (32,3 Prozent). Der Anteil des DDR-Abschlusses 10. Klasse beträgt 33,6 Prozent.

Status

Von den 18 bis 22 Jahre alten Befragten geht ein Viertel noch zur Schule und die Hälfte von ihnen befindet sich in Ausbildung oder Studium. Fast 40 Prozent aller Befragten 18-35jährigen sind berufstätig angestellt. Wobei die Anteile nach Altersgruppen stark differieren: Von den 18- bis 22-Jährigen sind es nur 12,2 Prozent, von den 23- bis 25-Jährigen sind es 55,3 Prozent, bei den 26- bis 30-Jährigen ist der Anteil 56,6 Prozent und bei den 31- bis 35-Jährigen noch ein wenig mehr mit 56,9 Prozent. Die Verteilung von Arbeitslosigkeit stellt sich, zwar auf niedrigerem Niveau, sehr ähnlich dar: von den 18- bis 22-Jährigen sind 5,1 Prozent arbeitslos. Der Arbeitslosenanteil steigt über die Altersgruppen bis auf 24,6 Prozent bei den 31- bis 35-Jährigen. Sie stellen auch den höchsten Anteil aller Arbeitslosen dar: 42,1 Prozent aller arbeitslosen Befragten zwischen 18 und 35 Jahren sind zwischen 31 und 35 Jahren alt. Nur wenige, nämlich 8 von 254 Befragten (3,1 Prozent), befinden sich auf dem zweiten, geförderten Arbeitsmarkt.

Auch hinsichtlich des Erwerbsstatus zeigen sich große Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Die 31- bis 35-jährigen Männer sind überdurchschnittlich zu 72,7 Prozent berufstätig angestellt und unterdurchschnittlich zu 15,2 Prozent arbeitslos. Frauen zwischen 31 und 35 Jahren sind hingegen zu unterdurchschnittlichen 40,6 Prozent berufstätig angestellt und zu überdurchschnittlichen 34,4 Prozent arbeitslos.



Von allen erwerbstätigen Befragten sind 28,9 Prozent im Bereich privater Dienstleistungen beschäftigt und 18,6 Prozent im Bereich öffentlicher Dienstleistungen tätig. 14,4 Prozent sind in der Industrie tätig, 13,4 Prozent im Handel und 7,2 Prozent in der Landwirtschaft.

Ein wichtiges Kriterium für Mobilität im ländlichen Raum ist der Besitz einer Fahrerlaubnis: 86 Prozent aller Befragten zwischen 18 und 35 Jahren geben an, einen Führerschein zu besitzen. Und es sind zu einem größeren Anteil Frauen: 91,3 Prozent der Frauen haben eine Fahrerlaubnis und 81,7 Prozent der Männer.

Verwundungen und Gefährdungen

Robert Castel hat die Auswirkungen desintegrierender Arbeitsverhältnisse und Berufserfahrungen beschrieben. Durch die Prekarisierung der Arbeit entstehe eine Zone der Verwundbarkeit, so Castel in seinem Buch „Metamorphosen der Lohnarbeit“ (2000). „Wie die beispielsweise verwundbare soziale Situation von jemandem, der in einem prekären Arbeitsverhältnis beschäftigt ist oder aus seiner Wohnung hinausgeworfen werden kann, wenn es ihm nicht mehr gelingt, seine Mieten zu zahlen. Oft könnte selbst der, der heute im Elend lebt, durch eine feste Arbeit und seine guten beruflichen Qualifikationen vollkommen integriert erscheinen, doch eine ökonomisch motivierte Entlassung hat ihn diese Absicherungen verlieren lassen. Man kann so, zumindest metaphorisch, verschiedene "Zonen" des sozialen Lebens unterscheiden, je nachdem, wie gesichert

das Verhältnis zur Arbeit oder wie fest die Einbindung in Netze der Soziabilität ist."

Gefährdet sind demnach Menschen, die wegen ihrer geringen Ressourcen, ihrer Mobilität, ihrer Qualifikation, möglicherweise wegen ihres Wohnortes oder ihres Alters immer weniger in der Lage sind, individuelle Anschlüsse innerhalb der Gesellschaft herzustellen bzw. wo die geglückten Anschlüsse selbst wieder zu Voraussetzungen zukünftiger Probleme werden. Diese „Zone der Verwundbarkeit" bleibt aber für die Betroffenen nicht nur auf den Arbeitsmarkt beschränkt, sondern betrifft auch die Dichte der Beziehungsnetzwerke der Familie, Nachbarschaft oder der Freunde.

Anhand von Informationen, ob Befragte in den letzten fünf Jahren staatliche Transfers (Sozialhilfe) erhielten, ob sie den Arbeitsplatz verloren, ob sie arbeitslos waren oder ob sie an Maßnahmen des Arbeitsamts teilgenommen haben und welchen Status sie derzeit innehaben, ordnen wir ihnen „Verwundungserfahrungen" zu oder nicht.

EREIGNISSE, DIE VERWUNDUNGSERFAHRUNGEN BEWIRKEN
Derzeit berufstätig, im geförderten Arbeitsmarkt
Derzeit arbeitslos
Hat Haushalt im letzten Jahr Sozialhilfe erhalten
Den Arbeitsplatz im letzten Jahr verloren
Schon jemals in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen gewesen
In den letzten 5 Jahren schon arbeitslos gewesen

Die Items sind untereinander nicht völlig unabhängig, was jedoch dem Ziel der Deskription von Verwundungserfahrungen in den letzten Jahren – bedingt durch die gesellschaftlichen Strukturwandel – nicht entgegensteht. Über alle Gemeinden und Altersgruppen weisen 31,1 Prozent aller Befragten Verwundungserfahrungen auf.

Im Vergleich zwischen den Altersgruppen der 18- bis 35-Jährigen zu allen übrigen Befragten erfüllen die 18- bis 35-Jährigen zu einem höheren (nicht signifikanten) Anteil von 35,4 Prozent im Vergleich zu 29,9 Prozent aller übrigen Befragten eines der oben beschriebenen Kriterien. Signifikante Unterschiede zeigen sich zwischen den verschiedenen Altersgruppen der 18- bis 35-Jährigen.

So haben die 23- bis 25-Jährigen höchsten Anteil an Erfahrungen desintegrierender Ereignisse, gefolgt von den 26- bis 30-Jährigen und den 31- bis 35-Jährigen. Ausgehend davon zeigt sich, dass von denen, die solche Erfahrungen gemacht haben, die 31- bis 35-Jährigen am häufigsten, nämlich zu 33,3 Prozent, davon betroffen sind. Über alle Altersgruppen hinweg betrifft das 37,5 Prozent der Männer und 33,1 Prozent der Frauen. Bei differenzierter Betrachtung nach den einzelnen Altersgruppen zeigt sich, dass in den jüngeren Altersgruppen die Anteile bei den Männern stets höher sind als bei den Frauen. Nur bei den 31- bis 35-Jährigen dreht sich das Verhältnis um: 56,3 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe haben im Vergleich zu 36,4 Prozent bei den Männern Verwundungserfahrungen gemacht.

Verwund. Erfahrung	18-22		23-25		26-30		31-35	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Ja	13	4	12	6	14	11	12	18
	23,2%	9,5%	54,5%	37,5%	56,0%	39,3%	36,4%	56,3%

Was bedeutet es, wenn in den Haushalten Kinder unter 16 Jahren leben im Hinblick auf mögliche Verwundungserfahrungen? Der Anteil derjenigen mit Verwundungserfahrungen liegt jeweils höher als bei denen ohne Kinder, sowohl bei den 26 bis 30jährigen als auch bei den 31 bis 35jährigen!

	Verwundungserfahrung	Kinder unter 16 J. im Haushalt		Gesamt
		Nein	Ja	
18-22 Jahre	Ja	10	4	14
		18,9%	14,3%	17,3%
23-25 Jahre	Ja	13	1	14
		48,1%	33,3%	46,7%
26-30 Jahre	Ja	11	8	19
		39,3%	50,0%	43,2%
31-35 Jahre	Ja	7	17	24
		38,9%	47,2%	44,4%

Bei der Kontrolle nach Geschlecht zeigt sich, dass Frauen in den Altersgruppen von 26 bis 30 und zwischen 31 und 35 Jahren mit Kindern jeweils einen höheren Anteil an Verwundungserfahrung aufweisen als Frauen ohne Kinder in diesen Altersgruppen.

Wie oben bereits erläutert, haben die Mehrheit der Befragten einen Mittleren Schulabschluss. Über alle Altersgruppen der 18- bis 35-Jährigen hinweg sind diejenigen mit einem DDR-Abschluss 8. Klasse (66,7 Prozent) besonders gefährdet sowie Befragte ohne Abschluss (zu 100 Prozent). Von allen 18 – 35 Jahre alten Befragten mit Verwundungserfahrung haben 70 Prozent eine Mittlere Reife oder die 10. Klasse abgeschlossen.

Dort, wo im Vergleich der drei Gemeinden die Deindustrialisierung am stärksten ist, nämlich in Hohen Wangelin, zeigt sich auch der höchste Anteil an Personen mit Verwundungserfahrungen in der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen. 42 Prozent der Befragten in Hohen Wangelin haben bereits solche Erfahrungen gemacht, im Vergleich zu 19,7 Prozent in Ankershagen und 40,3 Prozent im sozialen Brennpunkt Waren-Papenberg.

Betrachtet man die Altersgruppen getrennt, sehen wir ein differenziertes Bild: Der Anteil der ganz jungen (18-22) ist sehr niedrig, aber der Anteil der gefährdeten Personen erhöht sich in allen Gemeinden über die Altersgruppen. Insbesondere in Hohen Wangelin steigt er sogar noch enorm bis auf 64,3 Prozent bei den 31- bis 35-Jährigen. In dieser Aufstellung sieht man auch, dass Waren-Papenberg der Problembezirk der Kreisstadt ist. Dorthin werden seit einigen Jahren zunehmend junge Sozialhilfeempfänger, die eine Wohnung suchen, hinvermittelt. Daher der hohe Anteil junger Leute mit Verwundungserfahrungen.

	Befragungsort			Gesamt
	Hohen Wangelin	Ankershagen	Papenberg	
18-22 Jahre	3	3	11	17
	12,5%	10,3%	24,4%	17,3%
23-25 Jahre	6	2	10	18
	60,0%	33,3%	45,5%	47,4%
26-30 Jahre	7	5	13	25
	63,6%	38,5%	44,8%	47,2%
31-35 Jahre	9	3	18	30
	64,3%	16,7%	54,5%	46,2%

Welchen Einfluss haben nun diese Verwundungserfahrungen auf den heutigen Status der Befragten sowie auf die familiären und gesellschaftlichen Netzwerke? Finden sie wieder Anschluss an das Erwerbssystem und wie gelingt das im Rahmen des nahen Wohnumfeldes? Übernehmen junge Menschen mit Verwundungserfahrungen Aufgaben bei der Organisation von Dorffesten? Nehmen sie überhaupt teil?

Von den gefährdeten 18- bis 35-Jährigen ist der größte Anteil 42,2 Prozent arbeitslos bzw. arbeitssuchend. Weitere 8,9 Prozent von diesen Befragten sind berufstätig im geförderten Arbeitsmarkt. Zusammen sind es also über 50 Prozent der Befragten mit Verwundungserfahrungen, die den Anschluss an das Erwerbssystem Anfang des Jahres 2003 nicht finden konnten. Die wenigen Selbstständigen (das war vor der Ich-AG) bringen zu 75 Prozent Verwundungserfahrungen mit. Von den gegenwärtig regulär Beschäftigten haben die Mehrheit, nämlich 66 Prozent, keine solchen Erfahrungen machen müssen. Damit bestätigt sich die Hypothese, dass Übergänge bzw. Anschlüsse aus der Zone der Verwundbarkeit heraus in das Fragment des ersten, intern verfestigten Arbeitsmarktes nicht unmöglich, aber schwer zu schaffen sind.

Betrachtet man diesen Befund nach Altersgruppen differenziert, scheinen die Probleme, Anschlüsse zu schaffen insbesondere die Älteren unter den 18 bis 35jährigen zu treffen. Die Jüngeren, also die 18- bis 25-Jährigen, sind trotz größerer Verwundungserfahrungen insgesamt zu einem wesentlich höheren Anteil

(zu 55,6 Prozent bei den 23-25jährigen) berufstätig angestellt als die Angehörigen der älteren Gruppen (hier sind es 26,7 Prozent). Sie sind – so ist zu vermuten – einerseits schon „erfahrener“ im Umgang mit ihrer eigenen Prekarität und andererseits wird ihnen mehr zugemutet, weil für sie weniger die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktförderung angewendet werden.

Diejenigen Befragten, die erwerbstätig sind, haben mit und ohne Verwundungserfahrungen den Anschluss an den primären Arbeitsmarkt scheinbar geschafft. Allerdings zeigt sich an der Befristung eines Arbeitsverhältnisses, ob der Anschluss auch dauerhaft sein kann. Bei einer differenzierteren Betrachtung der Erwerbsverhältnisse zeigt sich, dass Verwundungserfahrungen auch untergründig ihre Wirkung tun: Menschen, zwischen 18 und 35 Jahren mit Verwundungserfahrungen, sind zu über 40 Prozent in befristeten Arbeitsverhältnissen tätig. Die Personen ohne solcher Erfahrungen, finden sich nur zu 7,7 Prozent in befristeten Arbeitsverhältnissen wieder. Diese Verteilung ist in allen Altersgruppen zu finden.

Um nun abschließend einen Blick auf die Anschlussfähigkeit von Befragten mit Verwundungserfahrungen auf andere gesellschaftliche Fragmente, wie die soziale Integration in die Gemeinde zu überprüfen, nehmen wir im folgenden einen kurzen Blick auf das „Dorffest“.

Von den 18- bis 35-jährigen Befragten, die bei den Vorbereitungen zum Dorffest mithelfen, haben 76,9 Prozent keine Verwundungserfahrungen. Oder andersherum: von denen, die Verwundungserfahrungen haben, helfen nur 10 Prozent bei der Vorbereitung des Dorffestes mit.

	Verwundungserfahrungen		Gesamt
	Nein	Ja	
Nimmt am Dorffest nicht teil	76	32	108
	46,6%	35,6%	42,7%
Nimmt am Dorffest teil	57	49	106
	35,0%	54,4%	41,9%
Hilft bei den Vorbereitungen des Dorffestes	30	9	39
	18,4%	10,0%	15,4%
Gesamt	163	90	253
	64,4%	35,6%	100,0%

Mit den Daten bestätigt sich: Sind Menschen unserer drei Gemeinden zwischen 18 und 35 Jahren, und dabei handelt es sich überdurchschnittlich um jüngere Männer und um Frauen zwischen 31 und 35 Jahren, durch Erfahrungen der gesellschaftlichen Verwundung vorbelastet, ist es für sie nur schwer möglich, Anschlüsse an den primären Arbeitsmarkt wiederherzustellen. Für diese Personen ist auch die Integration in andere gesellschaftliche Teilbereiche schwieriger.

Haushaltsbefragung und biografische Interviews

Wie oben schon angedeutet diente uns die Haushaltsbefragung erst in zweiter Linie dazu, die soziale Situation in den Gemeinden statistisch zu erfassen. Der wichtigste Grund, aus dem wir uns entschlossen sie durchzuführen, bestand darin, einen systematischen Zugriff auf typische Problemkonstellationen in einer Umbruchsgesellschaft zu sichern. Die Durchführung biografischer Interviews ist üblicherweise an das Wissen um bestimmte Umfeldinformationen gebunden, die regelmäßig durch vorgeschaltete Expertengespräche und eine theoriegeleitete Auswahl der Interviewpartner sichergestellt wird. In unserem Fall stand dieser Weg wegen der Neuartigkeit der Probleme nicht offen, d.h. dass für die Auswahl notwendige Wissen konnte weder durch Expertengespräche, weil die Experten selbst nur aus der Logik ihrer jeweiligen Institution argumentieren konnten, gewonnen werden noch durch theoriegeleitete Konstruktion des Samples, denn das Feld der Problemkonstellationen schien anfangs zu weit, als dass sich immer neue Kontrastfälle hätten finden lassen.

Eine Haushaltsbefragung hatte für uns der Vorteil, dass wir gerade in den beiden Gemeinden Hohen Wangelin und Ankershagen zu mehr als der Hälfte der Einwohner detaillierte Informationen einsammeln konnten, aus denen heraus wir typische Problemkonstellationen filtern konnten. Dabei ging es uns darum, möglichst viele Informationen als individuell zuschreibbare Merkmale zu erhalten, um nach mehreren Komprimierungsschritten gezielt Personen auswählen zu können[2].

Der erste Komprimierungsschritt war die Zusammenfassung ausgewählter Informationen zu additiven Indizes.

---

[2] Dabei musste auch noch sichergestellt sein, dass die möglichen Interviewpartner ihre Zustimmung zu einer weiteren Befragung erteilt hatten. Dazu gab es in der telefonischen Befragung zwei Fragen, die als Voraussetzung für eine spätere Nachbefragung mit ja beantwortet sein mussten.

Abbildung: Ausschnitt aus der Liste additiver Indizes

LISTE

```
The variables are listed in the following order:

LINE   1: PERSNR SEX AGE STATUS INTEG2X AKTIVX FAMINTX GESINTX

LINE   2: LANDX RESSX MOBILX NAME

LINE   3: ADRESSE


  PERSNR:  1000501     1,00     4,00  6      ,00      ,00     5,00
4,00
   LANDX:      ,00     6,00    10,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1000502     2,00     4,00  6     1,00     3,00     5,00
2,00
   LANDX:      ,00     6,00     8,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1000503     1,00     1,00  2      ,00      ,00     2,00
4,00
   LANDX:      ,00     6,00     5,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1000601     1,00     6,00 10      ,00     1,00     2,00
1,00
   LANDX:      ,00     5,00     6,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1000801      ,        ,00  ,      ,        ,        ,00
1,00
   LANDX:      ,00      ,        ,
 ADRESSE:

  PERSNR:  1000901     2,00     6,00 10      ,00      ,00     5,00
3,00
   LANDX:      ,00     2,00     3,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1001201     2,00     4,00  8      ,00     2,00     8,00
3,00
   LANDX:     1,00     8,00     7,00
 ADRESSE:

  PERSNR:  1001202     1,00     4,00  6      ,00     1,00     5,00
1,00
   LANDX:     1,00     7,00     8,00
 ADRESSE:
```

Diese Abbildung zeigt exemplarisch einen Ausschnitt aus den Listen der additiven Indizes. Eine solche Datenkomprimierung gibt es zu jedem Haushalt. Dahinter stehen Listen, in denen für jeden Indikator und jeden Haushalt die jeweiligen Fragen des Haushaltsfragebogens noch einmal gesondert aufgeschlüsselt sind.

Bei den additiven Indizes handelt es sich im Einzelnen um:

1. Ressourcen (RESSX)
2. Landwirtschaftlicher Hintergrund (LANDX)
3. Aktivität (AKTIVX)
4. Mobilität (MOBILX)
5. Familiäre Integration (FAMINTX)
6. Gesellschaftliche Integration (GESINTX)
7. Sekundäre Integration (INTEG2X)
8. Erwerbsstatus (STATUS)

Neben den Indizes gibt es in den Listen noch Angaben zum Alter, zum Geschlecht und die Personennummer. Bei der Auswertung interessierten uns zunächst vor allem drei Fragen:

a) Welche auffälligen besonders hohen (Mobilität) oder besonders niedrigen (gesellschaftliche Integration) Indizes liegen überhaupt vor?

b) Gibt es typische Indikatorenkombinationen?

c) Gibt es unter den Indikatorenkombinationen solche, die uns so wenig plausibel erscheinen, dass die Personen uns für ein biografisches Interview besonders wichtig sind?

Aus der Liste der gesammelten Indizes haben wir dann zunächst häufige und auffällige Werte ausgesucht und Datenblätter zu den einzelnen Haushalten angelegt. Dabei gingen wir so vor, dass wir bestimmte Problemkonstellation geordnet verfolgten. Z.B. nach sekundärer Integration, was bedeutete, dass wir hier besonders viele Maßnahmeteilnahmen identifizieren konnten oder nach Auffälligkeiten bei der Mobilität oder Aktivität. Bei der Aktivität ging unter anderem auch die Anzahl der abgegebenen Bewerbungen ein. Dabei sind wir auf Fälle gestoßen, wo Personen angeben haben, dass sie sich bis zu 300 Mal beworben haben. Das war dann ein Anlass, diese Person – so wir die zuvor erteilte Erlaubnis hatten – noch einmal nachzubefragen.

Abbildung: Beispiel für ein Datenblatt

Datenblatt – Resp.-Nr.

HHM	Mann	Frau
2	H.	M.

Haus	Haus erb. 1970-1989, Einzug 1978 Wohnblock 5+, 61qm, 3 Zimmer, Hauptmieter, Miete 201-500€, Heizk./Jahr k.A.		
Ressourcen	Sparbuch, LV, monatl. HHeinkommen 1001-1500€, k. Rückz.		
Ausstattung	TV, GS, WMA, 1 Kfz		
Aufgaben	Reno Fam., kA. Renok, Übernahme von Nebentätigkeit, Garten 1000qm zur Erholung + Verpflegung, G.arbeit M., Nutztiere außerhalb in Betrieb 10 Hühner, 10 Enten, 4 Kaninchen, Tierversorg. M., Einkauf M., Ausgaben tägl. Bedarf 100-200€, Einkauf untersch., Penny		

1- M. – alo/asd – 1957 - 46 Jahre

Alt-Index:	Fam-Index:	Ges-Index:	LW-Index:	Ress-Index:	Mob-Index:	Sek-Index:

1957 in DDR geboren, verheiratet, zusammenlebend, seit 13 Monaten alo, 3x Bewerbung, erfolgl. wegen sonst., freie Stellen durch Bekannte, Bewerbungsradius ca. 100km v. HW, Einkommen letzter Monat k.A., DDR 8. Klasse Abschluss, ags. Lehre bis 1989, FS, Angehöriger gestorben in den letzten 12 Monaten, GHzustand schlecht, behindert aber überhaupt nicht, TN DF, k. WA, k. F.

2- H. – alo/asd. – 1957 - 46 Jahre

Alt-	Fam-	Ges-	LW-	Ress-	Mob-	Sek-

Index:	Index:	Index:	Index:	Index:	Index:	Index:

1957 in MV geboren, verheiratet, zusammenlebend, seit 1 Monat alo, 0x beworben, erfolgl. wegen sonst., letztes Einkommen netto 500€, DDR anderer Schulabschluss, ags. Lehre <1989, Ausbildung i. UK v. HW, FS, Angehöriger gestorben in den letzten 12 Monaten, vor 4 Monaten, sehr guter GHzustand, Vorbereitung DF, k. WA, Anglerverein, k. F.

2- W. – Schulkind – 1988 - 15 Jahre

Alt-Index:	Fam-Index:	Ges-Index:	LW-Index:	Ress-Index:	Mob-Index:	Sek-Index:

1988 in MV geboren, Realschule in Dorf, geht Schulweg, 8h außer Haus, k. DF, k. WA, k. Freizeitaktivitäten

3- B. – Schulkind 1995 - 8 Jahre

Alt-Index:	Fam-Index:	Ges-Index:	LW-Index:	Ress-Index:	Mob-Index:	Sek-Index:

1995 in MV geboren, Grundschule in Dorf, geht Schulweg zu Fuß, 8h außer Haus, k. DF, k. WA, k. Freizeitaktivitäten

Es gibt 128 derartige Datenblätter. Mit einer Auswahl von insgesamt 34 Personen wurden 45- bis 120-minütige, sehr intensive biografische Gespräche durchgeführt. Jedes Interview wurde transkribiert und zu jedem Gespräch wurde eine Tabelle relevanter im Interview besprochener Lebenslaufstationen angefertigt.

Abbildung: Beispiel für eine Tabelle relevanter Lebenslaufstationen

Resp.Nr.	
	Aufgewachsen in Ort P.
	Schulbesuch in Ort GL., M., P.
1973	Lehre in Ort NB. als Verkäuferin
	Arbeitet insges. 11 Jahre in Ort NB. in Ost 1-Kaufhalle (inkl. Babyjahre)
Ca. 1977	Heiratet, wohnt mit ihrem Mann in Ort F.
1979	Geburt der ersten Tochter
Ca. 1980	Umzug nach Ort NB. in Einraumwohnung
1984	Geburt der zweiten Tochter
1985	Zieht wieder zurück nach F. ins Haus des Schwiegervaters
	Arbeitet für die Schulküche, Kinderkrippe, jobbt im Konsum
	Arbeitet in der Kantine im ZBE in Ort B.
1988	Weiterbildung zum Wirtschaftkaufmann an der Landwirtschaftsschule W.
1989	Geburt des Sohnes
	1,5 Jahre Babyurlaub
	ABM im Ort MA. im „Grünen Bereich“
1993-98	Arbeitet als Verkäuferin im Dorfkonsum
	1 Jahr zu Hause
1998	1 Jahr ABM als „Besucherlenker“ bei der Gemeinde
1999	Weiterbildung mit Zertifikat zur Touristikfachkraft beim ÜAZ W. an 3 Tagen/Woche (musste sie aber selbst bezahlen)
2000-03	SAM wieder bei der Gemeinde

Seit 1.11.03	arbeitslos

Lebenskonstruktionen und Fallrekonstruktionen

In Lebenskonstruktionen wird die Struktur einer Gesellschaft in handlungsleitende individuelle Regeln übersetzt. Lebenskonstruktionen ermöglichen es dem Einzelnen, im Durchgang durch die verschiedenen Positionen im sozialen Raum und im Wechsel der biographischen Zustände einen einheitlichen Sinn aufrechtzuerhalten. Sie unterscheiden sich von „guten Vorsätzen“, weil sie dem unmittelbaren Zugriff der Menschen entzogen sind. Sie definieren in Bezug auf herrschende Wertgesichtspunke und in Antwort auf dominante Handlungsanforderungen den Raum anerkennungsfähiger Lebensentwürfe. Lebenskonstruktionen sind darin immer Ausdruck einer bestimmten gesellschaftsgeschichtlichen Entstehungssituation und sie überstehen gesellschaftliche Veränderungen solange, bis die Menschen gezwungen werden, neue Antworten auf veränderte Bedingungen zu finden.

Der dreigeteilte Lebenslauf mit seinen beinahe automatisierten Statuspassagen am Anfang und am Ende der Erwerbszeit ist wohl das prominenteste Beispiel einer institutionalisierten Lebenskonstruktion. Von ihr gehen nicht nur Anforderungen an die Individuen selbst aus, sondern sie definieren zu ihrer Reproduktion auch Ansprüche an die Gesellschaft. Um unter schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand einigermaßen garantieren zu können, wurde z.B. der Vorruhestand erfunden. Hier hat die Gesellschaft einen Übergangspfad definiert und legitimiert, der die institutionalisierte Form der Dreiteilung bewahrte.

Die rekonstruktive Biographieforschung sucht nach bestimmten für die Lebensführung der Befragten relevanten Mustern. Sie geht dabei davon aus, dass die Menschen vor allem dann, wenn sie Bilanz ziehen, die für sich selbst gefundenen Lebenskonstruktionen reproduzieren können, was auch heißt, dass sie ihrer biographischen Erzählung zugrunde liegen. Lebenskonstruktionen sind Vermittlungsinstanzen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, die helfen neue wiederkehrende Situationen zu meistern. Die Individuen konstruieren ihr Leben in den Strukturen der Gesellschaft. Sie erlauben einen systematischen Zugriff auf die Chancenstruktur der jeweiligen Gesellschaft. Dafür schaffen wir uns ein Netzwerk von Regeln, um gleichzeitig gesellschaftliche Anforde-

rungen und individuelle Erfahrungen zu einander in Beziehung bringen zu können. Dieses Regelwerk eines Lebens beschränkt sich nicht nur auf dominierende gesellschaftliche Teilbereiche. So funktionieren Menschen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch außerhalb der Fabriktore behalten unsere Lebensregeln ihre Wirksamkeit. Diese Regeln unterscheiden sich von guten Vorsätzen vor allen Dingen dadurch, dass es nicht ohne weiteres möglich ist, ihre Gestaltungskraft aufzuheben oder zu verändern. Obwohl diese Regeln nicht jederzeit abrufbar sind, prägen sie unsere Sicht auf die Gesellschaft und unser „eigenes Leben". Daher können wir diese Regeln als erzählte Muster in der Biographie einer Person wieder finden.

Wenn wir davon ausgehen, dass z. B. die sekundäre Integration (wie auch Ausgrenzung, Exklusion, Eingliederung – dahingehend sind sich alle einig) ein Prozess ist, bei dem sich Übergänge an einander reihen, dann scheint es erst einmal wichtig, diese in den Interviews erzählten Übergänge kenntlich zu machen, zu beschreiben, von wo nach wo er sich vollzieht und inwieweit die Personen „Herr des Verfahrens" sind. Übergänge, die dabei gemeint sind, sind Passagen, wie z.B.:

> *„Bin eigentlich Zentralheizungs- und Lüftungsbauer * von Beruf. Ja, *2* war dann auch kurzzeitig * in * Neubrandenburg gewesen und * hab da vorgeschoben mal n Jahr lang, weil ich keine Lehrstelle GEKRICHT hab, schon mal denn. * So'n * soziales Jahr gemacht, so auch als…",* soziales Jahr (weil keine Lehrstelle) - Lehre (Zentralheizung- und Lüftungsbauer): Das ist eine ganz typische Passage, die nicht zuerst auf soziales Engagement hindeutet, sondern wo der Einstieg in den Beruf mit einem Umweg beginnt.

Noch bevor wir die tatsächliche Lebenskonstruktion rekonstruieren, sind die auffindbaren Passagen deshalb von Interesse, weil wir erstens anschlussfähig werden an die BLH-Statistiken und zweitens im Sinne des Berichtssystems zuerst einmal nicht Personen vorführen, sondern aneinander gereihte Passagen, zu deren Überbrückung die sozialstaatlichen Instrumente dienen sollen. Jemand geht zum Arbeitsamt, um Unterstützung zu erhalten, erst einmal, weil er keinen Job hat und nicht weil er ein bestimmter Lebenskonstruktionstyp ist. Inwieweit beides zusammenhängt, wird sich im Fortgang der Untersuchung herausstellen. In jedem Fall ist auch die vorgefundene Lebenskonstruktion nur hilfreich (im Sinne des Berichtssystems), wenn wir anschließend die Übergangssituation und die damit auftretenden Probleme genauer bestimmen können.

Der erste Schritt der Rekonstruktion ist liegt deshalb in der Zusammenstellung der Passagen von Interview zu Interview.

*„Ja, dann bin ich hier in Wangelin zur Schule gegangen, * die ganze Weile und * ja, hab dann auch hier ne LEHRE gekriegt, und zwar * wenn man oben xxx, das * sieht man hier das Holzwerk, und zwar bei BECO damals. * Und * hab dann meine Lehre dort gemacht. *“*

Schule - soziales Jahr – Klempnerlehre in Hohen Wangelin (Firma heute pleite)

I: Das war ne Klemptnerfirma, ja?

*M: Ja. /hm/ * Bin, eigentlich Zentralheizungs- und Lüftungsbauer * von Beruf. Ja, *2* war dann auch kurzzeitig * in * Neubrandenburg gewesen, und * hab da vorgeschoben mal n Jahr lang, weil ich keine Lehrstelle GEKRICHT hab, schon mal denn. * So'n * soziales Jahr gemacht, so auch als…, * also, schon in der Richtung Heizungsbau /hm/ und * Metall. * 2* Hab denn * diverse andre Jobs gemacht, also,*

diverse Jobs, 3-6 Monate, Lückenspringer

*Reihe is LANG. * Aber es sind meistens, äh, * 3 Monate, 6 Monate * länger NIE, weil * irgendwie war ich denn der Lückenspringer, hab ich so gemerkt, und * wurd nie länger, und * na ja. **

*Hab denn ne Freundin * gehabt, * ja, mit der hab ich n Kind zusammen. * Die is denn hier auch weggezogen. * Die is nach Waren. **

Trennung von der Freundin und dem Kind (sie ziehen nach Waren)

Neue Partnerschaft, 11/03 wieder Geburt eines Kindes, Umzug in gemeinsame Wohnung in HW

*Hab jetz WIEDER ne Freundin, * und wir erwarten auch WIEDER n Baby. Deswegen sind wir umgezogen - * jetz grad vor, ja, nich mal n Monat. /ja/ Haben wir dann DIE Wohnung hier genommen. * Ja, ansonsten * hab ich dann hier in Wangelin dann mein' Garten, * wo ich dann den ganzen Sommer über bin. Also, * weil, ich bin im Dorf noch nich so richtig warm geworden hier. Die, * na, manche, die gehen, die, äh, * mit den versteht man sich, aber dadurch, dass das alles so klein is, * eckt man sich doch öfter aufeinander, und jeder kennt jeden. Und * /ja/ dadurch, äh, * m, na ja, * hab ich da so mein Tun mit den Leuten manchmal. * Na ja, mach denn * also, hab denn mein Garten da, und hab da auch klein bisschen, * also, paar Hühner, paar Karnickel und * ja, was man * so n bisschen, äh, Ablenkung und so, wenn man denn DOCH wieder arbeitslos is, dass man irgendwas zu tun hat. * Weil, dann bau ich auch ganz gern an Computern rum und, * ja, radixx bringen auch manchmal, weil, es gibt viele Leute, die haben keine Ahnung davon. (lacht) /ja/ Die, äh, stehn dann da: „Ohh! * Wie? Abgestürzt?“ und „Was mach ich nu?“ Und, * (zieht hoch)*

*ja. * Bin dann inner Gewerkschaft, bei der IG Metall, * bin dort, * ja, * wie soll man das nennen? Ähm, * im Ortsjugendausschuss, äh, der Vorsitzende * vom Bereich Neubrandenburg und Delegierter im * Landesjugendausschuss, * also, plan die Jobparade, äh, * bin mal im Prora gewesen, weiß nich, ob Sie das- ob Ihnen das was sagt? * Prora? /Prora sagt mir was/ Ja, da war ich gewesen, und * ja, das plan ich so bisschen mit und * tu und mach n bisschen. /ja, ja/ Aber auch wieder * bloß zum Ablenken, dass man n bisschen * rauskommt. /ja, ja/ * So, und, * ja, *2* die letzte ZEIT, (atmet laut aus) * würd ich sagen, is ziemlich mies, is mies gewesen, also*

Seit 6 Monaten keinen Job, vorher zwischen dem Lückenspringen Jugend-ABM in HW

** im letzten halben Jahr, ich hab keinen JOB mehr gekricht, * hab, äh, * früher gab's noch mal…, ich hab auch mal ne Zeit gehabt ne Jugend-ABM hier im Dorf. /ja/ Und * das letzte halbe Jahr schreib ich bloß noch Bewerbungen und, äh, * ja, * auch schon an die Hundert, und * geb mir auch richtig MÜHE dabei, aber * da kommen oft ma Briefe, wo man dann denkt, ja, vielleicht * WIRD das doch was, und dann schreiben se, wir behalten das Zeug EIN, und * „…vielleicht melden wir uns dann, wenn wir was Neues", äh, „mal ne Stelle frei haben." Aber bisher is da also nix gekommen jetz im halben Jahr. * Ja, * davor war ich in Linstow, * hier im großen Van der Valk-Resort, /hm/ dort gearbeitet. * Aber * bin da mit dem * ArbeitsKLIMA nich ganz klar gekommen. * Deswegen bin ich auch da * gegangen. Weil, * nee, das ging nich, also, * war denn * in Spätschichten auch viel und, * ja, das war dann DOCH nix für mich, dass ich dann da * so lange und... * Na, und bin denn gegangen, *2* im ein*vernehmlichen Verständnis, also * /hm/ hab mich auch nich mit den Leuten überworfen oder so.*

zuletzt Van- der Falk-Resort in Linstow, Spätschichten, ist gegangen

** SCHLIMMER is hier das Gerede im DORF. * Also, äh, * das is die wahre Pracht, was man dann so gehört hat. Also, * ging los von, äh, * die haben mich RAUSgeschmissen, weil ich GEKLAUT hab, die haben, äh,… also es war schon * /hm/ ganz lustig. * Ja, *2* ansonsten? * Das war eigentlich das Ding jetzt * bisher. /ja/ So, nun * …"*

Da Lebenskonstruktionen eine Art Regelgehäuse darstellen, die entstanden sind durch die individuelle Verarbeitung und Ordnungsleistung alltäglicher Handlungsanforderungen in der Gesellschaft, in der man lebt, sind sie so angelegt, dass sie sich selbst in einer sich wandelnden Gesellschaft reproduzieren können. Lebenskonstruktionen haben eine soziale, eine sachliche und eine zeit-

liche Dimension. In der Zeitdimension werden die in den Interviews auffindbaren verschiedenen Gebrauchsweisen von Zeit (Alltagszeit, Lebenszeit, Termine, Zeitstruktur, Abläufe usw.) rekonstruiert. Die sachliche Dimension betrifft Relevanzperspektiven des im Interview gesagten, sozusagen die erzählte Ordnung. Was kommt zuerst, was ist weniger wichtig, was gehört zusammen. Schließlich heißt soziale Dimension die Art und Weise der Eingebundenheit in gesellschaftliche Beziehungen. Aus Sicht der Rekonstruktion einer Lebenskonstruktion handelt es sich um so etwas wie Beziehungen generierende Leistungen. Neben diesen in den Gesprächen vorfindbaren Informationen, die das Handeln der Menschen betreffen, sind für die Typenkonstruktion aber auch die dem Handeln unterlegten Deutungszusammenhänge zu berücksichtigen. Es geht darum darzustellen, was die Interviewten neben dem tatsächlich Erlebtem herausstellen, auch darum, wie sie dieses Erlebte deuten: ist es wichtig, traurig, sind es Erfolge oder Niederlagen, ist geplant oder passiert, sehen sie Handlungsspielräume und sind sie „Herren der Verfahren“ oder beschreiben sie das als Geduldetes.

Auf diese Weise entsteht ein Schema zur Analyse einer Lebenskonstruktion, dass neben der Handlungsstruktur, die entlang der identifizierten Übergänge rekonstruiert wird, auch die Deutungsstruktur beinhaltet.

Abbildung: Analyseschema Lebenskonstruktionen Fall Hoop

	Handlungsstruktur	**Deutungsstruktur**
Lebenslauf	Asynchroner Tag, Kurzfristigkeit Arbeit, mittelfristig will er weggehen, gerade Vater geworden	Zeitchaos
Relevanz (in der Reihenfolge ihrer rekonstruierten Bedeutung)	Garten, IG Metall, Bewerbungen, PC	Perspektiven gibt es nur im Freizeitbereich (Garten), keine in der Arbeitswelt
Netzwerk	Einzelgänger in der Gemeinde mit gelegentlichen Andockversuchen (Kiffer, PC-Hilfe)	Fehlende Dankbarkeit für Engagement in der Gemeinde

Auf der Basis dieser Schemata haben wir dann die fünf Typen gebildet:

- Typ 1: Helden des Alltags
- Typ 2: Paradoxiegefangene
- Typ 3: Defizitträger
- Typ 4: Brückenbauer
- Typ 5: Marginalisierte

Typ 1: „Auf Dauer gestellte Überbrückung einer andauernden prekären sozialen Situation“ - Helden des Alltags:

In sich funktionierende Lebenskonstruktion, weil es gelingt, ihre Ressourcen weitestgehend zusammenzuhalten bzw. zu strecken, dazu kommen notwendige Unterstützungen von außen, Eltern, Freunde, Wohngeld; problematisch daran sind drei Dinge: 1. die schmale Basis der Ressourcen (geringes Einkommen, man sieht es daran, dass bestimmte Anschaffungen nur für den notwendigsten Fall getätigt werden können), 2. die laufende Abschmelzung der ohnehin schmalen Basis sowohl materiell als auch sozial, 3. die unklare bzw. nicht benennbare Perspektive (z.B. ein halbes Haus zu erben, dort aber niemals hinziehen zu wollen, weil sich die Situation dann noch weiter verschlechterte).

Im Hinblick auf die Dimension **„Defizitsituation“** müsste man feststellen, dass hier kein unmittelbarer Mangel beklagt wird und wohl auch nicht sichtbar wird. Gleichzeitig hat man aber während des gesamten Interviews immer das Gefühl, direkt an der Kante dessen zu sein, was noch mit eigenen (oder familiären, freundschaftlichen) Möglichkeiten zu halten ist. Es ist somit eine extrem **„gefährdete Situation“** bezüglich des Erfolgs der eigenen Anstrengungen. Einige ganz nahe liegende Veränderungen dürfen nicht eintreten; ein möglicher Umzug wird beklagt, womöglich forciert durch ein Erbe, eines der Kinder geht weg, die nahe Arbeitsstelle darf nicht schließen, auch dürfen die Eltern nicht krank werden usw. Tatsächlich erfahrene „**Verwundungen**“ gibt es besonders im Zusammenhang mit Institutionen, die gegenwärtig noch Halt vermitteln (wie z.B. die Schule in Hohen Wangelin, um deren Erhalt unsere Person mitkämpft).

Typ 2: „Der unkomplettierbare Lebensentwurf „- Paradoxiegefangene

Einerseits sieht man hier einen scheinbar geregelten Alltag mit Freundin und Kind, Garten, bürgerschaftlichem Engagement, Hobby-/Schwarzarbeit, andererseits gibt es zahllose Bewerbungen mit nicht reflektiertem Inhalt und Kurzfrist-Beschäftigungen mit unklarem Ende. Die Lebenslauferzählung erscheint auf den ersten Blick unaufgeregt und durchaus plausibel. Doch bei genauerer Betrachtung passen die angefangenen Teile nicht zueinander, weil sie – so lässt sich vermuten – für zwei verschiedene Lebenskonstruktionen gedacht sind: jene, die zu einem „normalen“ Leben in einem mecklenburgischen Dorf in einer modernen Arbeitsgesellschaft passen, und jene, die zu einer flexiblen Arbeitswelt (der Zukunft) gehören.

Die „**Defizitsituation**“ ist zum Teil offensichtlich. Geringes Einkommen (beider, die jetzt auch noch ein Kind haben), einfache Wohnungseinrichtung und als weiterer Beleg die Subsistenzfunktion des Gartens. Für Renovierung z.B. kann kein Geld ausgegeben werden, eingekauft wird nur bei Billigmärkten. Bei dieser in Paradoxien gefangenen Lebenskonstruktion ist die **Gefährdung** fest eingebaut, sozusagen ein strukturierendes Moment (im Gegensatz zu Typ 1, wo sie eher noch im potentiellen Sinn – nichts darf passieren – existiert). Gefährdung heißt hier schon die sichtbare Gefahr jederzeit abzurutschen. Das Ausmaß der **Verwundungen** ist bei Typ 2 enorm, dauernde Bewerbungsmisserfolge, familiäre Katastrophen, Schwierigkeiten im sozialen Networking, Kündigungen, sie werden quasi noch verstärkt wahrgenommen, weil in dem Typ der Versuch einer Vollendung des Lebensentwurfs unaufhörliches Thema bleibt, also ein immenser moralischer Aufwand betrieben wird. Wenn jemand dazu noch – wie in den beiden konkreten Fällen – **jung** ist und vielleicht auch noch **weiblich** (eine von beiden), da rückt jede Chance auf Vollendung in noch weitere Ferne. Da wo vielleicht schon die Mitte des Lebens erreicht wurde (und dadurch eine Art Strategie im Umgang mit dem Unvereinbaren eingeübt werden konnte), findet man verstärkt solche Verwirklichungsversuche: *„Hauptsache die Kinder oder die Großeltern*.“

Typ 3: „Defizitträger“

Eine durch Sekundäre Integration „umsozialisierte“ Lebenskonstruktion, in der an die Stelle der arbeitsgesellschaftlichen Leistungorientierung eine Fixierung auf gesellschaftlich relevante (zumeist Arbeitsmarkt-)Defizite getreten sind. Aber trotz der auch hier auffindbaren Paradoxien erscheint die Lebenskonstruktion gefestigter als bei Typ 2, denn die Defi-

zitfixierung (sich mit 40 zu alt anzusehen, siehe Falldarstellung) sichert unter den gegebenen Bedingungen deren Rekonstruierbarkeit.

Solange die jetzt stattgefundenen Arbeitsmarktveränderungen noch bevorstanden, kann von einer Defizitsituation nur in der eben dargestellten Weise gesprochen werden, Ressourcennotlage herrscht hier gerade noch nicht vor. Die **Gefährdung** ergibt sich im Gegensatz zu den ersten beiden Typen vor allem durch ihre generelle Abhängigkeit von den Veränderungen der Sozialgesetzgebung. **Verwundungen** liegen in der Regel schon eine Weile zurück, weil die sekundäre Integration gewissermaßen einen wenn auch kleinen Raum, frei von den Zumutungen sich verändernder Gesellschaften erhält.

Das Älterwerden verstärkt in diesen Lebenskonstruktionen den Zwang der Bewältigung/Anpassung, also je länger man das macht und um so aussichtsloser die Lage, desto eher ist man bereit, Leistungs- gegen Defizitkriterien auszutauschen.

Typ 4: „Aus der Norm gefallene Statuspassage“ Brückenbauer

Unter den Bedingungen einer sich rapide verändernden Gesellschaft Übergänge zu konstruieren, fällt vielen Personen schwer, weil es kaum noch direkt Anschlüsse gibt, d.h. wer z.B. nach der Kindererziehungszeit zurück in die Arbeitswelt will, kann das nur noch selten ohne eine gewisse Zeit der Arbeitslosigkeit machen. Auch wer von der Arbeit in die Rente oder von EU/BU-Rente (wie im vorliegenden Fall) wieder in Erwerbsarbeit wechseln will oder muss, kann das kaum auf eine standardisierte Weise tun. Daher wird der Typ 4 – die Brückenbauer – gebildet von den sehr unterschiedlichen Versuchen, biografische Anschlüsse herstellen zu wollen oder zu müssen. Deshalb ist auch der Typ 4 weit mehr als die anderen selbst ein auf Zeit angelegter Typ. In dem Augenblick, in dem wir unsere Beobachtung durchführten, waren die Fälle des Typs mehr oder weniger erfolgreich mit dem „Brücken bauen und improvisieren“ beschäftigt. Es wäre aber genauso gut möglich, dass sie später oder zu einem anderen Beobachtungszeitpunkt in andere Typen wechseln könnten. Zum Zeitpunkt der Fallrekonstruktion stand aber noch keine Entscheidung an, wie erfolgreich dieses Übergangsmanagement werden würde. In Typ 4 finden sich Fälle mit zum Teil erheblichen materiellen Notlagen, aber einer durchaus stabilen Lebenskonstruktion, so dass diese Situationen überbrückbar scheinen, so z. B. bei der jungen Frau mit Kind, die bei den Schwiegereltern wohnt oder bei dem älteren Herr, der zwar Sozialhilfe beziehen musste, aber Aussicht auf besser bezahlte Beschäftigung

hatte. Die Gefährdung dieses Typs ist allerdings ausgesprochen hoch, weil beständig die Sorge besteht (oder bestehen muss), dass man aus einem der „schwarzen Löcher“ zwischen den Andockstellen nicht wieder auftaucht (Marginalisierte, Defizitträger) oder das „Brückenbauen“ auf Dauer gestellt wird (Helden des Alltags, Paradoxiegefangene).

Typ 5: „Marginalisierte“

Wenn die Ressourcen aufgebracht oder nicht angespart wurden, wenn die Ausbildung schlecht, veraltet oder nicht abgeschlossen wurde, wenn Alkohol oder Drogen für den Alltag dominierend werden und dadurch ein sich selbst verstärkender Prozess des Rückzugs eingesetzt hat, muss man von Marginalisierung sprechen. Dabei gibt es familiäre Traditionslinien (Armut in der x.Generation – diejenigen, die in jedem Dorf als solche bekannt waren), aber auch „sozialpolitisch erzeugte“ Dynamiken, wenn etwa das sozialpolitische Programm sich ändert, dass diese Fälle zuvor noch aufgefangen hat. Marginalisierung heißt vor allen Dingen materielle Not und lebenskultureller Verfall. Da gibt es kaum noch eine haltende Umwelt, auch die Fassade des „anständigen Lebens“ wird kaum gewahrt. Marginalisierte treffen wir vor den „Getränkeshops“ der Dörfer oder den „Imbissstuben“ in Waren. Dabei erscheint ihre Einbindung mit Gleichen durchaus stabil und die individuelle Lebenskonstruktion auf das „Überleben“ beschränkt. Feste Rituale (jeden Morgen um 8.00 Uhr am Imbiss), aber kaum feste Zeiten - zeitlich hat das Leben einen trägen Rhythmus, wichtig sind Strategien der Cleverness oder der Abgebrühtheit. Man muss „etwas klar machen“ können und sich nicht in Abhängigkeiten begeben. Übergänge – im Sinne von eine Arbeit finden, eine Ausbildung machen – sind eher fixe Ideen, die man sich erzählt, die aber kaum verfolgt werden, wohl auch nicht können. Es sind die in die Unterklassen abgerutschten einer sich wandelnden Gesellschaft und obwohl eine große Zahl sozialpolitischer Maßnahmen ihre Existenz als ihre Rechtfertigung mit sich führen, sind sie in unserem Sample (noch) recht selten, eher in der Kreisstadt als in den Dörfern.

Defizitträger und Paradoxiegefangene –

zwei exemplarische Fallrekonstruktionen:

Fall 1: Irene Falter, Typ 3

Irene Falter war wiederholt bei der Arbeitsfördergesellschaft der Gemeinde angestellt. Sie hatte sich kurz zuvor zum wiederholten Male für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beworben. Das geschah, indem sie auf einem einfachen, karierten Blatt Papier ihre Daten notierte und die Leitung darum bat, sie bei der nächsten Bewilligungsrunde wieder zu berücksichtigen. Der zeitliche Hintergrund ergab sich deshalb, weil ihr Arbeitslosengeldanspruch ausgelaufen war. Diese Bewerbungen bewahrte die Verwaltung der Arbeitsfördergesellschaft in einem Ordner auf, um tatsächlich nach der Bewilligung neuer Maßnahmen darauf zurückgreifen zu können. Das auf den ersten Blick Auffällige an dieser Art der Bewerbung ist der grundlegende Unterschied zu Bewerbungen für Berufe und Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt: Wenn normalerweise Bewerbungen ganz besonderen Ansprüchen genügen müssen und die „Wissenschaft" über eine korrekte Präsentation einer Bewerbung sich beständig ändert, so ist die ABM-Bewerbung von Irene Falter nach diesen Maßstäben völlig unkorrekt. Niemand aus den hunderten von Bewerbungskursen, an denen auch Irene Falter schon teilnehmen musste, würde solch einem formlosen, handgeschriebenen Zettel auch nur die geringste Chance einräumen. Und doch hatte Irene Falter damit schon Erfolg, will heißen, bei einigen der Einstellungsrunden für die Arbeiten im „Grünen Bereich" wurde sie berücksichtigt und erhielt mehrmals schon eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Denn, um für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme berücksichtigt zu werden, geht es gerade nicht darum, eine geschliffene Selbstdarstellung vorzulegen, sondern möglichst bedürftiger als andere zu sein. Wer Probleme hat, dem muss geholfen werden, vor allem dann, wenn man die Leute im dörflichen Umfeld sehr genau kennt. Und nichts belegt die Bedürftigkeit besser, als eine fehlerhafte, formlose Bewerbung. Natürlich steckt dahinter keine Absicht, in der Art etwa: „Jetzt gebe ich mal eine richtig schlechte Bewerbung ab. Dann sehen die schon, dass ich mal wieder eine Unterstützung brauche." Es ist ja auch durchaus überraschend, dass Irene Falter anderseits sagt, dass sie sehr genau weiß, wie „richtige" Bewerbungen geschrieben werden, dass sie an Lehrgängen teilgenommen hat und dass, sie sagt, wer fünf Kinder hat weiß, wie man das macht:

> *F. „* So, also * hat das Arbeitsamt mir angeschrieben. * Da hab ich dieses Jahr auch noch, so einen Lehrgang mitgemacht, einmal im Monat nach Waren gefahren, * für 2 Stunden, * dass du auch weißt, wie eine Bewerbung geschrieben wird. /hm/ Ich mein, das weiß doch heutzutage*

*jedes Kind! * Wenn man 5 Kinder hat, wie eine Bewerbung geschrieben wird. * Aber * da lernt man doch mal wieder noch Neues.“*

Es ist also nicht das Wissen darum, wie eine Bewerbung aussieht, denn so sagt sie – weiß das jedes Kind, sondern es muss etwas im Verhältnis zwischen „Bedürftigen“ und „Hilfeleistenden“ geben, dass diese Verfahrensweise nahe legt und für beide Seiten akzeptabel macht. Die Bedürftigkeit nach einer gewissen Zeit wieder einmal an der Reihe zu sein, fußt gewissermaßen auf von allen geteilten Vorstellungen darüber, welche Defizite als gesellschaftlich begründet gelten dürfen. Dazu zählen vor allen jene, die den so genannten Risikogruppen des Arbeitsmarktes zugerechnet werden. Defizite – wie Alter, Geschlecht, Wohnort, Familienkonstellation, Bildung -, die die geringen Chancen der betroffenen Personen auf dem ersten Arbeitsmarkt erklären sollen. Der Mangel an bezahlter Erwerbsarbeit wird sozusagen umgedreht und den einzelnen Menschen selbst per Merkmal angeheftet. Darauf bauen im Grunde fast alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – außer die Ich-AGs – auf. Gleichzeitig hat sich zur Bearbeitung dieser gesellschaftlichen Defizite eine Umarbeitungsbranche etabliert, die ihrerseits von den den Individuen zugeschriebenen Defiziten lebt. Zahllose Bildungsträger, Arbeitsfördergesellschaften und dergleichen betreiben das Geschäft einer Art Umsozialisierung gesellschaftlich definierter Defizite. In diesem Feld der Gesellschaft ist es vorteilhafter, möglichst viele solcher Defizite in Anschlag bringen zu können, um mit größtmöglicher Sicherheit von einer der wechselnden Maßnahmen erfasst zu werden. Diese sekundäre Integration einer simulierten Arbeitsgesellschaft hat ihre eigenen Rituale und Gesetze und kann die besondere Art der Bewerbung Irene Falters verständlich machen.

Über die Frage nach der Art und Weise einer erfolgreichen Bewerbung hinaus wird diese Defizitkonstruktion weit nachhaltiger in die Lebenskonstruktion der Menschen eingegraben.

Sehen wir uns den Interviewbeginn an:

I: „Und vielleicht können wir auch so anfangen, dass Sie uns – wenn Sie jetzt mal Ihr Leben so Revue passieren lassen, oder dass – soweit Sie halt zurückblicken wollen – dass Sie uns mal Ihr Leben beschreiben mit den Erfahrungen, mit der Sicht auf Ihr Leben, die Sie heute haben. Was Sie für wichtig halten, was Sie für weniger wichtig halten, also Dinge, die Sie uns jetzt einfach so ganz spontan erzählen würden.

F: Von wann soll ich anfangen zu erzählen? Wo ich ein junges Mädchen, also wo ich angefangen habe, wo ich mich verheiratet habe? Oder jetzt nach der Wende?

I: Wie Sie möchten. Was Ihnen wichtiger ist.

*F: Also, von – ich meine, ich hab 81 geheiratet, und mein Mann hat gutes Geld in der DDR verdient. Also da brauchte ich nicht arbeiten. Da war ich familienversichert. Hat über 1000 Mark verdient. Ja, wo die Wende kam, musste ich arbeiten. Und denn war ich schon zu alt für den Markt. Bin jetzt 41 und in den alten Beruf komme ich nicht mehr rein. Ich habe im Krankenhaus gelernt. Da wollen sie junge Frauen haben und keine Frauen, die Kinder haben. Meine Mann geht zwar jetzt auch arbeiten, Gott sei Dank, als Leiharbeiter, das heißt, heute Nacht hat er eine Nachtschicht gehabt. Hat dann 5 Stunden geschlafen und macht eine Spätschicht. Also so ist das normal heutzutage bei der Regierung? Zu DDR-Zeit haben wir alle eine Arbeit gehabt, und da gab es nicht, dass wir zu Hause blieben. Und heute bist du zu Hause. Mit 41 bist du alt. Meine Tochter hier, die eine, die macht auch na, wie nennt man das? Springer beim Schlecker. Heute da, morgen dort. * Die ist nun 22. Bei der dritten hab ich krampfhaft versucht, dass sie eine Lehrstelle kriegt. Jetzt wird sie in Neubrandenburg übernommen. Mit Hängen und Würgen. Ich mein, Kohl hat ja schon viel auf die Beine gebracht, aber ich weiß nicht, Schröder? Der packt wohl nix. Den müsst man absägen, auf Deutsch gesagt. Also wenn ich das könnte, würde ich ihn absägen. Von uns kleinen Leuten wollen sie alles haben - das wird erhöht, das wird erhöht - * und dann werden noch zwischendurch die Diäten erhöht. Der müsste mal mit 1000 Euro im Monat auskommen mit 7 Personen. Wird ja alles teuer.*

I: Als Sie 1981 geheiratet haben, wohnten Sie da schon in Hohen Wangelin?

F: Nein, da hab ich in Schloss Grupenhagen gewohnt. Ich bin erst 8 Jahre hier. Bin auch hergezogen, weil die Schule in der Nähe ist und wenn die Kinder aus der Schule sind, zieh ich weg. Das Wangelin liegt mir nicht. Das ist mir nix.

I: Wieso? Können Sie das beschreiben?

F: Ich bin kein eingefleischter Wangeliner. Ich gehör hier nicht her. Wenn Sie runtergeguckt haben, an die Klingel, werden Sie es gesehen haben: Also ich weiß nicht, der Name "Falter", der gefällt den jungen Leuten nicht. Wenn ich nicht noch zwei schulpflichtige Kinder hätte, war ich schon weg gewesen.

I: Und wieso sind Sie hier hergekommen, wegen der Schule.

F: Wegen der Schule, ja, weil ich ja die 5 Kinder hatte und habe und es sollten dann keine Fahrkinder sein, keine Busfahrkinder sein. Dass sie nicht frieren im Winter, habe ich gesagt, zieh ich hierher. Auf Schloss

Grupenhagen habe ich im Gutshaus gewohnt. Da ist jetzt der alte Besitzer wieder zurückgekommen, und da mussten wir ausziehen. Und dann habe ich gesagt, dann zieh ich hierher. Hätte ich das gewusst, dann wäre ich woanders hingezogen. Also Wangelin liegt mir nicht. Ich weiß nicht."

Die Verständigung zwischen Interviewer und Interviewter verläuft hier nahezu reibungslos. Die Eingangsfrage muss nur noch leicht präzisiert werden und Irene Falter braucht nur noch etwas Zuspruch, um mit ihrer Erzählung zu beginnen. Bevor hier die Bedeutung dessen, was sie sagt, rekonstruiert werden soll, lohnt es sich zunächst, einen Blick auf die Inhalte zu richten, die sie der Reihe nach vorträgt: Sie beginnt mit der Heirat 1981 und koppelt daran sofort den guten Verdienst ihres Ehemanns und ihre Familienversicherung an. Irene Falter brauchte nicht zu arbeiten. Sie war Hausfrau. Acht Jahre später „kam die Wende" und statt weiter Hausfrau sein zu können, ist sie nun zu alt für den „Markt" auf dem sie auch zuvor schon nicht tätig war. Sie erzählt, dass sie zum Zeitpunkt des Interviews 41 Jahre alt war und im Krankenhaus gelernt hat. „Gott sei Dank" hat ihr Mann als Leiharbeiter noch Arbeit, wenngleich die ständige Verfügbarkeit – „ heute Nachtschicht, morgen Spätschicht" – alles andere als leicht zu realisieren ist.

Neben den Informationen, die die Eingangssequenz liefert, fallen vor allem die defizitären Schilderungen des alltäglichen Kampfs in einer sich verändernden Gesellschaft auf: *„…schon zu alt für den Markt…", „Meine Tochter hier,… Springer beim Schlecker. Heute da, morgen dort.", „Bei der dritten hab ich krampfhaft versucht, dass sie eine Lehrstelle kriegt.", „Wangelin liegt mir nicht" und „Auf Schloss Grupenhagen … ist jetzt der alte Besitzer wieder zurückgekommen, und da mussten wir ausziehen."* sind alles Aussagen, die den Rahmen bilden für eine auf Defizite gegründete Lebenskonstruktion. Es wäre ja auch möglich gewesen, eher den Stolz darauf herauszustellen, was die Familie trotz enormer Schwierigkeiten alles geschafft hat. Oder sie hätte auch eine gewisse Kontinuität unter anderen Bedingungen erzählen können: früher Hausfrau, fünf Kinder, heute noch immer Hausfrau, so lange die Kinder noch zu Schule gehen, danach ziehen wir ohnehin weg. Aber im Grunde genommen steckt hinter der Form der Erzählung, für die sich Irene Falter entscheidet ein enormer Rechtfertigungsdruck, der tatsächlich auch gleich zu Beginn dramatisch herausgestellt wird: *„Als die Wende kam, war ich zu alt für den Arbeitsmarkt und heute ist das erst recht so. Gucken sie sich meine Töchter an. Die eine, 22, ist nur Springer. Der anderen haben wir nur mit Mühe eine Lehrstelle verschaffen können."* Dabei stellt sich paradoxerweise ihr Alter als das Merkmal heraus, um das herum das Defizit konstruiert werden kann. Paradox daran ist, dass Irene Falter zum Zeitpunkt der Wende 1989/90 oder 1992, als ihre

jüngste Tochter drei Jahre alt war, gerade einmal 27 bzw. 30 Jahre alt war. Tatsächlich stellt sich das Problem im Jahr 2003 anders dar als zehn Jahre zuvor. Die Prophezeiung hatte sich selbst erfüllt. Zu Beginn der 90er Jahre mit Ende 20 hätte sie durchaus noch Chancen auf eine Arbeitsstelle haben können. 2003 sieht das schon ganz anders aus.

Das Alter – denken wir nur an den Versuch, den Umbau des ostdeutschen Arbeitsmarktes mit Hilfe überdehnter Vorruhestandsregelungen anzugehen – spielte auch Anfang der 90er Jahre schon die Rolle eines allgemein geteilten Kriteriums für Risikogruppen am Arbeitsmarkt. Doch damit waren nicht etwa 30jährige gemeint, sondern mindestens 55 Jahre alte Arbeitnehmer. Entlang der Altersgrenzen wurden nach der Wende die Belegschaften getrennt: die Älteren in Vorruhestand, die Jüngeren auf den Arbeitsmarkt und die mittlere Generation verblieb vorerst wegen Sozialauswahl, Betriebszugehörigkeit und Qualifikation in den Unternehmen. Doch auf eine spezifische Weise hat Irene Falter auch recht damit, ihr an sich nicht problematisches Lebensalter als Grund für ihre Erfolglosigkeit am ersten Arbeitsmarkt anzuführen. Denn so wie der Gesellschaft Alter nur ein Vorwand ist, um Erwerbsrisiken zu individualisieren, so ist auch für Irene Falter ihr Alter eine Möglichkeit, den Druck, der auf ihr lastet von sich zu weisen oder wenigstens besser zu ertragen. Natürlich wird dieses Defizitkriterium erst später in die biografische Erzählung eingebaut und nicht schon mit Ende 20. Es diente aber schon der Gesellschaft, deren Teil sie ist, die Probleme des Arbeitsmarktes zu erklären. Mit jedem Misserfolg auf dem ersten und jedem gelungenen Umweg über den zweiten Arbeitsmarkt gewinnt dieses einmal gefundene Erklärungsmuster mehr an Plausibilität. Zumal „Alter“ auch ein askriptives Merkmal ist, gegen das es – trotz anders lautender Ratgeberliteratur – kein Ankommen gibt. Im Gegenteil: Wenn man sich erst einmal darauf eingelassen hat, sein Alter für seine Situation verantwortlich zu machen, dann wird alles nur noch schlimmer. Wenn man ein Defizit in seine Lebenskonstruktion dominant einbaut, geht es im Prinzip darum, auf etwas verweisen zu können, was die individuelle Situation erklärt, aber auch von der Gesellschaft voll akzeptiert wird.

Irene Falter ist heute 43 Jahre alt. 1989 hat sie ihr letztes von 5 Kindern gekriegt. Ein Jahr später wollte sie wieder arbeiten gehen. Da war sie 29 Jahre alt. Bis heute aber haben ihr die zahlreichen Bewerbungen nichts genutzt. Bis auf dreimal je ein Jahr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ein dreimonatiges Bewerbungstraining hatte sie damit keinen Erfolg. Ihr Ehemann ist seit ein paar Jahren Leiharbeiter im Schichtdienst. Das Leben, das Familie Falter bis 1991 geführt hat, ist vielleicht nicht ganz typisch für die DDR, aber doch hinreichend ähnlich den Lebensführungsmodellen der industriellen Arbeitsgesellschaft. Peter Falter stammt aus Berlin, geht wegen der Familie – die beiden erwarten

1981 Zwillinge – aufs Land und verdient „gutes Geld“ in der industriellen Schweinezucht, das heißt er arbeitet als ungelernter Arbeiter – später als Facharbeiter – in einem der großen Schweinemastbetriebe. Irene Falter beendete ihre Ausbildung im Krankenhaus kurz vor der Geburt der Zwillinge. Von da ab bleibt sie Hausfrau. 1985, 87 und 89 folgen die drei anderen Kinder. Gerade in der DDR – auch auf dem Land – hat sie es durchaus als glücklichen Umstand angesehen, zusätzlich zur Erziehung und Versorgung der Kinder nicht auch noch einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen zu müssen. Ihr Mann verdiente – wie sie sagte über *1000 Mark*. Das reichte für die Familie. Das änderte sich schlagartig, als Peter Falter 1991 seine Arbeit verlor.

Fall 2: Jan Hoop, Typ 2

Wie grundlegend sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt einer ländlichen Krisenregion gewandelt hat und wie wenig die gesellschaftlichen Integrationsangebote dazu passen, soll ein weiterer Fall belegen. Es scheint so, als flüchteten junge Menschen massenweise aus den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Der Aderlass ist in den Dörfern größer als die Fluchtwelle zum Ende der DDR und erinnert wohl eher an die Situation vor dem Bau der Mauer. Jan Hoop – ein junger Mann, über den hier gesprochen werden soll, – zählt nur noch zwei oder drei seiner ehemaligen Mitschüler, die noch in der Gemeinde wohnen. Die Gemeinde selbst ist seit 1994 von 1.100 Bewohner auf 650 geschrumpft. Wenn in diesem Jahr auch noch die Schule geschlossen wird, erhält dieser Abwärtstrend noch einmal einen kräftigen Schub. Die Situation der Gemeinde ist, wenngleich wir es hier mit einer extremen Abwärtsspirale zu tun haben, beispielhaft für das Schicksal maßgeblich von der Industrie geprägter Gemeinden.

Die Industrie – in dem Fall zwei große landwirtschaftliche Betriebe – hat nicht nur das unmittelbare Erwerbsleben der ehemals Beschäftigten durchdringend bestimmt, sondern der ganzen Gemeinde wurde *„… die Struktur jenes eigentümlichen >Apparates<, welcher die großindustrielle Produktion..* „darstellte, *<über den Kopf gestülpt<“*. Die Insignien industrieller Entwicklung – wie Neubaublocks, Schule, Landambulatorium – der Computer kennt den Begriff gar nicht mehr – Buslinien zu den Arbeitsstätten oder eine riesige Kleingartensiedlung – vermutet man nicht unbedingt in ländlich geprägten Dörfern. Die *Industriedörfer* (Oswald/Ernst) sind mit der fordistischen Organisation der Wirtschaft entstanden und sie zerbrechen an der Deindustrialisierung. Wenn wir also von Deindustrialisierung sprechen, dann meinen wir, dass die Industrie als Beschäftigungsmöglichkeit als ein Modell industrie-gesellschaftlicher Integration im Alltag der Menschen in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns keine Rolle mehr spielt. Immerhin arbeiten in allen Netto-Märkten MV heute so viele

Menschen wie auf der größten Werft in Wismar. Die Industrie existiert noch in veränderter Form, aber sie will – wie das der Geschäftsführer eines großen Agrarverbundes ausgedrückt hat – im Verborgenen bleiben, nicht unbedingt Aufmerksamkeit erregen.

Ich war schon ein paar Mal mit Jan Hoop verabredet, ehe wir uns dann tatsächlich trafen. Ich hätte ihn in seiner alten Wohnung nicht antreffen können, weil er seinerzeit noch meistens in seinem Gartenhaus in der Kleingartensiedlung übernachtete. Den Schrebergarten kaufte er 1998: 700 qm mit Laube, Hühner und Kaninchen. Anlass für den Kauf war die Geburt seines erstens Sohns. Für Kinder sei es besser, nicht immer in der Wohnung sein zu müssen. Leider trennte sich kurz darauf die Mutter des Kindes von ihm, so dass auch der Sohn den Garten nicht mehr nutzen sollte. Aber – und darauf ist er sichtlich stolz – *„gehalten habe ich ihn trotzdem“*. Bis zu seinem 20. Lebensjahr lebte auch er mit seinen Eltern in einem Einfamilienhaus in einem kleinen Dorf nahe Malchin. Daher sei er es nicht gewohnt, *„im Neubau zu wohnen*. … *Und deshalb zieht mich das auch immer in die Natur wieder rein und in den Garten. Deswegen versuch ich da zu leben. Und hab dann auch mir das schon ein bisschen schön gemacht, eine eigene Dusche eingebaut… Also, wenn ich den ganzen Tag über für die Gewerkschaft unterwegs war und die Berufsschultour gemacht habe und dann von der Arbeit komm, im Stress bin, dann geh ich erstmal zwei-drei Stunden in den Garten. … Und wenn hinten die Hühner gackern, das ist auch schön“.*

Neben den Hühnern hält Jan Hoop noch einige Kaninchen und sein Meerschweinchen im Garten. Letzteres darf allerdings im Winter mit in die Wohnung ziehen. Bis dahin wohnt er aber in seiner 36 qm großen Laube inmitten seiner Haustiere. Obwohl das vom Vorstand des Gartenvereins nicht gern gesehen wird, verbringt fast jeder dritte der 108 Gartenbesitzer Frühjahr und Sommer im Grünen und das, obwohl die Wohnungen der meisten keine einhundert Meter entfernt sind. Die alte Wohnung Jan Hoops im so genannten „Neubau“ – fünf sechsetagige Plattenbaublocks, errichtet anfang der 1970er Jahre – lag zwei Minuten Fußweg weit weg. In den Erzählungen über sein Leben nimmt der „Garten“ und alles was damit zusammenhängt einen breiten Raum ein, egal ob es der Einbau der Dusche ist, die Sommer- und Winterfeste des Vereins oder der Ärger der Nachbarin über die durch den Zaun flüchtenden Hühner. Doch dabei ist der „Garten“ mehr als nur ein Erholungsort. Hühner und Kaninchen werden selbst verbraucht, die Eier der Hühner verkauft:

> *„Ein Ei 13 Cent. Weil, im Aldi kostet es auch so ungefähr. Und ich kann mich zwar damit nicht messen, weil meine Qualität garantiert BESSER ist. Aber denn erzählen sie wieder, dann könnte man die Eier ja auch*

> *woanders kaufen. Aber nachdem das Korn jetzt so teuer geworden ist, muss ich auch mal sehen."*

Dieses Kleinstgewerbe ist durchgerechnet und gut organisiert. Zumal auch der Nachschub an jungen Hühnern jetzt besser funktioniert als zu Beginn:

> *„Früher musste ich ja 6,50 bezahlen für ein Huhn. Und jetzt fahr ich nach Vollrathsruhe. Da ist eine Hühnerfarm und die jagen ja nicht alle rein. Da springt einer vom Auto und geht am Zaun vorbei und dann werden sie gesammelt. Ob der Fuchs die holt, oder die Leute die holen, das fällt da gar nicht auf. Die haben 6000 Hühner da. Und dann hab ich neue, frische Hühner, und die legen dann auch ordentlich."*

Man muss nicht extra nachrechnen, um zu erkennen, dass der „Eierverkauf" wie auch der der Kaninchen kein lohnendes Geschäft darstellt. Aber diese Form der Erzählung – „kleine Selbständigkeit" – kommt im Interview mit Jan Hoop nicht nur in Verbindung mit dem Garten vor. Sowohl die Art und Weise seiner Bewerbung als auch seine PC-Nothilfe für Bekannte oder auch seine Tätigkeit als Jugendkoordinator der IG Metall in Neubrandenburg schildert er in dieser Form. Man könnte daraus leicht den Schluss ziehen, dass Jan Hoop sich erfolgreich zu behaupten weiß. Dem ist aber – leider – nicht so bzw. Jan Hoop müht sich mit viel Engagement ein seinen Vorstellungen nach „normales" Leben zu führen in einem dafür reichlich unsicheren und ungünstigen Umfeld. Nicht ohne Grund verlassen junge Leute in Scharen nicht nur die Gemeinde, sondern Mecklenburg-Vorpommern überhaupt. Wie gelingt es im Gegenzug jungen Menschen, die nicht weggehen oder weggehen können, ein angemessenes Leben zu führen? Wie lebt es sich als „Rest-Jugendlicher" (Merkel 2004: ???) in einer ländlichen Krisenregion?

Jan Hoop wurde 1977 in Malchin geboren. Nach Hohen Wangelin kommt er 1990 in Folge der Trennung seiner Eltern. Während die Mutter mit dem Sohn in ein Dorf in der Nähe von Hohen Wangelin zieht, bleibt der Vater am alten Wohnort. In der Zeit zwischen dem 12. und 17. Lebensjahr sieht Jan Hoop seinen Vater praktisch nie. Lediglich zu Weihnachten oder zum Geburtstag meldet sich der Vater mit einer Karte. Erst seitdem der Sohn dank einer eigenen Fahrerlaubnis sich selbst auf den Weg zum Vater machen kann, wird die Beziehung zwischen den beiden wieder intensiver. Sein Vater sei früher Kranfahrer gewesen mit einem guten Einkommen, hätte aber wegen des Alkohols vieles verloren. So auch die Beziehung zu seiner zweiten Frau. Heute arbeitet der Vater Jan Hoops nur noch gelegentlich, im Augenblick als Nachtwächter. Von Zeit zu Zeit holt er den Vater in Malchin ab, um mit ihm angeln zu gehen. Auch für die verschiedenen Arbeitsstellen des Vaters interessiert sich der Sohn.

Über die Mutter und den Stiefvater wird wenig gesprochen im Interview. Die Mutter arbeitet zurzeit im Bahnhofsrestaurant des Hamburger Hauptbahnhofs. Der Stiefvater – von Beruf Bautischler – hätte gerade seine letzte ABM-Stelle in Hohen Wangelin beendet. Wie sein Vater sei auch der Stiefvater mittlerweile zu alt, um noch einmal in seinem gelernten Beruf eine Anstellung zu finden.

Die Entscheidung, vor der Jan Hoop sich 1990 durch das Jugendamt gestellt sah, auszuwählen zwischen einem Leben beim leiblichen Vater oder der Mutter und ihrem neuen Lebenspartner, sei die schwerste und folgenreichste seines Lebens gewesen. Bis heute sei er *„hin und her gerissen zwischen Mutter und Vater“*. Die Frage, die für ihn aus diesem Zwiespalt erwächst, lautet: *„Was wäre Wenn? … aber ich hab eigentlich alles in dem Moment hinter mir gelassen. Wenn ich mich für die andere Seite entschieden hätte, wäre ich vielleicht jetzt in Malchin. …Ich denke, dass es andersrum vielleicht auch hätte genauso sein können. Nur eben am andern Ort, an einer andern Stelle. Aber ich hätte auch schon einen Sohn haben können, und hättedenn doch wieder eine Freundin gehabt, oder - man weiß es nicht. Vielleicht wäre ich auch ein bisschen im Gefängnis gewesen. Aber das glaube ich nicht, da bin ich kein Mensch für. Aber man weiß es eben nicht. Das ist immer nur Spekulation. Aber ich denke, besser würde es mir wahrscheinlich nicht gehen. Weil, wenn man nach der Lehre rausfliegt aus dem Betrieb, ist es sehr schwer, doch wieder in dieses Arbeitsleben rein zu kommen. Und es sind schon einige Jahre, die auf dem Zettel da stehen. … Und die Jahre hab ich es einfach nicht geschafft, ins Arbeitsleben wieder rein zu kommen, so richtig*.“

Aufschlussreich für das Verständnis des Interviews ist, dass die nichtentscheidbare Frage nach dem „Was wäre wenn?“ sofort mit der Frage nach seiner bisherigen Lebensbilanz verbunden wird. Hätte es anders kommen können, wenn er diese wichtige Entscheidung anders getroffen hätte? Im Prinzip ja, nur unterm Strich stünde seiner Meinung nach dann noch immer keine positive Bilanz. So schwer die Entscheidung zwischen Mutter und Vater auch gewesen sein mag, an der gegenwärtigen Misere hätte sie nichts zu ändern vermocht. Die „*Schicksalsfrage*“ führt Jan Hoop direkt zu den ausbleibenden Alternativen seiner gegenwärtigen Existenz. Das Problem in der Vergangenheit gebiert neue in der Zukunft. Dieser Bezug auf eine morsche, auseinander driftende Basis ist ein zweites Muster – neben dem der kleinstgewerblichen Selbständigkeit - seiner biografischen Erzählung. Auf ihr beruht das Bestreben weit voneinander entfernt Liegendes miteinander zu verbinden. Um zu verstehen, was diese beiden Muster miteinander zu tun haben, müssen wir die beiden Welten kennen lernen, in denen er sich umtut.

Im Grunde genommen wird die eine Seite in der oben beschriebenen Bilanz schon eingeführt: „W*enn man nach der Lehre rausfliegt aus dem Betrieb, ist es*

sehr schwer, doch wieder in dieses Arbeitsleben rein zu kommen. Und es sind schon einige Jahre, die auf dem Zettel da stehen. … Und die Jahre hab ich es einfach nicht geschafft, ins Arbeitsleben wieder rein zu kommen, so richtig."

Die Lehrzeit war der einzige Zeitraum der letzten zehn Jahre, der eine längerfristige Perspektive bot. Danach folgten nur noch kurzfristige Beschäftigungen bei verschiedenen Arbeitgebern. Dieser Zustand ständigen Wechselns währt jetzt schon sieben bzw. acht Jahre. Schon der Einstieg ins Arbeitsleben nach der Schule gelang nur über den Umweg eines Sozialen Jahres in Neubrandenburg. Danach folgte die Lehre, dann eine neunmonatige Beschäftigung, darauf eine Anstellung in einer *„Jugend-ABM"* durch die Arbeitsfördergesellschaft in Hohen Wangelin. Im Anschluss daran bemühte sich Jan Hoop um einen Schweißerlehrgang. Nach dessen Ende wurde er von einer Heizungsbaufirma im Landkreis eingestellt. Dieses Arbeitsverhältnis ging zu Ende, weil ihm der Lohn für drei Monate nicht gezahlt wurde. Mit dem nächsten Job war es wiederum nach kurzer Zeit vorbei, weil das Bauunternehmen, in dem er arbeitete, Pleite ging. Mit einiger Verzögerung erhielt er hier Insolvenzgeld in Höhe von 80 Prozent seines ursprünglichen Gehalts. Danach folgte der Versuch über eine Zeitarbeitsfirma, eine etwas längerfristige Beschäftigung zu finden. Da aber die Firma die Ausgaben für Fahrtkosten und Übernachtungen für die Zeit der auswärtigen Unterbringung nicht übernahm, kündigte Jan Hoop den Arbeitsvertrag. In dieser Zeit machte er einen vierwöchigen vom Arbeitsamt finanzierten IT-Lehrgang, um seine Kenntnisse der Steuerungstechnik aufzufrischen. Doch die Firma, die ihm für den Fall einer erfolgreichen Qualifizierung einen Job in Aussicht gestellt hatte, fand unterdessen einen *„besseren"*. Zur Fertigstellung eines Ferienheims stellte ihn dann eine Klempnerfirma für drei Monate ein. An eine darüber hinausgehende Beschäftigung wurde nicht gedacht. Danach wieder drei Monate bei einem Metallbauunternehmen. Zuletzt war er als Depotmanager in einer großen Ferienanlage beschäftigt. Dieses Beschäftigungsverhältnis endete, weil Jan Hoop sich darüber beschwerte, nicht seinen vertragsmäßigen Aufgaben entsprechend beschäftigt zu werden. Immer dann, wenn die Küche Personalnot hatte, musste er an der Spülmaschine aushelfen. Vor dem Interview im Herbst 2002 war er dann mittlerweile mehr als ein halbes Jahr arbeitslos. Auch zwischen den vielen Beschäftigungen und Qualifizierungen gab es immer mehr oder weniger kurze Phasen der Arbeitslosigkeit. Durch die Kürze der Anstellungen und die Häufigkeit der Arbeitslosigkeitsphasen erhielt Jan Hoop 2003 nur noch Arbeitslosenhilfe von ca. 500 € und trug sich mit dem Gedanken, zusammen mit seiner Lebenspartnerin nach Schleswig-Holstein zu gehen.

Diese durchaus wenig erfreuliche Lebensgeschichte ließe sich nun auch als solche erzählen. Doch Jan Hoop beschreibt die ärgerlichen Situationen mit Ar-

beitgebern so, dass man glaubhaft den Eindruck gewinnen kann, dass er im ungleichen Verhältnis zu seinen Chefs nicht nur nicht klein beigeben will, sondern sich darüber hinaus zu behaupten versteht. Eine kleine Auswahl – zum Beispiel darüber, dass potentielle Arbeitgeber sich daran stoßen, dass er wiederholt nur kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse aufführen kann:

„Und da hab ich gesagt: „Ja, gucken Sie, Sie schreiben auch wieder hier wie in der Stellenausschreibung 3 Monate rein. Was denken Sie, was Sie in drei Monaten machen, wenn da kein Auftrag kommt?“ Ja, und der Letzte hat komisch geguckt, aber er hat das denn eingesehen.“

Zum anderen beschreibt er, wie – auch wenn viel Zeit darüber verstrichen ist – noch immer zu seinem Geld gekommen ist:

„Zeitarbeit in Neubrandenburg, die haben mich zwar bezahlt, aber die haben leider die Fahrtkosten und die Zimmer nicht bezahlt, dass heißt, ich bin da morgens angekommen, in Brandenburg war das gewesen, und plötzlich hatte ich kein Zimmer mehr. Und da haben die bloß gemeint, ich soll mein eigenes Geld nehmen und soll mir irgendwo ein Zimmer mieten. Und denn hab ich gesagt: „Nee, Danke.“ Bin denn hingefahren zu der Firma, habe denen meinen Werkzeugkasten gegeben und hab einfach gesagt: „Ja, hier…“

„Es war eigentlich zweimal, wo ich kein Geld gekriegt habe, und zwar einmal das Bauunternehmen und dann der Heizungsbauer. Beim Bauunternehmen, die konnte ich dann nachher nicht zu ranziehen, weil, der war pleite. Da habe ich nachher Insolvenzgeld gekriegt. Aber auch irgendwie bloß 80% von dem, was ich hätte sonst kriegen müssen. Und beim Heizungsbauer, das ging über zwei Jahre. Dem musst ich die Konten sperren lassen. Und denn hab ich mein Geld auch gekriegt.“

Natürlich fällt das jemanden, der die Gewerkschaft in seinem Rücken weiß, leichter als anderen, denn Jan Hoop ist Vorsitzender des Ortsjugendausschusses für Neubrandenburg der IG Metall und Delegierter des Landesjugendauschusses. Aber trotzdem ist diese kämpferische Haltung bemerkenswert. Im Prinzip kann man sehen, dass er aus diesem problemgenerierenden Kreislauf zwar nicht aussteigen kann, ihn aber durchschaut und kleinarbeiten will. Zudem hält – er wenigstens für sich allein – die Vorstellung lebendig, seine persönlichen Ansprüche nicht wegen der unwirtlichen Umstände nach unten anzupassen. Aber genau dieser Umstand verfestigt das Bild nur schwer miteinander zu vereinbarender Dinge, miteinander in Übereinstimmung oder in einen funktionalen Zusammenhang bringen zu wollen. Einerseits die kurzen Beschäftigungsepisoden und zum anderen seine gesellschaftlichen Anschlussversuche – Gewerkschaft und Kleingartenverein. Der „Rest-Jugendliche“ hält sich an die In-

signien der Industriegesellschaft, obwohl seine Existenz längst auf dem unsicheren Grund postindustrieller Erwerbsverhältnisse angekommen ist.

Es ist klar, dass, wer zweimal im Jahr einen neuen Job braucht, zahlreiche Bewerbungsversuche unternehmen muss. In einer Untersuchung zu Problemlagen in ländlichen Krisenregionen war uns Jan Hoop bei einer Haushaltsbefragung aufgefallen, weil er und seine Freundin zusammen mehr als 500 Bewerbungen angegeben hatten. Natürlich beschäftigte uns die Frage, wie es zu dieser seriellen Produktion von Bewerbungsunterlagen kam und was sich dahinter verbirgt.

In unserem Gespräch kommt er auch gleich am Anfang ohne Umschweife auf seine Bewerbungsversuche zu sprechen:

> *„Ich hab grad wieder zwei liegen, Ich hab die zwar schon hier liegen, aber... , aber weiß ich nicht. Vielleicht mach ich doch was verkehrt. Also, das ist auch nicht mehr in dem Bereich. Ich bewerbe mich jetzt als Hausmeister, weil ich denke, da hat man vielleicht doch mehr Chancen, längerfristig zu bleiben. Aus dem einfachen Grund: Eben im Heizungsbau ist es so, die kriegen einen großen Auftrag, dann muss der abgearbeitet werden, und dann gibt es diese kurzfristigen Sachen. Aber ich will ja endlich mal etwas Langfristiges haben. ... Was nutzt mir da irgendwo etwas Kurzfristiges, wenn ich dann nach einem halben Jahr wieder auf der Straße sitze, hab für meine Arbeitslosenzeit nichts gemacht und hab eigentlich für die Rentenzeit nichts gemacht.“*

Interessant ist doch zunächst einmal, in welche zeitliche Dimension hinein die Lebensplanung gestellt wird, weil auch in dieser Hinsicht die Ambivalenz zwischen erwarteter und realer Gesellschaft offensichtlich wird. „Kurzfristig“ ist das, was trotz vieler Bewerbungen im Augenblick nur möglich ist. Diese kurzfristigen Anstellungen aber bieten überhaupt keine langfristigen Perspektiven gemessen an den Vorstellungen darüber, wie ein Erwerbslebenslauf zeitlich aufgebaut werden sollte. Sowohl für die Zeiten nahender Arbeitslosigkeit, als auch für die in weiter Ferne liegenden Zeiten als Rentner bieten diese Beschäftigungsverhältnisse keine Basis. Daraus wird auch ersichtlich, dass Jan Hoop niemand ist, der sich selbst als Job-hopper versteht, für den seine Jobs ohnehin nur befristet erträglich sind. Das Gegenteil ist richtig: Auch die schon im Vorfeld als befristet ausgeschriebenen Stellen werden unter dem Gesichtpunkt einer langfristigen Lebenslaufsperspektive bewertet.

Doch gleichzeitig wird auch eine gewisse Distanz zu den Jobs, für die er seine Bewerbungen schreibt, deutlich. Andernfalls würde man wohl nicht davon sprechen „*gerade wieder zwei liegen zu haben*“. Als könne man Bewerbungen auf Vorrat schreiben oder sie lagern, um sie in bestimmten Situationen oder auch regelmäßig in den Verkehr zu bringen. Da scheint eine unbedingte Fixierung

auf einen bestimmten Arbeitsplatz nicht vorstellbar, wo man überlegt, wie der Arbeitgeber am ehesten von den persönlichen Fähigkeiten zu überzeugen wäre, wo Elemente der Biografie für diese Bewerbung immer so nach vorn gestellt werden, dass der Adressat den Eindruck gewinnt, alles bisherige laufe auf genau diese Stelle zu. Die dreihundert Bewerbungen sind immer gleich. *„So sehen die dann immer aus, und hab dann immer meine Papiere dazu, die Arbeitszeugnisse."* Dabei mutet es fast zufällig an, dass diese normierten Bewerbungen auch auf einen ausgeschriebenen Job passen. Kann man Bewerbungen für einen unbekannten Markt (vor-)produzieren und wenn ja, was sind die Kriterien für den Erfolg dieser Bewerbungsarbeit? Ist es Erfolg, wenn ein Job gut bezahlt ist oder wenn er länger als sechs Monate währt oder wenn man, um zur Arbeit zu kommen, nicht allzu weit fahren muss? Worauf zielt jemand, der eine schematische Bewerbung in immer der gleichen Art und Weise verschickt? Die Anzahl ist wichtiger als die Antwort des Betriebes. Wenn aber die Anzahl der *hergestellten* Bewerbungsschreiben wichtiger ist, als das, was die Betriebe darüber denken, dann spricht das dafür, dass der Bewerber auf wenig hofft, was von den Unternehmen in der Regel zurückkommt. Jan Hoop sagt, dass die Chancen darauf, dass die Bewerbungsunterlagen überhaupt zurückgeschickt werden, bei 50:50 stehen. Bei denen, die zurückkommen, steht dann die Chance 1:10, dass man zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wird. Also macht es durchaus Sinn, den Bewerbungsvorgang von der Jobsuche wenigstens partiell abzukoppeln und stattdessen die Bewerbungsarbeit selbst zum Gegenstand des „Erwerbsalltags" zu machen. Daher hat sich Jan Hoop über die Jahre eine kleine Manufaktur für Bewerbungen aufgebaut. Mit Hilfe seines PCs und des Arbeitsamtes entstehen so immer neue Bewerbungen nach dem immer gleichen Muster. Dazu gehört auch, dass der Aufwand, der betrieben werden kann, in etwa durchgerechnet wird:

> *„Und ich such mir die dann bei www.meinestadt.de raus. Und dann schreib ich die Bewerbung. Also, 10 sind pro Monat, manchmal sind auch 20 drin. Das ist immer ganz unterschiedlich, auch jetzt die Zeit, wo es wieder kälter wird, da machen die sich jetzt Sorgen wegen dem Winterdienst. Beim Hausmeister geht da was. Und das merkt man dann auch. Also, ich hab jetzt diesen Monat gut 15 gehabt. Man merkt das dann. Schlimmer ist ja, dass das Geld vom Arbeitsamt nicht kommt. Wenn du Bewerbungsfahrten hast oder so und ich hab da wohl dreißig Fahrten gemacht und nichts gekriegt. Das ist wirklich das Schlimme. Dass man dann ewig lange, manchmal 4 Monate, 5 Monate Bearbeitungsfrist hat. Das reißt einen ja auch immer vom Holm. … Und dann behalten sie das ganze Ding ein. Deswegen sind auch keine Passfotos mehr drauf, deswegen druck ich mir das so rauf, weil ich denke: Ein Passfoto kostet über einen Euro, diese Bewerbungsmappen kosten 1*

Euro 10 und der Brief, der kostet 1 Euro 55, und man kriegt gerade 5 Euro wieder pro Bewerbung. Das ist ein Wert von irgendwas 5 Euro und bisschen drüber, aber dann wird das nachher richtig teuer. Und deshalb mache ich das nicht mehr so.“

Das hört sich ganz ähnlich an wie die Geschichte mit den Eiern von seinen Hühnern aus dem Garten. Zentral für die Lebenskonstruktion von Jan Hoop scheint zu sein, dass er trotz widriger Umstände versucht, seine Selbständigkeit zu bewahren oder wieder zu gewinnen. Der am ehesten Erfolg versprechende Weg ist dabei der, sich selbst als einen Kleinunternehmer seiner selbst zu begreifen. Auf diese Weise schafft er sich seinen Unternehmensgegenstand selbst: In einem Feld sind es die 300 Bewerbungen, in einem anderen ist es die „Eierproduktion“ und in einem dritten ist es der „PC-Notdienst“. Durch diese klein-unternehmerische Selbständigkeit gelingt es ihm, seine Vorstellungen von Normalität – dass man sein Gehalt pünktlich erhält, dass man den Garten braucht, damit die Kinder einen Freiraum haben oder dass man für die Rente oder die Arbeitslosigkeit vorsorgen muss – aufrechtzuerhalten, obwohl die gesellschaftliche Realität diese Normalität tagtäglich untergräbt.

Die gesellschaftliche Realität in einer ländlichen Krisenregion schafft das, was einmal als industriegesellschaftliche Normalität gegolten hat, in einem atemberaubenden Tempo ab. Die in die Lebenskonstruktion eingegrabenen Normalitätsannahmen Jan Hoops entspringen der industriegesellschaftlichen Geschichte seiner Umwelt. Vom Kleingarten über die Mitgliedschaft in der IG Metall bis hin zu seinen Vorsorgevorstellungen für Rente und Arbeitslosigkeit hat die Industriegesellschaft die Leitbilder geliefert, die im Wesentlichen auf Zugehörigkeiten langer Dauer beruhen: Man gehört sehr lange einem Betrieb an. Wenn man arbeitslos wird, ist das eine vorübergehende kürzere Phase im Lebenslauf, die überbrückt werden kann. Man lernt einen Beruf und vervollkommnet seine fachlichen Fähigkeiten. Dieser Normalität ist auch eine gewisse Immobilität eigen, da man es ja mit einiger Anstrengung beinahe überall schaffen kann. Wenn heute dagegen nahezu ein Drittel der Erwerbsbevölkerung im entsprechenden Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg in so genannten „Maßnahmekarrieren“ bewegt werden, wenn allein von den erwerbsfähigen Einwohnern des Wohnortes von Jan Hoop die überwiegende Mehrzahl Verwundungen in Form von erfahrener Arbeitslosigkeit, Kündigungen oder AB-Maßnahmen gemacht haben, wenn von diesen Menschen ein großer Teil in befristeten und oftmals noch unterbezahlten Jobs arbeitet, dann sind das klare Signale dafür, wie sich diese Gesellschaft geändert hat. Das Problem für die Lebenskonstruktionen ist jedoch, dass diese „Neue Realität“ bisher nur Wunden geschlagen hat und nur wenige perspektivreiche Regeln für den Einbau in eine Lebenskonstruktion erschaffen hat. Fürs erste behelfen sich Menschen wie Jan Hoop mit den Regeln

der Industriegesellschaft. Das bringt sie dann in durchaus prekäre Situationen. Für den Beginn eines „Eigenen Lebens“ kann das auch bedeuten, nicht hinein zu finden in eine leidlich erfolgreiche Spur, die es lohnt weiter zu verfolgen.

Wenn beispielsweise Irene Falter ihre gesamte Erzählung unter den Vorbehalt des *„zu alt seins“* stellt, dann ist das schon ein wichtiger Hinweis für die Konstruktion ihrer Lebenssicht. Jan Hoop dagegen, 26 Jahre alt, nicht verheiratet, aber mit seiner Partnerin zusammenlebend und in Erwartung seines 2. Kindes – entwirft schon am Anfang des Gesprächs ein ganz anderes Muster.

> *„Ja da fang ich wohl am besten an, wie ich hierher gekommen bin? Ich habe ja nicht immer hier gewohnt. Eigentlich komme ich aus Malchin und dort haben sich meine Eltern scheiden lassen und haben denn hier in der Forst eine Anstellung gekriegt – oder sollten, dann kam die Wende und ja dann ging das doch nicht so.“*

Wir wollen hier nicht die verschiedenen Möglichkeiten ausloten, die man ausschließen muss, ehe man zu einer Deutung dieser Passage kommt. Er sagt: die Eltern lassen sich scheiden, die Familie (im Grunde die Mutter, deren neuer Lebenspartner und der Sohn) ziehen weg und die Arbeitsaufnahme in der Forst kommt nicht zustande, weil die Wende kommt. Damals ist er 13 Jahre alt. Warum erzählt er das zuerst? Und warum mit diesem Ende? Welches Muster deutet sich hier schon an? Die Mutter hat nach der Scheidung neue Pläne, sucht sich eine neue Wohnung und eine neue Anstellung. Dann passiert etwas – in dem Fall die deutsche Vereinigung – und die Pläne lassen sich nicht realisieren. Im unvollendeten Plan steckt das neue Problem, dass nun erst bewältigt werden muss. So geht es immer weiter. Die ganze erste nur einmal unterbrochene Passage lang. Auf jedes Problem folgt ein weiteres. Jan bekommt keine Lehrstelle, macht ein soziales Jahr. Bekommt dann Jobs, immer nur 3, 6 Monate lang und sucht sich neue, um *„nicht immer nur der Lückenspringer zu sein“* . Dann hatte er eine Freundin, gemeinsam haben sie ein Kind, dann geht die Freundin weg aus Hohen Wangelin, Jan bleibt. Nun erwartet er mit seiner neuen Freundin ein zweites Kind. Dafür suchen sie sich eine neue Wohnung.

Eines bleibt in dieser Zeit immer stabil: der eigene kleine Schrebergarten in der Gartenkolonie der Gemeinde. Hühner, Kaninchen und im Sommer wohnt er auch da. Der Garten ist das stabilisierende Element in einem diskontinuierlichen Lebensverlauf. Die Gefährdung dieser Diskontinuität besteht darin, dass man permanent Anschlüsse herstellen muss, die selbst immer nur äußerst prekär bleiben. Das kann dazu führen, dass fehlgeschlagene Anschlussversuche neue Probleme nach sich ziehen. *„Misserfolge erzeugen Misserfolge“* wie Luhmann schreibt. Eine sich selbst verstärkende Problemkumulation erschwert im Fort-

gang der Zeit diese stets notwendigen Anschlussversuche und belastet sie mit immer mehr Hypotheken. Das ist das Muster, was der Erzählung Jans zugrunde liegt, dass immer das Problem von gestern, die Lösung des neuen erschwert. Das allein aber wäre ein allgemeines Problem. Was hier neben der ohnehin dünnen Chancendecke dazu kommt, sind zwei nicht miteinander zu vereinbarende Lebensperspektiven: Die der Erwerbsarbeit – äußerst kurzfristig, sehr prekär, Anforderungen an hohe Mobilität usw. – und auf der anderen Seite der Garten: kontinuierliche Pflege, seine neue Familie, die ihm wichtige Funktion eines Jugendvorsitzenden der IG Metall. Man kann es nur unterschätzen, was es heißt, diese beiden sehr weit auseinander liegenden Ufer – Kontinuität und Flexibilität – immer wieder zu überbrücken.

4. Untersuchung von Erwerbsverläufen mit Daten über den Beschäftigungsverlauf (BLH des IAB)

4.1. Ziel und Konzept der Untersuchungen

Ziel der Auswertung war zunächst, die Größenordnung der Personen im sekundären Integrationsmodus (Integration in Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen) abzuschätzen, wobei die Situation im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg (zu dem das Untersuchungsgebiet gehört) im Vergleich zu West- und Ostdeutschland insgesamt dargestellt werden sollen.

Theoretische Voraussetzung war die Hypothese, dass sich in Ostdeutschland eine Fragmentierung der Arbeitsgesellschaft vollzieht, deren Fragmente wir nach der Art und Weise ihrer Reproduktion als *primären* und *sekundären Integrationsmodus* bezeichnen.

Zum *primären* Integrationsmodus zählen in dieser Untersuchung per Definition diejenigen Personen, bei denen Beschäftigungsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt für die Erwerbsbiographie langfristig dominant sind und mittelfristig auch die gegenwärtige Lage bestimmen. Arbeitslosigkeit, sozialstaatliche Transferleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) bzw. geförderte Arbeitsmarktmaßnahmen (Fortbildung, Umschulung, ABM/SAM) sind im primären Integrationsmodus als Brücken zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen zu verstehen.

Für den *sekundären* Integrationsmodus gilt umgekehrt, dass das Bild durch Transferleistungen und Arbeitsmarktmaßnahmen bestimmt wird und Beschäftigungsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt, sofern sie überhaupt vorkommen, als „Brücken“ zwischen verschiedenen Transferzuständen und geförderten Maßnahmen verstanden werden müssen.

Der *sekundäre* Integrationsmodus führt zu Erwerbsverläufen, in denen transferfinanzierte Einkommensformen bzw. transferfinanzierte Beschäftigungsformen und Arbeitsmarktmaßnahmen mittel- oder langfristig dominieren. Was im primären Modus eine Brücke war, bestimmt hier den Verlauf. Beschäftigungsverhältnisse, die auch hier bei einem Teil der Personen zwischen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen vorkommen, sind zu Brücken zwischen Transferzuständen geworden.

Das Feld sekundärer Integration reicht von instabil Beschäftigten, die zwischen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und evtl. Arbeitsmarktmaßnahmen hin und her wechseln, weil eine stabile, dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt nicht gelingt, über Personen, die zwischen Arbeitslosigkeit und Maßnahmen pendeln und praktisch keine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden, über Langzeitarbeitslose bis zu Personen, die dauerhaft aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld daher erloschen ist. Deren Einkommen und soziale Integration werden ausschließlich über sozialstaatliche Transfers (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, z.T. auch BU oder EU-Rente) vermittelt. Hier sprechen wir von einem „*verfestigten Transfermodus*“ innerhalb des sekundären Integrationsmodus. Dies bedeutet, dass der Transferbezug dauerhaft ist und der Bezug zur Erwerbsarbeit nicht oder nicht mehr – genauer gesagt nur noch virtuell[1] – vorhanden ist. Den verfestigten Transfermodus behandeln wir als Teil des sekundären Integrationsmodus, weil zumindest bezogen auf das Erwerbsleben der Bezug auf die Erwerbsarbeit in einer Arbeitsgesellschaft (Erwerbsarbeitgesellschaft) der Normalfall ist. Auf für die Sozialhilfe gilt inzwischen neben der Bedürftigkeit ein „negativer“ Erwerbsarbeitsbezug.

Integrationsmodi

Wir behandeln primären wie sekundären Modus und auch evtl. weitere Differenzierungen als *Integration*smodi, (und nicht als Exklusionsmodi) und verstehen darunter das jeweils unterschiedlichen Muster selektiver Inklusions- und Exklusionsverhältnisse.

Die Unterscheidung primärer und sekundärer Integration beschreibt unterschiedliche Funktionsweisen der Schnittstelle „Erwerbsarbeit“, die sich in den letzten 20 Jahren zunächst langsam und seit 1990 beschleunigt herausgebildet haben. Der entscheidende Umschlagspunkt dürfte die deutsche Einheit gewesen sein. Die ursprüngliche Funktionsweise in der fordistischen Erwerbsarbeitgesellschaft entsprach weitgehend dem heutigen primären Integrationsmodus.

---

[1] Gemeint ist, dass der Bezug auf die Erwerbsarbeit für das Verfahren eine Rolle spielt, weil die Feststellung der Verhinderung von Erwerbstätigkeit (aus Gründen, die dem Betroffenen oder der Arbeitsmarktsituation zuzuschreiben wären) Voraussetzung für den Transfer ist. Es findet aber kein realer Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen und zeitweiliger Beschäftigung mehr statt.

Leistungsbezug und Maßnahmen dienten dazu, die Erwerbsbiographie sicherzustellen. Konjunkturelle Schwankungen und Strukturwandel des Wirtschaftssystems auf der einen Seite und natürliche oder historische Gegebenheiten individueller Lebensläufe mussten durch die Funktionsweise der Schnittstelle „kompatibel“ gemacht werden. Dazu dienten die Brücken, die von Beschäftigung zu Beschäftigung führten, wenn man es weiter betrachtet aber auch Instrumente, die den Einstieg in die Erwerbsarbeit, den Ausstieg aus Alters- oder Gesundheitsgründen oder die zeitweilige Unterbrechung der Erwerbsbiographie regulierten. Auch in den Hochzeiten des Fordismus waren Asynchronitäten von Wirtschaft und Leben, aber auch Konjunkturverlauf und Strukturwandel zu bearbeiten. Aber in diesen Zeiten gelang es, die große Mehrheit der Erwerbstätigen auf diese Weise im Erwerbssystem zu halten. Allerdings führten Krisenprozesse der fordistischen Arbeitsgesellschaft schon in den 70er Jahren dazu, dass immer mehr Instrumente und Verfahren (ABM, Umschulungen etc.) in das System eingebaut oder zumindest quantitativ ausgeweitet werden mussten, um den Integrationsmodus der „Schnittstelle“ Erwerbsarbeit am Laufen zu halten.

Die neue Funktionsweise, eine an den Normen der Arbeitsgesellschaft orientierte Erwerbsbiographie herzustellen, indem Brücken an Brücken gebaut werden, „simuliert“ Erwerbsarbeit oder aus Erwerbsarbeit abgeleitete Maßnahmen, weil „Arbeit“ unter den historisch gegebenen Institutionen die Voraussetzungen des Integrationsmodus ist. Indem Maßnahmen, Leistungen und befristete Beschäftigungen aneinander angeschlossen werden, wird trotz Fehlen ausreichender Arbeitsplätze eine „Erwerbsbiographie“ simuliert – zunächst immer „bis auf weiteres“, im Endeffekt bis zur Altersruhe, mit der wieder ein voll legitimierter arbeitsgesellschaftlicher Transferstatus auf abgesenktem Niveau erreicht wird.

Dieser Modus entstand im Kern aus den vorhandenen Instrumenten des normalen fordistischen Integrationsmodus durch einen Funktionswandel. Die Instrumente wurden zunächst eingesetzt, um den Transformationsschock in Ostdeutschland sozial verträglich zu verarbeiten. Und sie wurden fortgeschrieben, um mit der Tatsache fertig zu werden, dass der Aufbau Ost zwar das Ausgangsniveau der Produktion nach einigen Jahren wieder erreichte und überschritt, aber ohne relevanten Anstieg der Beschäftigung. Die Bearbeitung des Phänomens einer wirtschaftlichen Entwicklung fast ohne Wachstum der Beschäftigung wurde mit eben den Instrumenten geleistet, die ursprünglich nur temporäre Differenzen überbrücken sollten.

Der neue „sekundäre“ Integrationsmodus ist also zunächst ein anderes Verfahren des Umgangs mit diesen Instrumenten. Die Verwaltungen und die Politik lernten, diese Instrumente zur Bearbeitung einer langfristigen und anhaltenden Beschäftigungskrise, zur Sicherung von politischer Stabilität und zur Bindung von Wählerschichten einzusetzen. Die Betroffenen lernten, die Instrumente zum

Flicken ihrer Erwerbsbiographie zu nutzen, eben weil ihre Nutzung als Brücke in neue Erwerbstätigkeit für große Teile nicht funktionierte.

Der Funktionswandel der Instrumente und die neuen Verfahren im Umgang mit ihren, die ansatzweise und in sehr viel geringerem Maße schon in der alten Bundesrepublik vor 1990 zu beobachten waren, führe aber zu einer Spaltung des Integrationsmodus dieser Schnittstelle. Der primäre Integrationsmodus funktioniert mit Modifikationen für einen immer noch großen, aber kleiner werdenden Teil der Erwerbstätigen weiter. Der sekundäre Integrationsmodus reproduziert Erwerbsbiographien ohne oder mit erheblich reduzierter „echter" Erwerbsarbeit. Er wird durch Quasi-Erwerbsarbeit angetrieben, also durch Instrumente, die ähnliche Ansprüche erzeugen, wie die Erwerbsarbeit selbst, die aber im ökonomischen Sinne keine Arbeit sind. Die Trennung der Funktionsmodi hat aber auch eine Segregation der Erwerbsbevölkerung zur Folge, d.h. der Verbleib in dem einen oder anderen Integrationsmodus ist wahrscheinlicher als der Wechsel.

Diesen Funktionswandel könnte man zunächst durch eine qualitative und vergleichende Untersuchung der Verfahren – etwa der Behörden oder auch der Betroffenen – beschreiben. Dazu liegen vereinzelt Untersuchungen vor, beispielsweise zum Fallmanagement der Arbeits- und Sozialämter.

Integrationsmodus und Erwerbsverlauf

Eine andere und eben auch für quantitative Untersuchungen geeignete Möglichkeit, ist die Untersuchung von Erwerbsverläufen und der über bestimmte Zeiträume nachweisbaren Dauern bestimmter Stati wie Beschäftigung, Maßnahmen, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe.

Bei der Zuordnung von Personen zu dem einen oder dem anderen Integrationsmodus kann also nicht allein der momentane arbeitsgesellschaftliche Status (beschäftigt, arbeitslos, Sozialhilfe etc.) herangezogen werden. Anders gesagt, die aktuelle Zuordnung von Erwerbspersonen zu bestimmten Arbeitsmärkten oder sozialstaatlichen „Instrumenten" hat nicht automatisch die Zuordnung zu einer soziologischen Kategorie der Arbeitsmarktintegration im primären oder sekundären Modus zur Folge. Es kommt vielmehr darauf an, wie sich verschiedene Stati zu einem Erwerbsverlauf verbinden. Verläufe, in denen Arbeitslosigkeit, Umschulungen, Arbeitsmarktmaßnahmen oder Sozialhilfe zur Überbrückung bestimmter Lebenssituationen genutzt wird und der Wiedereinstieg in Beschäftigung mittelfristig gelingt, zählen wir zum primären Modus. Erwerbsver-

läufe, die hingegen durch Arbeitslosigkeit, Transferleistungen und Maßnahmen bestimmt werden, rechnen wir zum sekundären Modus, und zwar auch dann, wenn aktuell ein Beschäftigungsverhältnis besteht. Man könnte die Erwerbsverläufe innerhalb dieser beiden Modi weiter differenzieren.[2] So eine mögliche, aber noch zu entwickelnde Typologie von Erwerbsverläufen im primären wie im sekundären Integrationsmodus müsste Unterscheidungen treffen, die neben den Zeitanteilen von Beschäftigung, Leistungsbezug und Maßnahmen auch die Verlaufsrichtung, die Dauer der einzelnen Episoden, die Häufigkeit des Statuswechsels und das Niveau, die Tendenz und die Stabilität der Erwerbs- bzw. Transfereinkommen berücksichtigt.

Eine empirische Umsetzung des Modells unterschiedlicher Integrationsmodi verlangt, in den Quantifizierung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bzw. Leistungsbezug von einer stichtagsbezogenen Betrachtung abzugehen, die Zustandsmerkmale des Wirtschaftssystems (z.B. die Arbeitslosenquote, die eigentlich die volkswirtschaftliche Ausnutzung des vorhandenen Beschäftigungspotentials und nicht die Lage von Individuen) beschreibt. Mit dem Modell des Integrationsmodus wird die Schnittstelle zwischen Lebensführung und Wirtschaftssystems aus der Perspektive der Individuen beschrieben, allerdings nicht subjektiv – wie erlebt, erfährt und wertet der einzelne Mensch -, sondern objektiv: wie ist er praktisch in das Wirtschafts- und Transfersystem einbezogen. Methodisch geht es dabei um mehr als nur um eine andere Methode der Messung von Arbeitslosigkeit. Es geht um die empirische Umsetzung einer Unterscheidung zwischen Merkmalen, die Zustände von gesellschaftlichen Systemen beschreiben (wie Arbeitslosenquote) und Merkmalen, die Zustände beschreiben, die die Lebensweisen, Lebensführung oder auch die Lebenskonstruktion von Individuen beschreiben. (Noch genauer: die Arbeitslosenquote ist ein Indikator, der die Schnittstelle Wirtschaft/Lebensweisen aus der Perspektive des Wirtschaftssystems beschreibt. Die hier zu entwickelnden Indikatoren beschreiben die gleiche Schnittstelle aus der Perspektive der Lebensweisen sozialer Individuen.)

---

[2] Dies wurde bei der ersten Auswertung auch andeutungsweise und in vorläufiger Form getan. So wurde innerhalb des primären Modus unterschieden zwischen Personen, die im Beobachtungszeitraum (zunächst 5 Jahre) voll, stabil und unterbrochen (aber immer noch mehr als 50% der gemeldeten Monate) beschäftigt waren und im sekundären Modus zwischen Personen die instabil und solchen die überhaupt nicht beschäftigt waren. Allerdings handelt es sich nicht um eine wirkliche Typisierung, weil hier nur global das Verhältnis zwischen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Maßnahmen ausgewertet wurde. Mehr war mit den zunächst angewendeten Indikatoren nicht möglich.

4.2. Beschreibung des Datenmaterials

Die BLH enthält Beschäftigungs- und Leistungsdaten der Bundesanstalt für Arbeit für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen, derzeit im Zeitraum von 1996 bis 2000. Dieser Zeitraum wurde auch für die vorliegende Auswertung benutzt. Die Daten liegen als personenbezogene Spells vor, jeder Spell setzt sich aus einer Reihe von Variablen zusammen, die insbesondere die Beschäftigungs- bzw. Leistungsart, das Beginndatum, das Enddatum, die Höhe des Leistungsbezugs u.a. beschreiben. Dazu kommen Daten wie Alter, Geschlecht, Wohnort der Person.

Als Leistungsarten sind Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld (wird bei Fortbildung und Umschulung gezahlt) und Leistungen für die Rentenkasse erfasst. (vgl. Anhang Datensatzbeschreibung).

Mit diesen Daten wurden zwei Auswertungen durchgeführt, die erste im Frühjahr 2003, die zweite im Sommer 2004.

Bei der ersten Auswertung wurden für den Zeitraum von 1996 bis 2000 für jeden Fall die Anteile von Beschäftigung und Leistungsbezug im Erwerbszeitraum ermittelt.

In der zweiten Auswertung wurde ein Kalendarium mit dem Erwerbsstatus für jeden Monat erstellt und in Sequenzen zerlegt, die jeweils einem Verlaufstyp zugeordnet wurden. Damit waren eine genauere Zuordnung zu primärer bzw. sekundärer Arbeitsmarktintegration und eine Analyse der Übergänge aus verschiedenen Verlaufsformen möglich.

Unterschieden wird dabei zwischen folgenden Verlaufssequenzen:

- Primäre Integration ohne Unterbrechungen (jeweils mit oder ohne Betriebswechsel)
- Primäre Integration mit kurzen Unterbrechungen (nicht länger als 2 Monate und nicht mehr als 10 Prozent der gesamten Sequenz)
- Primäre Integration mit Unterbrechungen (Beschäftigungsanteil ist größer als der Anteil von Leistungsbezug, aber die Unterbrechungen sind länger als zwei Monate oder machen mehr als 10 Prozent der gesamten Sequenz aus)
- Sekundäre Integration mit Beschäftigungsanteilen (Beschäftigungsanteil weniger als die Hälfte der Sequenzzeit, der andere Teil sind Maßnahmen oder Leistungsbezugszeiten)

- Sekundäre Integration ohne Beschäftigungsanteile aber mit Maßnahmen
- Sekundäre Integration, ausschließlich Leistungsbezug.

Diese Auswertung hatte noch exemplarischen Charakter, ihre Weiterführung ist möglich, setzt aber eine Überarbeitung entsprechen der nach 2005 geltenden Regeln (ALG II) und eine Anpassung an die neuen Datensätze voraus. Diese wird voraussichtlich ab 2007 möglich werden.

Die Ergebnisse beider Auswertung stimmen in der Größenordnung überein.

4.3. Erste Auswertung nach Proportionen von Beschäftigungs- und Leistungsbezugszeiten (2003)

ABM/SAM sind bei der ersten Auswertung zwar als Beschäftigungsverhältnisse enthalten, aber bislang von anderen Beschäftigungsverhältnissen nicht unterscheidbar. (Die Identifizierung von ABM und SAM wurde auf Grund der Daten erst bei der zweiten Auswertung möglich.) Dies war eine erhebliche, allerdings nur temporäre Einschränkung der Analysemöglichkeiten, da ABM und SAM für den sekundären Integrationsmodus eine Schlüsselrolle haben, ihre Bedeutung also größer ist als ihre Größenordnung erscheinen lässt. Sie sind in gewisser Weise der Motor, die viele Arbeitslose im sekundären Integrationsmodus hält und vor dem Abgleiten in einen verfestigten Transfermodus bewahrt. Wenn nämlich der Anspruch auf Arbeitslosengeld dem Ende entgegengeht, bemühen sich Betroffene wie Arbeitsämter um eine „Lösung“ – eine Umschulung, eine ABM o.ä. Dieses inzwischen eingespielte Verfahren erklärt, warum es im Osten trotz der sehr hohen Arbeitslosigkeit eine - relativ gesehen - nicht sehr hohe Rate an Langzeitarbeitslosen gibt. Bei der hier vorgelegten ersten Auswertung haben wir die ABM/SAM wie normale Beschäftigungsverhältnisse behandelt. Dies dürfte die Werte etwas zugunsten des primären Integrationsmodus verfälschen, jedenfalls wird die Situation nicht schlechter, sondern eher besser dargestellt, als sie ist. Andererseits führt dieses Herangehen auch nicht grundsätzlich zu Fehlern, wie an gegebener Stelle zu erläutern sein wird.

Die BLH enthält außerordentlich viele auswertbare Informationen. Es kann der Erwerbsverlauf, also die Abfolge und Länge alle Beschäftigung- und Leistungsverhältnisse einer Person einschließlich der Betriebs- und Ortswechsel und der erzielten Einkommen festgestellt werden – insbesondere kann eben auch die

Zeitrichtung berücksichtigt werden, z.B. beim Wechsel aus dem primären in den sekundären Modus oder umgekehrt. Zwei Erwerbsverläufe, die beide 50% Beschäftigungs- und 50% Leistungszeit enthalten, sind durchaus unterschiedlich zu werden, wenn die Beschäftigung am Anfang und die Leistungszeit am Ende liegt (Wechsel in den sekundären Modus), umgekehrt könnte es sich um einen Wechsel in den primären Modus handeln. Die damit verbundenen Auswertungsmöglichkeiten können aber nur nach und nach erschlossen werden, insbesondere deshalb, weil es sich um ein kompliziertes Datenmaterial handelt, das nur nach Aufbereitung und Bereinigung wissenschaftlich sinnvolle Ergebnisse liefert. Die jetzt vorliegenden ersten Ergebnisse dienen dazu, die Möglichkeiten dieses Materials zu testen, den Umgang mit diesen Daten zu erproben und erste, eben noch grobe Ergebnisse zu liefern.

In dieser Auswertung wurden im Kern die Summen der Beschäftigungszeiten, der Leistungszeiten und der nicht gemeldeten Zeiten über den gesamten Zeitraum ausgewertet, unabhängig wie sie sich in diesen 5 Jahren verteilen. Dies ist nur eine grobe Annäherung an das Konzept des sekundären Integrationsmodus, der ja eigentlich als bestimmte *Abfolge* von Leistungs- und Beschäftigungsarten erscheinen sollte.

Mit den Einschränkungen dieser ersten Auswertung muss aber zugleich auf das Potential dieses Materials für die Weiterentwicklung des Berichtssystems hingewiesen werden. Eine zweite, auf die Analyse der Verläufe gerichtete Auswertung, wurde im Anschluss an diese Untersuchung durchgeführt. Sie wird dem Konzept insofern gerecht, als dann eben die zeitlichen *Verlaufsmuster* verglichen und statistisch ausgewertet werden. Allerdings sind dazu noch verschiedene Voraussetzungen zu schaffen.

1. Die ABM und SAM müssen in das Datenmaterial integriert werden, dies wurde für die zweite Auswertung möglich.
2. Es muss ein Verfahren zur relativ sicheren Identifikation von Einsteigern (ins Erwerbsleben), also der linkszensierten Fälle, und Aussteigern (Rentenabgänge), also der rechtszensierten Fälle, entwickelt werden. Dies scheint nach den derzeitigen Erfahrungen nicht ganz einfach, aber doch möglich, wobei die Trefferwahrscheinlichkeit nicht 100% betragen kann, aber doch bei 95% liegen sollte. Für die zweite Auswertung wurden Rentenabgänge und Berufseinsteiger identifiziert.
3. Es muss eine Lösung für die räumliche Identifikation gefunden werden. Beschäftigungs- und Leistungsspells benutzen ein verschiedenes räumliches Zuordnungssystem, zudem ist manchmal gar kein Ort angegeben. Dies Problem konnte mit den vorliegenden Daten auch in der zweiten Auswertung nur teilweise gelöst werden.

4. Mutterschafts- und Kindererziehungszeiten müssen identifiziert und aufbereitet werden, dies ist möglich, bedarf aber auch noch weiterer Tests, um Fehler auszuschließen. In der zweiten Auswertung wurden Teile des Erwerbsverlaufs, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht unmittelbar durch den Arbeitsmarkt ausgelöst wurden, als gesonderte Sequenzen behandelt.
5. Schließlich muss ein Verfahren zur Abbildung einzelner Verläufe aus den BLH Daten und ein Verfahren zur Auswertung derselben entwickelt werden. Dies wurde in der zweiten Auswertung versucht.
6. Die Auswertung sollte auf die Verlängerung der Datei von derzeit fünf auf sechs oder sieben Jahre aufbauen. Fünf Jahre ist für die Verläufe im sekundären Modus noch etwas zu kurz. Diese Möglichkeit besteht inzwischen, aber eine Weiterführung der Untersuchung ist erst sinnvoll, wenn Anschluss an die neuen Daten ab 2005 (ALGII) hergestellt werden kann. Dazu ist eine Überarbeitung im Sinne der Anpassung an die neuen Datensätze erforderlich. Dann aber kann ein in den Daten bisher nicht erfasster Teil der Erwerbsbevölkerung in die Auswertung einbezogen werden, nämlich die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die bis 2004 in Sozialhilfe waren und von den Daten der BA nicht erfasst waren.

Das Ziel der ersten Auswertung war, eine Abschätzung der Größenordnung des sekundären Integrationsmodus vorzunehmen und weitergehende Auswertungsmöglichkeiten für die künftige Sozialberichterstattung zu eruieren.

Abschätzung der Größenordnung bedeutet, die Anzahl der Personen zu ermitteln, die nach ihrem Erwerbsverlauf in den fünf Jahren von 1996 bis 2000 dem primären oder dem sekundären Modus zuzuordnen ist, und zwar nach Westdeutschland (alte Bundesländer) und Westdeutschland (neue Bundesländer und Berlin), nach Geschlecht und Altersgruppen differenziert. Bezugsgröße ist die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Leistungsempfänger, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit beziehen, die im Zeitraum von 1996 bis 2000 irgendein gemeldetes Beschäftigungs- oder Leistungsverhältnis hatten.

Damit ist zunächst die Personengruppe der primären arbeitsgesellschaftlichen Integration (außer Selbständige, Unternehmer und Hausfrauen) und die sekundären Arbeitsmarktintegration erfasst. Aus dem verfestigten Transfermodus hingegen kann nur die Gruppe der Langzeitarbeitslosen eingeschlossen werden, sie ist aber auch nur ungenau abgrenzbar. Nicht erfassbar sind Sozialhilfeempfänger, Erwerbs- und Berufsunfähige.

Wenn wir also im Folgenden von primärem und sekundärem Integrationsmodus und der Proportionen zwischen beiden reden, so ist diese Bezugsbasis festzuhalten. Es geht stets um die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und sekundäre Integration meint im Folgenden sekundäre Arbeitsmarktintegration einschließlich der arbeitslosen Leistungsempfänger, die in dem Zeitraum von 1996 bis 2000 überhaupt keine Beschäftigungsverhältnisse hatten und die zu einem großen Teil einem verfestigten Transfermodus zuzurechnen sind.

Für die folgenden Befunde wurde eine 25% Stichprobe der Arbeitsamtbezirke Neubrandenburg und zum Vergleich Jena und eine 1%-Stichprobe (West) bzw. 5% Stichprobe (Ost) mit 377.611 (West) bzw. 431.046 (Ost) Personen benutzt. Nach Aufbereitung der Dateien wurde zunächst unterschieden zwischen Personen, die am Anfang und am Ende enthalten sind, deren Gesamtzeit aus Beschäftigung, Leistung und Nicht gemeldeten Zeiten (NGZ), also 60 Monate, beträgt (Auswertungsgruppe B, enthält 193.706 Personen West bzw. 244.851 Personen Ost), und solchen, die nach dem 1.1.1996 in die Datei aufgenommen wurden oder deren letzter Spell vor dem 31.12.2000 endet (Auswertungsgruppe C, enthält 183.905 Personen West bzw. 186.195 Personen Ost). Dabei handelt es sich um Berufseinsteiger (oder Wiedereinsteiger) bzw. Aussteiger (in Rente, in Sozialhilfe o.ä.). Eine differenzierte Zuordnung der Einstiegs- und Ausstiegsgründe und damit eine genaue Abgrenzung der der tatsächlichen Ersteinsteiger und endgültigen Rentenabgänger war in dieser Auswertung noch nicht möglich, soll aber in der Zukunft erfolgen. [3] Auswertungsgruppe A umfasst alle, also die Summe von B und C.

---

[3] Nicht gemeldete Zeiten werden als Zeiten zwischen Beschäftigungs- oder Leistungsspells betrachtet und entsprechend berechnet. Zeiten vor dem Berufseinstieg bzw. nach dem Ende der Erwerbstätigkeit (Rentenabgänge z.B.) sollen also keine NGZ darstellen, sondern eben „Einstieg“ und „Ausstieg“. Beginnt der erste Spell erst nach dem 1.1.1996, wurde die Differenz zum Beginn des ersten Spells also nicht mit einem NGZ-Spell gefüllt, sondern der Vorgang als „Einstieg“ nach Dateibeginn gewertet, der sich in einer entsprechend verringerten Gesamtzeit (kleiner als 60 Monate) ausdrückt, aber die NGZ nicht erhöht. Genauso wurde verfahren, wenn der letzte Spell vor dem 31.12.2000 endet. Dieses Verfahren ist aber insofern noch unzulänglich, weil es eigentlich eine eindeutige Identifikation der tatsächlichen Ein- und Ausstiege in bzw. aus dem Erwerbsleben voraussetzt. Dies ist vorläufig aber noch nicht möglich. Insofern kann es bei dem derzeitigen Verfahren durchaus vorkommen, dass Personen, die bereits vor 1996 erwerbstätig waren und die vor dem 1.1.1996 ihre Erwerbstätigkeit ohne Leistungsbezug unterbrochen haben, bei einem Wiedereintritt nach dem 1.1.1996 als „Einsteiger“ behandelt werden, obwohl hier eigentlich eine NGZ vorliegt. Diese Vermutung wird gestützt durch die relativ hohe Zahl von Personen mit weniger als 60 Monaten Gesamtzeit in der Altersgruppe von 30 bis 50 Jahren, die also kaum Berufsanfänger und ebenso wenig Rentenabgänger darstellen dürften. (siehe Anhang Methode)

Für jede Person wurde auf Grund aller enthaltenen Spells ermittelt, wie viele Monate sie beschäftigt war, wie viele Monate sie Leistungen bezogen hat und wie viele Monate NGZ (nicht gemeldete Zeiten) vorliegen. (In der Zukunft ist eine weitere Differenzierung nach Zeiten in ABM/SAM und FbW vorgesehen). Weiter wurde die Anzahl der Beschäftigungs- und der Leistungsspells, die Zahl der Unterhaltsempfänger, die Leistungsart des letzten Spells (ALG, ALH, UGH, Rentenbeiträge), der Abmeldegrund des letzten Spells und die Zahl der Wohnortwechsel ermittelt.

Bei der Auswertung wurde für jede Auswertungsgruppe (A, B, C) differenziert nach Ost und West, männlich und weiblich sowie 5 Altersgruppen ausgezählt, wie viele Personen einem bestimmten Merkmal bzw. einer bestimmten Merkmalsgruppe zugeordnet werden können. Beispielsweise wurde gezählt, wie viele Personen Null Monate in Beschäftigung waren, wie viele 1 Monat, wie viele n Monate (0<=n=<60); entsprechend für Leistungsempfang und für NGZ.

Es wurde weiter ausgezählt, wie viele Personen n (0<=n=<15) Beschäftigungs- und Leistungsspells hatten, wie viele bezogen n mal Unterhaltsgeld, wie viele wurden mit welchem Grund abgemeldet, wie viele haben n mal ihren Wohnort (0<=n=<228) gewechselt usw. [4]

Im Zentrum steht die Auswertung der Beschäftigungs- und Leistungszeiten. Bei der Deutung der Befunde hat sich als methodisch aussagekräftig erwiesen, die Anteile der Beschäftigungs- bzw. Leistungszeit an der Gesamtzeit auszuzählen, also zu fragen, wie viele Personen haben jeweils eine bestimmte Relation von Beschäftigung zu Gesamtzeit (in Prozentschritten). Die absoluten Monate können nicht sauber interpretiert werden, weil alle Personen mit weniger als 60 Monaten herausgelassen werden müssten. Dies hätte aber eine erhebliche Unterbewertung der Personen im Alter unter 30 bzw. über 55 Jahren nach sich gezogen. Zudem hat sich herausgestellt, dass die Auswertungsgruppe C besonders viele instabile Erwerbsverläufe aufweist. Sie wegzulassen hätte eine Verzeichnung der Situation bedeutet. (Anhang zu den Auswertungsgruppen)

---

[4] Mit der Bestimmung der Anzahl der Wohnortwechsel sollte geprüft werden, ob und wie Mobilität mit Hilfe der BLH abgebildet werden kann. Genutzt wurde ein Vergleich der Kreiskennziffer in den Beschäftigungsspells bzw. der Arbeitsamtsbezirke in den Leistungspells. Die Zahl der ermittelten Wohnortwechsel erscheint ungewöhnlich hoch (bis über 200 in fünf Jahren) und ist nicht ohne weiteres sachgerecht zu interpretieren. Wir vermuten, dass die hohe Zahl von Wohnungswechseln in der derzeitigen Auswertung auf einige wenige Berufsgruppen zurückzuführen ist, bei denen viele kurzfristige Beschäftigungen an verschiedenen Orten typisch sind. Aber es können auch meldetechnische Ursachen dahinter stecken. Deshalb wurde eine Auswertung dieses Merkmals zunächst zurückgestellt. Prinzipiell aber ist dieses Merkmal nach entsprechenden Vorarbeiten und Entwicklung eines gut begründeten Bereinigungsverfahrens auswertbar.

Die folgende Auswertung bezieht sich (wenn nicht ausdrücklich anders angegeben) auf die Auswertungsgruppe A (alle Personen) und die jeweils individuell ermittelten Anteile der Beschäftigungs- bzw. Leistungsmonate an der jeweils individuellen Gesamtzeit, die maximal 60 Monate beträgt (und für knapp die Hälfte auch tatsächlich 60 Monate umfasst).

Wir betrachten den sekundären Integrationsmodus im Folgenden von zwei Seiten: einmal aus der Sicht der Beschäftigungsverhältnisse, einmal aus der Sicht der Leistungsverhältnisse. Dazu wurden drei unterschiedliche Indikatoren gebildet: Anteil der Beschäftigungszeit an der Gesamtzeit, Anteil der Leistungszeit an der Gesamtzeit, Verhältnis von Beschäftigungs- zu Leistungszeit (genau: Anteil der Beschäftigungszeit an der Summe von Beschäftigungs- und Leistungszeit). Die Untersuchung der NGZ hat keine sinnvoll deutbaren Differenzen ergeben und wird im Weiteren nicht herangezogen.

4.3. Indikatoren und Befunde – Test am Vergleich Ost- und Westdeutschland (Erste Auswertung)

Bei der Abschätzung der Größenordnung des sekundären Integrationsmodus standen uns die individuellen Beschäftigungs- und Leistungszeiten zur Verfügung, die jeweils in Relation zur Gesamtzeit einer Person in der Datei ausgewertet werden konnten. Die Nicht gemeldeten Zeiten (NGZ) sind die Differenz der Gesamtzeit minus Beschäftigungszeit minus Leistungszeit. Da hinter den NGZ sehr unterschiedliche, aber eben nicht unterscheidbare Sachverhalte stecken können, ist eine sinnvolle Auswertung dieses Zeitsegments zumindest bislang kaum möglich. Dies zeigen auch entsprechende Auswertungsversuche.

Wir haben drei Indikatoren gebildet:

1. Den Anteil der Beschäftigungszeit an der Gesamtzeit

2. Den Anteil der Leistungszeit an der Gesamtzeit

3. Das Verhältnis von Beschäftigungszeiten zu Leistungszeiten, genauer: den Anteil der Beschäftigungszeit an der Summe von Beschäftigungs- und Leistungszeiten.

Während bei 1. und 2. die NGZ mittelbar eine Rolle spielen (weil die Gesamtzeit wegen NGZ größer sein kann als die Summe von Leistung und Beschäftigung), wird der Effekt der NGZ bei 3. ausgeblendet. Unter der Gesamtzeit wird hier der Beobachtungszeitraum verstanden, der durch die Zeit zwischen dem Beginndatum des ersten und dem Enddatum des letzten Spells in der Datei definiert wird.[5]

[5] Nicht gemeldete Zeiten zwischen den Spells werden als beobachtete NGZ zur Gesamtzeit gerechnet, Zeiten vor Beginn des ersten und nach Beginn des letzten nicht. Damit wird der (allerdings noch unzureichende) Versuch gemacht, nicht beobachtete Zeiten, die durch den Einstieg und den Ausstieg (Einstieg ins Erwerbsleben und Abgang aus dem Erwerbsleben) zustande kommen, herauszulassen. Da mehr als ein Drittel der Personen davon betroffen ist, würde sich sonst eine erhebliche Verzerrung ergeben. Z.B. würde eine Person, die im zweiten Jahr aus Beschäftigung in Rente ginge, beim Indikator 1 einen Beschäftigungsanteil von unter 50 % (instabil) aufweisen, beim Indikator 3 aber von 100% (voll beschäftigt). Ebenso jemand, der erst im letzten Jahr in Erwerbsleben eintritt. Damit wären die Indikatoren 1 und 2 faktisch unbrauchbar und nur der Indikator 3 verwendbar. Bei der Bestimmung der Gesamtzeit als Zeit zwischen dem Beginn des ersten und dem Ende des letzten Spells werden allerdings auch einige NGZ ausgeblendet, die zwischen Beschäftigungs- oder Leistungszeiten liegen, wenn diese vor bzw. nach den Jahreswechseln am 1.1.1996 bzw. am 31.12.2000 liegen. Wir gehen davon aus, dass die dadurch eintretende Verzerrung aber geringer ist. Die Gesamtzeit, die sich ergäbe, wenn es möglich wäre, NGZ an den beiden Jahreswechseln zu berücksichtigen, wäre bei einem Teil der Personen etwas höher als die jetzt angesetzte. Daraus folgt, dass sich die Werte für den Anteil der Beschäftigung bzw. der Leistung an der Gesamtzeit etwas verringern würden, d.h. der Wert für die Beschäftigung erschiene schlechter, der Wert für die Leistung dagegen etwas günstiger.

Für jede Person im Datensatz wurden diese drei Werte ermittelt. Anschließend wurde ausgezählt, wie viele Personen jeweils in einem bestimmten Bereich liegen. Die Bereiche wurden in 10 bzw. 25% Schritten skaliert.

Alle drei Indikatoren bilden den sekundären Modus nicht exakt ab. Dies kann erst bei einer genaueren Analyse der Erwerbsverläufe geschehen, die nicht nur die Proportionen von Leistung und Beschäftigung, sondern auch die Leistungsarten und die Verteilung auf einen oder mehrere Spells sowie die zeitliche Abfolge (Bewegung aus Beschäftigung in Leistung oder umgekehrt) berücksichtigt.[6] Hier geht es zunächst um eine Abschätzung von Größenordnungen. Dabei stützen und korrigieren sich die drei Indikatoren, so dass insgesamt ein stimmiges Bild entsteht. Der erste Indikator zeigt, in welchen Zeitanteilen Personen in Beschäftigung waren. Indikator zwei zeigt, wie viele Personen hohe Anteile an Leistungszeiten haben und Indikator drei zeigt die Relation zwischen Beschäftigungs- und Leistungszeiten.

Bei der Deutung sind wir von folgenden Kriterien ausgegangen: Wir behandeln einen Beschäftigungsanteil von weniger als 50% (also 30 von 60 Monaten im Maximalfall bzw. 6 Monate Beschäftigung bei 12 Monaten Gesamtzeit) als instabil und ordnen ihn dem sekundären Integrationsmodus zu. Einen Beschäftigungsanteil von mehr als 75 % (45 von 60 Monaten im Maximalfall oder 9 von 12 Monaten) gilt als stabil. Dies betrifft den Indikator 1 (Anteil Beschäftigungszeit an der Gesamtzeit) und 3 (Anteil Beschäftigungszeit an der Summe von Beschäftigungs- und Leitungszeiten).

Bei der Betrachtung der Leistungsverhältnisse (Indikator 3) ordnen wir die Kriterien spiegelbildlich so: Einen Leistungsanteil von mehr als 25 % (also mehr als 15 Monate von 60 Arbeitslosigkeit bzw. mehr als 3 Monate von 12) betrachten wir als Ausdruck eines instabilen Erwerbsverlaufs und ordnen ihn dem sekundären Integrationsmodus zu. Bis 10% Leistungsanteil (also 6 Monate von 60 oder etwas mehr als einen Monat Arbeitslosigkeit in einem Jahr) behandeln wir als Ausdruck eines stabilen Erwerbsverlaufs. Wir haben hier also nicht die 50%-Marke als Grenze des sekundären Modus gewählt, sondern der 25% Marke, weil wir davon ausgehen, dass für viele Personen die Ansprüche nicht ausreichen, um über mehrere Jahre Leistungen zu beziehen und ein Teil der NGZ als Nichtbeschäftigung aus Arbeitsmarktgründen zu werden ist. Dies ist zugegeben etwas problematisch, kann aber erst bei einer genaueren Auswertung überwunden werden.

---

[6] Vgl. Dazu 6 Vorschläge zur weiteren Auswertung.

	Beschäftigung (Indikator 1 und 3)	Beschäftigungszeit **bt**	**Leistung** (Indikator 2)	Leistungszeit **lt**
Primärer Modus	Voll	bt = 100%	Null	lt = 0%
	stabil	bt >= 75%	stabil	lt =< 10%
	unterbrochen	75% > bt >= 50%	unterbrochen	25% >= lt > 10%
sekundärer Modus	instabil	50% > bt > 0,5 %	instabil	99% > lt > 25%
	Null	bt >= 0,5%	Voll	lt > 99 %

(Stabil bedeutet, dass es nur relativ kurze flüssige Arbeitslosigkeit gibt, Sucharbeitslosigkeit. Die Bezeichnung "unterbrochen" bedeutet hier, dass der Erwerbsverlauf zwar unterbrochen, aber eben noch nicht instabil ist, also immer noch mehr durch Beschäftigung als durch Leistungszeiten bestimmt ist. Instabil ist ein Erwerbsverlauf, wenn weniger als 50% Beschäftigung oder mehr als 25% der Zeit in Leistung vorliegt. Bei dieser ersten Abschätzung ist sicher eine gewisse Willkür bei der Festlegung dieser Grenzen zuzugeben, nur wäre jede andere Grenzziehung noch weniger akzeptabel.)

Alle drei Indikatoren haben bestimmte Unschärfen und auch Vorzüge. Der dritte Indikator, Verhältnis von Beschäftigungs- zu Leistungszeiten, kann als recht solide betrachtet werden. Indikator 1 misst, wie viele Personen mehr oder weniger als 50% beschäftigt sind, unabhängig davon, ob die andere Zeit in Leistung verbraucht wird. Ein gewisser Fehler kann entstehen, weil auch Unterbrechungen, die nichts mit dem sekundären Modus zu tun haben (z.B. über die rechtlich gegebene Kindererziehungszeit hinausgehende Kindererziehung) in den sekundären Modus gezählt würden. Dieser Fehler tritt beim Indikator 3 nicht auf, weil hier zwingend Leistungen vorliegen müssen, um über die 50% Schwelle gezählt zu werden. Allerdings werden hier NGZ wegen fehlenden Leistungsanspruchs ausgeblendet. Die beiden Indikatoren korrigieren sich somit gegenseitig.

Der andere Fehler besteht darin, dass aber auch Personen zum primären Modus gezählt werden könnten, die vom Einzelfall her deutlich in den sekundären Modus zählen würden. Beispiel: Ein Arbeitnehmer der 19 Monate beschäftigt war und dann 12 Monate arbeitslos wurde, danach 12 Monate in ABM war und anschließend weitere 17 Monate arbeitslos war, wäre als Einzelfall zum sekundären Modus zu rechnen, würde aber bei diesem Indikator in den primären Modus gezählt (31 Monate beschäftigt gegen 29 Monate Leis-

tung). Dieser Fehler würde beim Indikator 3 noch ausgeprägter auftreten. Wir schätzen für den Indikator 3, dass der sekundäre Modus insgesamt unterbewertet wird, dies könnte auch beim Indikator 1 der Fall sein.

Der Indikator 3 dagegen dürfte den sekundären Modus etwas überbewerten, weil hier eine 25% Schwelle angewendet wird. Dadurch wird ein Teil der Personen, die nach Indikator 1 und 3 zum primären Modus zählen, hier zum sekundären Modus gerechnet.

Für die erste vorläufige Abschätzung der Größenordnung meinen wir aber, dass der Vergleich der mit den drei Indikatoren erzielten Ergebnisse recht sicher Auskunft über die Größenordnung gibt: der reale Wert wird zwischen den drei Werten liegen.

Nach diesen Kriterien umfasst der primäre Integrationsmodus in Westdeutschland etwa 87 %, der sekundäre Modus umfasst 13 % der Erwerbspersonen, die im Untersuchungszeitraum erwerbstätig waren oder Leistungen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erhalten haben. In Ostdeutschland handelt es sich dagegen um 70 % zu 30 %. Die Zahlen im Detail:

Anteil der Personen

Modus	**Aus Sicht der Beschäftigungsverhältnisse Indikator 1**		**Aus Sicht der Beschäftigungsverhältnisse Indikator 3**		**Aus Sicht der Leistungsverhältnisse Indikator 2**	
	Primär	Sekundär	Primär	Sekundär	Primär	Sekundär
Westdeutschland	85,17 %	14,83 %	89,22	10,78	86,19 %	13,81 %
Ostdeutschland	70,75 %	29,25 %	73,02	26,98	65,72 %	34,28 %

Die relativ hohe Übereinstimmung der drei Indikatoren und die den Erwartungen entsprechenden geringen Unterschiede (Indikator 3 zeigt die niedrigsten Werte) spricht für die Richtigkeit der Zuordnungskriterien.[7] Zu hinterfragen wäre, warum in Ostdeutschland der

7 Natürlich kann man diese Kriterien unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisch hinterfragen:
Erstens sind Mütter und Väter, die sich einige Jahre ihren Kindern widmen, nicht unbedingt einer Gefährdungszone zuzurechnen. Der sekundäre Integrationsmodus wäre überbewertet, wenn ein geringer Anteil an Beschäftigungszeit nicht auf die Arbeitsmarktlage, sondern auf freie persönliche Entscheidung der jeweiligen Personen zurückzuführen wäre. Dies wird aber durch die andere Perspektive – die Bewertung von Leistungszeiten – kontrolliert. Nach den o.g. Kriterien würde eine Person, die gerade noch 50% der Gesamtzeit beschäftigt ist und gerade noch 25% der Zeit Leistungen bezieht, also weitere 25% nicht gemeldete Zeiten hat (das wären 15 Monate in fünf Jahren), gerade noch nicht zum instabilen Segment gerechnet. Wenn man feststellen müsste, dass für bestimmte Alters- oder Geschlechtergruppen die Bewertung stabiler bzw. instabiler Verläufe nach Beschäftigungs- oder nach Leistungszeiten erhebliche Differenzen aufwiese (der instabile Sektor nach Beschäftigung erschiene wesentlich größer als nach der Leistung bewertet), so müsste man dies durch NGZ

Indikator 2, in Westdeutschland dagegen der Indikator 1 den jeweils höchsten Anteil im sekundären Modus ausweist. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Überbewertung des Indikator 1 durch NGZ ohne Arbeitsmarktbezug eine größere Rolle spielt als in den neuen Bundesländern. Dies würde bedeuten, dass die NGZ im Osten eine etwas anderen Hintergrund haben als im Westen.

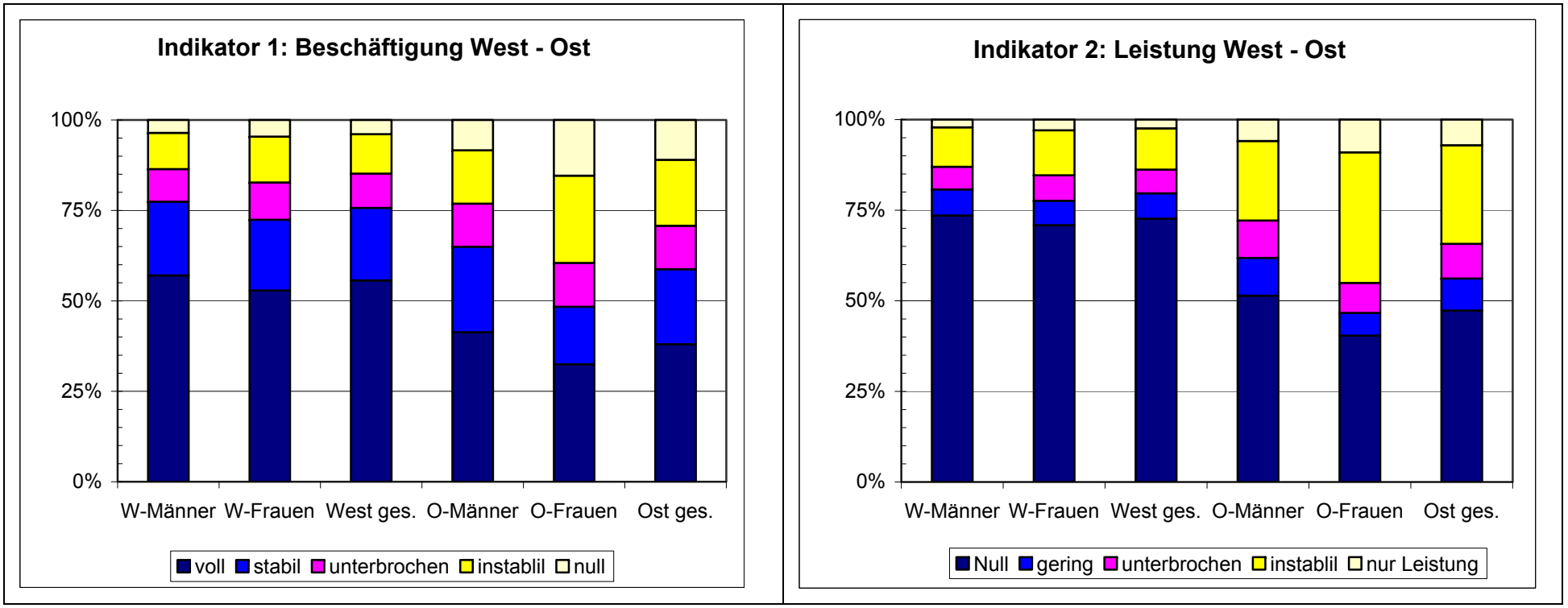
In den folgenden Grafiken ist der sekundäre Modus (immer gelb in unterschiedlichen Abstufungen) noch weiter für die Geschlechter untergliedert, zunächst aus der Perspektive der Beschäftigung, dann aus der der Leistungsverhältnisse.

---

erklären – und könnte dies auch an Hand der NGZ-Werte prüfen. Dahinter könnte freiwilliger Verzicht auf Beschäftigung stecken (z.B. Kindererziehung) aber auch Erschöpfung des Leistungsanspruchs. Aber solche Abweichungen sind kaum festzustellen. Die Differenzen zeigen eher in die umgekehrte Richtung: die Analyse der Leistungszeiten weist nicht kleinere, sondern geringfügig größere Anteile instabiler Erwerbsverläufe aus. Insgesamt decken sich aber die Ergebnisse beider Betrachtungen weitgehend.
Zweitens aber – und hier liegt ein wirkliches Problem – wird die Lage bei der jungen Generation nicht mit der Klarheit erkennbar, wie dies bei der mittleren und älteren Generation darstellbar ist. Denn hier ist der Anteil an NGZ wesentlich höher, während das instabile Segment aus beiden Perspektiven geringer erscheint, als in den anderen Altersgruppen. Dieser Befund ist aber nicht eindeutig interpretierbar. Junge Erwachsene können Ausbildung mit zeitweiliger Beschäftigung kombinieren. Es kann aber auch sein, dass Sie mangels Anspruch Sozialhilfe empfangen, die in der BLH als NGZ erscheint. Zudem könnte die jüngere Generation überhaupt unterrepräsentiert sein.

Abbildung 1 und 2: Personen in verschiedenen Erwerbsmodi in Prozent der Gesamtgruppe

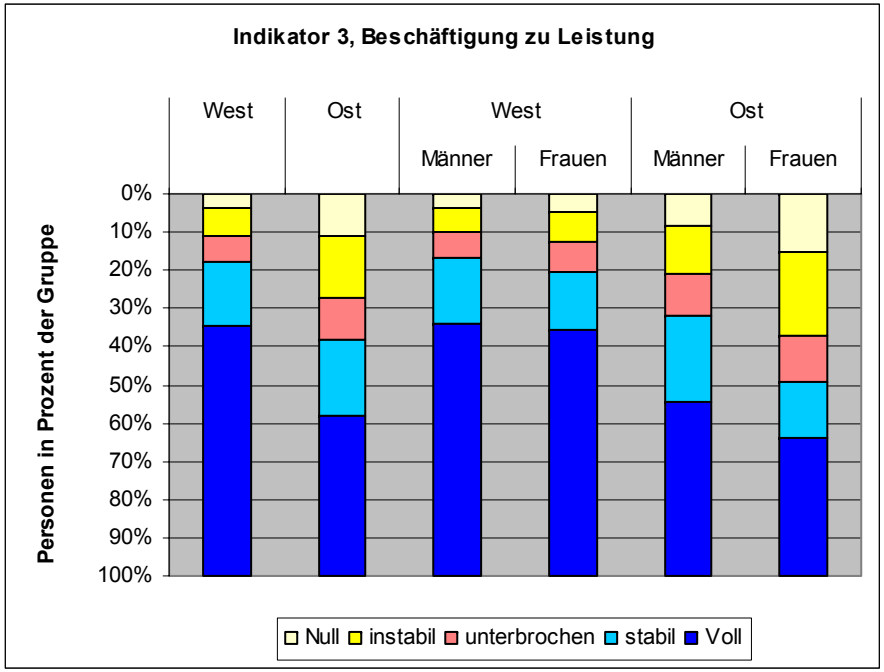
primärer Modus: stabil blau und unterbrochen rot. Sekundärer Modus gelb



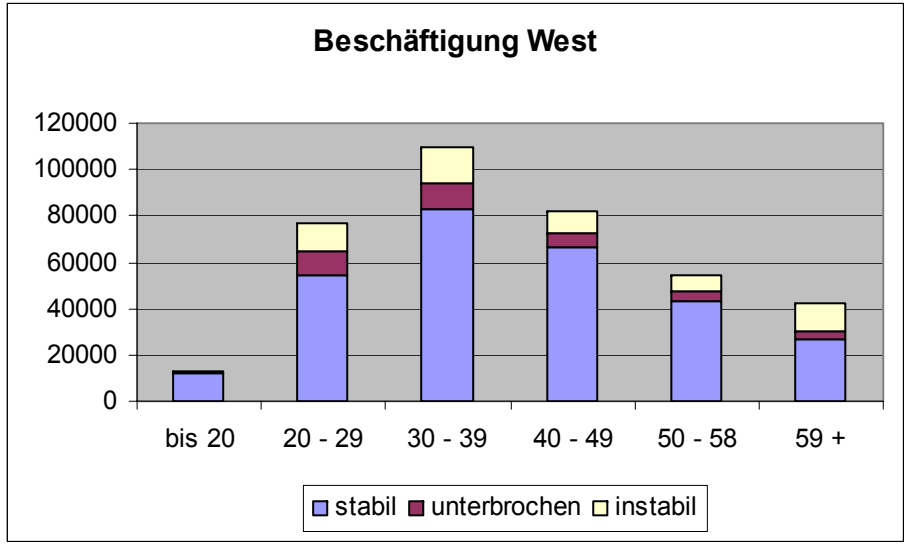
Die Abbildungen 1 und 2 zeigen einen deutlich höheren Anteil instabiler Erwerbsverläufe bei den Frauen, wobei die Differenz vor allem in Ostdeutschland ausgeprägt ist. 40% der ostdeutschen Frauen haben keine oder instabile Beschäftigungen, aus Sicht der Leistungsverhältnisse sind es sogar 45 %.

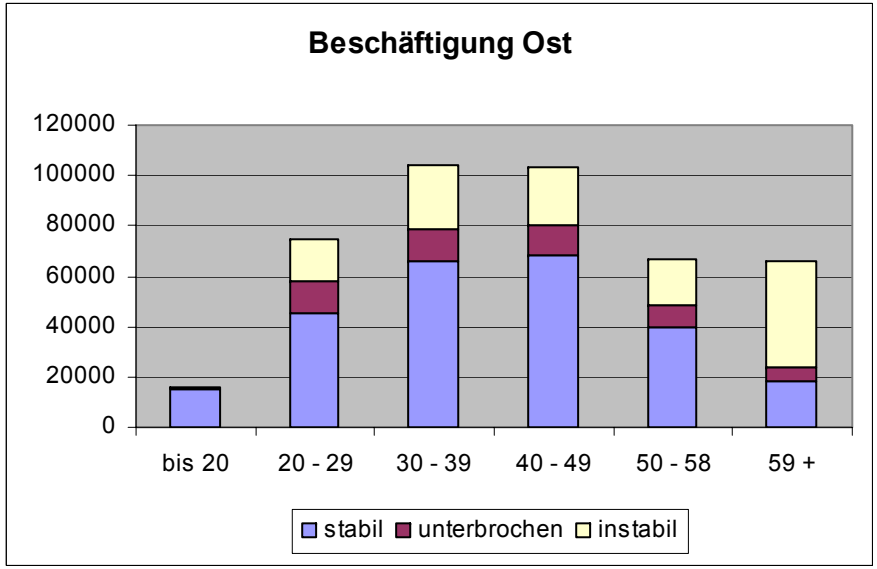
Indikator drei bildet im Prinzip die gleichen Relationen ab, wie erwartet aber mit etwas geringeren Werten.

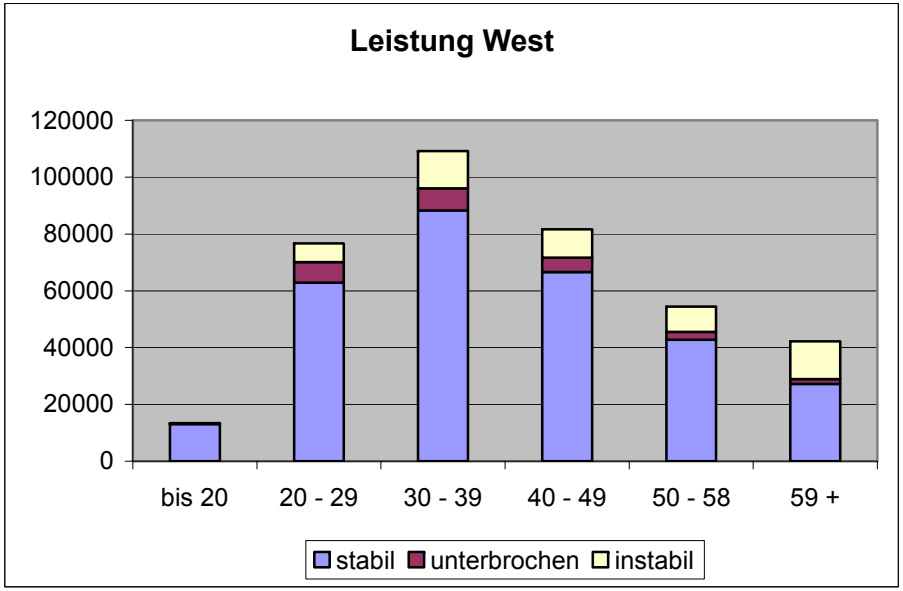
Abb 3. Indikator 3: Verteilung der Personen nach dem Anteil Beschäftigung zu Leistung

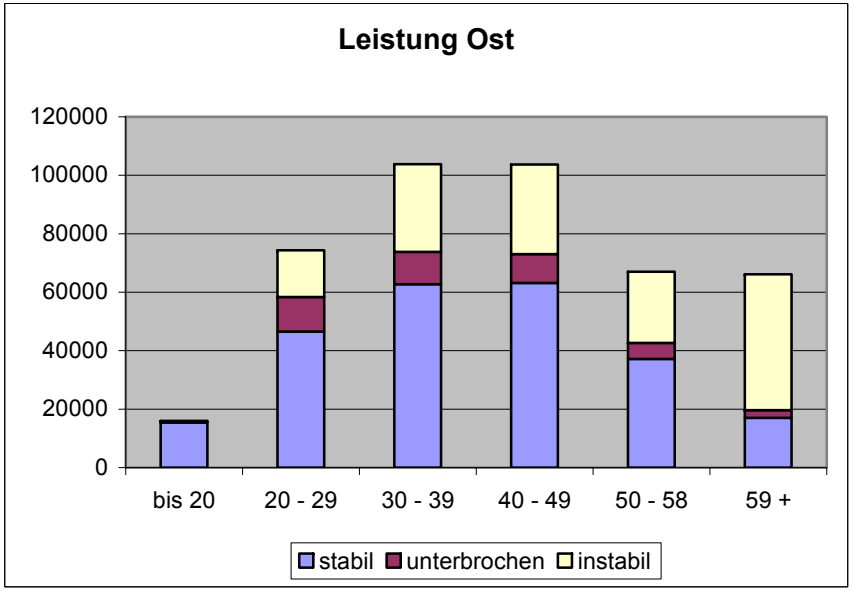


Ein weiterer Blick ist auf die Altersverteilung gerichtet. Dazu die folgenden Abbildungen 3,4,5 und 6: (Zugrunde gelegt war das Alter am 31.12.2000)


Beschäftigung West
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
bis 20
20 - 29
30 - 39
40 - 49
50 - 58
59 +
stabil
unterbrochen
instabil


Beschäftigung Ost
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
bis 20
20 - 29
30 - 39
40 - 49
50 - 58
59 +
stabil
unterbrochen
instabil


Leistung West
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
bis 20
20 - 29
30 - 39
40 - 49
50 - 58
59 +
stabil
unterbrochen
instabil


Leistung Ost
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
bis 20
20 - 29
30 - 39
40 - 49
50 - 58
59 +
stabil
unterbrochen
instabil

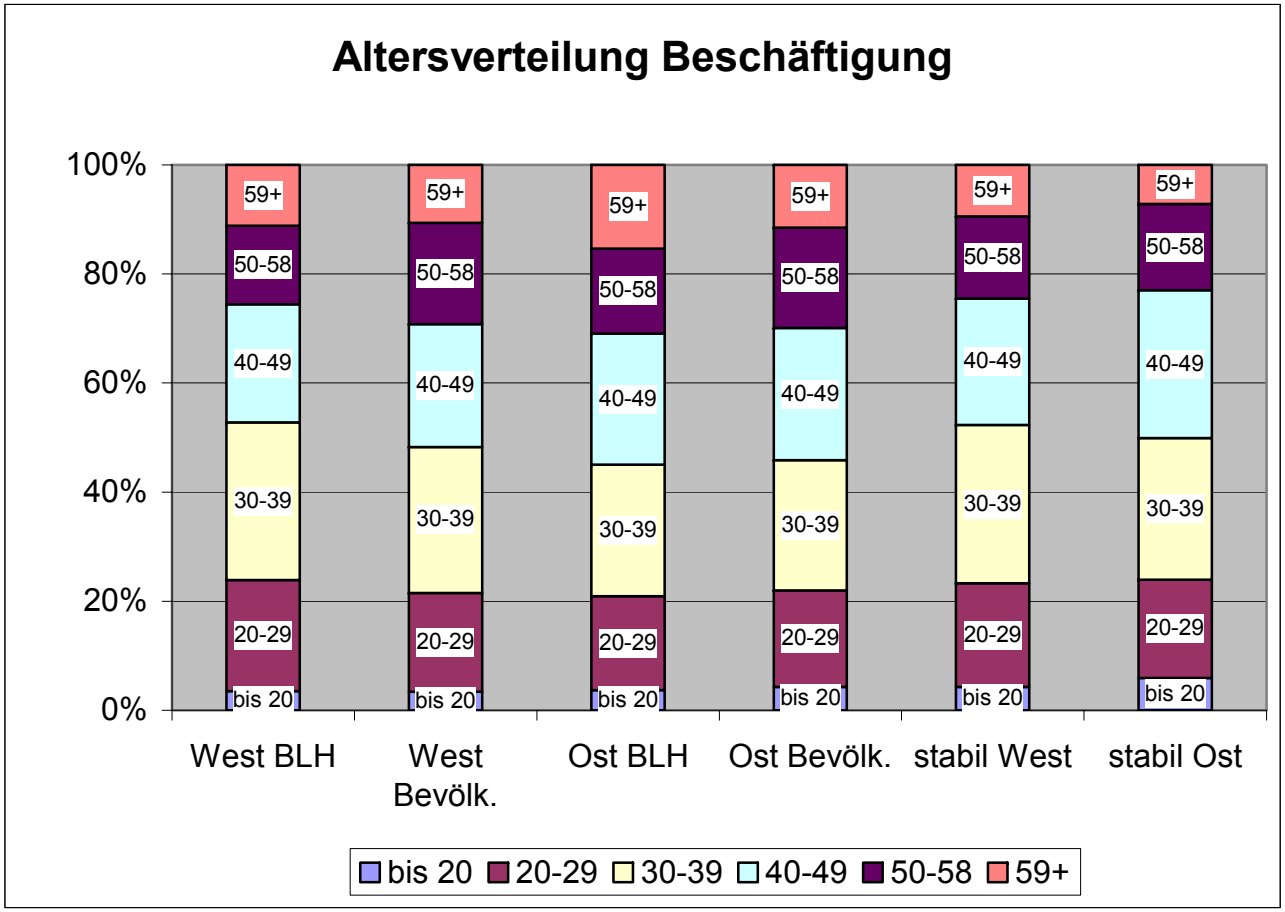
Der höhere Anteil des sekundären Modus in Ostdeutschland ist auch hier erkennbar, interessant aber ist die Verteilung. In diesen Grafiken wurden nicht die Anteile an den Alterskohorten, sondern die Absolutzahlen dargestellt, so dass auch der Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtheit durch die Höhe der einzelnen Säulen abgebildet wird.

Die Altersgruppe unter 20 Jahren hat fast keine Leistungsempfänger, und zwar deshalb, weil hier noch keine Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung entstehen konnten. (Beachte: Alter am 31.12.2000, also am Ende des Beobachtungszeitraum. Zu Beginn waren diese Personen also „bis 15 Jahre“.) Eine Abschätzung der tatsächlichen Lage der jungen Generation muss daher durch andere Quellen, z.B. die Sozialhilfestatistik erfolgen. Hilfreich dürfte auch ein Vergleich mit den Ergebnissen aus „Ostmobil“ zsh Halle sein.

Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil der Gruppe über 59 Jahren in Ostdeutschland. Deutung? Die Leute gehen nicht so früh in Rente wie im Westen, weil sie keine Einkommensabschläge hinnehmen wollen oder können? Überhaupt sind die älteren Gruppen mehr vertreten als im Westen.

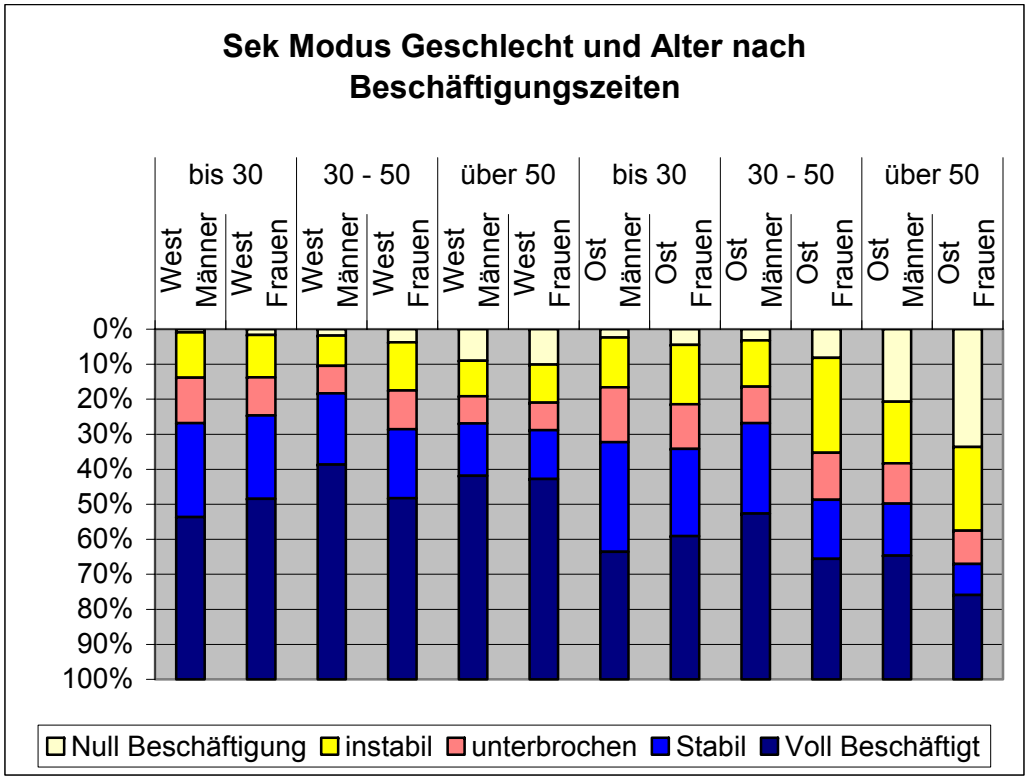
Dies kann durch die folgende Abbildung 7 noch verdeutlicht werden. Bei der Altersverteilung zeigt sich zunächst im Osten ein größerer Anteil der älteren Jahrgänge, im Westen sind über 50% jünger als 39 Jahre, im Osten nur rund 45 %. Sieht man sich allerdings die Altersverteilung des stabil beschäftigten Segments an, so wird erkennbar, dass diese Differenz zu einem größeren Teil auf Leistungsempfänger zurückzuführen ist. Der Unterschied ist geringer, und auch im Osten sind mehr als 50% der stabil Beschäftigten jünger als 39 Jahre. Besonders auffällig ist, dass der hohe Anteil an Personen, die 59 Jahre und älter sind, zu einem hohen Teil aus Leistungsempfängern besteht, vor allem im Osten. Interessant ist auch der Vergleich mit der Altersstruktur der Bevölkerung. Im Westen ist die Altersgruppe 20-29 Jahre in der BLH größer, die der 50-58 jährigen kleiner als der jeweilige Bevölkerungsanteil. Im Osten ist nur die Gruppe der über 59 jährigen größer, als der Bevölkerungsanteil, die zudem aus einem hohen Anteil von Leistungsempfängern besteht. Vergleicht man West BLH und Ost BLH, so scheint die Altersstruktur im Osten verschoben: Die Jahrgänge unter 30 sind im Osten kleiner, die älteren dagegen größer als im Westen, besonders die über 59jährigen. Dieser Effekt geht aber nicht auf Beschäftigte, sondern auf Leistungsempfänger zurück. Betrachtet man nur das stabil beschäftigte Segment (voll oder stabil beschäftigt), so ist die Alterstruktur im Osten sogar „jünger“ als im Westen (Säulen stabil West und stabil Ost). Die Gruppe unter 20 ist größer, die über 50 kleiner, wobei die Gruppe 40-49 relativ zum Bevölkerungsanteil überproportional vertreten ist. Hier gibt es keine Indizien für eine Überalterung der Beschäftigten Bevölkerung.

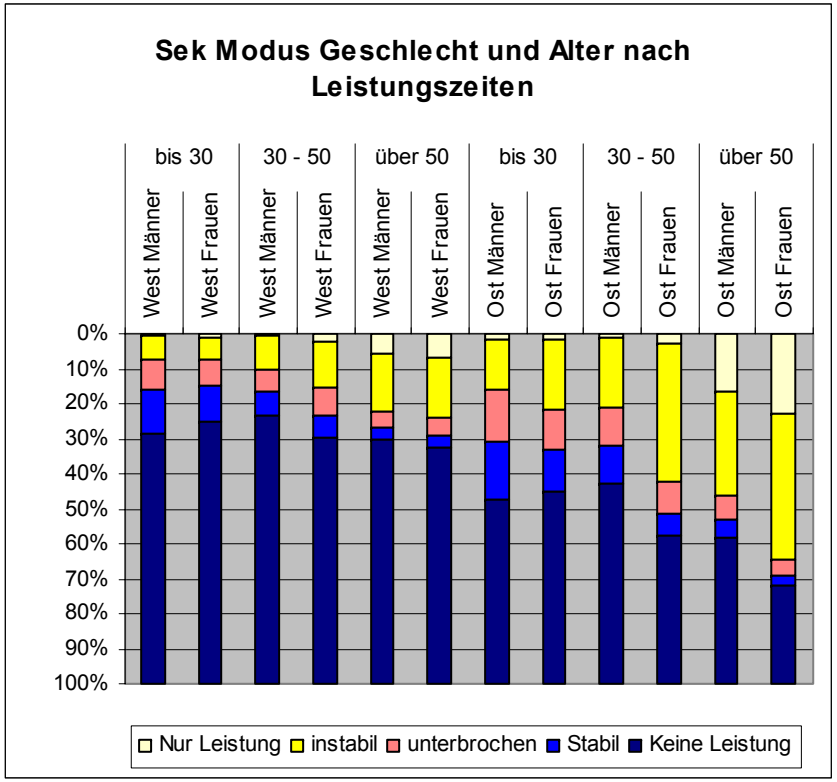
Abb. 7: Altersverteilung in BLH im Vergleich zur Bevölkerung sowie Altersverteilung des stabil beschäftigten Segments



Betrachten wir nun die Geschlechterverteilung in den Altersgruppen. Hier zeigen sich zunächst noch einmal die Unterschiede zwischen Ost und West und der Geschlechterunterschied. Der Geschlechterunterschied ist im Osten wesentlich stärker als im Westen und betrifft in beiden Fällen vor allem die Frauen über 30.

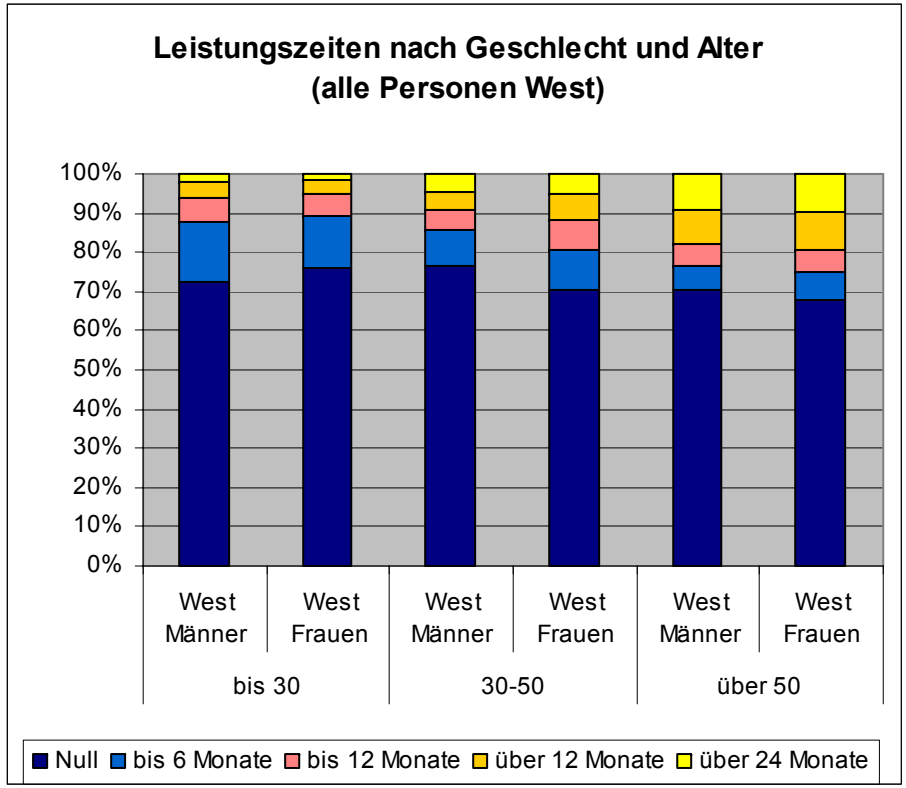
Abb. 8 und 9: Verteilung nach Altersgruppen und Geschlechtern

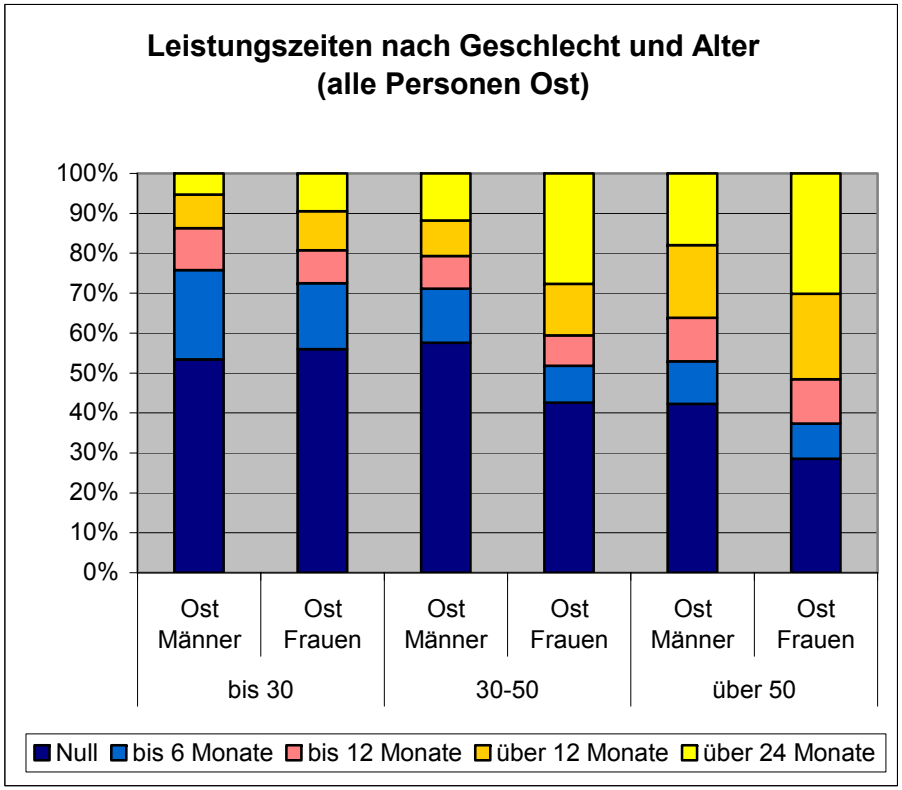




Zwar ist der Beschäftigungsanteil bei Frauen zwischen 30 und 50 Jahren geringer als der von Männern und auch geringer als der der Frauen unter 30. Aber bei den Frauen über 50, die kaum kleine Kinder haben dürften, ist er noch höher. Das gleiche Ergebnis – noch ausgeprägter – zeigen die Leistungsverhältnisse. Man kann schlussfolgern, dass die entscheidende Ursache nicht in freiwilligem Beschäftigungsverzicht bei hinreichender finanzieller Absicherung durch familiäre oder andere Transfers außerhalb der Leistungen der Arbeitslosenversicherung besteht, sondern in der Arbeitsmarktsituation der Betroffenen. Die zeigt auch die Auswertung der NGZ. (unten).

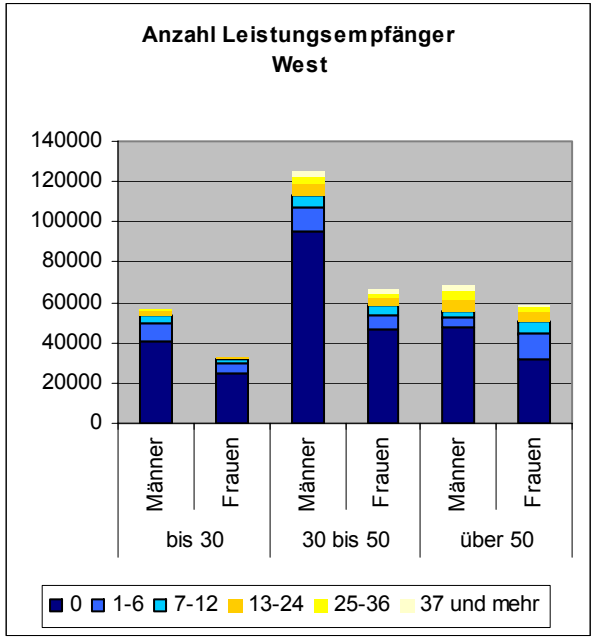
Langzeitarbeitslose

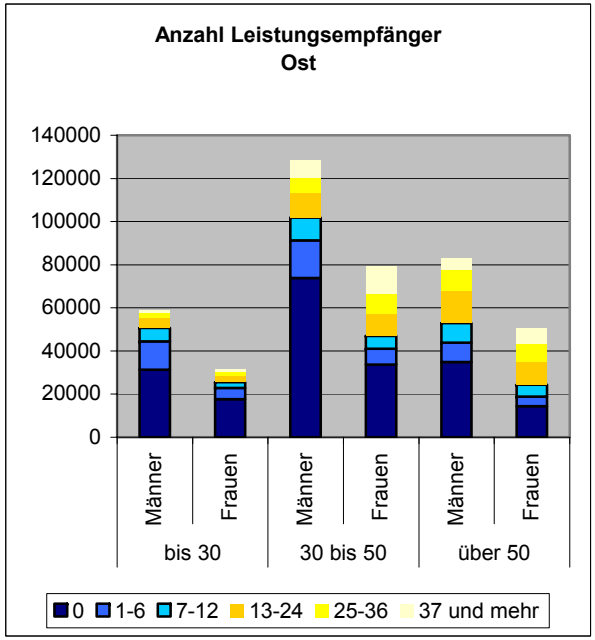




Im Osten ist das Niveau deutlich höher und bestätigt die anderen Indikatoren zum sekundären Modus. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern ist deutlich ausgeprägt, Frauen haben nicht nur einen geringeren Anteil an der Erwerbstätigkeit, sie haben im Osten auch einen höheren Teil der Arbeitslosigkeit zu tragen. Fast die Hälfte der Frauen über 50 ist mehr als 12 Monate Arbeitslos.

Stichprobe West 1 %, Ost 5%, daher vergleichbare Absolutzahlen. Für eine Hochrechung wäre der Faktor 100 bzw. 20 anzuwenden.





Die absoluten Zahlen zeigen zusätzlich zu den Ost-West Unterschieden bei den Anteilen der Frauen an den Leistungsempfängern auch, dass im Westen wie im Osten insgesamt deutlich weniger Frauen zu den Erwerbspersonen gehören.

4.4. Vergleich der Regionen Neubrandenburg und Jena

Für den Vergleich wurde die Region mit der geringsten und der höchsten Arbeitslosenquote ausgewählt, Jena und Neubrandenburg. Aus datentechnischen Gründen war es nicht möglich, Landkreise zu verarbeiten, daher mussten Arbeitsamtsbezirke ausgewählt werden. Diese relativ großen Einheiten vereinen natürlich wieder sehr unterschiedliche Situationen. Es ist daher durchaus möglich, dass eine kleinteiligere Untersuchung, etwa der Landkreis Müritz oder Demmin gegen Jena Stadt, etwas andere Ergebnisse liefern würden.

Der Vergleich der Regionen Neubrandenburg und Jena liefert das erwartete Bild und ist so gesehen eher langweilig. Neubrandenburg liegt bei allen Parametern über, Jena bei allen unter den ostdeutschen Gesamtwerten. Dies gilt sowohl für die drei Indikatoren als auch für die Langzeitarbeitslosigkeit.

Vergleich der Regionen sek. Modus		bis 30		30 bis 50		über 50		alle Jahrg.		
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	beide
Indikator 1	Neubrandenburg	17,08%	22,64%	17,30%	41,80%	38,88%	64,01%	22,77%	42,64%	29,87%
	Jena	16,11%	17,21%	13,63%	30,56%	36,78%	60,38%	21,02%	35,85%	26,29%
Indikator 2	Neubrandenburg	18,38%	25,16%	25,38%	52,25%	48,40%	73,48%	29,55%	50,86%	37,17%
	Jena	14,41%	17,88%	18,53%	39,82%	45,58%	67,61%	25,56%	42,44%	31,55%
Indikator 3	Neubrandenburg	12,04%	19,60%	16,23%	40,65%	37,58%	63,06%	20,66%	41,06%	27,96%
	Jena	9,76%	13,27%	12,00%	28,63%	35,48%	59,51%	18,41%	33,73%	23,85%

Mittel	Neubrandenburg	15,8%	22,5%	19,6%	44,9%	41,6%	66,9%	24,3%	44,9%	31,7%
	Jena	13,4%	16,1%	14,7%	33,0%	39,3%	62,5%	21,7%	37,3%	27,2%
	Ost gesamt	14,5%	20,0%	17,5%	36,9%	40,5%	59,4%	23,9%	40,6%	30,2%
	West gesamt	9,0%	9,2%	9,5%	15,3%	19,7%	21,5%	12,3%	14,2%	13,1%
Vergl. Ost										
größer	Jena	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	WAHR	FALSCH	FALSCH	FALSCH
als Ost	Neubrandenburg	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR

Die bemerkenswerte Feststellung aber ist, dass Neubrandenburg, Ost gesamt und Jena deutlich eine Gruppe im Unterschied zu West bilden: 31,7 (NB), 30,2 (Ost) und 27,2 (Jena) gegen 13,1 (West) lauten die gemittelten Werte der drei Indikatoren. Bei Langzeitarbeitslosen sieht es ähnlich aus. Für größer als „12 Monate“ lauten die Werte: 33 (NB), 30 (Ost) und 27 (Jena) zu 11 Prozent (West).[8]

[8] Für mehr als 24 Monate sind die Unterschiede geringer, folgen aber der gleichen Logik: 18,8 (NB), 17 (Ost gesamt) und 14 (Jena) lauten die Werte gegen 11 Prozent (West). Hier wirkt vermutlich die massive Arbeitsmarktpolitik im Osten, die Arbeitslosigkeit über 24 Monaten regelmäßig durch Maßnahmen zu verkürzen sucht.

anhaltend Arbeitsl.		bis 30		30 bis 50		über 50		alle Jahrgänge		
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	beide
NB	über 24	6,43%	10,62%	14,46%	34,90%	17,42%	34,02%	13,24%	28,63%	18,74%
Jena	über 24	3,20%	6,50%	9,03%	24,05%	15,97%	31,20%	9,74%	21,84%	14,04%
NB	über 12	16,58%	22,92%	25,38%	51,02%	36,74%	57,93%	26,12%	45,76%	33,15%
Jena	über 12	12,41%	15,83%	18,34%	39,23%	33,10%	53,19%	21,33%	37,54%	27,09%
West	über 24	1,99%	1,64%	4,56%	5,00%	9,28%	5,31%	5,27%	4,41%	4,94%
Ost	über 24	5,31%	9,44%	11,76%	27,65%	17,92%	30,12%	12,25%	24,85%	16,96%
West	über 12	5,94%	5,32%	9,23%	11,57%	17,98%	13,71%	10,88%	11,05%	10,94%
Ost	über 12	13,71%	19,31%	20,70%	40,61%	36,16%	51,52%	23,92%	39,84%	29,88%
Jena>Ost	über 24	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	WAHR	FALSCH	FALSCH	FALSCH
	über 12	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	FALSCH	WAHR	FALSCH	FALSCH	FALSCH
NB>Ost	über 24	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	FALSCH	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR
	über 12	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR	WAHR

Die Unterschiede zwischen der besten und der schlechtesten ostdeutschen Region sind hinsichtlich der untersuchten Parameter also eher gering. Es wäre allerdings zu vermuten und zu prüfen, ob die doch relativ große Nähe der guten und der schlechten Region eine Folge deutlich größerer Arbeitsmarktinterventionen in der schlechten Region ist. In Hinweis darauf wäre, die Zahl der ABM pro Erwerbstätigem zu vergleichen.

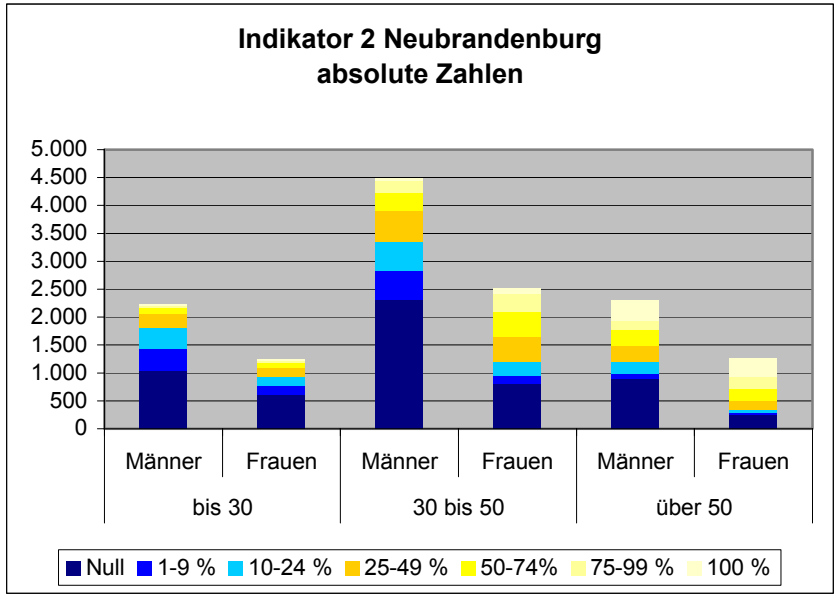
Dieser Befund widerlegt die zuweilen geäußerte These, die besten Ost-Regionen hätten hinsichtlich der Arbeitslosigkeit inzwischen fast den Anschluss an den Westen erreicht. Betrachtet man die Anteile der Beschäftigungs- und Leistungszeiten in dem untersuchten Fünf-Jahreszeitraum, so ist das Gegenteil richtig. Die ostdeutschen Regionen sind im Verhältnis zum Westen alle „schlecht“, stehen fast gleich ungünstig da.

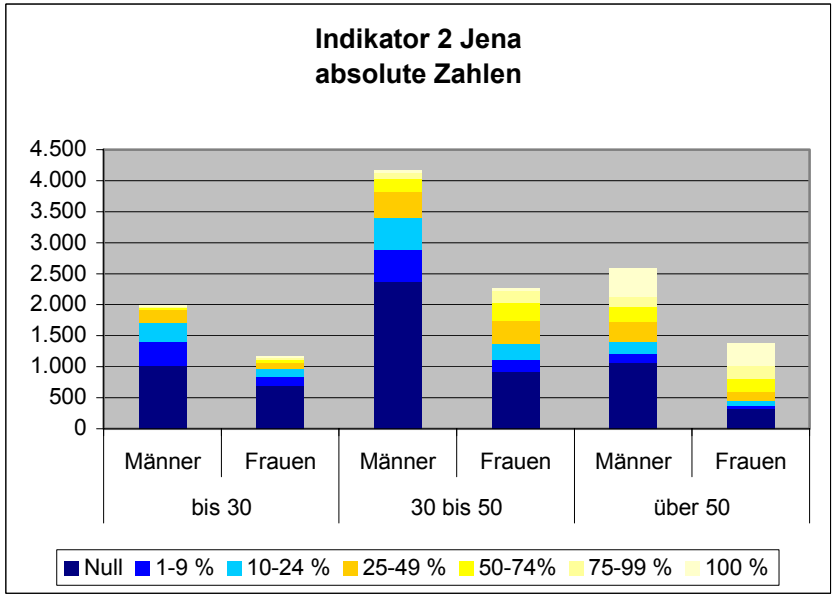
Dies sagt natürlich nichts über die sicher deutlichen Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die in Jena deutlich größer sein dürfte als in Neubrandenburg. Man kann sogar vermuten, dass die Region Jena tatsächlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungskraft an westdeutsche Regionen angeschlossen hat. Dann aber würde dieser Befund eine interessante These stützen: Die Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt sind unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungskraft in beiden Regionen schlecht. Die These, ein deutlich höheres Wachstum (in der Region Jena) würde über die Nachfrage nach Arbeit einen deutlich besseren Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen, stimmt so jedenfalls nicht. Hier ist zu berücksichtigen, dass die in Jena florierenden Unternehmen meist mit sehr wenig Personal auskommen und eine auch im Vergleich zu Westdeutschland sehr hohe Arbeitsproduktivität aufweisen.

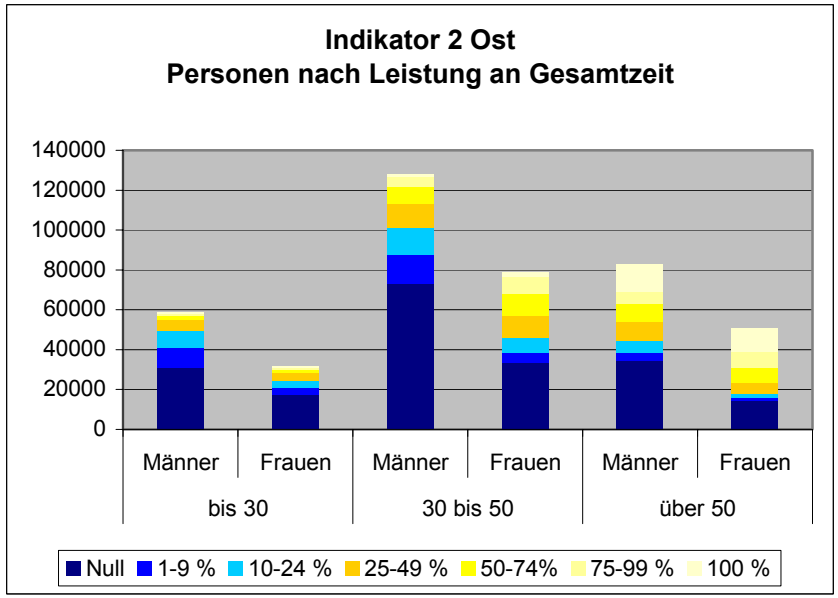
Eine Integration der Anfang der 90er Jahre freigesetzten Arbeitskräfte im Zuge der Restrukturierung und des Aufbaus einer modernen Industrie jedenfalls wäre dann nicht zu erwarten.

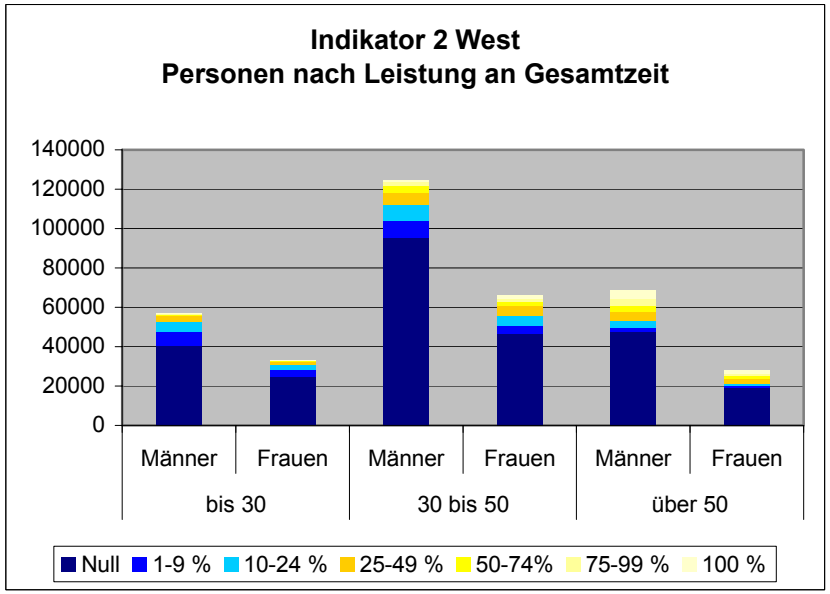
Betrachtet man die Altersstruktur, so ist bemerkenswert, dass Jena bei den Männern über 50 einen „Berg“ aufweist, der allerdings auch der ostdeutschen Gesamtsituation entspricht. Dies ist in Neubrandenburg nicht der Fall. Ob dies ein Altersstruktureffekt oder ein Arbeitsmarkteffekt ist, wäre zu prüfen.

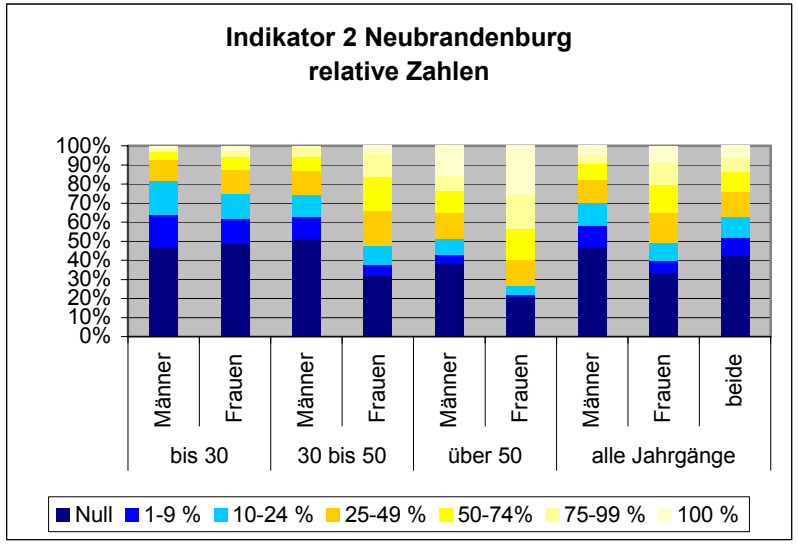
Die folgenden Bilder zeigen auch optisch den Zusammenhang zwischen den drei Ost-Konstellationen und den Unterschied zum Westen.

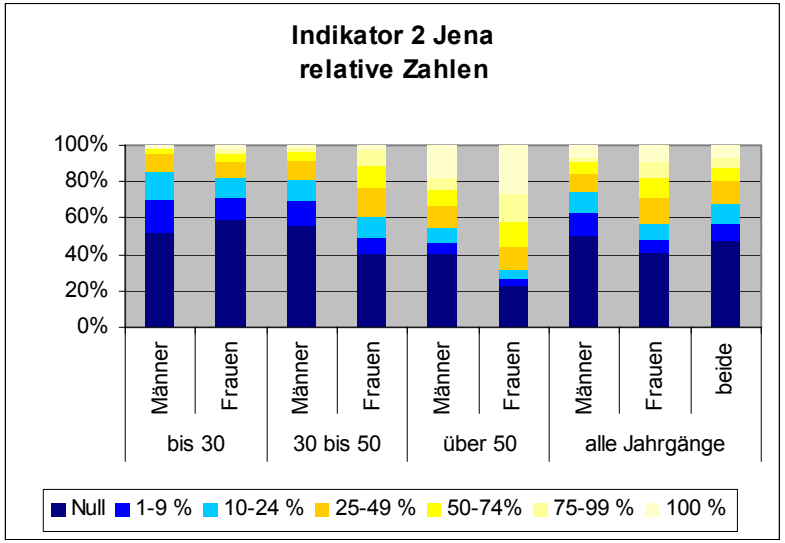

Indikator 2 Neubrandenburg
absolute Zahlen
5.000
4.500
4.000
3.500
3.000
2.500
2.000
1.500
1.000
500
0
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
bis 30
30 bis 50
über 50
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %

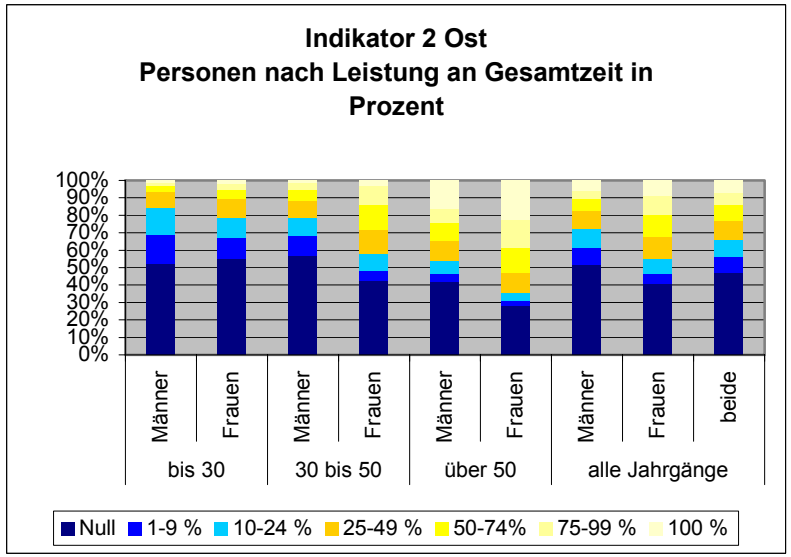

Indikator 2 Jena
absolute Zahlen
4.500
4.000
3.500
3.000
2.500
2.000
1.500
1.000
500
0
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
bis 30
30 bis 50
über 50
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %

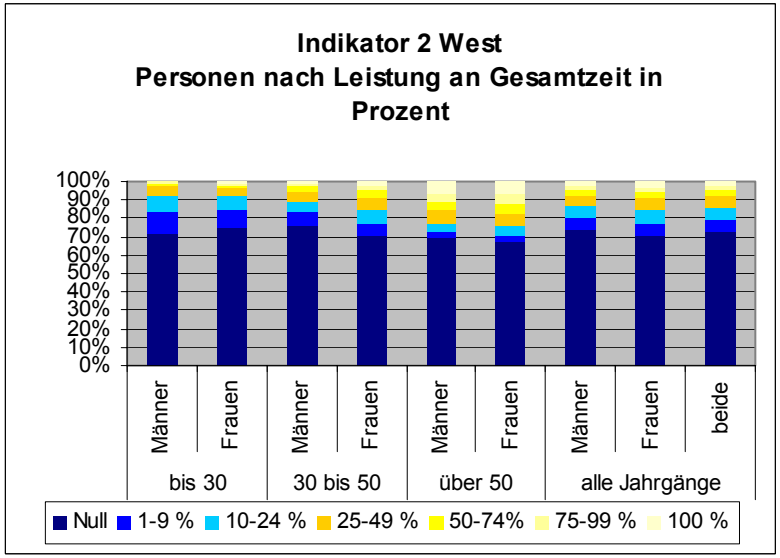

Indikator 2 Ost
Personen nach Leistung an Gesamtzeit
140000
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
bis 30
30 bis 50
über 50
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %


Indikator 2 West
Personen nach Leistung an Gesamtzeit
140000
120000
100000
80000
60000
40000
20000
0
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
bis 30
30 bis 50
über 50
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %


Indikator 2 Neubrandenburg
relative Zahlen
100%
90%
80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0%
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
beide
bis 30
30 bis 50
über 50
alle Jahrgänge
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %


Indikator 2 Jena
relative Zahlen
100%
80%
60%
40%
20%
0%
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
beide
bis 30
30 bis 50
über 50
alle Jahrgänge
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %


Indikator 2 Ost
Personen nach Leistung an Gesamtzeit in
Prozent
100%
90%
80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0%
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
beide
bis 30
30 bis 50
über 50
alle Jahrgänge
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %


Indikator 2 West
Personen nach Leistung an Gesamtzeit in
Prozent
100%
90%
80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0%
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
Männer
Frauen
beide
bis 30
30 bis 50
über 50
alle Jahrgänge
Null
1-9 %
10-24 %
25-49 %
50-74%
75-99 %
100 %

4.5. Zweite Auswertung 2004:
differenzierte Untersuchung der Erwerbsverläufe – Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg

Die zweite Auswertung wurde im Prinzip mit den gleichen Daten durchgeführt. Die entscheidenden Unterschiede zur ersten Auswertung war aber zunächst, dass die Maßnahmedaten für ABM und SAM integriert wurden, d.h. die Beschäftigungsverhältnisse, die zugleich in der Maßnahmedatei der BA enthalten waren, wurden in den BLH-Daten nicht mehr als Beschäftigung, sondern als Maßnahmen gekennzeichnet.

Der zweite entscheidende Unterschied ist das Auswertungsverfahren. Es wurden nicht mehr nur Zeitanteile gemessen, sondern die oben dargestellten Verlaufstypen, der für den primären bzw. sekundären Integrationsmodus jeweils typische Wechsel von Beschäftigung, Leistungsbezug, Maßnahmen identifiziert. Dies wurde zunächst versuchsweise für die Daten des Arbeitsamtsbezirks Neubrandenburg durchgeführt.

Die Datenaufbereitung erfolgte im IAB. Für die Sequenzbestimmung wurde am Thünen-Institut ein eigenes Programm „Kalendarien“ entwickelt und im IAB eingesetzt. (Anlage Programmbeschreibung Kalendarien). Die Auswertung hat die Machbarkeit einer Sequenzanalyse ergeben und die Größenordnungen des sekundären Integrationsmodus aus der ersten Auswertung bestätigt.

Eine weitere Anwendung dieser Methode setzt die Anpassung der Datensätze an die Situation nach den Reformen des SGB II und III voraus und kann erfolgen, wenn die neuen Daten anschlussfähig vorliegen.

Beschreibung des Vorgehens:

Für den Erwerbsverlauf wird ein Kalendarium erstellt, indem jeder Monat des auswertbaren Verlaufs (in unserem Fall also für 1995 bis 2000) mit einem Status (Beschäftigung, Maßnahme oder Leistungsbezug) erfasst wird. Es entstehen Kalendarien folgender Art:

Beispiele für Kalendarien des Erwerbsverlaufs

Legende

A: Vollzeitbeschäftigung	a: Betriebswechsel
B: Teilzeitbeschäftigung	b: Betriebswechsel
C: Auszubildende	c: Betriebswechsel
D: Arbeitslosengeld	
E: Arbeitslosenhilfe	
F: Unterhaltsgeld	
G: ABM/SAM-Beschäftigung	
H: Freistellungsphasen (beschäftigt mit Entgelt Null)	
N: nicht gemeldeter Zeitraum	

Ununterbrochene Beschäftigung
AAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA

Beschäftigung, dann neutrale Unterbrechung, dann arbeitslos
AAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA | NNNNNNNHHHHHHHHH | DDDDDDDDDDDDDDD

Berufseinsteiger (Ausbildungssequenzen mit anschließender Beschäftigung)
NNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNNN | CCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCC

CCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCCc | aAAAADaAAAAAAAAAAAAAAAA
CCCCCCCCCCCCCCCCCCCC | DDDD | AAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA

Unterbrochener Erwerbsverlauf, Beschäftigung dominant
DDDNNNaAANaANDNNNAaAAAAAANDDDaADDDNEEEEEEaAAAAAAAADaAAAAADDDD

Unterbrochener Erwerbsverlauf, Maßnahme dominant
DDAAAAAADDDDDDDDDDDGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGDDDEEEEEEAAAEEEE

Unterbrochener Erwerbsverlauf, Leistungsbezug dominant
AAAAAADDDDDDDaAAAAAAAAAAADDDDDDEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEEE

Unterbrochene Erwerbsverlauf mit Übergang in stabile Beschäftigung
DNDDDDDNANAADDAAAAAAAAADDDDDD | aAAAAAAAAAAAAAADNAAAAAAAAAAAAAA
CCAAAAAAAANNNNNNNNN | AAAAaAAAAAAAAAANAAAAAAAAAAAAAADaAAAAAA | D

Die Kalendarien werden nach bestimmten Kriterien in Sequenzen typologisiert:

Sequenzen im primären Integrationsmodus

1.1. Beschäftigungssequenzen ohne Betriebswechsel und ohne Unterbrechungen. Sie bestehen als Voll- oder Teilzeitbeschäftigungen oder Ausbildungsverhältnissen von mehr als 18 Monaten.

Bsp: **AAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAAA**

1.2. Beschäftigung mit Betriebswechseln oder kurzen Unterbrechungen. Dabei werden Unterbrechungen durch Leistungsbezug oder nicht gemeldete Zeiten toleriert, wenn sie nicht länger als drei Monate hintereinander und insgesamt nicht mehr als zwei Monate pro Jahr (bezogen auf die Gesamtlänge der Sequenz) ausmachen.
Bsp.: **AAAAaAAAAAAAAAANAAAAAAAAAAAAAADaAAAAAA**

1.3. Unterbrochene Beschäftigung bei Dominanz von Beschäftigung (Anteil > 50%).
Bsp: **AAAAAAADDDDDDDAAAAAADDDDDaAAAAAAAAAAAANAAAaANN**

Sequenzen im sekundären Integrationsmodus

2.1. Unterbrochene Erwerbssequenz mit subdominantem Beschäftigungsanteil.
Bsp. **NEEEEEEEAAAaAAAAAAAADDDDDDEENNNENEEEEENGGGGGGGEEEEEEEEEE**

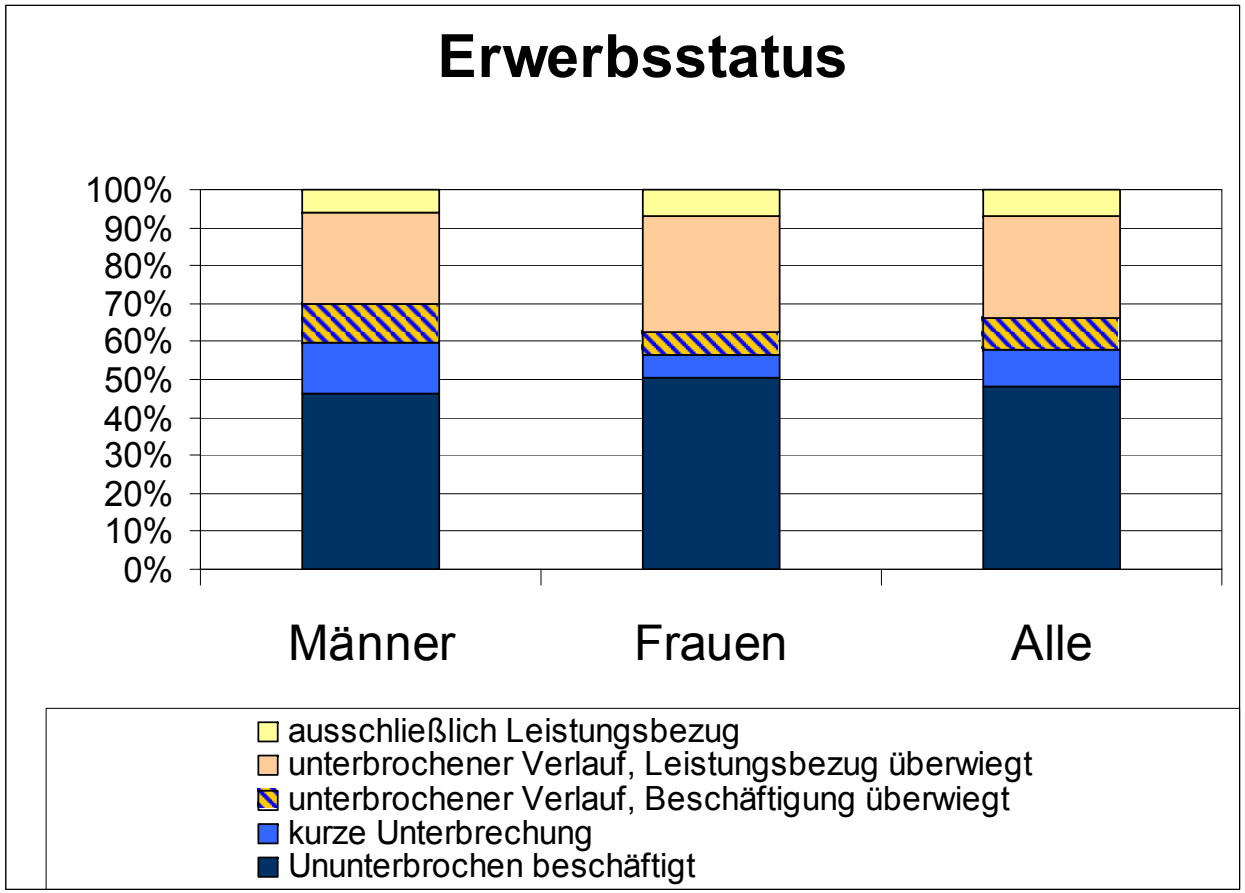
2.2. Leistungsbezug mit Maßnahmen, aber keine Beschäftigungsanteile.

Bsp. **DDDDDDDDDDDDGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGGDDDEEEEEE**

2.3. Langzeitarbeitslosigkeit: Leistungsbezug ohne Beschäftigung und Maßnahmen.
Bsp. **DDDDDDDDDDDDDDDDDDDDDDDDEEEEEEEEEE**

3. Neutrale Unterbrechung Bsp. **NNNNNNNHHHHHHHHH**

Aus den Sequenzen wird ein Erwerbsverlauf als Abfolge von Sequenzen generiert. In der von uns vorgenommenen Auswertung wurde nun geprüft, welchem Typ die letzte Sequenz des Beobachtungszeitraumes zugeordnet war. Daraus ergab sich folgendes Bild für den Arbeitsamtbezirk Neubrandenburg:



Es bestätigt sich auch bei dieser Untersuchung ein Anteil von etwa einem Drittel der erfassten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (ohne die Sozialhilfe) im sekundären Integrationsmodus: (33% bei Männern, 35% bei Frauen und 34 insgesamt). Bei 8 Prozent (10, 6, 8) überwiegt die Beschäftigung, aber bei 26 Prozent aller Sozialversicherungspflichtigen (23, 29, 26) überwiegen Leistungsbezug und Maßnahmen. Nimmt man die Personen ausschließlich in Leistungsbezug hinzu, dann ist rund ein Drittel der Erwerbstätigen (29, 36, 32) die überwiegende Zeit des beobachteten Erwerbsverlaufs in Leistungsbezug oder in Maßnahmen. Diese Anteile beziehen sich aber ausschließlich auf den Personenkreis, der im Beobachtungszeitraum irgendwann sozialversicherungspflichtig beschäftigt war oder Leistungen der Bundesagentur für Arbeit bezogen hat. Die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger sind nicht enthalten. Das bedeutet, dass die Beschäftigungsanteile eher geringer und der Anteil der Personen im sekundären Integrationsmodus eher größer wäre, würde man alle Erwerbstätigen erfassen können. Die Ergebnisse im Einzelnen:

1. Knapp die Hälfte (46, 50, 48)[9] der Beschäftigungsverläufe weisen im Jahr 2000 eine Sequenz ununterbrochener Beschäftigung von mehr als 18 Monaten auf. Ein Teil dieser Erwerbsverläufe zeigt ein- bis mehrjährige Lücken[10], Zeiten ohne Erwerbs- oder Leistungsstatus, die durch Wehr- oder Zivildienst, durch Kindererziehung bzw. Familienarbeitszeiten, durch Krankheit u.a. bedingt sein können. Per Saldo treten solche Unterbrechungen in den fünfjährigen Beobachtungszeitraum bei 13 Prozent der Personen auf, erstaunlicherweise bei Frauen und Männern fast gleich hoch, wobei die Gründe unterschiedlich sein dürften, z.B. Kindererziehung bei Frauen, Wehr- und Zivildienst bei Männern. Ein Teil der längeren Unterbrechungen werden durch den Übergang in ein anderes, von unseren Daten nicht erfasstes Sozialsystem, vor allem die Sozialhilfe, bedingt sein.[11]

   Die Anteile solcher Verläufe ohne oder mit Unterbrechungen differenzieren sich deutlich, wenn nach Alter unterschieden wird. Bei den Frauen über 50 und bei jungen Erwachsenen unter 30 Jahren ist der Anteil stabiler Beschäftigung geringer. In den mittleren Altersgruppen ist der Anteil bei Männern und Frauen etwa gleich, allerdings handelt es sich bei Frauen öfter als bei Männern um stabile Teilzeitbeschäftigung.

---

9 In Klammern: (Männer, Frauen, alle). Beobachtungszeitraum derzeit 1996-2000. Alle Zahlen ohne Rentenabgänger und Berufseinsteiger. Berechnungen mit Rentenabgängern und Berufseinsteigern differieren um bis zu 7 Prozent, weil Instabilitäten vor der Rente bzw. in der Einstiegsphase etwas größer sind als im Gesamtverlauf.

10 Als Kriterium verwenden wir: mindestens 19 Monate.

11 Derzeit werden Methoden zur Identifikation der Übergänge in Sozialhilfe entwickelt.

Weitere 10 Prozent (13, 6, 10) weisen in den Beschäftigungssequenzen kurze Unterbrechungen[12] auf, trotzdem handelt es sich um stabile Beschäftigung. Zusammen mit den ununterbrochen Beschäftigten beträgt das stabiler Erwerbsverläufe etwas mehr als 58 Prozent. (60, 56, 58), in Westdeutschland sind es über 75 Prozent.[13]

2. Auf der anderen Seite finden wir einen geringen Anteil von Personen, die anhaltend[14] arbeitslos sind. Er liegt mit etwa 7 Prozent (6, 7, 7) der SV-Erwerbstätigen im untersuchten Arbeitsamtsbezirk zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus und der Anteil der Dauerarbeitslosen an allen Arbeitslosen ist geringer als im Westen.
3. Deutlich größer ist der Anteil der Personen mit „**unterbrochenen Erwerbsverläufen**“, worunter hier nicht zusammenhängende längere Unterbrechungen, sondern zeitlich kurzfristige Wechsel von Beschäftigung, Leistungsbezug und/oder Maßnahmen (Fortbildung, AMB, ABM) verstanden werden.[15]. Er erreicht ein Drittel (33, 35, 34). Bei 8 Prozent (10, 6, 8) überwiegt die Beschäftigung, aber bei 26 Prozent aller Sozialversicherungspflichtigen (23, 29, 26) überwiegen Leistungsbezug und Maßnahmen, kurzfristige Beschäftigung ist noch vorhanden. Nimmt man die Langzeitarbeitslosen dazu, dann ist rund ein Drittel der Erwerbstätigen (29, 36, 32) die überwiegende Zeit des beobachteten Erwerbsverlaufs in Leistungsbezug oder in Maßnahmen. Die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger (die künftigen Empfänger von Arbeitslosengeld II) wären eigentlich noch hinzuzurechnen. In der Altergruppe über 50 Jahren liegt der Anteil zuungunsten der stabil Beschäftigten deutlich höher.

Es bestehen vielfältige weitergehende Auswertungsmöglichkeiten. Sa kann geprüft werden, ob und welche Sequenz der letzten Sequenz vorausgegangen ist und welche Wechsel zwischen bestimmten Integrationsmodi auftreten. So kann zum Beispiel aus der Abfolge der Sequenzen ermittelt werden, wie viele Personen im sekundären Integrationsmodus zuvor stabil beschäftigt waren, wie viele direkt nach der Ausbildung in den sekundären Modus wechselten, welchen Anschluss Auszubildende im Beschäftigungssystem fanden. Es kann geprüft werden, welche Sequenz dem Übergang in Altersrente vorausgegangen sind. Solche Fragen wurden getestet, eine differenzierte Auswertung ist möglich und erbringt sinnvolle Ergebnisse. Allerdings sind sichere Aussagen erst möglich, wenn das Beobachtungsfenster verlängert wird und Daten für die Zeiten nach 2005 bzw. für die ALG II-Empfänger integriert werden können.

---

12 Kriterium für kurze Unterbrechungen: Nicht mehr als zwei Monate pro Jahr und nicht länger als drei Monate hintereinander.

13 Die Vergleichszahlen zu Westdeutschland stammen aus einer früheren und methodisch noch nicht so differenzierten Untersuchung der gleichen Datenquelle. Sie dürften in der Größenordnung, nicht aber in jedem Detail vergleichbar sein.

14 Diese Größe ist auf die Längsschnittbetrachtung bezogen und entspricht nicht der Sozialrechtlichen oder statistischen Messgröße Dauerarbeitslosigkeit. Kriterium: Mindestens 24 Monate hintereinander.

15 Kriterium: Jeder Status hält nur wenige Monate an, keiner dauert länger als 18 Monate. Im Vortrag werden einige Beispiele für solche Verläufe präsentiert.

Bericht über den Verlauf und Bestand Sozialhilfeleistungen und Sozialhilfeempfängern

- Berichtsperiode Jan. 2004 bis April 2004 –

0 Daten und Datenlage

Die hier gezeigten Informationen und Zusammenhänge über das Sozialhilfegeschehen im Landkreis Müritz speisen sich aus zwei unterschiedlichen Datenkörpern:

- Die Routine- und Prozessdaten über die SH-Empfänger, die im Quartalsabstand an die übergeordnete statistische Behörde gesendet werden. Im vorliegenden Fall wurde auf den letzten Quartalsbericht des Jahres 2003 für die Gemeinde Malchow zurückgegriffen. Diese Daten lassen *Verteilungsaussagen* über viele Aspekte des Sozialhilfegeschehens im Kreis zu. Dieser Datensatz bezieht Hauptempfänger und deren Haushaltsmitglieder ein (also auch Kinder).
- Personenbezogene (anonymisierte) Verlaufsdaten des individuellen Sozialhilfegeschehens in den Monaten Januar bis April des Jahres 2004 (wird laufend erweitert). Diese Daten wurden aus der Bearbeitungssoftware gewonnen, die die MitarbeiterInnen der Sozialämter des Kreises für die Bearbeitung der Einzelfälle nutzen. Diese Daten gestatten Aussagen über den *Verlauf* der Sozialhilfe bei Individuen und Gruppen. Damit kann mit diesen Daten die oft kritisierte Schwäche der Datenaggregation und Auswertung zu Stichtagen überwunden werden. Aussagen zum Verbleibensrisiko, zur Eintritts- und Austrittswahrscheinlichkeit von Empfängergruppen werden so möglich und steuerungsrelevante Merkmale können identifiziert und in der SH-Planung auch kleinräumig berücksichtigt werden. Dieser Datensatz bezieht sich ausschließlich auf die leistungsempfangenden Haushaltsvorstände (keine Kinder).

Allerdings liegen höchsten zehn Prozent aller SH-Daten des Kreises in dieser Form vor (nur die Gemeinde Malchow benutzt bisher das Programm, die Gemeinde Waren hat erst im April damit begonnen) und auch die stichtagsbezogenen Daten sind nur – und das noch mit großer zeitlicher Verzögerung – für diese Gemeinde verfügbar.

0.1 Der Aufbau des Berichtes

Der Bericht ist in drei Teilen aufgebaut, er eignet sich zur Betrachtung am Bildschirm, da diese drei Teile miteinander verlinkt sind und man durch „Anklicken“ zu vertiefenden Grafiken gelangen kann. Die drei Teile sind:

- Der *Grundbericht*, in dem zehn, für das SH-Geschehen wichtige Merkmale in ihrer Verteilung und in ihrem Verlauf dargestellt werden. Von diesem Grundbericht gelangt man durch „Anklicken“ des jeweiligen Unterthemas direkt zur entsprechenden Grafik im
- *vertiefenden Bericht*. In diesem sind hauptsächlich Zusammenhänge zwischen den Merkmalen des Hauptberichtes dargestellt.
- Eine Zusammenfassung der fünf wichtigsten Indikatoren, die im Wesentlichen das SH-Geschehen bestimmen und vor allen seine mögliche Entwicklung beeinflussen, findet sich im *Indikatorenbericht*.

0.2 Inhalt:

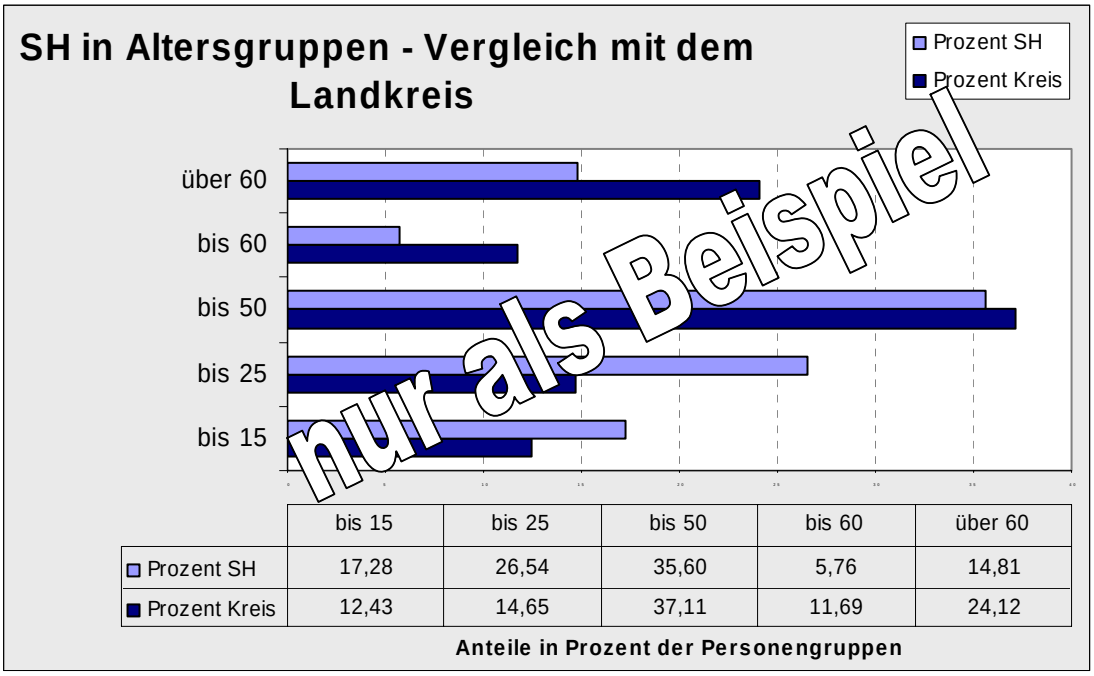
0 Daten und Datenlage 1
0.1 Der Aufbau des Berichtes 1
0.2 Inhalt: 2
1 Besonders betroffene Altersgruppen 3
2 Männer und Frauen in der Sozialhilfe 4
3 Die Größe von SH-Haushalten 5
4 Die Schulausbildung von SH-Empfängern 6
5 Die Berufsausbildung von SH-Empfängern 7
6 Der Erwerbsstatus von Sozialhilfeempfängern 8
7 Zu- und Abgänge 9
8 Dauer der SH 10
9 Episoden im SH-Bezug: Wechsler 11
10 Verlauf und Entwicklung 12
11 Wichtige Indikatoren 13

1 Besonders betroffene Altersgruppen

Für SH-Empfänger gilt: Je höher das Alter ist, in dem sie das erste Mal Leistungen beziehen, desto länger ist Verbleibensdauer in der Sozialhilfe.

Allerdings sinkt der Anteil der über 65 jährigen an den SH-Empfängern, weil dann Rentenzahlungen einsetzen.

Das Durchschnittsalter der Leistungsempfänger die (s. „*Wichtige Indikatoren*“) sollte über einen langen Zeitraum hinweg beobachtet werden, weil es etwas über Verbleibens- und Austrittswahrscheinlichkeit aussagt.



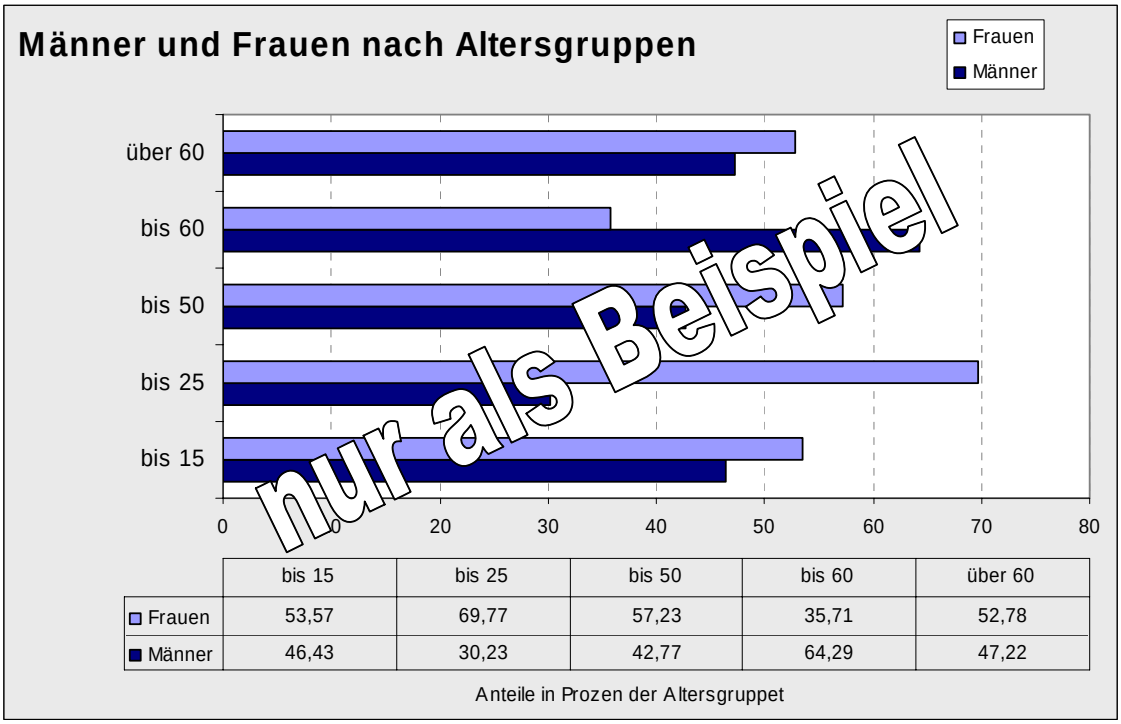
	bis 15	bis 25	bis 50	bis 60	über 60
Prozent SH	17,28	26,54	35,60	5,76	14,81
Prozent Kreis	12,43	14,65	37,11	11,69	24,12

Die Grafik sagt aus: SH ist ein Kinder- und Jugendproblem. In der Altersgruppe der 15-25 jährigen ist der Anteil der SH-Empfänger fast doppelt so hoch, wie der Anteil dieser Altersgruppe in der Bevölkerung des Kreises.

Klicken Sie für mehr Informationen:				
Alter und **Schulabschluss**	Alter und höchster **Berufsbildungsabschluss**	Durchschnittsalter in **Erwerbsstatus**	**Bezugsdauer** in Altersgruppen	Durchschnittsalter von **Wechslern und Verbleibern**

2 Männer und Frauen in der Sozialhilfe

Neben dem Alter ist das Geschlecht ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der SH und den individuellen Risiken SH zu beziehen, bzw. aus ihr herauszukommen. SH ist „weiblich“. Während das Anteils-Verhältnis von Männern und Frauen im Kreis fast genau 50:50 ist, liegt es in der SH bei 42 (Männer): 58 (Frauen). Da auch Frauen immer noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und darüber hinaus im Kreis 12 Prozent von ihnen wegen „häuslicher Verpflichtungen“ nicht erwerbstätig sein können, ist die Austrittswahrscheinlichkeit aus der SH bei Frauen geringer als bei Männern, die Verweildauer also höher. Wir beobachten daher den Indikator: Verhältnis von Frauen zu Männern in der Gruppe der bis 25 jährigen (*„wichtige Indikatoren“*).



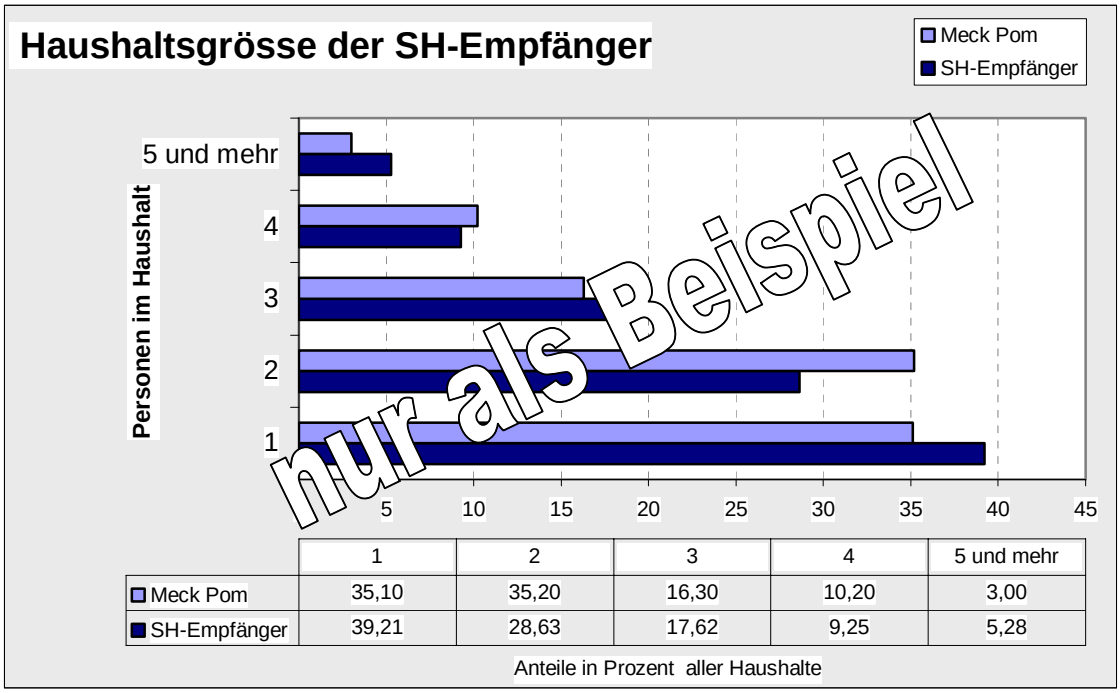
	bis 15	bis 25	bis 50	bis 60	über 60
Frauen	53,57	69,77	57,23	35,71	52,78
Männer	46,43	30,23	42,77	64,29	47,22

Die Grafik sagt aus: Nur in der Altersgruppe der 50 bis 60 jährigen gibt es mehr Männer als Frauen; in der Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren ist der Anteil der Frauen an den SH-Empfängern mehr als doppelt so hoch wie der der Männer. Davon sind jedoch nur etwa 12 Prozent allein erziehende Mütter (vorhandene Zahlen sind nicht genau).

Klicken Sie für mehr Informationen:			
Geschlecht und **Schulabschluss**	Geschlecht und höchster **Berufsbildungsabschluss**	Geschlecht in **Erwerbsstatus**	**Bezugsdauer** von Männern und Frauen

3 Die Größe von SH-Haushalten

Anders als oft angenommen, ist SH kein „Kinderreichen-Problem. Vielmehr gehören allein stehende Frauen im Alter bis 25 Jahren (ohne ausreichende Berufsausbildung) zu der am meisten gefähdetsten Gruppe. Bei ihnen liegt die Eintrittswahrscheinlichkeit am höchsten und die Austrittswahrscheinlichkeit am geringsten.



	1	2	3	4	5 und mehr
Meck Pom	35,10	35,20	16,30	10,20	3,00
SH-Empfänger	39,21	28,63	17,62	9,25	5,28

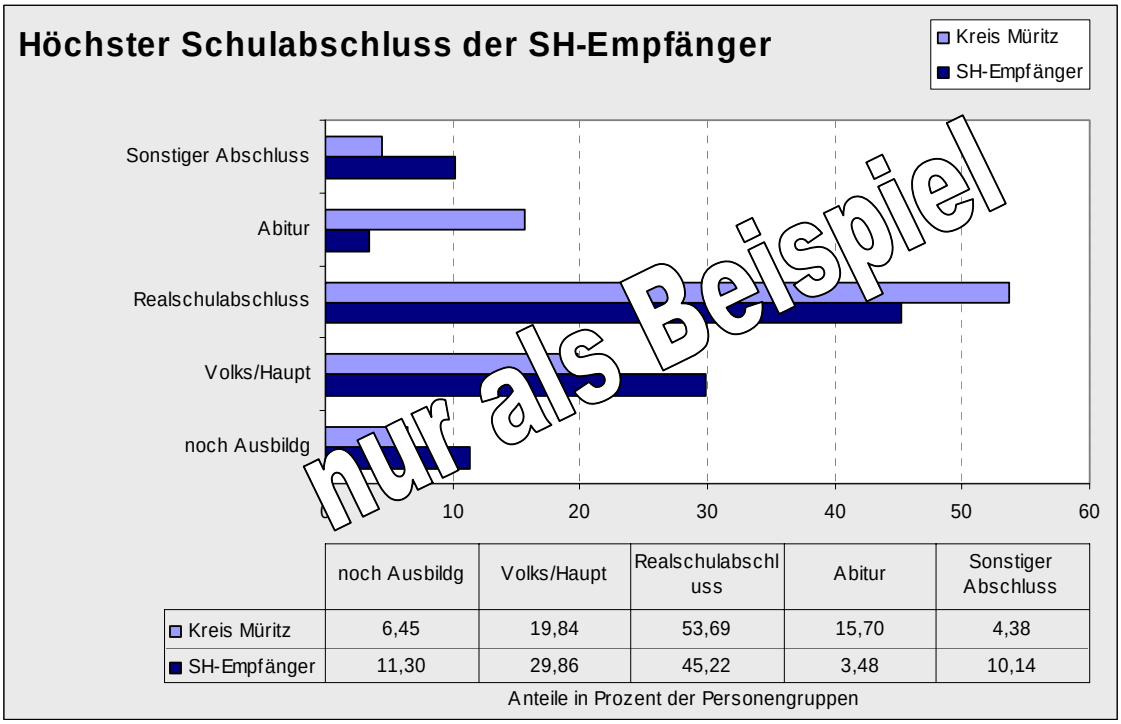
Die Grafik sagt aus:

Große Haushalte sind in Mecklenburg Vorpommern und im Kreis annährend gleich verteilt und es gibt sogar unterdurchschnittliche wenige Zwei-Personenhaushalte, die SH beziehen. Dieser Zustand ist allerdings eher der geltenden Rechtslage geschuldet (Unterhaltsverpflichtung der Partner) als der sozialen Situation aller Zwei-Personenhaushalte.

Klicken Sie für mehr Informationen:		
Haushaltsgröße und **SH-Betrag pro Person**	**Dauer des Bezuges** und Haushaltsgrößen	**Wechsel aus der SH** nach Haushaltsgröße

4 Die Schulausbildung von SH-Empfängern

Neben dem Alter und dem Geschlecht entscheidet die Schulausbildung (wie auch die Berufsausbildung, s. nächstes Blatt) über die Eintrittswahrscheinlichkeit (sie ist hoch, wenn der Schulabschluss gering ist) und das Verbleibensrisiko (es ist ebenfalls hoch, wenn Schul- und Berufsausbildung niedrig sind). Der Grund dafür sind die geringen Chancen von bildungs- und ausbildungsarmen Personen auf den regionalen und überregionalen Arbeitsmärkten. Die zeitliche Entwicklung und Beobachtung des Anteils der nicht- oder unzureichend ausgebildeten an den SH-Empfängern ist deswegen ein wichtiger Indikator für die Gesamtentwicklung der SH (s. *„wichtige Indikatoren“*).



	noch Ausbildg	Volks/Haupt	Realschulabschluss	Abitur	Sonstiger Abschluss
Kreis Müritz	6,45	19,84	53,69	15,70	4,38
SH-Empfänger	11,30	29,86	45,22	3,48	10,14

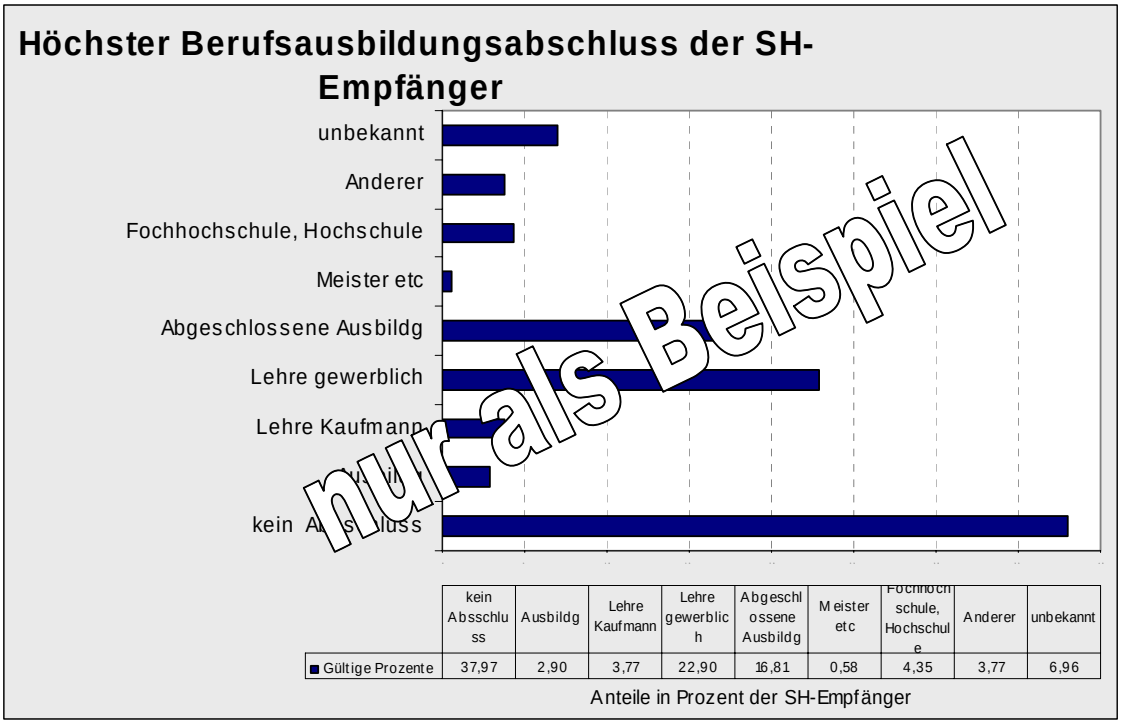
Anteile in Prozent der Personengruppen

Die Grafik sagt aus: Das Ausbildungsniveau ist der SH-Empfänger ist im Vergleich mit der Bevölkerung im Kreis erheblich niedriger. Es gibt fast ein Drittel mehr Volks- und Hauptschüler erheblich weniger Realschüler (oder Personen mit vergleichbaren Abschlüssen) und viel weniger Abiturienten unter den SH-Empfängern.

Klicken Sie für mehr Informationen:			
Schulausbildung und **Alter**	Schulausbildung nach **Geschlecht**	Schulausbildung und **Dauer des Bezuges**	Schulausbildung und **Wechsel aus der SH**

5 Die Berufsausbildung von SH-Empfängern

Wie die Schulbildung auch, entscheidet der jeweilige Berufsabschluss erheblich über die Chancen, den eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit bestreiten zu können. Entsprechend hoch (50%) liegt auch der Anteil von Jugendlichen (bis 25 Jahre) ohne Berufsausbildung unter den Arbeitslosen (Achtung: Hier mit Verlaufsdaten verknüpfbar). Auch der Anteil derjenigen SH-Empfänger, die arbeitslos gemeldet sind, aber keine Bezüge (mehr) beziehen ist unter den Nichtausgebildeten etwa doppelt so hoch, wie im Durchschnitt. Dies liegt daran, dass diese Personengruppe kaum so lange beschäftigt ist oder nach dem Schulabschluss gar nicht beschäftigt war, so dass keine Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung aufgebaut werden konnten.

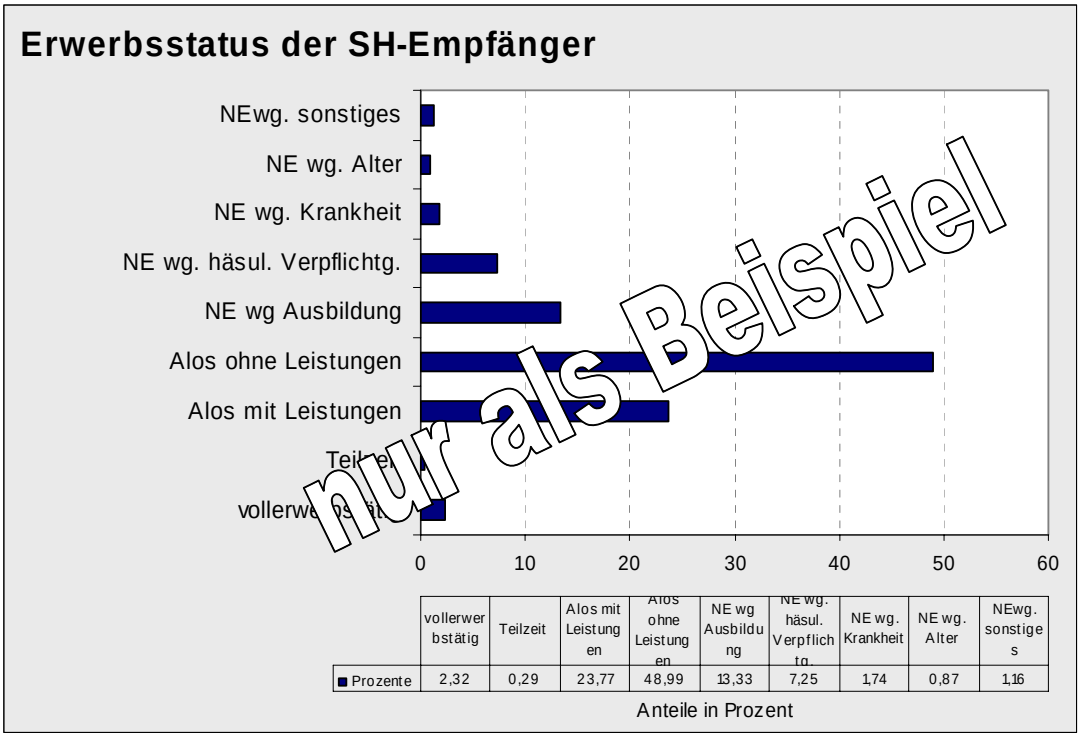


Die Grafik sagt aus: Fast 40 Prozent der SH-Empfänger haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser Anteil sollte regelmäßig beobachtet werden, (s. *„Wichtige Indikatoren“*) weil es ebenfalls etwas über die Eintrittwahrscheinlichkeit in die SH und etwas über das Verbleibensrisiko aussagt.

Klicken Sie für mehr Informationen:	
Berufsausbildung und **Alter**	Berufsausbildung nach **Geschlecht**

6 Der Erwerbsstatus von Sozialhilfeempfängern

Fast drei Viertel aller SH-Empfänger sind arbeitslos, also im Prinzip erwerbsfähig, aber ohne Erwerbsmöglichkeiten und daher ohne ausreichendes Einkommen. (Umso erstaunlicher ist es, das die Kategorie „arbeitslos“ für SH-Empfänger als „Grund“ der SH nicht vorkommt). Für eine sehr kleine Minderheit (rd. 2 Prozent) reicht auch das Einkommen, dass sie durch Erwerbsarbeit erzielen können nicht aus, um den persönlichen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Um die soziale Lage der SH-Empfänger besser beurteilen zu können, sollte daher vor allem die Entwicklung des Anteils von arbeitslos gemeldeten Personen beobachtet werden (s. „wichtige Indikatoren“; dieser Anteil wird jedoch mit der Umsetzung von Hartz IV anders erfasst werden).

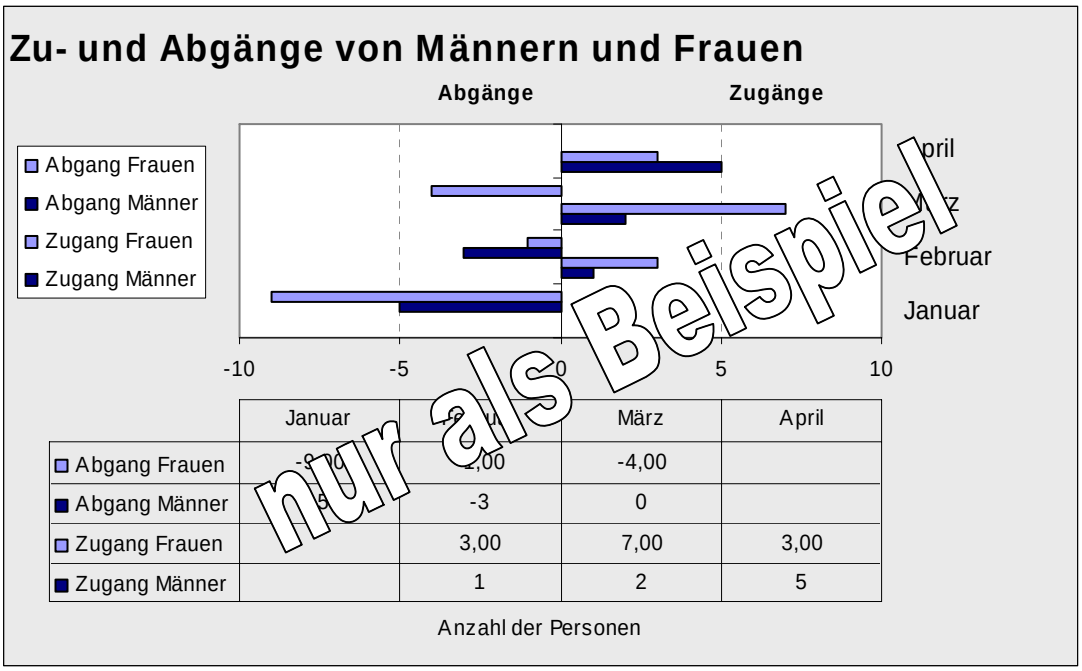


Die Grafik sagt aus: Neben der hohen Zahl von arbeitslosen (also im Prinzip arbeitsfähigen) Menschen gibt es einen (noch) sehr kleinen Teil von Erwerbstätigen mit (unzureichendem) eigenen Einkommen (knapp 5%), knapp 15 Prozent Menschen in Ausbildung (meist Azubis ohne ausreichend Einkommen) und etwas über 7 Prozent Personen mit häuslichen Verpflichtungen, die nicht erwerbstätig sein können (bezogen auf den Frauenanteil sind es 12 Prozent).

Klicken Sie für mehr Informationen:		
Alter in Erwerbsstatus	**Männer und Frauen** und Erwerbsstatus	Erwerbsstatus und **Dauer** des Leistungsbezuges

7 Zu- und Abgänge

Die Bilanz von Zu- und Abgängen entscheidet über die Gesamtentwicklung der SH. Die Zu- und Abgänge spiegeln nicht immer soziale Situationen (also z.B. die Zunahme von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte) wieder, sondern sind Gesetzesänderungen, neuen Vorschriften und Verfahren geschuldet. Durch die Einführung von Hartz IV wird die Verlaufsstatistik unterbrochen und sollte neu begonnen werden.



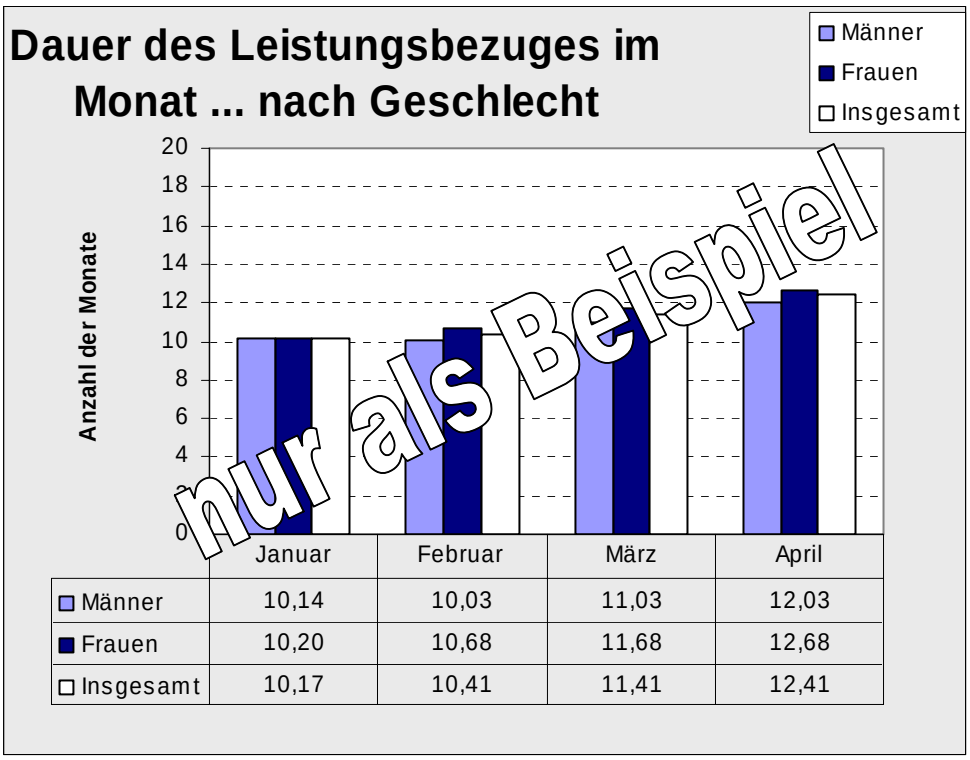
Die Grafik sagt aus:

Auf Grund der kurzen Beobachtungszeit (Januar bis April) und der geringen Fallzahlen (nur Malchow) können noch keine Aussagen über die Zu- und Abgänge getroffen werden. Deshalb sind die unten genannten Links auch noch nicht aktiv.

Klicken Sie für mehr Informationen: (Noch keine Daten verfügbar)		
Dauer nach Geschlecht	Zu- und Abgänge nach **Schulabschluss**	Zu- und Abgänge nach **Erwerbsstatus**

8 Dauer der SH

Die Dauer der einzelnen SF multipliziert mit der Anzahl der SH-Empfänger sagt uns etwas über das SH-Volumen (s. „wichtige Indikatoren“). Dabei ist die individuelle Dauer des SH-Bezuges von dem individuellen Verbleibensrisiko abhängig, also davon, wie lange jemand in der SH verbleiben wird. Dabei hat sich immer wieder der folgende Zusammenhang bestätigt: Je länger für eine Person eine SH-Episode (das ist ein Zeitraum mit ununterbrochenem SH-Bezug) dauert, desto länger wird sie auch noch andauern. Das heißt, das individuelle Verbleibensrisiko steigt mit der Bezugsdauer der SH.



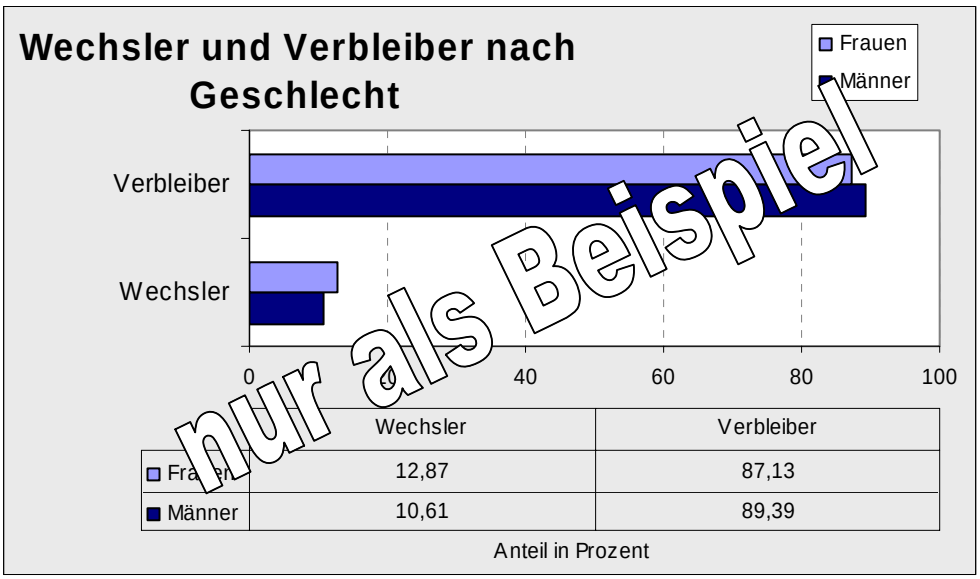
	Januar	Februar	März	April
Männer	10,14	10,03	11,03	12,03
Frauen	10,20	10,68	11,68	12,68
Insgesamt	10,17	10,41	11,41	12,41

Die Grafik sagt aus: Auf Grund der kurzen Beobachtungszeit (Januar bis April) und der geringen Fallzahlen (nur Malchow) können noch keine zuverlässigen Aussagen über die Entwicklung der Dauer und des SH-Volumens getroffen werden. Wächst die Dauer jedoch im Monats-Abstand um mehr als 1, so hat in der betreffenden Personengruppe das SH-Volumen überproportional zugenommen, sinkt es, so hat es abgenommen. (Im vorliegenden Fall steigt die Dauer um ungefähr 1 pro Monat). Diese Beobachtung erfordert jedoch wesentlich längere Zeitreihen.

Klicken Sie für mehr Informationen:		
Schulabschluss und Bezugsdauer	Alter und Bezugsdauer	Erwerbsstatus und Bezugsdauer

9 Episoden im SH-Bezug: Wechsler

Unter einer „Episode“ verstehen wir einen Zeitraum von x Monaten, indem ununterbrochen SH-bezogen wird. Es können mehrere SH-Episoden pro Jahr vorkommen, wenn diese von kürzerer Dauer als 11 Monate sind (einen Monat ohne SH-Bezug). Aus der Addition der Episoden ergibt sich die kumulierte Gesamtdauer der SH. Eine Person, die pro Jahr mehr als eine Episode aufweist, bezeichnen wir als „Wechsler“. Der Anteil der Wechsler sagt etwas über die „Durchlässigkeit“ der SH aus. Ein hoher Anteil an Wechslern am SH-Volumen ist günstiger als ein gleich hohes SH-Volumen ohne Wechsler, weil es weniger „stabil“ ist.



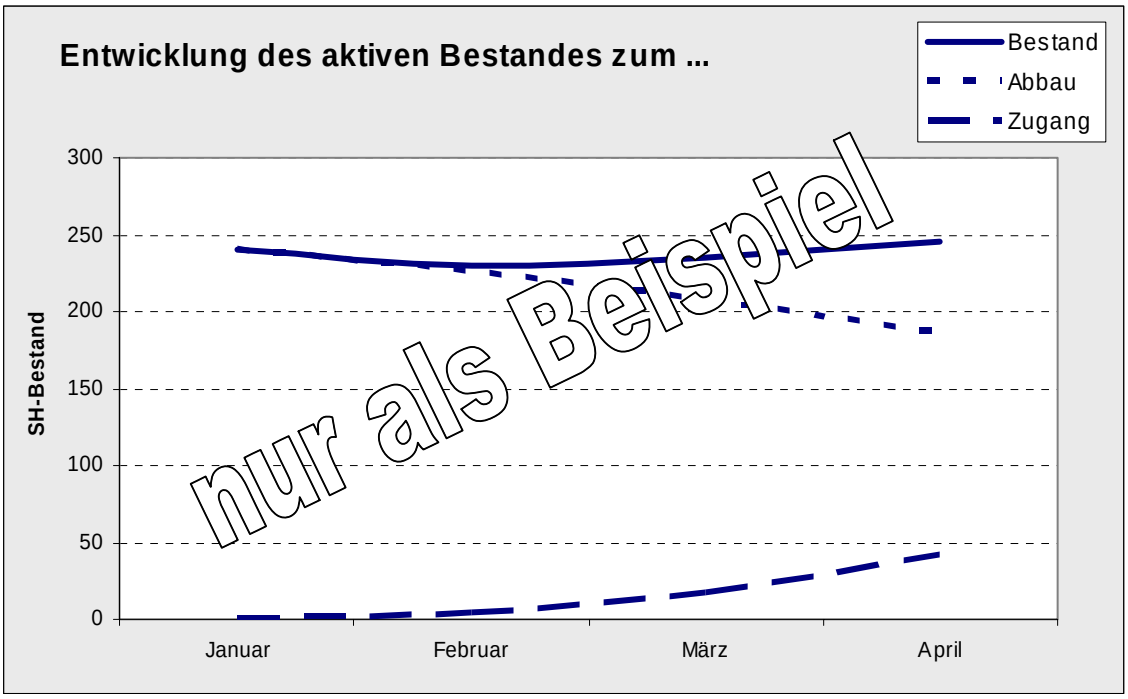
Die Grafik sagt aus:

Auf Grund der kurzen Beobachtungszeit (Januar bis April) und der geringen Fallzahlen (nur Malchow) können noch keine Aussagen über Bewegungen bei den Wechslern getroffen werden. Deshalb sind die unten genannten Links auch nur bedingt aussagefähig.

Klicken Sie für mehr Informationen:	
Episoden nach Geschlecht	Haushaltsgrößen und Wechsler

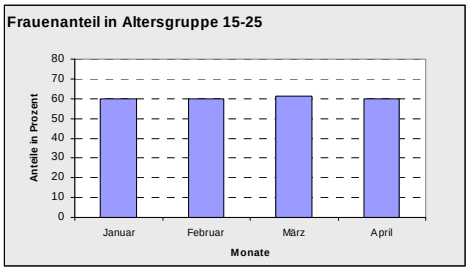
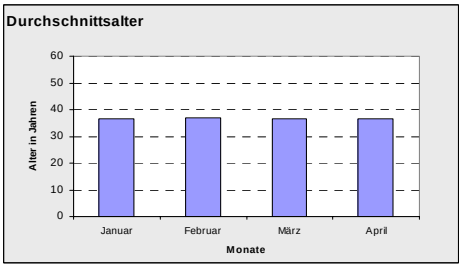
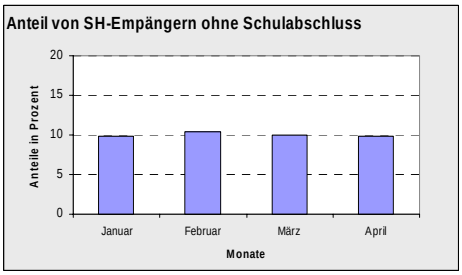
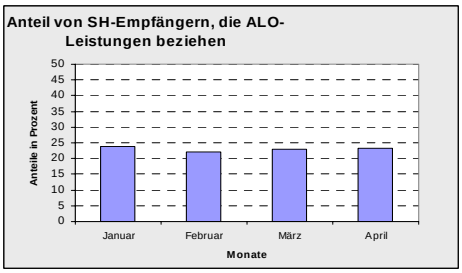
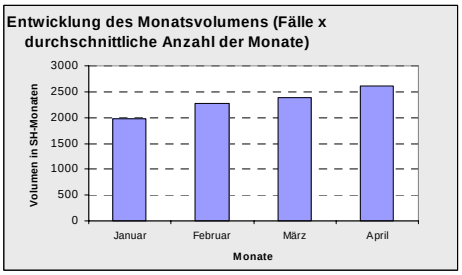
10 Verlauf und Entwicklung

Aus der Bilanz von Zu- und Abgängen ergibt sich der jeweilige SH-Bestand zu einem gegebenen Zeitpunkt. Ob der Bestand wächst oder sinkt, kann aus der Entwicklung mehrerer Indikatoren vorhergesagt werden. Dazu gehören vor allem: Alter der Zugänge, Ausbildungsstand der Zugänge und das Geschlecht (allerdings nur unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. im Status „allein erziehend“). Aus den Kurven für die Zugänge und Abgänge kann die Eintrittswahrscheinlichkeit, die Verbleibenswahrscheinlihkeit und die Austrittswahrscheinlichkeit errechnet werden. Dazu wären allerdings mehr Fälle und ein längerer Beobachtungszeitraum (mind. 1 Jahr) notwendig.



Die Grafik sagt aus: Noch keinerlei Aussagen über den weiteren Verlauf möglich

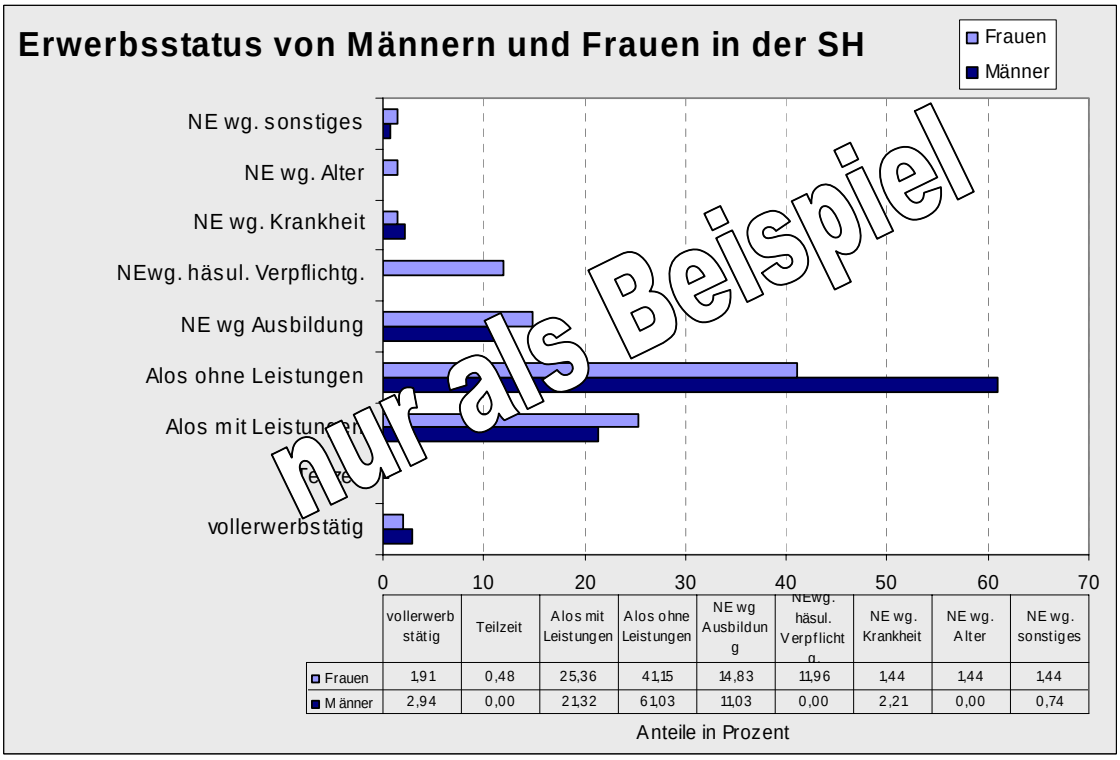
11 Wichtige Indikatoren

	Je höher der Frauenanteil in der Altersgruppe der 15-25 Jährigen ist, desto schlechter werden für diese Gruppe die Ausstiegschancen sein und das SH-Volumen wird wachsen.
	Je höher das Durchschnittsalter ist, desto schlechter werden die Ausstiegschancen sein (bis zum 65 Lebensjahr) und das SH-Volumen wird wachsen
	Je höher der Anteil von SH-Empfängern ohne Schulabschluss ist, desto schlechter werden für diese Gruppe die Ausstiegschancen sein und das SH-Volumen wird wachsen.
	Je höher der Anteil von SH-Empfängern ist, der zusätzliche Leistungen aus Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung bezieht, desto geringer sind die Austrittchancen.
	Je ungünstiger die oben genannten Faktoren für die individuelle Entwicklung ausgeprägt sind, desto ungünstiger wird sich das SH-Volumen entwickeln. Es wird um mehr als 1 pro Monat steigen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Erwerbsstatus von Männern und Frauen

Frauen haben, wenn sie in SH sind, zu einem größeren Anteil als Männer noch Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes. Aber damit sind sie keinesfalls besser gestellt als Männer. Vielmehr ist ihr Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe geringer als die der Männer, so dass der Fehlbetrag durch Bezug von SH ausgeglichen werden muss. Zudem stehen sie weniger häufig dem Arbeitsmarkt zu Verfügung (Frauen nur zu 41 Prozent, Männer zu 60 Prozent), weil sie eher durch „häusliche Verpflichtungen“ gebunden und deshalb auf SH angewiesen sind.



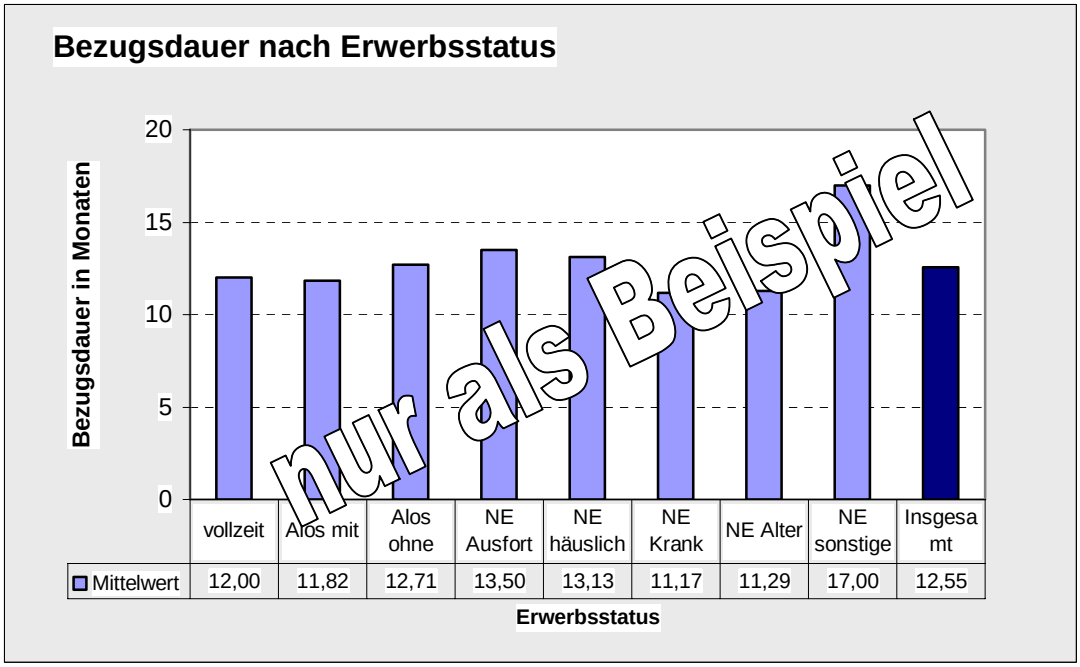
	vollerwerbstätig	Teilzeit	Alos mit Leistungen	Alos ohne Leistungen	NE wg Ausbildung	NEwg. häsul. Verpflichtg.	NE wg. Krankheit	NE wg. Alter	NE wg. sonstiges
Frauen	1,91	0,48	25,36	41,15	14,83	11,96	1,44	1,44	1,44
Männer	2,94	0,00	21,32	61,03	11,03	0,00	2,21	0,00	0,74

Klicken Sie für mehr Informationen:

zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Erwerbsstatus und Bezugsdauer

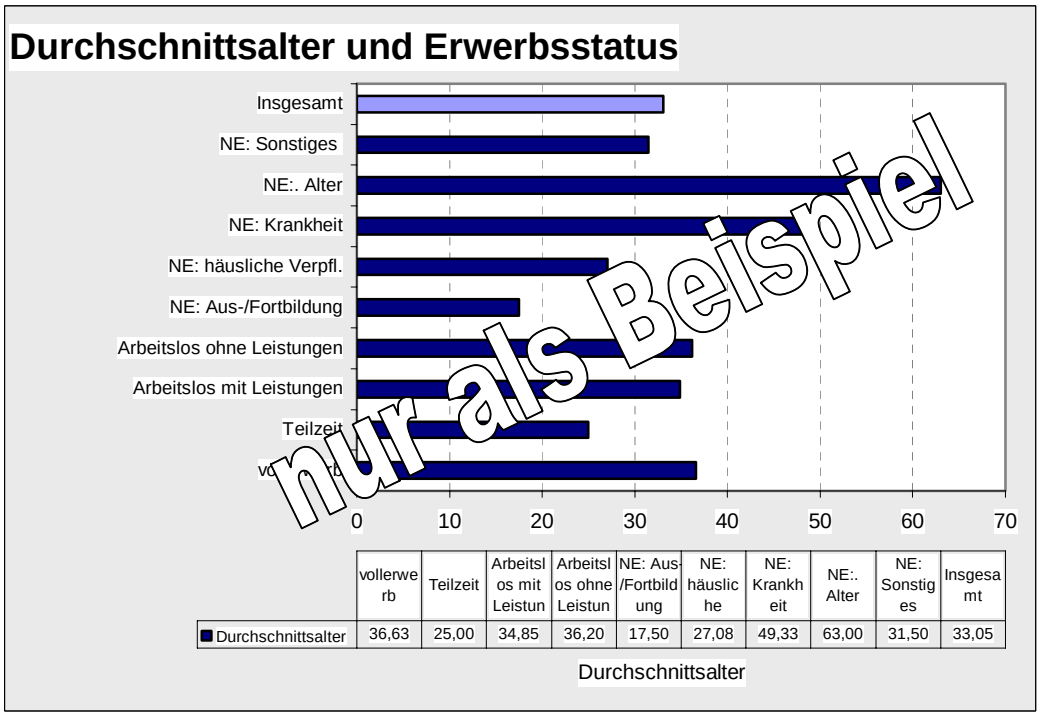
Bei Krankheit und (hohem) Alter ist die durchschnittliche Bezugsdauer niedriger als in den anderen Fällen, weil hier ab dem 65 Lebensjahr der Übergang in den Rentenstatus erfolgt. Personen in Ausbildung haben eine lange Verweildauer, ebenso Personen, die zwar arbeitsfähig sind, aber keine Leistungen /mehr) vom Arbeitsamt beziehen.



Klicken Sie für mehr Informationen:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Alter und Erwerbsstatus

Das hohe Alter in den Kategorien nicht erwerbstätig wegen Alter oder wegen Krankheit erklärt sich durch die Kategorien selbst. Auch die Altersverteilung in den anderen Kategorien ist selbsterklärend. Bei der Personengruppe der nichterwerbstätigen wegen Alter und wegen Krankheit ist die Austrittchance als nur sehr niedrig einzuschätzen.

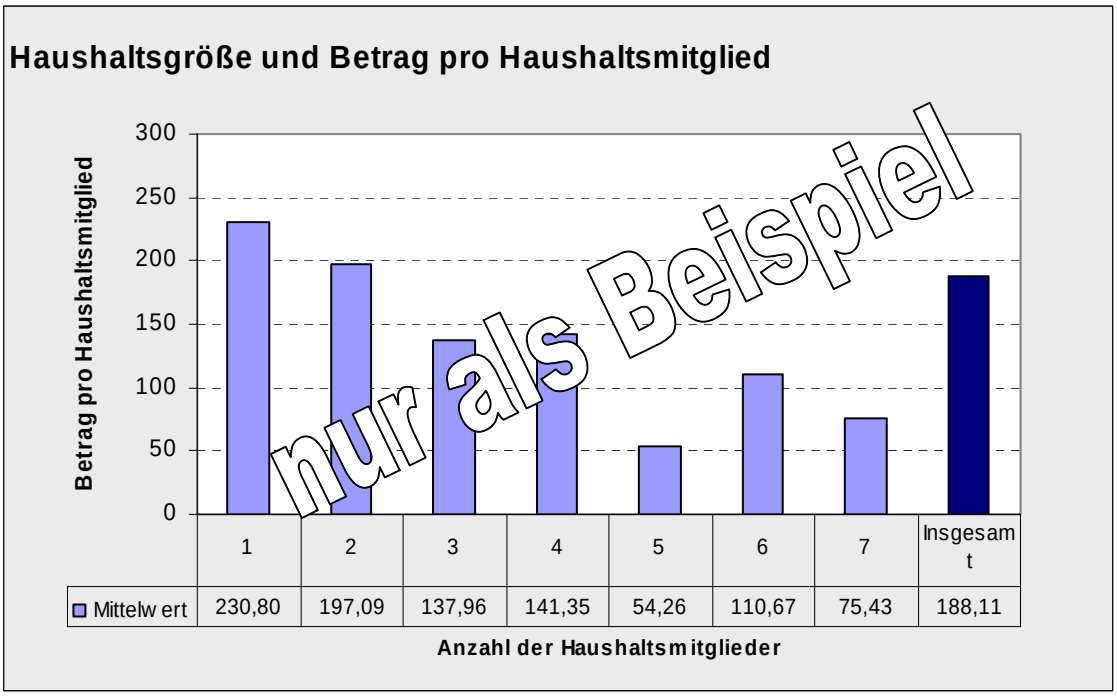


	vollerwerb	Teilzeit	Arbeitslos mit Leistun	Arbeitslos ohne Leistun	NE: Aus-/Fortbildung	NE: häusliche	NE: Krankheit	NE:. Alter	NE: Sonstiges	Insgesamt
Durchschnittsalter	36,63	25,00	34,85	36,20	17,50	27,08	49,33	63,00	31,50	33,05

Klicken Sie für mehr Informationen:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Haushaltsgröße und SH-Betrag pro Person

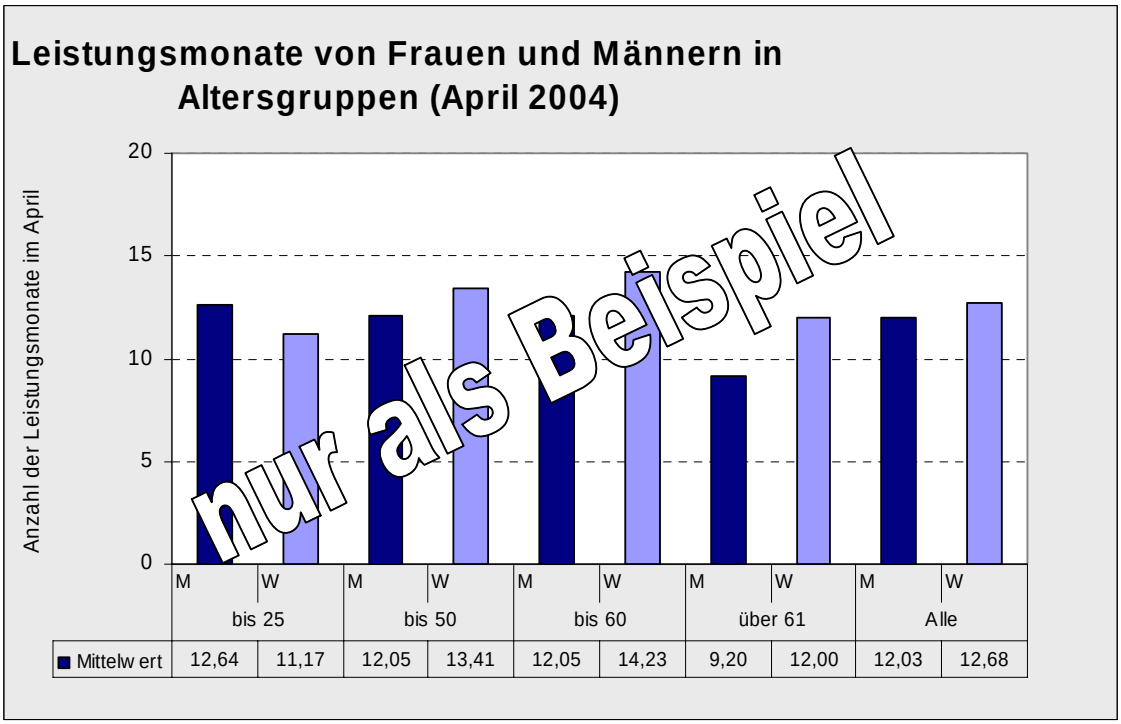
Mit der Größe der Größe des Haushaltes sinkt die Höhe der Unterstützungsleistung pro Person. Da die Höhe der Leistungen jedoch gesetzlich festgeschrieben ist, lassen sich hieraus keine Aussagen zu unterschiedlichen sozialen Lagen von großen und kleinen Haushalten machen.



Mehr Informationen dazu anklicken:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Bezugsdauer von Männern und Frauen

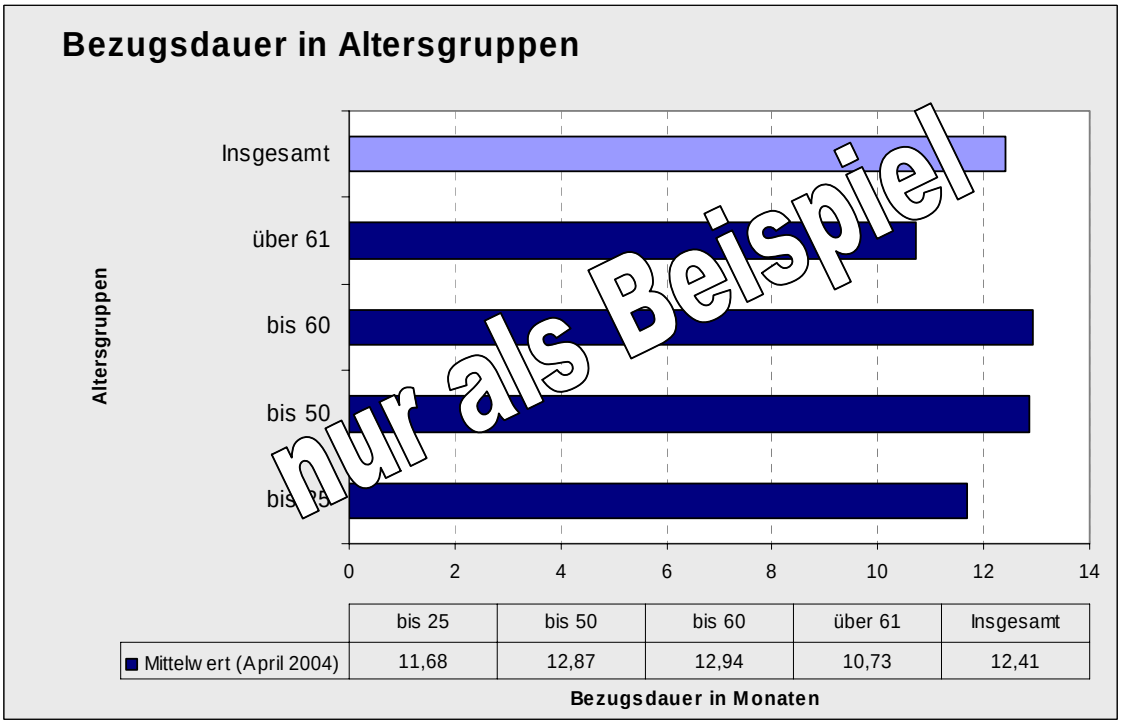
Junge Frauen sind etwa einen Monat kürzer in SH als junge Männer, ab dem 50. Lebensjahr jedoch wesentlich länger. Auch hier machen sich die Mechanismen des Arbeitsmarktes, auf denen Männer auch bei schlechter Ausbildung eine größere Erwerbschance haben als Frauen bemerkbar, aber auch die Tatsache, das Frauen wegen häuslicher Verpflichtungen länger in SH verbleiben.



Mehr Informationen dazu anklicken:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Bezugsdauer in Altersgruppen

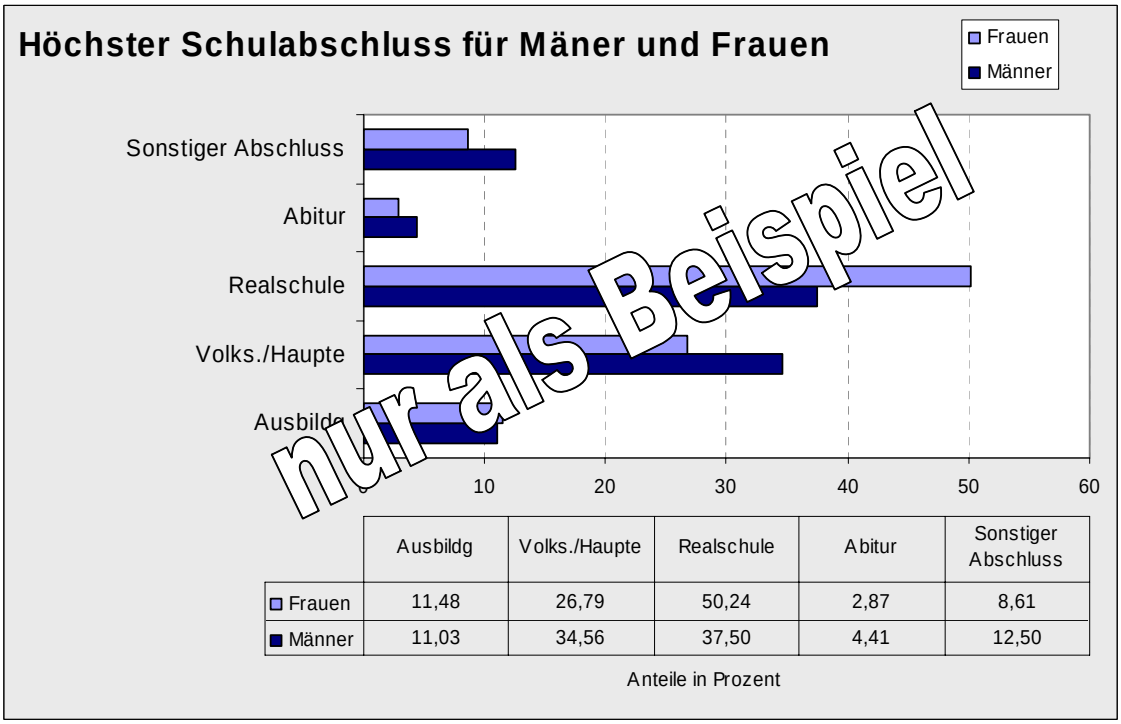
Die durchschnittliche Bezugsdauer (ohne Unterbrechungen) liegt im April bei ca. 12 Monaten. Personen zwischen dem 25 und 60 Lebensjahr weisen die längste Bezugsdauer aus. Altersbedingt haben sie also ein höheres Verbleibensrisiko



Sie möchten:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Schulabschluss von Männern und Frauen

Frauen in der SH sind besser ausgebildet (schulisch und beruflich, wie die nächste Detailabbildung zeigt) als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil an Absolventinnen einer Realschule ist höher als der der Männer, der Anteil an Hauptschulabsolventinen ist geringer. Wenn der Anteil der Frauen an der SH trotzdem höher ist als der der Männer, kann dies nicht auf eine schlechtere Ausbildung, sonder auf schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Kinderversorgung *trotz* günstigerer Ausbildungssituation erklärt werden. Eine (hier nicht wiedergegebene) Detailausrechnung zeigt sogar, dass bei den Hauptschulabsolventinnen die Verweildauer in der SH (bis April 2004) etwa einen halben Monat länger ist als bei den Männern, bei Realschulabsolventinnen beträgt der Unterschied sogar 3 Monate.



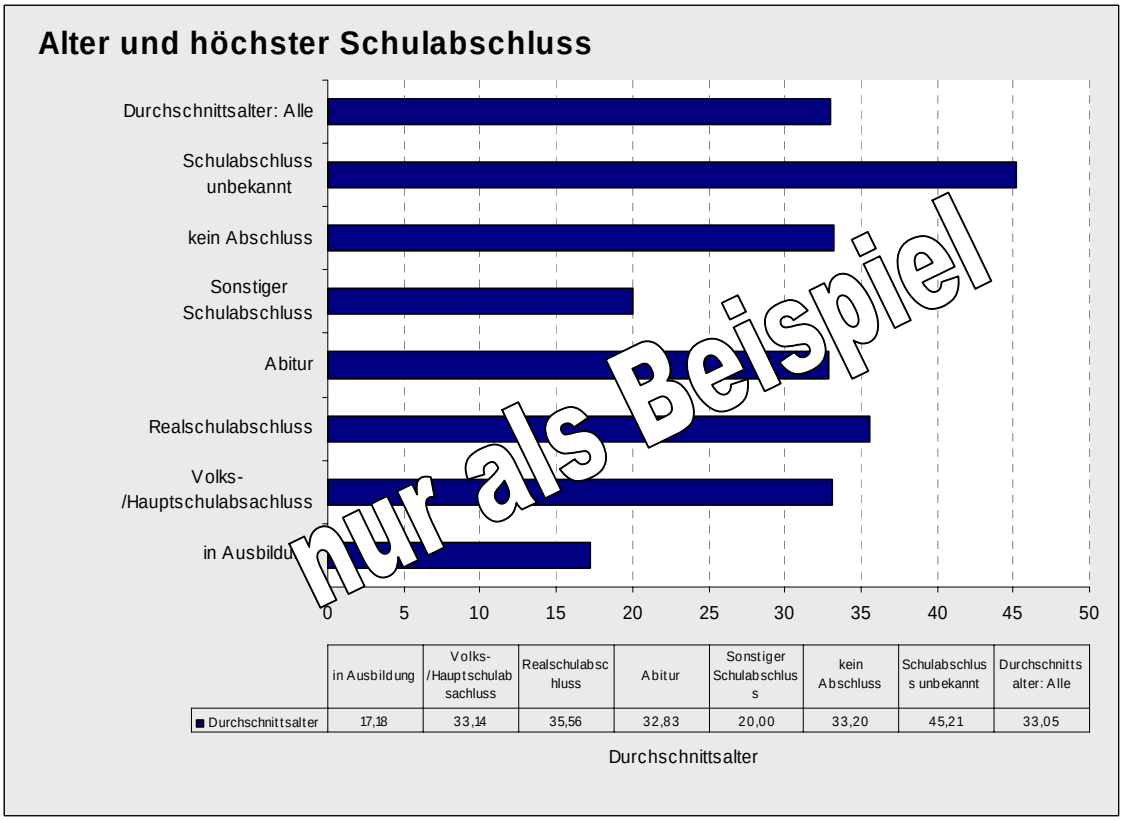
	Ausbildg	Volks./Haupte	Realschule	Abitur	Sonstiger Abschluss
Frauen	11,48	26,79	50,24	2,87	8,61
Männer	11,03	34,56	37,50	4,41	12,50

Mehr Informationen dazu anklicken:

zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Alter und Schulabschluss

Es ist bekannt, dass der Ausbildungsgrad bei jungen Menschen höher ist als bei Älteren. Dies geht aus der folgenden Grafik hervor. Vor allem in der Kategorie „Schulabschluss unbekannt“ liegt das Durchschnittsaler vergleichsweise hoch. Es handelt sich hierbei oft um Menschen ohne einen vergleichbaren Schulabschluss, z.B. bei Aussiedlern. Das hohe Alter in dieser Kategorie kann zu einem hohen Eintritts- und Verbleibensrisko führen.

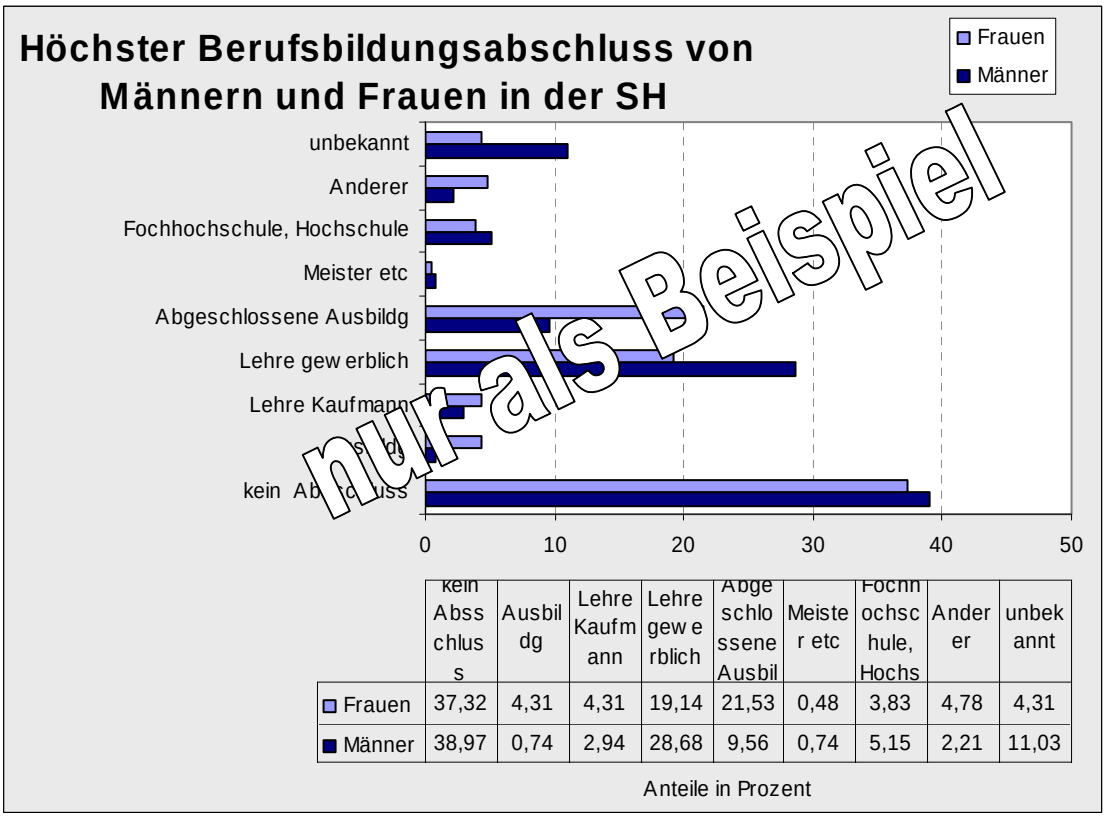


	in Ausbildung	Volks- /Hauptschulabsachluss	Realschulabschluss	Abitur	Sonstiger Schulabschluss	kein Abschluss	Schulabschluss unbekannt	Durchschnittsalter: Alle
Durchschnittsalter	17,18	33,14	35,56	32,83	20,00	33,20	45,21	33,05

Sie möchten:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Höchster Berufsbildungsabschluss von Männern und Frauen

Frauen sind auch beruflich etwas besser ausgebildet als Männer, aber auch hier (s. Detailgrafik: Schulausbildung) „nützt“ ihnen diese Ausbildung nichts, um früher die Sozialhilfe zu verlassen. „Frau sein“ wird damit zum eigenständigen Sozialhilferisiko, das durch andere „frauenspezifische“ Risken noch verstärkt werden kann und letztlich zu dem überproportional hohen Anteil an Frauen in der Sozialhilfe führt.

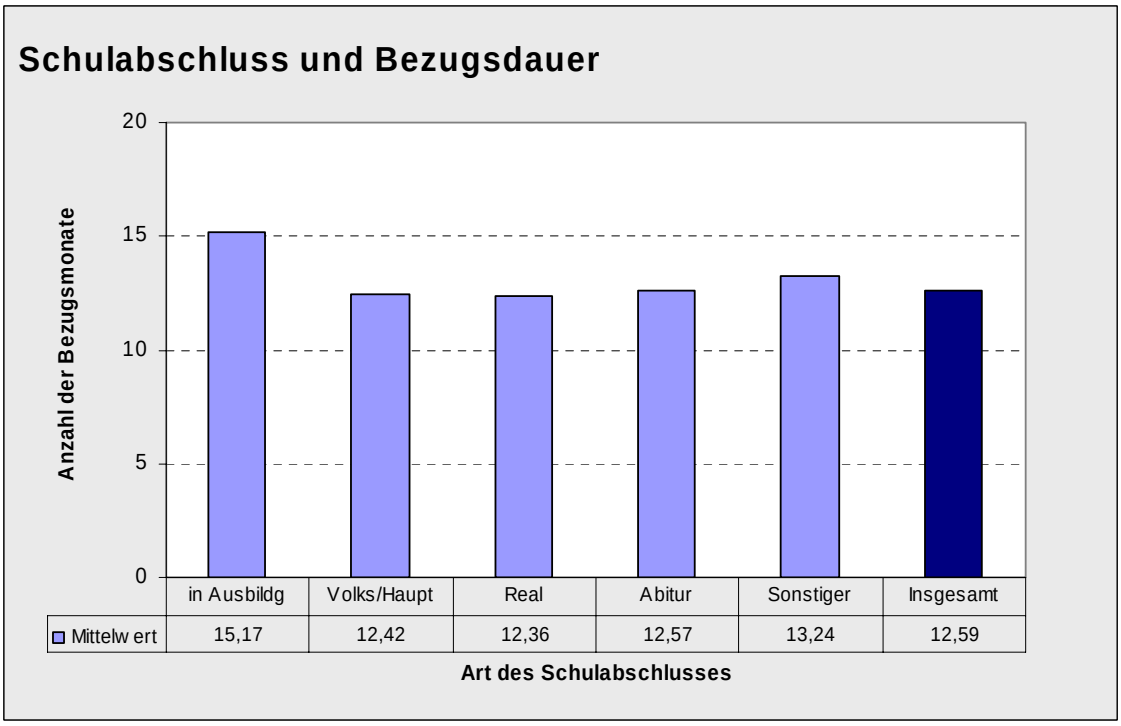


	kein Abschluss	Ausbildg	Lehre Kaufmann	Lehre gewerblich	Abgeschlossene Ausbil	Meister etc	Fochhochschule, Hochs	Anderer	unbekannt
Frauen	37,32	4,31	4,31	19,14	21,53	0,48	3,83	4,78	4,31
Männer	38,97	0,74	2,94	28,68	9,56	0,74	5,15	2,21	11,03

Mehr Informationen dazu anklicken:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Schulausbildung und Bezugsdauer

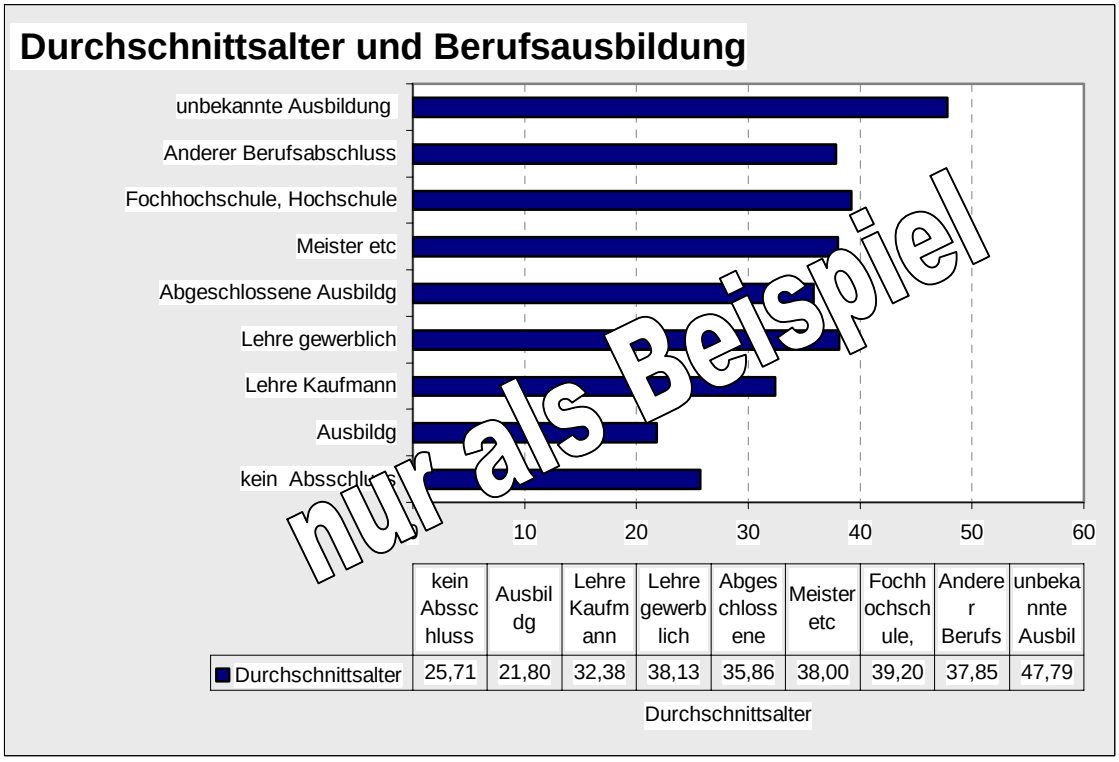
Die Bezugsdauer unterscheidet sich nicht wesentlich nach dem Schulabschluss, lediglich wer einen „sonstigen“ Schulabschluss hat (oft Aussiedler) hat eine deutlich höhere Verbleibenswahrscheinlichkeit. Azubis, die ihren Lebensunterhalt nicht mit ihrer Ausbildungsvergütung bestreiten können, weisen ebenfalls eine hohe Verweildauer auf. Bei ihnen ist das Risiko auf eine hohe Verweildauer ohnehin hoch, wenn sie nach abgeschlossener Ausbildung keine Arbeitsstelle finden.



Klicken Sie für mehr Informationen:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Alter und Berufsbildungsabschluss

Wie beim Zusammenhang zwischen Alter und Schulabschluss auch (s. vorige Detailübersicht), ist das Alter bei „unbekannten“ Abschlüssen deutlich höher als im Durchschnitt. Für diese Personengruppe müssen ungünstige Ausstiegs- und Einstiegschancen in die SH angenommen werden.

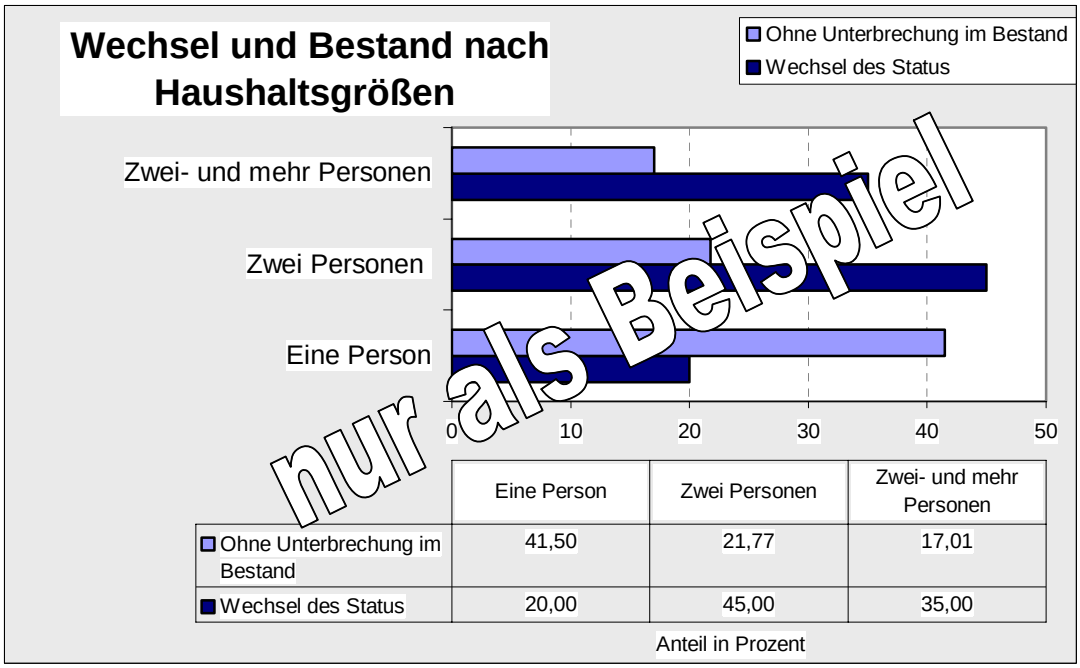


	kein Abssc hluss	Ausbil dg	Lehre Kaufm ann	Lehre gewerb lich	Abges chloss ene	Meister etc	Fochh ochsch ule,	Andere r Berufs	unbeka nnte Ausbil
Durchschnittsalter	25,71	21,80	32,38	38,13	35,86	38,00	39,20	37,85	47,79

Sie möchten:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Haushaltsgröße und Statuswechsel

Das Verbleibensrisiko im Ein-Personenhaushalt ist höher als in allen anderen Haushaltsgrößen, die meisten „Wechsler“ gibt es im Zwei-Personenhauhalt, was auch hier auf die gegenseitige Unterhaltspflicht der Partner zurückgeführt werden kann.

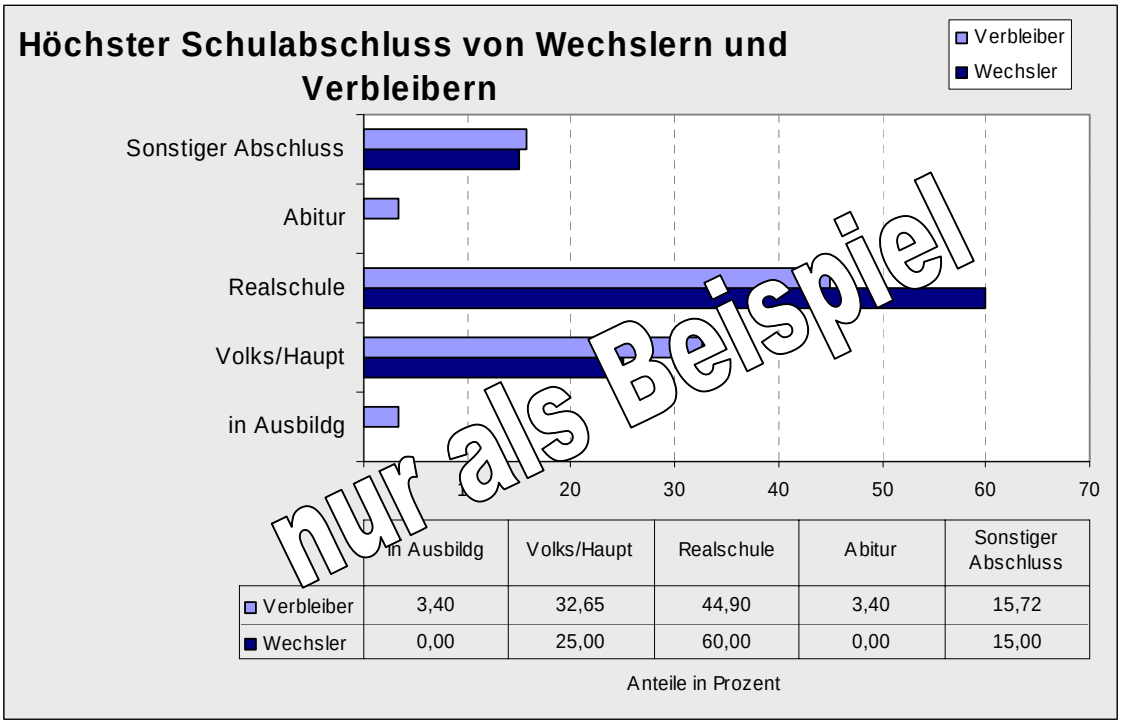


	Eine Person	Zwei Personen	Zwei- und mehr Personen
Ohne Unterbrechung im Bestand	41,50	21,77	17,01
Wechsel des Status	20,00	45,00	35,00

Mehr Informationen dazu anklicken:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Schulabschluss und Wechsel

Ein Realschulabschluss ermöglicht offensichtlich eher einen Wechsel aus der SH (Achtung: Hier sehr kurzer Beobachtungszeitraum mit wenigen Fällen) als ein Hauptschulabschluss.



	in Ausbildg	Volks/Haupt	Realschule	Abitur	Sonstiger Abschluss
Verbleiber	3,40	32,65	44,90	3,40	15,72
Wechsler	0,00	25,00	60,00	0,00	15,00

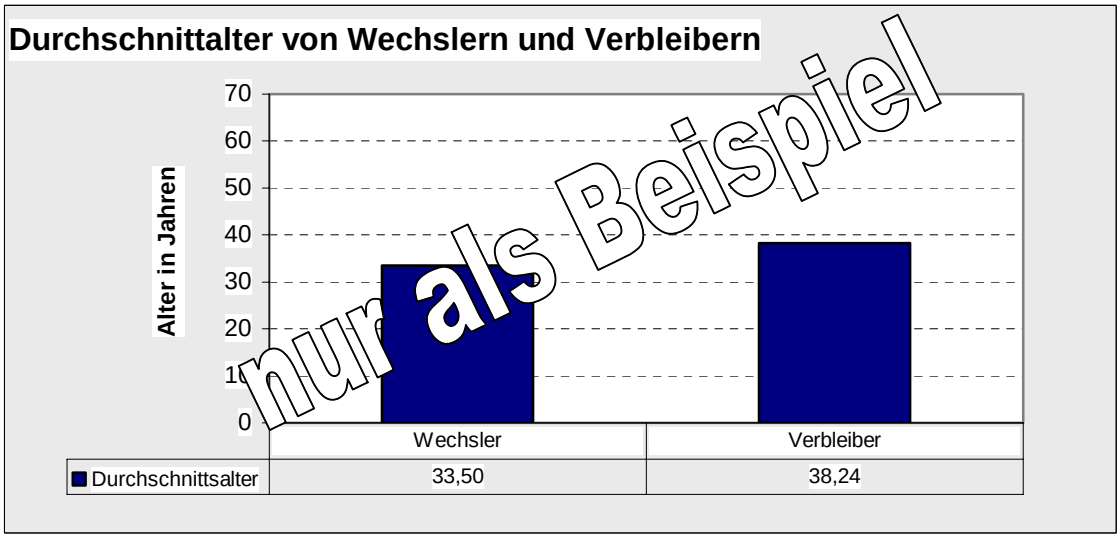
Mehr Informationen dazu anklicken:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Alter der Wechsler

Als „Wechsler“ bezeichnen wir die Gruppe von SH-Empfängern, die im Berichtszeitraum (also von Jan bis April 2004) eine Episode von SH aufweist, also wenigstens einmal in die SH eingetreten und einmal ausgetreten ist. Episoden liegen (bisher) nur bei wenigen SH-Empfängern vor, wie die Tabelle zeigt:

Monate	Häufigkeit
mrz	1
feb	2
feb mrz	2
jan apr	6
jan mrz apr	8
jan feb apr	2
jan feb mrz	1
jan feb mrz apr	223

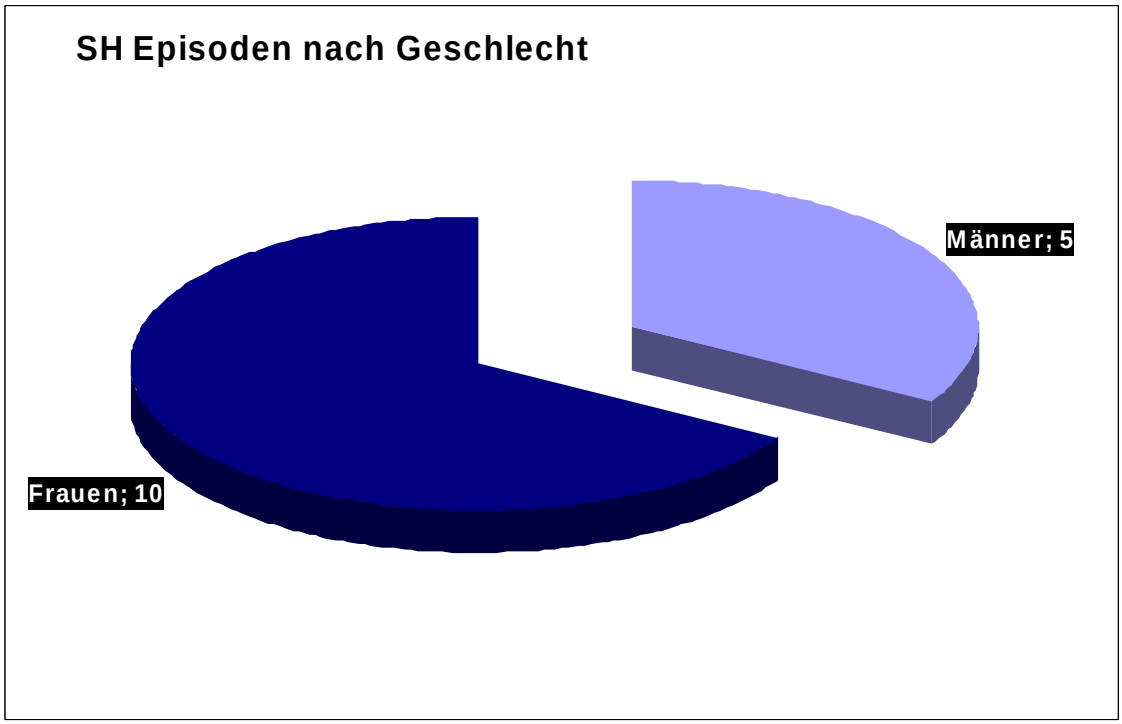
223 Personen waren alle vier Monate in Sozialhilfe, nur 22 haben weniger Monate aufzuweisen, ohne jedoch die SH in diesem Zeitraum gänzlich verlassen zu haben. 10 Prozent können also zu den so genannten „Kurzbeziehern“ gehören. Allerdings verbergen sich hinter diesen Episoden oft nicht spezielle soziale Lagen und Risiken und Chancen, sondern eher rechtliche Vorschriften.



Sie möchten:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Sozialhilfe-Episoden nach Geschlecht

Als Episoden haben wir Phasen von Sozialhilfebezug definiert, die innerhalb des Beobachtungszeitraums begonnen und wieder aufgehört haben. Naturgemäß können wir in einem 4-monatigen Beobachtungszeitraum nicht über viele Episoden berichten. Im vorliegenden Fall hatten doppelt so viele Frauen eine solche „Kurzzeit-Sh" wie Männer.



Klicken Sie für mehr Informationen:
zurück zu den Grunddaten: Schließen Sie diese Datei

Literatur

Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus. In: Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2, S. 70ff.

Andreß, Hans-Jürgen (1999): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten, Opladen

BA (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Dezember2004 Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2004

Bartelheimer, P.: Sozio-ökonomische Berichterstattung – Arbeit und Lebensweisen. Ein Forschungs- und Tgaungsbericht, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 32, S. 141-147.

Beck, Grit (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: Grit Beck Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen. Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt . 65180 Wiesbaden. Heft 112, 2004

Berichterstattung (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Böhnke, P. (2001): Nothing left to loos. Poverty and Social exclusion in Comparison. WZB-Discissuion-Paper FS III01-402.

Büchel, F.(u.a.) Zwischen drinnen und draußen. Arbeitmarktchancen und soziale Ausgrenzung in Deutschlanbd, Opladen,

Buhr, Petra (1995): Dynamik von Armut, Opladen.

Bundesregierung (1999ff.): Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin

Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage – eine Chronik der Lohnarbeit; UVK Konstanz 2000

Dienel, Christiane; Gerloff, Antje; Leske, Loreen u.a. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? - Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt; Abschlussbericht 30.11.2004; http://www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf

Dirk Konietzka, Peter Sopp (2004): Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen? In: Berliner Debatte Initial 2004-2, S. 34ff

Groh-Samberg, O. (2004): Armut und Klassenstruktur, in: KfSS, Jg.56, Heft 4, S. 653-682.

Hanesch, W. (Hrsg.) (1997): Überlebt die Soziale Stast? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunlaer Sozialstaatlichkeit, Opladen.

Hauser, R. (2000): Überlegungen zur Abgrenzung einer „Underclass“ aus ökonomischer Sicht, in: Büchel, F.(u.a.) Zwischen drinnen und draußen. Arbeitmarktchancen und soziale Ausgrenzung in Deutschlanbd, Opladen, S. 23-36.

Heintz, B. (2004): Emergenz und Reduktion. Neue Perspektiven auf das Mikro-Makro-Problem. In: KZfSS, Heft 1, Jg. 56, S. 1–32.

Hilpert, Ulrich, Jakszentis, Anja (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich. Otto Brenner Stiftung Frankfurt/Main

Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. In: Wirtschaft im Wandel Sonderausgabe1/2005. IWH Halle 2005

Jakszentis, Anja/Hilpert, Ulrich (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Arbeitsheft der OBS, Nr. 42, Frankfurt am Main

Kappelhoff, P. (1999): Komplexitätstheorie und Steuerung von Netzwerken. In: Sydow, J., A. Windeler, a.a.O.

Kappelhoff, P. (2003): Chaos- und Komplexitätstheorie, Link: www.wiwi.uni-wuppertal.de/kappelhoff/papers/cckk.pdf.

Kemmerling, A. (2003): Die Rolle des Wohlfahrtstaates in der Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren, WZB-Discussion Paper, SPI 2003–1008, Berlin.

Klatt, W. (1997): Kommunale und nationale Armutsberichtersattung im sozialpolitischen Paradigmenwechsel, in: Hanesch, W. a.a.o, S. 153 ff.

Köhler, Ch.; Struck, O.; Bultemeier, A.; Grotheer, M.; Schröder, T.; Schwiderrek, F. (2004) Beschäftigungsstabilität und betriebliche Beschäftigungssysteme in West- und Ostdeutschland. FSU Jena

Krätke, S.; F. Schmoll (1987): Der lokale Staat – „Ausführungsorgan“ oder „Gegenmacht“, in: Prokla 68, S. 30 ff.

Ketzmerick, Thomas (2001): Ostdeutsche Frauen mir instabilen Erwerbsverläufen am Beispiel Sachsen-Anhalt. In: Forschungsberichte aus dem zsh 01-1

Kronauer, M.: „Exklusion“ in der Armutsforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung, SOFI-Mitteilungen 26/1998, S. 117-126.

Kronauer, M.: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Frmen der gesellschaftlichen Spaltung, Leviathan 25 (1), S. 28-49, 1997.

Land, R: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte Initial, 14, 2003, S. 76 ff.

Land, Rainer (2000): Von der LPG zur Agrar-Fabrik. Ein Literaturbericht. In: Berliner Debatte Initial, Heft 5/6

Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte 14 (2003) 6, S. 76-95

Land, Rainer (2004): Der sekundäre Integrationsmodus. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. www.thuenen-institut.de

Land, Rainer; Willisch, Andreas (2005): Ostdeutschland – ein Umbruchszenario. In: Bahrmann, Links (Hg.) (2005). S. 11-33

Lang, Thilo/ Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund: Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur

Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_einkommen.shtml

Lehmann, H., Ludwig, U., Ragnitz, J. (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle

Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2000): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 1. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: Berliner Debatte

Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2004): Jugend – Ausbildung – Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 2. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: GSFP (Berliner Debatte)

Lutz, Burkart (2001): Im Osten ist die zweite Schwelle hoch. Fehlende Arbeitsplätze und Nachwuchsstau vor den Toren des Arbeitsmarktes. Forschungsberichte aus dem zsh 01-2

Lutz, R., M. Zeng (Hrsg.) 1998: Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen.

Lütz: Governance in der politischen Ökonomie, MPIfG, Diskussion Paper 03/52003 (vorhanden, kann kopiert werden).

Mack, J. H., S. Landsley (1985): Poor Britain, London.

Mayntz, R., B. Nedelmann (1993): Eigendynamische soziale Prozesse: Anmerkungen zu einem analytischen Paradigma. In: KZfSS, 39, 648:668.

Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, MPfG Working-Paper 01/2 Mai 2001, www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp01-02-2.html (als pdf).

Mayntz, Renate (2004): Governance-Theorie als fortentwickelte Steuerungstheorie?, MPIfG Working-Papers 04/1. (

Meulemann, H. (Hrsg): Der Sozialstaat in der amtlichen Statistik. Angebote und Nachfragen, Sozialwissenschaftliche Tagungsberichte Band 6 IZ, Bonn.

Ministerium für Arbeit und Bau MV (2002): Persektiven der Berufslandschaft Mecklenburg-Vorpomern 2010, Forschungsberichte zur Arbeitsmarktpolitik, Nr. 16

Noll, Heinz-Herbert (2003): Sozialberichtersattung, amtl. Statistik und die Beobachtung sozialstaatlicher Entwicklungen, in: Meulemann, H. (Hrsg): Der Sozialstaat in der amtlichen statistik. Angebot und Nachfragen, Sozialwissenschaftliche Tagungsberichte Band 6 IZ, S. 65-84, Bonn.

Oppen, M. (1990): Vom Verwaltungsapparat zum Dienstleistungsunternehmen? Klientenorientierte Gestaltungsvarianten sozialpolitischer Administration. Berlin, Freie Univ., Diss.

Priewe, J. (2004): Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven, DGB, Wipo-Schnelldienst, 7

Reis, C., M. Schulze-Böing (Hrsg.) (1998): Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen. Die Herausforderung neuer Steuerungsmodelle, Berlin.

Rieger, E. (2002): Die Armut der Armutspolitikforschung. Zur Empirie und Theorie der neueren sozialwissenschaftlichen Forschung über Armut und Sozialpolitik, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 48. Jg., Heft 6, S. 700-752.

Schäfer Claus :Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor. In: WSI-Mitteilungen 11/2005

Schulte, K.: Die zeitliche und soziale Struktur von Einkommensarmut, ZeS-Arbeitspapiere Nr. 5/99.

Schupp, Jürgen; Habich, Roland; Zapf, Wolfgang (1996): Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfahrtsproduktion. In: Wolfgang Zapf, Jürgen Schupp, Roland Habich (Hrsg.) Lebenslagen im Wandel. Frankfurt/M. Campus S. 11-45.

Schuppert, G. (Hrsg.) (2006): Global governance and the role of non-state actors. Serie: Schriften zur Governance-Forschung. Bd. 5., Baden-Baden.

Short, Kathleen: Material and Financial Hardship and Income-Based Poverty Measures in the USA, in: Jnl Soc. Pol., 34,1, 21-38, 2005

Siebel, W.: Armut oder Ausgrenzung? Vorsichtiger Veruch einer begrifflichen Eingrenzung der sozialen Ausgrenzung, Leviathan 25 (1), S. 67-75, 1997.

Sitte, Ralf (o.J.): Nur bedingt aussagekräftig. Zur Krtitik der amtlichen Sozialberichterstattung,, in ????

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf

Sydow, J., A. Windeler (Hg.), (1999): Steuerung von Netzwerken, Opladen.

TOPOS (2001): Einkommens- und Armutsbericht Berlin, Berlin

Townsend, Peter (1979): Poverty in the United Kingdom, Harmondsworth.

Vesper, D. (2004): Länder- und Kommunalhaushalte in Ostdeutschland: Trotz Konsolidierungsbemühungen hohe Finanzierungsdefizite, in: DIW Wochenbericht 26, S. 373-381

Volkert, J. u.a. (2003): Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung, Schlussbericht des Projektes Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sichereung, Tübingen.

Weiß, W. (2003): Der Ländlichste Raum – regioanl-demographische Begründung einer Raumkategorie, Bericht an den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

Wiekert, Ingo (Hg. 2005): Zehn aus Achtzig Burkart Lutz zum 80. Forschungsergebnisse aus dem zsh. Berlin: GSFP

Wiener, Bettina (2003): Entwicklung des Fachkräftebedarfs in KMU – Perspektiven für Jugendliche. In: LASA Arbeit für die Jugend. Ansätze zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Fachtagung am 8. und 9. Juli 2003. Potsdam, S. 47-58

Willisch, A.: Der Zusammenhang von Exklusion, Desintergration und den Überflüssigen, Ad-hoc-Gruppe „Die Kontroverse über den „Exklusions-Begriff“ auf dem 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2004.

Willisch, Andreas (2004): Defizitträger und Paradoxiegefangene. Lebenskonstruktionen von Überflüssigen in deindustrialisierten ländlichen Krisenregionen. Ad-hoc-Gruppe: „Prekäre Inklusion und Normalitätsfiktionen in peripheren Regionen“ auf dem Kongress für Soziologie 2004 in München. www.thuenen-institut.de

Wilson, W. (Hrsg.), (1989): The ghetto underclass: social science perspectives, in**:** The annals of the American Academy of Political and Social Science 501, Newbury Park.

Eigene Präsentationen und Publikationen von Projektergebnissen:

Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus. In: Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2, S. 70ff.

Hauss, Friedrich: Zur Dynamik sozialer Risikolagen im ländlichsten Raum. Vortrag auf der Werkstatt 3 der sozioökonomischen Berichterstattung, 11./12.4.2006. www.SOEB.de

Land, Rainer (2004): Der sekundäre Integrationsmodus. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. www.thuenen-institut.de

Land, Rainer: Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Gibt es noch Chancen für ländliche Entwicklung? Vortrag auf einer Fachtagung „Hightechlandwirtschaft und ster-

bende Dörfer – Zivilgesellschaft der ländlichen Räume in Ostdeutschland“ am 16. und 17. März 2005 in Potsdam – Michendorf

Land, Rainer; Willisch, Andreas (2006): Die Auflösung der ländlichen Gesellschaft und neue soziale Problemlagen. Erscheint in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2. Halbjahr 2006.

Willisch, Andreas (2004): Defizitträger und Paradoxiegefangene. Lebenskonstruktionen von Überflüssigen in deindustrialisierten ländlichen Krisenregionen. Ad-hoc-Gruppe: „Prekäre Inklusion und Normalitätsfiktionen in peripheren Regionen“ auf dem Kongress für Soziologie 2004 in München. www.thuenen-institut.de

Willisch, Andreas: Der Zusammenhang von Exklusion, Desintegration und den Überflüssigen. Die Kontroverse über den Exklusions-Begriff, Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie München Vom 4. bis 8. Oktober 2004, Ad-hoc-Gruppe.

Willisch, Andreas: Die Zukunft der Dörf(l)er. In: Deutsches Architektenblatt 8/2005, S.8-12

Willisch, Andreas: Die paradoxen Folgen mechanischer Integration, S.15-36. In: Mittelweg 36, 14. Jahrgang, H 4, 2005. (Erscheint auch in: Heinz Bude/Andreas Willisch (2006): Exklusion. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Willisch, Andreas (2005): Hühner züchten und Eier legen lassen. In: Oswalt, Philipp (Hg.): Schrumpfende Städte. Band 2, Handlungskonzepte, Handbuch des Überlebens, S.6/7.